

MANOLIS Y.DRETTAKIS

ATINA Milletvekili (Bağımsız)

7 Haziran 1988

H.KUTLU ve N.SARGIN'ın MAHKEMESİ ÜZERİNE AÇIKLAMA

*Açıklama diye!*

Türkiye'nin Kıbrıs topraklarının %40'unu işgal ederek ve Yunan hava sahasını sürekli ihlal ederek uluslararası hukuku provakatif biçimde ihlal etmeyi sürdürdüğü biliniyor. Ama kendi ülkesinde de insan haklarını kaba biçimde ihlal ediyor. *ediyor, belirtilen hakları*

Türkiye'nin insan haklarını ihlalinin derin noktası, tutuklanan, işkence gören ve yalnızca Türkiye rejimini benimsemeyen parti liderleri olan iki politik lider H.KUTLU ve N.SARGIN'ın mahkeme sidir.

Gerçekte bu mahkeme bütün uluslararası kamuoyu için bir çağrı oluyor. Türkiye rejiminin yapması gereken asgari şey -insan haklarına saygı göstermeye başladığını kanıtlamak için- H.KUTLU ve N.SARGIN'ı serbest bırakması ve onlara politik haklarını uygulama olanakları vermesidir. *çığır*

(Basında da yer aldı.)

NOT: Bir dönem PASOK'un Ekonomi Bakanı idi.



DER OBERBÜRGERMEISTER DER STADT DORTMUND

Frau  
Barbara Wiemann  
Meylantstraße 73  
4600 Dortmund 13

4600 DORTMUND 1, SÜDWALL 2-4  
TELEFON (0231) 542 22030/22050  
FERNSCHREIBER 0822287  
DATUM 10. Juni 1988

Sehr geehrte Frau Wiemann,

mit Ihrer Initiative "Solidarität mit den Demokraten in der Türkei" wird sich der Ältestenrat in seiner nächsten Sitzung befassen.

Die mir übersandten Unterlagen habe ich bereits den Fraktionen der im Rat der Stadt vertretenen Parteien zugeleitet.

Unabhängig davon stelle ich Ihnen anheim, sich in der Sache auch an den für unseren Bereich zuständigen Abgeordneten des Europäischen Parlamentes, Herrn Hans Peters, zu wenden.

Mit freundlichen Grüßen

  
Günter Samtlebe



BAYERISCHER LANDTAG  
ABGEORDNETER  
ROLF LANGENBERGER (SPD)  
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender

Rolf Langenberger · Kreuzerstraße 42 · 8500 Nürnberg 70

Maximilianeum  
8000 München 85

Telefon (089) 41 26-263  
oder 229

Kreuzerstraße 42  
8500 Nürnberg 70

Telefon (0911) 61 2254

**SPD-Abgeordnetenbüro:**

Karl-Bröger-Straße 9  
8500 Nürnberg 40  
Telefon (0911) 44 3350

4.1.88

Liebe Lilo,  
liebe Renate,  
lieber Egon,

an den Weihnachtstagen hat in Nürnberg die Mahnwache für die Generalsekretäre der Arbeiterpartei der Türkei und der kommunistischen Partei der Türkei, Dr. Nihat Sargin und Haydar Kutlu stattgefunden. Wolfgang Hauck und ich waren dort und haben kurz gesprochen. Von Lilo und Gerda-Maria wurde eine Grußbotschaft verlesen. Anbei übersende ich Euch ein Informationsblatt, in dem dargelegt wird, daß Sargin und Kutlu gefoltert worden sind. Weil weder im Stadtrat noch im Landtag dazu Debatten möglich sind, möchte ich Euch gerne darauf aufmerksam machen. Es kann nicht hingenommen werden, wenn die Menschenrechte so grob verletzt werden, wie dies im vorliegenden Fall offenbar geschehen ist. Bitte lest Euch deshalb die Aussagen durch. Das Europaparlament hat zwar bereits diskutiert und auch eine Entschließung beschlossen. Dennoch denke ich, daß es sich weiterhin mit dieser Affäre befassen muß. Auch der Bundestag kann doch wohl unter dem Eindruck dieser Darstellung nicht schweigen. Vielleicht ist es Euch möglich, hier etwas zu unternehmen.

Bitte verständigt Karin immer davon, wenn in diesem Bereich Initiativen ergriffen werden.

Herzliche Grüße

Rolf Langenberger  
i.A.

Karin Hauck



Dr. Ulrich Briefs

Mitglied des Deutschen Bundestages

Ord. Mitglied im Ausschuß für Forschung und Technologie  
Ord. Mitglied im Ausschuß für das Post- und Fernmeldewesen  
Stv. Mitglied im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung

5300 Bonn 1

Bundeshaus

Tel. (0228) 16 92 75

Die Wahl dieser Rufnummer vermittelt den gewünschten Hausanschluß.  
Kommt ein Anschluß nicht zustande, bitte Nr. 161 (Bundeshaus-Vermittlung) anrufen.

An den

Botschafter der Republik Türkei

Herrn

Oktay Iscen

Utestr. 47

5300 BONN 2

Bonn, den 2.12.1987

Sehr geehrter Herr Botschafter!

Mit Bestürzung und Empörung habe ich vernommen, daß der Generalsekretär der Türkischen Kommunistischen Partei (TKP)

HAYDAR KUTLU

und der Generalsekretär der Türkischen Arbeiterpartei (TIP)

Dr. NIHAT SARGIN

nach ihrer Rückkehr am 16. November 1987 bei der Ankunft auf dem Flughafen der türkischen Hauptstadt Ankara verhaftet worden sind.

Vorgeworfen wird ihnen ihre politische Betätigung im Rahmen der beiden o.g. Parteien. Nach unserer Auffassung darf jedoch die politische Betätigung im Rahmen demokratischer Parteien, auch und gerade wenn sie sich bewußt vor allem für die Rechte der Arbeitenden einsetzen, keinerlei Anlaß für irgendwelche gegen sie gerichtete Verfolgungsmaßnahmen sein. Wir bekämpfen deshalb die Berufsverbote in der BRD, treten deshalb gegen politische Verfolgung und berufliche Diskriminierung aus politischen Gründen in allen anderen Fällen auch in anderen Ländern ein und fordern deshalb auch in diesen beiden Fällen die Rücknahme der Maßnahme und die sofortige Haftentlassung der beiden Herren.

Selbstverständlich halten wir es für ein wirklich demokratisches Land für unerläßlich, eine freie politische Betätigung für alle seine BürgerInnen zu gewährleisten. Angesichts der bekannt gewordenen Foltermethoden in türkischen Gefängnissen fordere ich Sie auf, dafür zu sorgen, daß die Kollegen KUTLU und SARGIN nicht gefoltert werden und daß Vertrauensärzte der türkischen Ärztekammer sich vom körperlichen Zustand der beiden zu Unrecht Inhaftierten überzeugen können, so lange die Maßnahme nicht aufgehoben ist.

Die mit der Verhaftung von KUTLU und SARGIN wider einmal in der Öffentlichkeit greifbar gewordenen Praktiken der türkischen Polizeibehörden werfen ein besonders problematisches Licht auf die politischen Verhältnisse in Ihrem Land. Diese und andere ähnliche Erfahrungen werden sicherlich eine Rolle spielen bei der weiteren Diskussion über den Beitritt der Türkei in die Europäische Gemeinschaft. Es ist im Interesse Ihres Landes und aller demokratischen Kräfte, die Verhaftungsverfügung gegen KUTLU und SARGIN sofort aufzuheben. Dazu fordere ich Ihre Regierung auf und ich bitte Sie, Herr Botschafter, diese Forderung Ihrer Regierung zu übermitteln.

Hochachtungsvoll



(Dr. Ulrich Briefs)

TÜRKİYE SOSYAL TARİHİ PASİFİRMİNAKFI



Ingrid Becker-Inglau  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Ministerpräsident  
Turgut Özal  
Amt des Ministerpräsidenten  
Basbakanlik

Ankara/Türkei

5300 Bonn 1, den 4.12.1987

Bundeshaus  
Tel. 0228/16 73 83

Die Wahl dieser Rufnummer vermittelt den  
gewünschten Hausanschluß.  
Kommt ein Anschluß nicht zustande, bitte  
Nr. 161 (Bundeshaus-Vermittlung) anrufen.

privat:  
Wittgenbusch 34  
4300 Essen 14  
Tel. 0201/58 33 85

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

mit Bestürzung habe ich die Nachricht aufgenommen, daß die General-  
sekretäre der Arbeiterpartei und der kommunistischen Partei der  
Türkei bei ihrer Rückkehr in die Türkei verhaftet wurden.  
Vor dem Hintergrund, daß die Türkei die Europäischen Menschenrechts-  
konvention unterzeichnet hat, ergeben sich insbesondere Verpflich-  
tungen für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

In diesem Zusammenhang verweise ich auf den Artikel 9 der Allgemeinen  
Erklärung der Menschenrechte: "Niemand darf willkürlich festgenommen  
in Haft gehalten oder des Landes verwiesen werden".

Ich hoffe, daß die Türkei entschlossene Schritte zu demokratischen  
Verhältnissen unternimmt. Ich appelliere deshalb an Sie, den zurück-  
kehrenden politischen Emigranten die vollen bürgerlichen Rechte und  
Freiheiten zu garantieren.

Bei dem Einsatz für Menschenrechte müssen parteipolitische Er-  
wägungen ausgeschlossen werden.

Mit freundlichen Grüßen

*Ingrid Becker-Inglau*

Ingrid Becker-Inglau





Günter Oesinghaus  
Mitglied des Deutschen Bundestages

5300 Bonn 1  
Bundeshaus  
Tel. 0228 / 16 34 18

Wahlkreisbüros:  
Mülheimer Freiheit 127  
5000 Köln 80  
Tel. 0221 / 61 11 45  
Josephskirchstraße 29  
5000 Köln  
Tel. 0221 / 85 83 85

An die  
Botschaft der Türkei  
Utestraße 47  
5300 Bonn 2

Bonn, den 23.11.87

Sehr geehrter Herr Botschafter,

hiermit möchte ich Ihnen meine Empörung über die Verhaftung von Nihat Sargin und Haydar Kutlu auf dem Flughafen Ankara am 17. November 1987 zur Kenntnis bringen.

Die Verhaftung widerspricht in eklatanter Weise rechtsstaatlichen Prinzipien, wie sie bei zivilisierten Regierungen üblich sind und steht in Widerspruch zu dem von Ihrer Regierung beteuerten Demokratisierungsprozess in der Türkei.

Ich bitte Sie, sich jetzt wenigstens dafür einzusetzen, daß die Inhaftierten mit Ihren Rechtsanwälten Kontakt aufnehmen können, daß sie dem Richter vorgeführt werden und daß Ihre persönliche Sicherheit garantiert wird.

Darüberhinaus habe ich erfahren, daß Herr Haydar Kutlu zwei Tage nach seiner Verhaftung einen schweren Herzanfall erlitten hat. Er wird zwar ärztlich behandelt, aber nicht in ein Krankenhaus eingeliefert.

Herr Kutlu und Herr Sargin hatten sich vor Ihrer Abreise einer gründlichen medizinischen Untersuchung unterzogen und waren beide für völlig gesund befunden worden. Es steht zu befürchten, daß der Herzanfall auf Einwirkungen während der Polizeihaft zurückzuführen ist.

Ich bitte Sie sehr dringend, Ihren Einfluß geltend zu machen, damit Haydar Kutlu und Nihat Sargin aus der Haft entlassen werden. Dies ist allein schon deshalb nötig, damit Herr Kutlu die notwendige ärztliche Behandlung in einer Klinik erhält. Für eine baldige Antwort wäre ich Ihnen dankbar.

Mit freundlichen Grüßen

G. Oes.

An den Generalsekretär der  
Kommunistischen Partei der Türkei  
Haydar Kutlu,

an den Generalsekretär der  
Arbeiterpartei der Türkei  
Nihat Sargin

Nürnberg, den 26. November 1987

Werter Haydar Kutlu, werter Nihat Sargin,

gemeinsam mit in Nürnberg lebenden und arbeitenden türkischen  
Arbeitern und Vertretern der demokratischen Bewegung begrüßen  
wir Euere Rückkehr in die Türkei.

Gleichzeitig protestieren wir entschieden gegen Euere Verhaf-  
tung.

Euer mutiger Schritt ist ein Beitrag für einen tatsächlichen  
Demokratisierungsprozeß in der Türkei. Denn eine legale  
Kommunistische Partei wäre ein unübersehbares Signal für  
die Demokratie in Euerem Land.

Wir unterstützen auch weiterhin Euer Bemühen und versichern  
unsere Solidarität.

Wir werden unseren Beitrag leisten für die Soldaritätsbewegung  
mit allen in der Türkei inhaftierten Demokraten.

Wir wünschen Euch Standfestigkeit und Gesundheit und ver-  
sichern, daß wir mit unserem Bewußtsein und unseren Herzen  
bei Euch sein werden.

*Y. G. Schramm*

Rolf  
Langenberger

Mitglied des  
Bayerischen  
Landtags  
SPD

Sophie  
Rieger

Stadträtin  
in Nürnberg  
DIE GRÜNEN

Hans-Günter  
Schramm

Vertreter  
der FRIEDESLISTE  
in der Fraktion  
der GRÜNEN  
Im Bayerischen  
Landtag

Herbert  
Stiefvater

Stadtrat  
in Nürnberg  
DKP

Komitee Solidarität mit den  
Demokraten in der Türkei  
c/o Werner Petri

Karl-Zörgiebel-Str. 52  
6500 Mainz  
Tel.: 06131 - 36 53 36 (priv.)  
06131 - 23 20 31/32 (dienstl.)

Staatsminister Helmut Schäfer FDP  
Johannes Gerster MdB CDU  
Prof. Eckart Pick MdB SPD

ZUR KENNZNISNAHME  
AN H. H. EICOM.....

Mainz, 12. Jan. 1988  
Pe / Re

Betr.: Verhaftung der Generalsekretäre Haydar Kutlu und Dr. Nihat Sargin

Sehr geehrter Herr Abgeordneter!

Wie Sie wissen, sind am 16. November 1987 der Generalsekretär der Arbeiterpartei der Türkei, Dr. Nihat Sargin, und der Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Türkei, Haydar Kutlu, auf dem Flughafen in Ankara verhaftet worden. Die beiden Politiker waren in ihr Heimatland zurückgekehrt, um dort in aller Öffentlichkeit und legal für die von ihnen neu gegründete Vereinigte Kommunistische Partei tätig zu sein.

Nach ihren eigenen Berichten wurden sie im Untersuchungsgefängnis der Staatsicherheit - trotz großer Anteilnahme der Weltöffentlichkeit - gefoltert. (vgl. Bericht der FR vom 9.12. und 14.12.1987).

Inzwischen sind Herr Kutlu und Herr Dr. Sargin in ein normales Gefängnis überstellt worden.

Da die Bundesrepublik wichtigster Handelspartner der Türkei ist und enge Beziehungen zwischen beiden Ländern bestehen, auch auf Grund der beiderseitigen NATO-Mitgliedschaft, bitten wir Sie, sich für die Freilassung der beiden Politiker einzusetzen. Die Wirtschaftshilfe der Bundesrepublik an die Türkei und der Antrag auf EG-Mitgliedschaft wurden immer wieder mit der voranschreitenden Demokratisierung des Landes begründet. Zur Demokratie und zu den Menschenrechten gehört aber die Möglichkeit, für die eigenen politischen Überzeugungen ungehindert eintreten zu können.

Wir bitten Sie deshalb, sich bei den türkischen Generalkonsulaten, der Türkischen Botschaft und der Regierung der Türkei in Ankara für die Freilassung der beiden Generalsekretäre einzusetzen.

Wir wären Ihnen verbunden, wenn Sie uns kurz mitteilen könnten, wie Sie sich für die beiden Generalsekretäre eingesetzt haben.

Mit freundlichen Grüßen  
i.A.

(Werner Petri)



Johannes Gerster  
Mitglied des Deutschen Bundestages  
Vorsitzender der Arbeitsgruppe  
Inneres und Sport  
der CDU/CSU-Fraktion

5300 Bonn 1, den 18.01.1988  
Heussallee 38  
Telefon (02 28) 16 48 22, 16 58 13  
6500 Mainz 1 9609 S  
Fischtorplatz 22  
Telefon (0 61 31) 22 79 62

Komitee Solidarität mit den  
Demokraten in der Türkei  
c/o Werner Petri  
Karl-Zörgiebel-Str. 52  
6500 Mainz 1

Sehr geehrter Herr Petri,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 12.01.1988.

Ich habe meinen Kollegen Heinz Schwarz, Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Auswärtigen Ausschuß gebeten, sich dem von Ihnen angesprochenen Problem umgehend anzunehmen. Kollege Schwarz verfügt über Kenntnisse und Beziehungen zur Türkei, die mir nicht gegeben sind.

Bei dieser Gelegenheit biete ich noch einmal unser bereits einmal geplantes Gespräch an. Sollen wir einen neuen Termin versuchen?

Mit freundlichem Gruß

HELMUT SCHÄFER  
STAATSMINISTER IM AUSWÄRTIGEN AMT

- StN 126/88 -

5300 BONN I, DEN 26. JAN. 1988  
ADENAUERALLEE 99-103  
FERNRUF: (0228) 17 124 50  
203-320.03 TUR

Herrn  
Werner Petri  
Komitee Solidarität mit den  
Demokraten in der Türkei  
Karl-Zörgiebel-Straße 52

6500 Mainz

Sehr geehrter Herr Petri,

für Ihr Schreiben vom 12. Januar 1988 danke ich Ihnen.

Wegen der Inhaftierung der Herren Kutlu und Sargin hat das Auswärtige Amt bereits im November die zuständigen türkischen Stellen kontaktiert. Dabei wurde von türkischer Seite mitgeteilt, die Festgenommenen würden strikt nach den Regeln der türkischen Rechtsordnung behandelt. Beide befänden sich seit dem 04.12.1987 in Untersuchungshaft in Ankara und seien inzwischen von ihren Anwälten besucht worden. Im Rahmen der für die Untersuchungshaft geltenden Bestimmungen sei ihnen Kontakt mit ihren Anwälten und mit ihren Angehörigen gestattet. Voraussichtlich Anfang 1988 sei mit der Eröffnung eines Gerichtsverfahrens gegen beide zu rechnen. Dabei werde sich das Gericht auch mit den Foltervorwürfen befassen.

Das Auswärtige Amt hat nicht verfehlt, die zuständigen türkischen Stellen in aller Deutlichkeit darauf hinzuweisen, daß sich die türkische Seite bei ihren Bemühungen um stärkere Demokratisierung auch daran messen lassen muß, wie und unter welchen Bedingungen die freie Meinungsäußerung und die parteipolitische Betätigung im Rahmen der geltenden Gesetze gehandhabt werden.

Mit freundlichen Grüßen

*Helmut Schäfer*

④

Sophie Rieger (Stadträtin)  
Hans-Günther Schramm (Mitglied des Landtages)  
Herbert Stiefvater (Stadtrat)  
Richard Dollinger (Sprecher der FRIEDENSLISTE)

p.A.: Richard Dollinger  
Keßlerplatz 19  
8500 Nürnberg 20  
Tel. 0911/557284

Betreff: Protest- und Informationsveranstaltung  
am Samstag, 21. November, 10.00 Uhr  
Nachbarschaftshaus Gostenhof

Menschenrechtsverletzung in der Türkei  
Augenzeugen berichten über die Verhaftung von  
zwei heimkehrenden politischen Emigranten

Sehr geehrte Damen und Herren,

wie Ihnen sicherlich bekannt ist, kehrten am Montag, 16.11.87 die beiden Generalsekretäre der Arbeiterpartei der Türkei, Nihat Sargin, und der Kommunistischen Partei der Türkei, Haydar Kutlu, in ihre Heimat zurück. Trotz der Begleitung einer Delegation internationaler Mandatsträger, darunter aus Nürnberg Sophie Rieger, Hans-Günther Schramm und Herbert Stiefvater wurden beide unmittelbar auf dem Flughafen verhaftet. Herbert Stiefvater und Hans-Günther Schramm versuchten gemeinsam, mit gewaltfreiem Widerstand die Verhaftung zu verhindern.

Beide Generalsekretäre befinden sich gegenwärtig Haft, ohne Anrecht auf einen Anwalt, was internationalem Recht entspricht. Bei einer Verurteilung droht Ihnen möglicherweise ein Todesurteil.

Bei einer Protest- und Informationsveranstaltung, am Samstag, 21. November um 10.00 Uhr im Nachbarschaftshaus Gostenhof, zu der die vier oben genannten herzlichst einladen, werden Sophie Rieger, Hans-Günther Schramm und Herbert Stiefvater informieren, werden weitere Schritte der Solidarität und des Protestes diskutiert.

Wir bitten Sie freundlichst in Ihren Medien über die Protest- und Informationsveranstaltung zu informieren und laden Sie herzlichst zur Veranstaltung ein.

Mit freundlichen Grüßen

*Richard Dollinger*  
Richard Dollinger



Heidemarie Wiczorek-Leul  
Mitglied des Deutschen Bundestages

5300 Bonn 1 , 11.03.1988  
Bundeshaus  
Tel. (0228) 16 33 86

6200 Wiesbaden  
Römerberg 21  
Tel. (06121) 59 99 54 / 52 10 08

An die  
Initiative zum Schutz der  
in die Türkei zurückkehrenden  
politischen Emigranten  
c/o Gerhard Strauch  
Schützenhofstraße 3

6200 Wiesbaden

Betr.: Besuch des türkischen Staatsministers 1988

Sehr geehrter Herr Strauch,

vielen Dank für Ihren Brief vom 25.02.1988, in dem Sie uns bitten, unseren Einfluß dahingehend geltend zu machen, daß die türkische Regierung tatsächlich Demokratie und Menschenrechte gewährleistet.

Sie schlagen vor, als Druckmittel den EG-Beitritt der Türkei zu nehmen. Ich muß Ihnen allerdings mitteilen, daß die SPD-Bundestagsfraktion aus grundsätzlichen Erwägungen <sup>skeptisch</sup> gegen den Beitritt der Türkei in die EG ist. Aus dieser grundsätzlichen Skepsis kann der Beitritt in die EG gegenüber dem Staatsminister Bozer kein Druckmittel sein.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat aber die Menschenrechtsverletzungen in der Türkei immer wieder zum Anlaß für parlamentarische Initiativen genommen. Und selbstverständlich werden wir unseren Protest auch gegenüber Herrn Bozer deutlich machen. Außerdem haben wir immer wieder versucht, türkischen Mitbürgern und Mitbürgerinnen hier in der Bundesrepublik und auch in der Türkei zu helfen. Unsere Mittel sind als Opposition

natürlich nur begrenzt. Trotzdem konnten wir, insbesondere in der Bundesrepublik helfen bzw. Probleme öffentlich machen (Stichworte: Paßverweigerung).

Mit freundlichen Grüßen

Mme  
Heidemarie Wiczorek-Zeul

Heidemarie Wiczorek-Zeul

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI  
TÜSTAV

Türkiye İşçi Partisi (TİP) Genel Başkanı Behice Boran'la son karşılaşmamızı unutamıyorum. Ülkesindeki tüm ilerici güçlerin birlikte hareket etmelerinin gerekliliği üzerine düşüncelerini dile getiriyordu. Değişik tarihi koşullar nedeniyle, ayrı ayrı mücadele veren, işçi sınıfının iki devrimci partisinin birleştirilmesi için tüm hayat tecrübesini ortaya koymuştu.

Behice Boran, geçen senenin 7 Ekim'inde, Türkiye Komünist Partisi (TKP) Merkez Komitesi Genel Sekreteri Haydar Kutlu ile Brüksel'de, Kongrenin onaylaması ile TİP ve TKP'nin, Türkiye Komünist Partisi (TBKP) adı altında birleşeceklerini, Atatürk ile Boğazlar arasındaki bu ülkede daha iyi bir gelecek için birlikte mücadele edeceklerini söylerken, hedefin sonuna gelindiğini görüyordu.

Bu yurtsever, birleşme gününü yaşayamadı, 10 Ekim 1987 günü, 77 yaşında, geçirdiği bir kalp krizi neticesinde yaşamını yitirdi. Ama mirası canlı kaldı. 16 Kasım'da TKP Genel Sekreteri Haydar Kutlu ve TİP Genel Sekreteri Nihat Sargın, yönetim organlarının kararlarına uyararak, TBKP'nin legalitesini kazanabilmek, ülkede vaad edilen demokratikleşme sürecine özel katkıda bulunabilmek için, politik göçmen olarak yaşamak zorunda bırakıldıkları Batı-Avrupadan ülkeye döndüler. İki parti liderini getiren Lufthansa-Boeing, Ankara-Esenboğa hava alanına indiğinde, yoldaşların başına çokuşan polis ve gizli haber alma örgütü mensupları, ikisinin de hemen tutuklayıp, gözleri bağlı olarak götürdüler. Ne Münih'ten Ankara'ya kadar politikacılara eşlik eden, batı Avrupa ve yabancı basın mensupları, nede 29 Kasım'da yapılan Parlamento seçimleri öncesinde demokrasiye geçildiği imalarında hiçte cimri davranmayan politikacılar, sorumluları böyle keyfi davranmaktan sakıncı olmadı.

Türkiye'yi batıya daha sık bağlamak, Avrupa Topluluğuna tam üyeliği kazanabilmek arzusu ve "Avrupa Parlamentosunun" insan hakları konusundaki sürükli eleştirilerini savabilmek için başbakan Özal şöyle diyordu; "isteyen geri dönebilir." ve "legalite düşünülebilir ama ne zaman olur bilmiyorum." Ama bu söylenenlerin sınanmasına müsaade etmedi. 12 Eylül 1980'de kurulu düzeni bir darbe ile deviren, bu gün ise kendinin demokrasinin yılmaz savunucusu olarak görülmesini arzulayan Kenan Evren'in sıkıştırması neticesinde Özal, Devlet Güvenlik Mahkemesi baş savcısı Nusret Demiral'a serbest hareket etme olanağı vermek zorunda kaldı.

iki Genel Sekreterin tutuklanmalarının arkasında yatan neden, sadece formel-hukuksal tabiat taşımamaktadır. Her ne kadar Türk Ceza yasasının 141, 142 ve 163'üncü maddeleri, idolojik propagandaya ve değişik türlerden Partilerin kurulmasına karşı, iktidarda olanlara bir hukuksal dayanak oluşturuyor olsada, bu maddeler sadece haklılık imajı yaratabilmek için kullanılmaktadır. Özünde sorun tamamen başkadır. Karl Marks'ın dediği gibi, hakim sınıfların Komünizm'den korkusu yeni çiçek açıyor. Birleşik bir işçi Partisi ve TBKP'nin yeni Programı pratikte, ülkenin yurtsever güçlerine, beş milyon işsive ve örneğin ulusal hakları gaspedilen Kürtlere bir alternatif sunmaktadır.

Behice Boran ve Haydar Kutlu, 7 Ekim'deki Basın toplantısında, TBKP'nin yeni kimliğini defalarca vurgulayarak, onun "Halkın Problemlerine bu gün için çözümler sunduğu ve amerikan yanlısı, gerici ve militarist güçlerin politikasına, yapıcı, birleştirici ve istikrarlı bir politikayla karşı koymayı" hedeflediğini belirtiyorlardı. Önceki düşünceleri geliştirerek, en kısa zamanda kurulacak olan birlik partisi, "Kapitalizm koşullarında, demokratik bir alternatif" sunmak için çalışıyor. Yayınladıkları basın açıklamasında, iki politikacı "Demokrasi kurulup, sağlaştırılmada, sosyalizme giden yolun açılmasının mümkün olmadığını" altını tekrar tekrar çizdiler. Program taslağındaki daha bir çok pasajlar, kendisini yeni düşüncede, görevlerin somutlaştırılmasında, ve çoktan aşılmaş olan bazı düşünceleri bırakma şeklinde gösteren, Türkiye'deki marksist güçlerin olgunluğunu göstermektedir.

Sık sık karşılaşmalarımızda Haydar Kutlu'yu tanıma olanağı buldum. Geniş felsefe ve kültür tarihi bilgisine dayanan, zihinsel tazeliği ve sadeliği beni bir hayli etkiledi. Türkiye'nin NATO üyeliğinin olumsuz etkilerinin ortaya çıkarılması ve bu konuda gerçekçi bir konum alınmasını, Nabi Yağcı'nın (Türkiye'nin en eski partisi olan TKP'nin Genel Sekreterinin gerçek adı.) girişimine ve angajmanına borçluyuz.

Evren, Özal ve Demirel'in Marksist-leninist düşünceden, tutku derecesindeki (panaroid) korkudan kaynaklanan, Kutlu ve Sargın'a karşı keyfi uygulamaları ile kötü bir hizmet vermişlerdir. Bu iki Genel Sekreteri bu gün, TKP'nin kurucusu Mustafa Suphi ve 14 yöneticisinin öldürüldüğü gibi yok etmek mümkün değildir. 1988'de Komünistlerin kallesçe katledilmesi, gazinolarda övünülerek anlatılacak, sıradan bir olay olmaktan çıkmıştır. Günlerce süren baskı ve işkenceye direnen Haydar Kutlu ve Nihat Sargın sadece Türk basınının ilgisini çekmekle kalmamış, aynı zamanda vaad edilen demokratikleşmenin de sembolü olmuşlardır.

Türkiye'de bu güne kadar görülmemiş bir dayanışma hareketinin gelişmesi, hapsedilen parti liderlerine güven ve iyimserlik verirken, iktidardaki güçleri, yeni yeni yapılanan ve sağlamlaşan muhalefetin istekleriyle karşı karşıya getirmektedir. 400'den fazla avukat Kutlu ve Sargın'ı savunmaya hazır olduklarını açıkladılar ve günlük gazetelerde bundan bir kaç ay önce düşünülmesinin bile mümkün olmadığı sesler duymak mümkündür. Tanınmış bir yazar olan Mehmet Kemal düşüncelerini 11 Kasım 1987 günü "Cumhuriyet" gazetesinde şöyle dile getiriyordu; "Tüm ülkelerin insanları Marksismi anlayabilecek ve kabullenme kapasitesinde olacaklar. Bu anlayışın kit olduğu sadece bizmiyiz? Batı normlarında bir demokrasi kuruyor olacağız, her görüşten partiler kurmak mümkün olacak, sadece Marksist bir parti kurulamayacak. .... Böyle bir şey alamaz ! Bu anlayış ulusal gururumuzu zedeleyecek. Başkaları düşünebilme yeteneğine sahip olacaklar ama biz olamayacağız."

-----  
1-Prof.Dr.Günter Barthel,DDR,Asya,Afrika ve Latin-Amerika Bilimleri Merkez konseyi başkanı.

26 Ocak 1988 tarihli haftalık Bilim, Sanat ve Politika dergisi  
" Die Weltbühne"den çevrilmiştir. Berlin /DDR

Action

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMALARI

Türkiye kamuoyuna

TKP Genel Sekreteriâ sayın Haydar Kutlu ile TİP Genel Sekreteri sayın Nihat Sargın'ın TBKP adıyla yeni ve yasal bir parti kurmak üzere Türkiye'ye gelişleri, basının gerici kanadının yanısıra, bugünkü iktidarın tepkisi ile de karşılaşmıştır; Rejime sahiplik edenlerin demeçleri bunları dile getiriyor. Her iki genel sekreter de hemen ilk anda gözaltına alınmıştır; Bunun arkasından nelerin geleceğini-az çok kestirmemize karşın-yine de bilemiyoruz.

Türkiye'de demokrasinin yeniden kurulması kavgasının kızıştığı içinde bulunduğumuz dönemde, konuya, demokrasinin temel ilkeleri bakımından yaklaşmakta yarar görüyor ve kamuoyunun dikkatini şu önemli noktalar üzerine çekmeyi kendimize tarihsel bir görev sayıyoruz:

1-Örnek almaya çalıştığımız batı demokrasilerinin hepsinde komünist parti vardır.ve hepsinde de bu kuruluş, demokrasinin bir temel ilkesi, bir bütünleyicisi olarak görülmektedir. Bu bakımdan, "Türkiye'nin özel koşulları" nı ileri sürüp bir ilkeye karşı çıkmak, aslında demokrasiyi istememekle eş anlamlıdır.Hele hele, temel ilkenin uygulanmasını "uygun bir zamana ertelemek"ten söz etmek, olsa olsa şarlatanlıktır ve aldatmacadan başka birsey değildir.

2-Kimi çevrelerin iddiası aksine, komünist parti, bir ülke için felaket değil, tersine, "bir demokrasinin sağlık isareti"dir: Komünist parti kapitalist düzende işçi sınıfının aleyhine bozulmuş olan dengede o sınıfın ağırlığını da hissettirmek bakımından rol oynar ki bundan yararlanan da sonunda demokrasi olur. Ülkemizde demokrasiye gerici güçler zaman zaman çelme atıyor, atabiliyorlarsa, bir nedeni de bu eksikliktendir.

3- Anayasanın, kanunların böyle bir kurulusa olanak vermediği iddiası doğrudur. Ancak, basta ceza kanunu olmak üzere bütün bunların fasizmden esinlendiğini bilmeyen yoktur. Demokrasi düşmanı bir rejimin yasaklamasını sürdürmede ısrar etmek, demokratlıkla uzlaşmaz. Bu engeller süratle kaldırılabilir, kaldırılmalıdır. Bu konuda zaten utanç verici bir geçmişlik içindeydik. 21. yüzyıla pek az bur zaman kala, çağdaş demokrasinin bu temel ilkesine uymak, aynı zamanda bir uygarlık görevidir.

Özetle "ülkemizde demokrasi olacaksa komünist parti de olacaktı r.<sup>4</sup> Bunu bilelim.

4- Çağdaş tarihimizin en önemli kararlarından birini vereceğimiz şu sırada, basta aydınlarımız olmak üzere, demokrasi mücadelesi yaptıklarını ileri süren bütün partilere, onların liderlerine ve politikacılara da pek önemli görevler düştüğü kanısındayız. Böylesine ya-

şamsel bir konuda sumanın, açık bir tavır koymaktan kaçınmanın büyük bir tarihsel vebali olduğunu hatırlatırız.

5-Konuya, demokrasinin temel ilkeleri açısından yaklaşan "Türkiye Aydınlarıyla Dayanışma Girişimi", gelişmeleri büyük bir dikkatle izlemektedir. Türkiye'nin üzerine düşürülmüş gölgeleri daha da arttırmanın anlamı yoktur. Bu bakımdan sayın Haydar Kutlu ile sayın Nihat Sargın derhal serbest bırakılmalıdırlar. Ayrıca, ülkemizi şu boğucu zindan karanlığından uzaklaştırmada ilk önlemlerden biri olarak, "genel af"ın gerçekleştirilmesine hemen girişilmelidir. Bütün bunları halkımız beklediği gibi, uygar dünya da bekliyor.

Türkiye Aydınlarıyla Dayanışma Girişimi  
adına

Prof. Server Tanilli

TÜSTAV  
TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA MERKEZİ



Düsseldorf, den 18.11.1987

An den  
Herrn Präsidenten  
der Bundesrepublik Deutschland  
Herrn Dr. Richard von Weiszäcker  
Adenauerallee 135  
5300 Bonn 1

Sehr geehrter Herr Bundespräsident,

wir möchten Ihnen zuerst unseren herzlichen Dank für Ihre Rede am 14.10.1987 in Ankara aussprechen.

Ihre Rede, die in der Tradition Ihrer Ansprache anlässlich des 8. Mai 1985 stand und Ihr Engagement für die Demokratie und die Menschenrechte in der Türkei hat uns ermutigt Ihre wertvolle Zeit mit einer Bitte in Anspruch zu nehmen.

Wie auch in verschiedenen deutschen Presse-Organen berichtet wird, sind die Generalsekretäre der Arbeiterpartei der Türkei (TIP) und der Kommunistischen Partei der Türkei (TKP) Herr Nihat Sargin und Herr Nabi Yagci (Kutlu) am 16. November 1987 aus ihrem europäischen Exil in die Türkei zurückgekehrt. Ihr erklärtes Ziel ist die offizielle Gründung der Vereinigten Kommunistischen Partei der Türkei (TBKP) vorzunehmen, um dadurch einen Beitrag für die Demokratie und die Menschenrechte in der Türkei zu leisten. Sie wurden bei ihrer Ankunft direkt am Flughafen von Ankara festgenommen und zum von der Öffentlichkeit drastisch abgeriegelten Polizeipräsidium gebracht.

Wie Sie sicherlich wissen, ist unser Land das einzige europäische Land, in dem die Kommunistische Partei verboten ist. Daher meinen wir, daß dieser Schritt der beiden Generalsekretäre die gesetzesmäßige Aktivität der TBKP zu verwirklichen, als eine Tat zu werten ist, die eine weitere Hürde vor der Demokratie und den Menschenrechten in der Türkei steht, zu überwinden dient. Somit verdient dies die Aufmerksamkeit aller Demokraten.

Wie Prof.Klaus Liebe Hakort, Teilnehmer der Delegation, die die Generalsekretäre in die Türkei begleitet hatte, aus Ankara mitteilte, erlitt der Generalsekretär der TKP , Herr N.Yagci (Kutlu), auf dem Polizeipräsidium von Ankara, wo er seit Montag festgehalten wird,einen Herzinfarkt. Diese Nachricht wurde auch von dem zuständigen Staatsanwalt Herrn Demiral bestätigt.

Wie Sie in Ihrer Rede am 14.10.1987 in Ankara unterstrichen haben; "Die Demokratie muß sich bewähren, wenn es um eine rechtsstaatliche und menschenwürdige Behandlung von Gefangenen in der Untersuchungshaft und im Strafvollzug geht." Wir bitten Sie darum , Ihren Einfluß für die Gesundheit und rechtsstaatliche Behandlung von Herrn N.Sargin und Herrn N.Yagci (Kutlu) geltend zu machen um ihnen eine sofortige stationäre Behandlung in einem Krankenhaus zu ermöglichen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Hasan Özcan

Bundsvorsizender der FIDEF

Erol Boyraz

Generalsekretär der DIBAF

TÜRKİYE SOSYAL TÜSTAV TARIH ARAŞTIRMA YAKET

T.C. İçişleri Bakanı  
Ankara Türkiye

Devlet Güvenlik Mahkemesi Savcılığına  
Ankara Türkiye

Wir haben gehört, daß Haydar Kutlu, Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Türkei, während seines Verhörs einen Herzanfall bekommen hat.

Wir fordern Sie auf, daß Verhör der beiden Politiker sofort einzustellen und sie der Behandlung von Ärzten ihrer Wahl zuzuführen.

Eveline Gianone

DGB-Kreis Bremen

Jugendbildungssekretärin

Horst Nicoley

Ortsvorsitzende der Gewerkschaft

Druck und Papier

Willi Derbogen

Jugendbildungssekretär

Arbeit und Leben

Gerhard Scholz

Pädagogische Mitarbeiter

Arbeit und Leben

Hans Jürgen Kröger

Vorstandsmitglied der Gewerkschaft

Handel, Banken und Versicherungen

Inge Lies

Gewerkschaftssekretärin



**BUND DER ANTIFASCHISTEN  
VEREINIGUNG DER VERFOLGTEN DES NAZIREGIMES e.V.  
KREISVEREINIGUNG NÜRNBERG**

Herrn  
Nehat Sargin  
Kapali Mehmed Cozaco  
Ankara

8500 NÜRNBERG  
Spittlertormauer 7  
Telefon 20 47 64 u. 57 33 78  
Postscheck-Konto:  
Nürnberg Nr. 195 239 857

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen

Datum 26. April 1988

Verliebter Genosse Sargin!

Seit Monaten befindest Du Dich in Gefangenschaft in Deiner  
Türkischen Heimat. Dieses schmerzliche Los hast Du übernommen  
um von den Menschen in Deinem Land, demokratische  
Rechte und Freiheit für die arbeitende Bevölkerung zu fordern.  
Wir deutsche Antifaschisten kennen aus der eigenen Vergangen-  
heit nur allzu gut jene Methoden die heute an den Verkörpern  
des Türkischen Volkes, die für Freiheit und Demokratie  
eintreten geübt werden.

Wir versichern, dass wir von Eurer Seite vielen im mit Euch,  
mit Dir, der Mut und Strenge ein Beispiel gibt, für  
die Herstellung der Rechte Eures Volkes einzutreten.

Zuletzt möchten wir Dir zu Deinem 60.sten Geburtstag  
Kampfzettel unserer Organisation senden.

Es grüßen Dich die Nürnberger Antifaschisten

Helmut Jelling

Vorsitzender

ZUR KENNTNISNAHME

# DFU

DFU Deutsche Friedens-Union • Landesverband Bayern

**Deutsche Friedens-Union**  
Landesgeschäftsstelle

Fürther Straße 22  
8500 Nürnberg 80  
Telefon (0911) 26 00 16

Herrn  
Nihat Sargin  
Kadpkapli Merkez  
Cezaevi  
Ankara / Türkei

Nürnberg, den 28.04.1988

Sehr geehrter Herr Sargin,

zu Ihrem 62. Geburtstag übermittelt die Deutsche Friedens-Union, Landesverband Bayern, die herzlichsten Glückwünsche.

Gleichzeitig nehmen wir dies zum Anlaß, unseren schärfsten Protest gegen das Vorgehen der türkischen Regierung zu wiederholen. Ihre und Haydar Kutlus Verhaftung stellt einen eklatanten Verstoß gegen die Grund- und Menschenrechte dar.

Wir werden Ihren und Haydar Kutlus bevorstehenden Prozeß mit höchstem Interesse verfolgen.

Seien Sie unserer weiteren Solidarität versichert.

Mit den besten Wünschen  
für die Deutsche Friedens-Union

  
Ewald Ziegler  
Landesgeschäftsführer

# Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) e. V.

Die VDJ ist eine Sektion der Association Internationale des Juristes Démocrates (A.I.J.D.) mit Sitz in Brüssel  
Die A.I.J.D. ist eine weltweite Organisation mit Konsultativstatus beim Rat für Wirtschaft und Soziales bei der  
UNO und der UNESCO

Regionalgruppe Essen

Vorstand c/o Rechtsanwältin Sabine Thomas, Saarstr. 70, Oberhausen

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Liebe Freundinnen und Freunde!

Wir laden Sie/Euch hiermit recht herzlich ein zu unserer Informations- und Diskussionsveranstaltung

POLITISCHE JUSTIZ IN DER TÜRKEI  
dargestellt am Beispiel der Strafverfahren gegen  
KUTLU und SARGIN,

die wir in Zusammenarbeit mit dem Jugendreferat des Evangelischen Stadtkirchenrates durchführen

am 27. April 1988 ab 19.45 Uhr  
im Haus der Evangelischen Kirche, II. Hagen 7, Essen-Mitte.

\* \* \* \* \*

Aktueller Anlaß für diese Veranstaltung ist das in der Türkei eingeleitete Strafverfahren gegen den Generalsekretär der Kommunistischen Partei KUTLU und den Generalsekretär der Türkischen Arbeiterpartei SARGIN. Die beiden Parteien haben im Exil ihren Zusammenschluß und die Wiederaufnahme der legalen politischen Tätigkeit in ihrer Heimat beschlossen: Zur Durchführung dieses Vorhabens kehrten die beiden Generalsekretäre unlängst in die Türkei zurück.

Bei ihrer Rückkehr wurden sie von einer großen internationalen Beobachterdelegation begleitet, darunter namhafte Vertreter aus der Bundesrepublik, u.a. auch Bundestagsabgeordnete der GRÜNEN und der SPD. Selbst dieser Umstand hinderte die türkischen Machthaber nicht, Kutlu und Sargin noch auf dem Flughafen zu verhaften, sie einzusperren und in der Folgezeit schwer zu mißhandeln.

Kutlu und Sargin sind inzwischen angeklagt. Ihnen wird u.a. kommunistische Propaganda vorgeworfen sowie der Versuch, die Herrschaft einer sozialen Klasse über die andere zu errichten. Die Anklageschrift umfaßt mehrere hundert Seiten. Ihr Kernstück ist eine ausführliche "Auseinandersetzung" mit der kommunistischen Ideologie. Kutlu und Sargin drohen im Falle ihrer Verurteilung langjährige Haftstrafen, die einem Lebenslänglich gleichkämen.

Auch ihre beiden Verteidiger wurden unter Anklage gestellt.

Verlauf und Ausgang der Prozesse werden für die Perspektive der demokratischen Kräfte in der Türkei von maßgeblicher Bedeutung sein.

Angesichts des ernstlichen Bemühens der Türkei, Mitglied in der EG zu werden, wird die türkische Regierung das internationale Echo auf die politische Verfolgung von Kutlu und Sargin nicht ignorieren können. In dieser Situation können wir in der Bundesrepublik durch Information über politische Verfolgung in der Türkei und Solidaritätsbekundungen mit den Verfolgten dazu beitragen, eine demokratische Entwicklung der Türkei zu fördern und den eingesperrten Demokraten zu helfen.

Sekretariat: Prof. Dr. Norman Paech (Vorsitzender der Vereinigung), Rechtsanwältin Dr. Ursula Bucker (stellv. Vorsitzende),  
Rechtsanwalt Joachim Schwammborn (Bundessekretär), Rechtsanwalt und Steuerberater Gerhard Morstadt (Kassierer),  
Rechtsanwalt Wolfgang Betz, Richter am Arbeitsgericht Peter Dreyer, Winfried Kümpel, Dr. Karl-Heinz Mölich,  
Robert Rossbruch, Rechtsanwalt Helmut Tannen.

b.w.

Im weiteren Vorstand: Rechtsanwalt Dr. h. c. Heinrich Hannover, Prof. Dr. Manfred Hinz, Dr. Helmut Kramer, Dr. Hans-Albert Lennartz,  
Dr. Dr. h. c. Hans Mertens, Prof. Dr. Gerhard Stuby, Prof. Dr. Roderich Wabsner, Dr. Henner Wolter.

Bundessekretariat: D-6000 Frankfurt am Main 1 · Heiligkreuzgasse 29 · Telefon (069) 291446

Anfang Juni 1988 reist erneut eine Delegation der G E W in die Türkei. Die Zielsetzung ist global und be- trifft Menschenrechtsverletzungen; die Zielsetzung ist aber auch spe- ziell: Die Verfolgung des Prozesses gegen Şakir Bilgin und die ca. 2 000 Mitangeklagten, die Vertiefung der Kontakte zu BILAR A.Ş., die Kontakt- aufnahme zu Eğitim-Der, zur Zeitschrift abece. Eine sehr wichtige\* sehen wir auch in der Beobachtung des Prozeß- beginnes gegen Haydar Kutlu und Ni- hat Sargın. Wir wollen dem Prozeß beiwohnen und auch berichten, wie die türkische Jusitz im Auftrag der Exekutive dem demokratischen Grund- recht auf Meinungsfreiheit begegnet. Die Zulassung einer Kommunistischen Partei gehört nämlich nach unserem Demokratieverständnis dazu. Zur De- legation gehören:

Joachim Albrecht (2. Vorsitzender der G E W, Bund), Reinhard Höcker (eski Vorsitzender des GEW-Stadtver- bandes Köln), Ute Jochimsen (Landes- vorstand der GEW-Hessen), Prof. Dr. Klaus Liebe-Harkort (GEW und Uni Bremen).

Aufgabe

*[Handwritten signature]*

TÜRKİYE SOSYALİSTİK İŞÇİLERİNİN ARAŞTIRMA VAKFI

Stefan Waltenberg  
Vorsitzender des  
Internationalen Kulturvereins Wuppertal e.V.  
Wilhelmstr. 1  
5600 Wuppertal 1  
Tel.: 0202/45 43 88

Wuppertal, den 7.12.1987

Sehr geehrte Damen und Herren!  
Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Mit Empörung haben Demokraten in unserem Land sowie in Nachbarländern auf die Verhaftung der Generalsekretäre der Türkischen Kommunistischen Partei (TKP) und der Türkischen Arbeiterpartei (TIP) - Haydar Kutlu und Nihat Sargin - reagiert.

Die türkische Regierung hat mit diesem Vorgehen ihre Ankündigung einer Demokratisierung als reine Demagogie entlarvt. Es geht ihnen offensichtlich nicht um eine tatsächliche Demokratisierung, sondern lediglich um kosmetische Aufbesserung für das Ansehen ihres reaktionären Regimes.

Zahlreiche Einzelpersonlichkeiten und Organisationen blieben nicht bei ihrer Empörung stehen, sondern forderten solidarisch die sofortige Freilassung der beiden Generalsekretäre sowie die Freilassung aller anderen politischen Gefangenen und die Gewährung legaler und freier Arbeit der demokratischen Parteien, die Legalisierung einer Opposition.

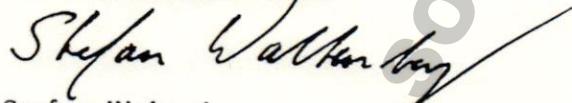
Auch in Wuppertal sollte sich dieser Protest äußern.

Aus diesem Grunde wende ich mich hiermit an Sie/Euch mit der Bitte, sich der beigefügten Erklärung anzuschließen.

Diese Erklärung soll in der lokalen Presse (z.B. Wupper Nachrichten) veröffentlicht werden sowie an die türkische Botschaft und die beiden verhafteten Generalsekretäre weitergeleitet werden.

Wir hoffen, damit einen Beitrag für die Solidarität mit den politischen Gefangenen in der Türkei zu leisten.

Mit freundlichem Gruß



Stefan Waltenberg



**LANDESVERBAND BREMEN  
DER GEWERKSCHAFT  
ERZIEHUNG UND WISSENSCHAFT**



Landesvorstand

2800 Bremen, 11. November 1987  
Löningstraße 35 · Rembertihochhaus  
Fernruf 32 61 82, 32 51 82

Kr/he

Necmettin Karaduman

B.M.M.

Ankara

Türkei

Sehr geehrter Herr Präsident,

kurz vor den vorgezogenen Wahlen in der Türkei gehören die Forderungen der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen nach demokratischen Verhältnissen zu den wichtigsten Punkten der politischen Tagesordnung.

Diejenigen, die aus dem Ausland die Entwicklungen in der Türkei verfolgen, haben trotz aller Meinungsdivergenzen auf anderen Gebieten, zu der Verwirklichung demokratischer Verhältnisse eine einhellige Meinung. Dies manifestiert sich auch in der Rede von Bundespräsident Richard von Weizsäcker anlässlich der Entgegennahme des Atatürk-Friedenspreises am 14. Oktober in Ankara.

Die Türkei gehört zu den 51 Gründungsmitgliedern der Vereinten Nationen. Die Türkei hat auch die Menschenrechtsdeklaration der Vereinigten Staaten, die Europäische Menschenrechtskonvention sowie die Schlußakte von Helsinki unterzeichnet. Desweiteren ist die Türkei auch ein Mitglied der NATO und ein assoziiertes Mitglied der EG. Die Türkei ist auch im Europaparlament vertreten und übernimmt gemäß ihrer Position in der Reihenfolge auch den Vorsitz des Europarates.

Trotzdem aber beachten die Regierungen vor allem in der Periode nach dem Militärputsch vom 12. September 1980 nicht die Rechte und Freiheiten, die den Charakter der internationalen Organisationen, deren Mitglied die Türkei ist, ausmachen und die in den internationalen Abkommen verbürgt sind. Insbesondere beachten die Regierungen nicht die Meinungs- und Organisationsfreiheit (Artikel 18., 19. und 20. der Menschenrechtsdeklaration).

Die Türkei ist das einzige Land in Europa, in dem die Legalität der Arbeiter- und kommunistischen Parteien auf legislativer und exekutiver Ebene verhindert wird. Dieser Zustand muß aufgehoben werden, und die demokratischen Regeln und juristischen Bestimmungen, die in allen europäischen Ländern gültig sind, müssen auch in der Türkei Gültigkeit erlangen.

Unter diesen Bedingungen ist das Vorhaben des Generalsekretärs der Arbeiterpartei der Türkei und des Generalsekretärs der Kommunistischen Partei der Türkei zurückzukehren, mit der Absicht, gemeinsam eine neue Partei zu gründen und die Legalität dieser Partei zu sichern, von großer Bedeutung für den Demokratisierungsprozeß.

Wir fordern, daß die Rechte und Freiheiten der Generalsekretäre beider Parteien sowie aller politischen Emigranten, bei ihrer Rückkehr in die Türkei garantiert werden.

Mit freundlichen Grüßen

*Ulrike Kröger*

(Ulrike Kröger)

- Landesgeschäftsführerin -

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA  
TÜSTAV



**LANDESVERBAND BREMEN  
DER GEWERKSCHAFT  
ERZIEHUNG UND WISSENSCHAFT**



Landesvorstand

2800 Bremen, 11. November 1987 Kr/he  
Lönningstraße 35 · Rembertihochhaus  
Fernruf 32 61 82, 32 51 82

Turgut Özal  
B.M.M.  
Ankara  
Türkei

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

kurz vor den vorgezogenen Wahlen in der Türkei gehören die Forderungen der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen nach demokratischen Verhältnissen zu den wichtigsten Punkten der politischen Tagesordnung.

Diejenigen, die aus dem Ausland die Entwicklungen in der Türkei verfolgen, haben trotz aller Meinungsdivergenzen auf anderen Gebieten, zu der Verwirklichung demokratischer Verhältnisse eine einhellige Meinung. Dies manifestiert sich auch in der Rede von Bundespräsident Richard von Weizsäcker anlässlich der Entgegennahme des Atatürk-Friedenspreises am 14. Oktober in Ankara.

Die Türkei gehört zu den 51 Gründungsmitgliedern der Vereinten Nationen. Die Türkei hat auch die Menschenrechtsdeklaration der Vereinigten Staaten, die Europäische Menschenrechtskonvention sowie die Schlussakte von Helsinki unterzeichnet. Desweiteren ist die Türkei auch ein Mitglied der NATO und ein assoziiertes Mitglied der EG. Die Türkei ist auch im Europaparlament vertreten und übernimmt gemäß ihrer Position in der Reihenfolge auch den Vorsitz des Europarates.

Trotzdem aber beachten die Regierungen vor allem in der Periode nach dem Militärputsch vom 12. September 1980 nicht die Rechte und Freiheiten, die den Charakter der internationalen Organisationen, deren Mitglied die Türkei ist, ausmachen und die in den internationalen Abkommen verbürgt sind. Insbesondere beachten die Regierungen nicht die Meinungs- und Organisationsfreiheit (Artikel 18., 19. und 20. der Menschenrechtsdeklaration).

Die Türkei ist das einzige Land in Europa, in dem die Legalität der Arbeiter- und kommunistischen Parteien auf legislativer und exekutiver Ebene verhindert wird. Dieser Zustand muß aufgehoben werden, und die demokratischen Regeln und juristischen Bestimmungen, die in allen europäischen Ländern gültig sind, müssen auch in der Türkei Gültigkeit erlangen.

Unter diesen Bedingungen ist das Vorhaben des Generalsekretärs der Arbeiterpartei der Türkei und des Generalsekretärs der Kommunistischen Partei der Türkei zurückzukehren, mit der Absicht, gemeinsam eine neue Partei zu gründen und die Legalität dieser Partei zu sichern, von großer Bedeutung für den Demokratisierungsprozeß.

Wir fordern, daß die Rechte und Freiheiten der Generalsekretäre beider Parteien sowie aller politischen Emigranten, bei ihrer Rückkehr in die Türkei garantiert werden.

Mit freundlichen Grüßen

*Ulrike Kröger*

(Ulrike Kröger)

- Landesgeschäftsführerin -

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA  
TÜSTAV



**LANDESVERBAND BREMEN  
DER GEWERKSCHAFT  
ERZIEHUNG UND WISSENSCHAFT**



Landesvorstand

2800 Bremen, 17. November 1987 Kr/he  
Löningstraße 35 · Rembertihochhaus  
Fernruf 32 61 82, 32 51 82

Kenan Evren  
Gankaya-Ankara  
Türkei

Sehr geehrter Herr Staatspräsident,

die GEW, Landesverband Bremen, protestiert gegen die Verhaftung von Haydar Kutlu, Generalsekretär der Türkischen Kommunistischen Partei, und Nihat Sargin, Generalsekretär der Türkischen Arbeiterpartei.

Wir fordern Sie auf, für ihre unverzügliche Freilassung zu sorgen und die Verfolgung der beiden Generalsekretäre und ihrer Parteien zu beenden.

Im Interesse der Wiederherstellung der Demokratie fordern wir Sie auf,

- eine freie politische und gewerkschaftliche Betätigung sowie die Versammlungs- und Organisationsfreiheit für alle Demokraten in der Türkei zu garantieren,
- eine Generalamnestie für alle politisch Verfolgten in der Türkei zu erlassen,
- und die legale Rückkehr aus dem Exil für alle Demokraten zu ermöglichen.

Mit freundlichen Grüßen

*Ulrike Kröger*  
(Ulrike Kröger)

- Landesgeschäftsführerin -



**LANDESVERBAND BREMEN  
DER GEWERKSCHAFT  
ERZIEHUNG UND WISSENSCHAFT**



Landesvorstand

2800 Bremen, 17. November 1987 Kr/he  
Löningstraße 35 · Rembertihochhaus  
Fernruf 32 61 82, 32 51 82

Necmettin Karaduman  
B.M.M.  
Ankara  
Türkei

Sehr geehrter Herr Präsident,

die GEW, Landesverband Bremen, protestiert gegen die Verhaftung von Haydar Kutlu, Generalsekretär der Türkischen Kommunistischen Partei, und Nihat Sargin, Generalsekretär der Türkischen Arbeiterpartei.

Wir fordern Sie auf, für ihre unverzügliche Freilassung zu sorgen und die Verfolgung der beiden Generalsekretäre und ihrer Parteien zu beenden.

Im Interesse der Wiederherstellung der Demokratie fordern wir Sie auf,

- eine freie politische und gewerkschaftliche Betätigung sowie die Versammlungs- und Organisationsfreiheit für alle Demokraten in der Türkei zu garantieren,
- eine Generalamnestie für alle politisch Verfolgten in der Türkei zu erlassen,
- und die legale Rückkehr aus dem Exil für alle Demokraten zu ermöglichen.

Mit freundlichen Grüßen

*Ulrike Kröger*  
(Ulrike Kröger)

- Landesgeschäftsführerin -

TÜSTAV  
TÜRKIYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI



# LANDESVERBAND BREMEN DER GEWERKSCHAFT ERZIEHUNG UND WISSENSCHAFT

Landesvorstand  
2800 Bremen, 17. November 1987 Kr/he  
Löningsstraße 35 · Rembertihochhaus  
Fernruf 32 61 82, 32 51 82

Turgut Özal  
B.M.M.  
Ankara  
Türkei

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

die GEW, Landesverband Bremen, protestiert gegen die Verhaftung von Haydar Kutlu, Generalsekretär der Türkischen Kommunistischen Partei, und Nihat Sargin, Generalsekretär der Türkischen Arbeiterpartei.

Wir fordern Sie auf, für ihre unverzügliche Freilassung zu sorgen und die Verfolgung der beiden Generalsekretäre und ihrer Parteien zu beenden.

Im Interesse der Wiederherstellung der Demokratie fordern wir Sie auf,

- eine freie politische und gewerkschaftliche Betätigung sowie die Versammlungs- und Organisationsfreiheit für alle Demokraten in der Türkei zu garantieren,
- eine Generalamnestie für alle politisch Verfolgten in der Türkei zu erlassen,
- und die legale Rückkehr aus dem Exil für alle Demokraten zu ermöglichen.

Mit freundlichen Grüßen

*Ulrike Kröger*  
(Ulrike Kröger)

- Landesgeschäftsführerin -



DEUTSCHE BUNDESPOST

Telegramm

Datum	Uhrzeit	Empfangen von	Empfangen in	Leistungsverk.	Datum	Uhrzeit	Verfügungsgewalt
Platz	Empfänger	Namenszeichen			Platz	Empfänger	
Beschreibung der Aufgabe TSI		Aufgaben-Nr.		Wunsch	Datum		
aus Bremen 5		18.11.1987		Uhrzeit		Vollendung	

Ordnungsgültig für Deutschland  
Name des Empfängers, Straße, Hausnummer usw.  
Devlet Güvenlik Mahkemeleri Savcılığı (Staatsanwaltschaft am Staatssicherheitsgericht  
Bestimmungs- / Bestimmungs-TSI  
Ankara  
Türkei  
We demand medical treatment and immediate stop of interrogation of Haydar Kutlu  
and Nihat Sargin teacher union of Bremen

Die stark umrahmten Teile sind vom Absender auszufüllen.  
Bitte Rückseite beachten.

Freie Gebühr (Nur bei Auslandsteil)	DM	PI	Wieder gedruckt
Wochengebühren	DM	PI	Wieder geschoben
Sonstige Gebühren	DM	PI	Werte hinzugefügt
Zusammen	DM	PI	Auf ungenügende Anschrift/ Dienstzeit hingewiesen
Angaben			

Absender Name und Anschrift ggf. Ortsteilnummer und Telefonnummern diese Angaben werden nicht mitgeteilt!  
GEW  
Löningsstr. 35  
2800 Bremen 1

937 200 099-5  
TO Am 1

Scn 10 84 8 7 6 5 4 3  
A5 Kl 38rc

Einlieferungsschein  
Bitte Rückseite beachten!

Wartungsbef. DM	Nachnahme DM	PI
Empfänger	2580	
Postwertzahl, Bestimmungsort, ggf. Zusatzpostamt		
Postwert	500	

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI TÜSTAV



# **LANDESVERBAND BREMEN DER GEWERKSCHAFT ERZIEHUNG UND WISSENSCHAFT**



Landesvorstand

2800 Bremen, 11. November 1987  
Lönningstraße 35 · Rembertihochhaus  
Fernruf 32 61 82, 32 51 82

Kr/he

Kenan Evren  
Gankaya-Ankara  
Türkei

Sehr geehrter Herr Staatspräsident,

kurz vor den vorgezogenen Wahlen in der Türkei gehören die Forderungen der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen nach demokratischen Verhältnissen zu den wichtigsten Punkten der politischen Tagesordnung.

Diejenigen, die aus dem Ausland die Entwicklungen in der Türkei verfolgen, haben trotz aller Meinungsdivergenzen auf anderen Gebieten, zu der Verwirklichung demokratischer Verhältnisse eine einhellige Meinung. Dies manifestierte sich auch in der Rede von Bundespräsident Richard von Weizsäcker anlässlich der Entgegennahme des Atatürk-Friedenspreises am 14. Oktober in Ankara.

Die Türkei gehört zu den 51 Gründungsmitgliedern der Vereinten Nationen. Die Türkei hat auch die Menschenrechtsdeklaration der Vereinigten Staaten, die Europäische Menschenrechtskonvention sowie die Schlussakte von Helsinki unterzeichnet. Desweiteren ist die Türkei auch ein Mitglied der NATO und ein assoziiertes Mitglied der EG. Die Türkei ist auch im Europaparlament vertreten und übernimmt gemäß ihrer Position in der Reihenfolge auch den Vorsitz des Europarates.

Trotzdem aber beachten die Regierungen vor allem in der Periode nach dem Militärputsch vom 12. September 1980 nicht die Rechte und Freiheiten, die den Charakter der internationalen Organisationen, deren Mitglied die Türkei ist, ausmachen und die in den internationalen Abkommen verbürgt sind. Insbesondere beachten die Regierungen nicht die Meinungs- und Organisationsfreiheit (Artikel 18., 19. und 20. der Menschenrechtsdeklaration).

Die Türkei ist das einzige Land in Europa, in dem die Legalität der Arbeiter- und kommunistischen Partei auf legislativer und exekutiver Ebene verhindert wird. Dieser Zustand muß aufgehoben werden, und die demokratischen Regeln und juristischen Bestimmungen, die in allen europäischen Ländern gültig sind, müssen auch in der Türkei Gültigkeit erlangen.

Unter diesen Bedingungen ist das Vorhaben des Generalsekretärs der Arbeiterpartei der Türkei und des Generalsekretärs der Kommunistischen Partei der

Türkei zurückzukehren, mit der Absicht, gemeinsam eine neue Partei zu gründen und die Legalität dieser Partei zu sichern, von großer Bedeutung für den Demokratisierungsprozeß.

Wir fordern, daß die Rechte und Freiheiten der Generalsekretäre beider Parteien sowie aller politischen Emigranten, bei ihrer Rückkehr in die Türkei garantiert werden.

Mit freundlichen Grüßen

*Ulrike Kröger*

(Ulrike Kröger)

- Landesgeschäftsführerin -

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI  
TÜSTAV

ANKARA DEVLET GUEVENLIK MAHKEMELERI SAVCISI NUSRET DEMIRAL  
ANKARA

WIR HABEN GEHOERT DASS DER GENERALSEKRETAER DER  
KOMMUNISTISCHEN PARTEI DER TUERKEI HAYDAR KUTLU BEIM  
VERHOER EINE HERZKRISE ERLITTEN HAT STOP WIR FORDERN  
DRINGEND DASS VERHOER EINZUSTELLEN UND EINEN ODER  
MEHRERE KARDIOLOGEN DEN ODER DIE DIE RECHTSANWAELTE  
DER BEIDEN GENERALSEKRETAERE VORSCHLAGEN WERDEN BEI  
DER BEHANDLUNG HERANZUZIEHEN  
PROF STUBY UNIVERSITAET BREMEN  
MARTIN THOMAS FRAKTIONSVORSITZENDER DER GRUENEN IN DER  
BREMER BUERGERSCHAFT  
WILLY HUNDERTMARK ERSTER VORSITZENDE DER VVN BUND DER  
ANTIFASCHISTEN BREMEN  
DR H HANNOVER RECHTSANWALT  
HORST ISOLA BUNDESVORSITZENDER DER ARBEITSGEMEINSCHAFT  
SOZIALDEMOKRATISCHER JURISTEN MITGLIED DER  
BREMISCHEN BUERGERSCHAFT  
DR MED H GEORG GUESE

TUERKIYE CUMHURİYETİ İÇİSLERİ BAKANLIĞI  
ANKARA

WIR HABEN GEHOERT DASS DER GENERALSEKRETAER DER  
KOMMUNISTISCHEN PARTEI DER TUERKEI HAYDAR KUTLU BEIM  
VERHOER EINE HERZKRISE ERLITTEN HAT STOP WIR FORDERN  
DRINGEND DASS VERHOER EINZUSTELLEN UND EINEN ODER  
MEHRERE KARDIOLOGEN DEN ODER DIE DIE RECHTSANWAELTE  
DER BEIDEN GENERALSEKRETAERE VORSCHLAGEN WERDEN BEI  
DER BEHANDLUNG HERANZUZIEHEN  
PROF STUBY UNIVERSITAET BREMEN  
MARTIN THOMAS FRAKTIONSVORSITZENDER DER GRUENEN IN DER  
BREMER BUERGERSCHAFT  
WILLY HUNDERTMARK ERSTER VORSITZENDER DER VVN BUND DER  
ANTIFASCHISTEN BREMEN  
DR H HANNOVER RECHTSANWALT BREMEN  
HORST ISOLA BUNDESVORSITZENDER DER ARBEITSGEMEINSCHAFT  
SOZIALDEMOKRATISCHER JURISTEN MITGLIED DER  
BREMISCHEN BUERGERSCHAFT  
DR MED H GEORG GUESE

An Senat und Bürgerschaft  
an alle demokratischen Parteien  
an die Gewerkschaften  
an die Kirchengemeinden  
an Universität und Hochschule  
an die fortschrittlichen Berufsorganisationen der Juristen und Ärzte

### **AUFRUF AN DIE DEMOKRATISCHE ÖFFENTLICHKEIT BREMENS**

Am 29. November finden in der Türkei die angekündigten vorgezogenen Parlamentswahlen statt. Ministerpräsident Özal und die Militärs wollen beweisen, daß nun auch die Türkei den "Weg zur Demokratie" eingeschlagen habe.

Die Wirklichkeit sieht anders aus: Nach wie vor werden in der Türkei elementare Menschenrechte verletzt. In den Gefängnissen wird brutal gefoltert. Das Recht auf gewerkschaftliche Organisation ist außer Kraft gesetzt. Die kurdischen Mitbürger werden weiter verfolgt und unterdrückt. Seit dem Militärputsch am 12. September 1980 mußten politisch und gewerkschaftlich aktive Demokraten für ihr Engagement mit Gefängnis-, z.T. mit Todesstrafen büßen oder ihr Land verlassen. Heute leben über zehntausend von ihnen im erzwungenen Exil: Man entzog ihnen die Pässe und die Staatsbürgerschaft. Die meisten von ihnen leben in der Bundesrepublik Deutschland.

Zwei Wochen vor den Parlamentswahlen sind die Generalsekretäre der Türkischen Kommunistischen Partei, Haydar Kutlu, und der Türkischen Arbeiterpartei (TIP), Nihat Sargin, in ihr Heimatland zurückgekehrt. Sie wollen damit ein Zeichen für gewaltfreien Widerstand gegen die Unterdrückung der Regierung setzen. Und sie wollen sich dafür einsetzen, daß auch im Nato-Partnerland Türkei eine politische Opposition arbeiten kann: Mit ihrem mutigen Beispiel bezwecken sie eine Generalamnestie für alle politisch Verfolgten. Und Sie beabsichtigen, in ihrer Heimat gemeinsam eine neue Partei zu gründen und die Legalität dieser Partei zu sichern.

Haydar Kutlu und Nihat Sargin wurden am 16. November, unmittelbar nach ihrer Ankunft in der Türkei, verhaftet und ungeachtet der Proteste der internationalen Begleitdelegation wie Schwerverbrecher abtransportiert.

Wir rufen die demokratische Öffentlichkeit dazu auf, die gewaltfreie Wiederherstellung der demokratischen Rechte in der Türkei zu unterstützen.

#### Nir rufen Sie auf:

- \* Protestieren Sie bei den verantwortlichen türkischen Stellen gegen die Verhaftung der beiden Generalsekretäre und fordern Sie ihre unverzügliche Freilassung!
- \* Setzen Sie sich ein für
  - die Garantie der freien politischen und gewerkschaftlichen Betätigung sowie der Versammlungs- und Organisationsfreiheit für alle Demokraten in der Türkei
  - eine Generalamnestie für alle politisch Verfolgten in der Türkei und die legale Rückkehrmöglichkeit aus dem Exil für alle Demokraten!

Ernst Waltemathe, MdB SPD  
Dr. Hannover, Rechtsanwalt  
Ohm, Rechtsanwalt  
Heinrich Albertz, Pastor,  
Armin Stolle, 1. Vorsitzende SPD-Bremen Ost  
Prof. Gerhard Stuby  
Horst Isola, Bundesvorsitzender der ASJ  
Dr. med. H. Georg Güse

Kontaktadresse: Heinrich Hannover, Knochenhauer Str. 11, 2800 Bremen 1  
Tel.: 18 231-3

An den  
Staatspräsidenten  
der Republik der Türkei  
Kenan Evren  
Ankara-Türkei

An den  
Präsidenten des Parlaments  
der Republik der Türkei  
Necmettin Karaduman  
T.B.M.M.  
Ankara-Türkei

An den  
Ministerpräsidenten  
der Republik der Türkei  
Turgut Özal  
T.B.M.M.  
Ankara-Türkei

Wir protestieren gegen die Verhaftung von Haydar Kutlu, Generalsekretär der Türkischen Kommunistischen Partei, und Nihan Sargin, Generalsekretär der Türkischen Arbeiterpartei.

Wir fordern Sie auf, für ihre unverzügliche Freilassung zu sorgen und die Verfolgung der beiden Generalsekretäre und ihrer Parteien zu beenden.

Im Interesse der Wiederherstellung der Demokratie fordern wir Sie auf

- eine freie politische und gewerkschaftliche Betätigung sowie die Versammlungs- und Organisationsfreiheit für alle Demokraten in der Türkei zu garantieren,
- eine Generalamnestie für alle politisch Verfolgte in der Türkei zu erlassen,
- und die legale Rückkehr aus dem Exil für alle Demokraten zu ermöglichen.

Name, Vorname	Organisation/Titel/Funktion	Unterschrift
---------------	-----------------------------	--------------

-----	-----	-----
-----	-----	-----

Adresse



confederación sindical de  
**comisiones obreras**

**SINDICATO GENERAL DEL ESPECTACULO**

C/Lope de Vega Nº 38 1ª 1  
28.014- Madrid.  
Tlf. 467. 10.75

Madrid, 29.04.88

BEM-Moltke Strasse, 45  
DUISBURG--(RFA)

Escelencia:

Le escribo para solicitarle la liberación inmediata e incondicional de Haydar Kutlú, Nihat Sargın y de todos los presos políticos encarcelado según tengo entendido, por -- ejercer de forma pacífica su derecho a la libre expresión, lo que contraviene la Declaración de Universal de Derechos Humanos. Y así mismo el - regreso de los exiliados.

Atentamente,



TÜRKİYE SOSYAL TARAFI ARAŞTIRMA VAKFI

Acılı Türkiye Demokratik halkının seçkin ve değerli savaşkan liderleri H.Kutlu ve N.Sargın'a

AÇIK MEKTUP

Savaşkan eşim ve ben,kısa bir süre için ülkemizde bulunduğunuzda sizleri yakından tanıma fırsatı bulamadıysak da,bu mektupla tüm içten duygular ve saygıyla sizleri kendimize çok yakın sevgili dostlarımız olarak hissettiğimizi bu mektupla söylemek istiyoruz.Yoldaşlar,ortak dava için mücadele edenler olarak yanınızda olmak ve bu sen derece zor,ama o denli de güzel olan halkın haklı mücadelesinde - hatta bizce de iyi "bilinen" çarpık ve kaba,sahte "vatan haini"vb.suçlamaların olduğu-sizlerin yanında olmak bizlere büyük onur verecektir.Çünkü herkesin çok iyi bildiği gibi,halkın-tüm halkların-gerçek ve boyun eğmez mücadelecileri hiçbir zaman ülkesine ve halkına ihanet etmezler.Gerektiğinde de gericiliğin ve şı tanıklar,cesur ve özendirici davacıları olurlar.

Türkiye halkını kanlı çizmeleri altında tutmaya devam eden bu güçlere karşı onurlu ve güzel mücadelenizi sürdürüyorsanızuz yoldaşlar."Düşman tektir,empenyalizmdir."

Bundan 15 yıl önce,bizler Yunan halkının yiğit mücadelecileri de ortak düşmanımızın en insanlık dışı yöntemlerini derinden hissettik.Bunun için biz de sizleri,hem sizin kişisel acılarınızı paylaşarak,hemde ailelerinizin tarifi imkansız duygularını tamamiyle anlayacak durumdayız.En önde savaşan tüm yurtsevenlerin ve boyun eğmez Türkiye halkının öfkesini anlayacak durumdayız.

Hapiste doğan ve tam 3 yıl boyunca hapiste yaşayan oğlumuz Miltiadis-zorbalara karşı özgürlük çağlığı olan-sevgili anne ve babaları ocuacvlerinde ve sürgünlerde yaşayan,korkunç işkencelere uğrayan,insanlık dışı yöntemlerle yokedilmeye çalışılan dostları Türk çocuklarına şunu söylüyor;Anne ve babaları için onur duysunlar 1.Anne ve babaları,kardeşleri Türkiye halkının en değerli,on çokkin evlatları,Nasım Hikmet'in ölümünün yüreğidirler,bırakalım Yunanistan'da "her şafak vakti ....." kurşuna dizilsinler.

Onlarla birlikte acı çeken,kendi yakınlarının,halkının özgürlüklerini inatla umut eden tüm acılı insanlara tam güvenle söyleyebiliriz ki, evet,sevgili küçük ve büyük dostlarımız,yoldaşlarımız,özgürlüğün,barışın, toplumsal ilerlemenin o çok değerli güneşi sizin ülkemizde de çok yakında doğacaktır.Şairimiz Yannis Ritsos'un dediği gibi,evinizin bahçesinde özgürce,gülerek oynayabilmeniz için,evinizin kapısını her sabah polis ve muhbirlerin değil,sütçünün çalabilmesi için.

Evet,sizlere birkez daha güvenle söylüyoruz;yüreğimizin arzulaadığı günler gelecektir!Hoşça kalın,kazanacağız!

YUNANISTAN

Kalbimiz ve bilimcimiz sizinle  
Sonsuz sevgiyle kucaklar ve öperiz.  
Değerli dostlarınız ve yoldaşlarınız

Eleni - Babis Gelemas

Atina 7 Haziran 1988

NOT:Eleni ve Babis Gelemas,yaşamları Yunanistan'da ve Avrupa'da büyük ilgi gören ve ödüller alan "Zer Yillar" filmine konu olmuş,mücadele ve özveri dolu yaşamlarının 17 yılını hapislerde geçiren ve bugün de YKP saflarında mücadele eden iki yurtseverdir.

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

# Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft im DGB

SC

## Landesverband Berlin

(Berliner Verband der Lehrer und Erzieher)

GEW BERLIN · Ahornstraße 5 · 1000 Berlin 30



BERLIN

Bezirk  
Schöneberg

Ahornstr. 5  
1000 Berlin 30  
telefon 030/ 246066  
landesrechtsschutzstelle  
telefon 030/ 2119138

Nihat Sargin  
Ankara Merkez Kapali Cezaevi  
Ulucanlar  
Ankara -Türkei

Ihr schreiben vom

Ihr zeichen

unser zeichen

datum

9.6.1988

Lieber Haydar Kutlu,

als Gewerkschafter verfolgen wir die Diskriminierung von Ausländern in unserer Stadt immer mit großer Sorge. Ebenso empört sind wir über die antidemokratischen jeder Rechtstaatlichkeit Hohn sprechenden Machenschaften der türkischen Regierung mit der Ihr und Eure Verteidiger an der Wahrnehmung demokratischer Rechte gehindert werdet.

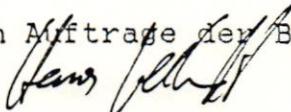
Mit großer Sympathie und Anerkennung verfolgen wir Euren mutigen Einsatz für die Realisierung demokratischer Grundrechte und für die Möglichkeit der freien politischen Betätigung der Arbeiterparteien in Eurem Land.

Wir stehen an Eurer Seite, wenn wir neben der Vertretung der wirtschaftlichen gewerkschaftlichen Interessen als Arbeitnehmer weiterhin auch politisch allen neofaschistischen und ausländerfeindlichen Tendenzen in unserem Lande entgegentreten werden.

Mitgliederversammlung der  
Gewerkschaft Erziehung Wissenschaft,  
Berlin-Schöneberg

Beschlossen am 8.6.1988

Im Auftrage der Bezirksleitung

  
(Hans Gellhardt)

# Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft im DGB

## Landesverband Berlin

(Berliner Verband der Lehrer und Erzieher)

GEW BERLIN · Ahornstraße 5 · 1000 Berlin 30

Haydar Kutlu  
Nabi Yagci  
Ankara Merkez Kapali Cezaevi  
Ulucanlar  
Ankara -Türkei



BERLIN

Bezirk  
Schöneberg

Ahornstr. 5  
1000 Berlin 30  
telefon 030/ 246066  
landesrechtsschutzstelle  
telefon 030/ 2119138

Ihr schreiben vom

Ihr zeichen

unser zeichen

datum 9.6.1988

Lieber Haydar Kutlu,

als Gewerkschafter verfolgen wir die Diskriminierung von Ausländern in unserer Stadt immer mit großer Sorge. Ebenso empört sind wir über die antidemokratischen jeder Rechtstaatlichkeit Hohn sprechenden Machenschaften der türkischen Regierung mit der Ihr und Eure Verteidiger an der Wahrnehmung demokratischer Rechte gehindert werdet.

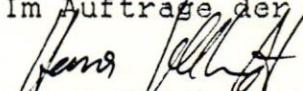
Mit großer Sympathie und Anerkennung verfolgen wir Euren mutigen Einsatz für die Realisierung demokratischer Grundrechte und für die Möglichkeit der freien politischen Betätigung der Arbeiterparteien in Eurem Land.

Wir stehen an Eurer Seite, wenn wir neben der Vertretung der wirtschaftlichen gewerkschaftlichen Interessen als Arbeitnehmer weiterhin auch politisch allen neofaschistischen und ausländerfeindlichen Tendenzen in unserem Lande entgegentreten werden.

Mitgliederversammlung der  
Gewerkschaft Erziehung Wissenschaft,  
Berlin-Schöneberg

Beschlossen am 8.6.1988

Im Auftrage der Bezirksleitung

  
(Hans Gellhardt)

# Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft im DGB

## Landesverband Berlin

(Berliner Verband der Lehrer und Erzieher)

GEW BERLIN · Ahornstraße 5 · 1000 Berlin 30



BERLIN

Bezirk  
Schöneberg

Ahornstr. 5  
1000 Berlin 30  
telefon 030/ 246066  
landesrechtsschutzstelle  
telefon 030/ 2119138

An den  
Ministerpräsidenten der  
Türkischen Republik  
Basbakaban Turgut Özal  
Basbakanlik  
Ankara - Türkei

Ihr schreiben vom

Ihr zeichen

unser zeichen

datum

9.6.88

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

wir haben erfahren, daß in diesen Tagen die Hauptverhandlung gegen den Generalsekretär der Kommunistischen Partei, Herrn Haydar Kutlu, und den Generalsekretär der Türkischen Arbeiterpartei, Herrn Nihat Sargin, eröffnet werden soll. Beide werden seit Weihnachten vorigen Jahres in Haft gehalten und gefoltert, weil sie in ihrem Land für die freie Betätigung ihrer Parteien eintreten. Ihre Verteidiger vor Gericht sind ebenfalls in Haft genommen worden, weil sie das Mandat angenommen hatten. Weiteren 420 Juristen steht die Inhaftierung bevor, wenn sie die angenommene Vertretungsvollmacht wahrnehmen.

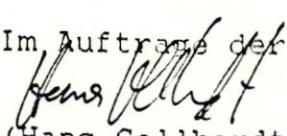
Wir Lehrer und Erzieher protestieren entschieden gegen diese Willkürakte und fordern die unverzügliche Haftentlassung der beiden Politiker sowie aller anderen politischen Gefangenen in Ihrem Lande sowie die Einstellung der Verfahren. Freiheit und Demokratie sind für uns unteilbare Werte und wir erwarten von Ihnen, Herr Ministerpräsident, daß Sie in Ihrem Lande für ihre Realisierung eintreten.

Hochachtungsvoll

Mitgliederversammlung der  
Gewerkschaft Erziehung Wissenschaft  
Berlin Schöneberg

Beschlossen am 8. 6. 1988

Im Auftrage der Bezirksleitung

  
(Hans Gellhardt)

10.04  
jett. ← 18 örgütün ortak çağrısı

altı çizili yerler  
italik

Çağrı → 12 m. jett.

9. Ak N  
52.

Uluslararası İnsan Hakları Federasyonu, Fransa İnsan Hakları Örgütü,  
Fransa yargıçlar sendikası, Fransa Avukatlar Sendikası, Fransa Demokrat  
Hukukçular örgütü, uluslararası Demokrat Hukukçular Örgütü, Demokrasi ve  
Özgürlükler İçin Avrupa yargıçlar Örgütü, Avrupa Demokrat Avukatlar Örg  
ütü, Afrika İnsan ve Haklar Halklar hakları Örgütü, Fransa Türkiye Derneği,  
Genel İş Kongederasyonu, Ulusal Eğitim Federasyonu, Fransız Komünist Par  
tisi, Birleşik Sosyalist Parti, Radikal Sol Parti, Cımade Yardım Kurumu,  
Türkiye'nin Demokratikleşmesine Katkı Komitesi, Özgürlük Ve Halkınma  
Komitesi 1 Haziran ünü ~~ortak~~ bir çağrı yayınladılar. Çağrıda, ~~söyle~~  
"İnsan hak ve özgürlüklerine saygıyla bağlı biz aşağıda imzaları bulunan  
örgütler, Türkiye'nin düşünce, söz ve örgütlenme gibi temel özgürlüklere  
gerçekten kavuşarak, Avrupa demokrasileri içinde yerini almasını diliyor  
Sayın Haydar Kutlu ve Dr Nihat Sargın'ın derhal serbest bırakılmasını ,  
bırakılarak siyasi faaliyetlerini tamamen özgür ve yasal olarak yürüte -  
bilmelerine olarak verilmesini istiyoruz. ~~deniliyor~~, Haydar Kutlu ve  
Nihat Sargın'ın tüm düşüncelerini paylaşmasak bile, onlar ile birlikte;  
- tüm düşünce akımları için demokratik hak ve özgürlüklerin kullanımının  
önündeki bütün engellerin kalkmasını, düşüncelerinden dolayı tutuklu olanlara  
genel af çıkarılmasını ve bu nedenle yürütülen soruşturmalara son veril-  
mesini- siyasi göçmenlerin ülkelerine dönme ve politik faaliyetlerini  
süzdürme özgürlüğünü, - her türlü işkence uygulamasına son verilmesini ve  
sorumluların cezalandırılmasını, - tüm cezalarının kaldırılmasını istiyoruz"  
deniliyor.

TÜRKİYE SOSYAL TARİHİ

İnsan hak ve

Görel

Alman Yazarlar Sendikası  
Kuzey Ren Westfalye örgütü Genel Kurul Kararı :

In Sorge um türkische Autoren und Journalisten, die wegen ihres Eintretens für eine Wiederherstellung der Demokratie in Ihrer Heimat Repressionen und Verfolgung ausgesetzt sind, wenden wir uns an die Öffentlichkeit.

Am 23.3.1988 verbot das Strafericht in Istanbul zwei Romane der Autoren Henry Miller und Ahmet Altan und ordnete die Vernichtung der Bücher an. Schon vorher geschah das gleiche mit einem Buch von Fusun Erbulak (Tageszeitung Cumhuriyet, 23.3.88). Zahlreiche Bücher unterliegen ebenfalls Verboten. Seit Jahren befinden sich 25 Chefredakteure in Haft.

In den acht Jahren seit der Machtübernahme durch das Militär sind 2000 Prozesse gegen 2978 Schriftsteller und Journalisten geführt worden. Die Zahl politischer Prozesse stieg Jahr für Jahr an: es gab 257 Prozesse gegen 437 Angeklagte im Jahr 1985, 258 Prozesse gegen 509 Angeklagte im Jahr 1986 und 317 Prozesse gegen 541 Angeklagte im Jahr 1987 (Cumhuriyet, 20.4.88).

Diese 2978 Autoren und Journalisten gehören dem gesamten politischen Spektrum von links bis rechts an; der Anteil von Kommunisten unter ihnen kann auf 5 Prozent geschätzt werden. Dessenungeachtet wurden die meisten von der Anklage als Kommunisten bezeichnet.

Um diesen Zustand zu beenden und die Arbeit der Kommunistischen Parteien zu legalisieren kehrten die Generalsekretäre der KP der Türkei, Haydar Kutlu, und der Arbeiterpartei der Türkei, Dr. Nihat Sargin, aus dem Exil zurück. Sie befinden sich seit ihrer Ankunft in Ankara am 16.10.87 unter Bruch türkischen Rechts in Haft und wurden gefoltert.

Auch der Versuch der Gründung einer sozialistischen Partei führte zu einem Prozess mit dem Ziel des Verbots.

Als VS-NRW erklären wir uns solidarisch mit den in der Türkei unterdrückten Schriftstellern und Journalisten.

Wir berufen uns auf die Menschenrechte, die in internationalen Abkommen von der Türkei anerkannt wurden, und wenden uns an die türkische Regierung als Mitglied der Vereinten Nationen, des Europarates und der NATO. Wir fordern:

- Freilassung der inhaftierten Kollegen und der politischen Gefangenen
- Freiheit für Presse und Literatur
- Wiederherstellung von Meinungsfreiheit und Organisationsfreiheit
- Legalisierung von Gewerkschaften und Parteien

Wir appellieren an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland, unsere Forderungen zu unterstützen und nachdrücklich für die Demokratisierung in der Türkei einzutreten.

Marl, den 30. April 1988

GEMEINDE der in WIESBADEN und UMGEBUNG LEBENDEN GRIECHEN e.V.

Main str. 6 und 7

Tel. 06121/608290

6200 Wiesbaden

Prot.Nr. 5

Datum: 7.1 1988

An die Türkische Botschaft in Bonn

Die Griechische Gemeinde Wiesbaden und Umgebung protestiert gegen die willkürliche Verhaftung der zwei politischen Gefangene HAYDAR KUTLU Generalsekretär der kommunistischen Partei Türkeis und NIHAT SARGIN Generalsekretär der Arbeiterpartei Türkeis.

Wir setzen uns ein für:

- Die Gewährleistung eines rechtlich einwandfreiem Verfahrens für die beiden Politiker
- Das Recht auf die freie politische Betätigung der beiden Politiker
- Die Garantie der vollen bürgerlichen Rechte und Freiheiten für die zurückkehrenden politischen Emigranten
- Die Anerkennung der verbotenen gewerkschaftlichen Organisation DISC und ihre 500.000 Mitglieder



ΤΟΥ. ΠΡΕ.  
 ΥΠΕ Str. 47  
 5000 Bonn 1

Miguel Vicente  
Pressewart  
Gartenfeldstr. 16  
D-6500 Mainz

Präsident Kenan Evren  
Präsidialamt  
Devlet Baskanligi  
Ankara  
TÜRKEI

Sehr geehrter Herr Präsident,

wir, die Internationale Liste, Mainz, in der Bundesrepublik Deutschland, appellieren an Sie, die beiden gewaltlosen politischen Gefangenen Haydar Kutlu und Dr. Nihat Sargin unverzüglich und ohne Bedingungen freizulassen.

- Beide politischen Gefangenen sind krank und haben bis heute zumindest keine Gelegenheit erhalten, zu ihren Anwälten und zu ihren Familien Kontakt aufzunehmen.

- Dieses Verhalten verstößt sowohl gegen die Charta der Menschenrechte als auch gegen das türkische Grundgesetz.

- Soweit uns bekannt ist, haben beide Gefangenen weder Gewalt angewendet noch propagiert.

- Wir betrachten unseren Einsatz für die beiden Gefangenen Haydar Kutlu und Dr. Nihat Sargin als einen Akt der Humanität und der Solidarität mit allen Demokraten und nicht als parteipolitische Aktivität.

Hochachtungsvoll



i. A. der Internationalen Liste

Internationale Liste

Mainz, den 16.12.87

Miguel Vicente  
Pressewart  
Gartenfeldstr. 16  
D-6500 Mainz

Ministerpräsident Turgut Özal  
Amt des Ministerpräsidenten  
Basbakanlik  
Ankara  
TÜRKEI

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

wir, die Internationale Liste, Mainz, in der Bundesrepublik Deutschland, appellieren an Sie, die beiden gewaltlosen politischen Gefangenen Haydar Kutlu und Dr. Nihat Sargin unverzüglich und ohne Bedingungen freizulassen.

- Beide politischen Gefangenen sind krank und haben bis heute zumindest keine Gelegenheit erhalten, zu ihren Anwälten und zu ihren Familien Kontakt aufzunehmen.

- Dieses Verhalten verstößt sowohl gegen die Charta der Menschenrechte als auch gegen das türkische Grundgesetz.

- Soweit uns bekannt ist, haben beide Gefangenen weder Gewalt angewendet noch propagiert.

- Wir betrachten unseren Einsatz für die beiden Gefangenen Haydar Kutlu und Dr. Nihat Sargin als einen Akt der Humanität und der Solidarität mit allen Demokraten und nicht als parteipolitische Aktivität.

Hochachtungsvoll



i. A. der Internationalen Liste

Internationale Liste

Mainz, den 16.12.87

Miguel Vicente  
Pressewart  
Gartenfeldstr. 16  
D-6500 Mainz

Kanzlei der Botschaft  
der Republik Türkei  
Utestr. 47  
5300 Bonn 2

Sehr geehrter Herr Botschafter,

wir erlauben uns unseren Appell zur Freilassung von Herrn Haydar Kutlu und Herrn Dr. Nihat Sargin ihnen zur Kenntnis zu bringen.

Hochachtungsvoll

*J. Fiedler*

i. A. der Internationalen Liste

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI  
TÜSTAV

GRIECHISCHE GEMEINDE MAINZ UND UMGEBUNG e.V.

ΕΛΛΗΝΙΚΗ ΚΟΙΝΟΤΗΤΑ MAINZ ΚΑΙ ΠΕΡΙΧΩΡΩΝ

An den  
Herrn Präsidenten  
Kenan Evren  
Devlet Baskanligi  
Ankara,  
Türkei

Mainz, 17.12.1987

Sehr geehrter Herr Präsident,

wir, die griechische Gemeinde in Mainz und Umgebung, Bundesrepublik Deutschland, appellieren an Sie, die beiden gewaltlosen politischen Gefangenen, Haydar Kutlu und Nihat Sargin, unverzüglich ohne Bedingungen freizulassen.

Beide politische Gefangene sind krank und haben bis heute zumindest keine Möglichkeit kontakt mit ihren Anwälten bzw. Familien aufzunehmen.

Dieses Verhalten verstößt sowohl gegen die Charta der Menschenrechte als auch gegen das türkische Grundgesetz.

Soweit uns bekannt ist, haben weder Haydar Kutlu noch Nihat Sargin jemals Gewalt angewandt oder propagiert.

Wir betrachten unseren Einsatz für die gewaltlosen, politischen Gefangenen Haydar Kutlu und Nihat Sargin als einen Akt der Humanität und Solidarität und keinesfalls als parteipolitischer Aktivität.

Hochachtungsvoll

für den Vorstand

Tapa Paraskevi



GRIECHISCHE GEMEINDE MAINZ UND UMGEBUNG e.V.

ΕΛΛΗΝΙΚΗ ΚΟΙΝΟΤΗΤΑ MAINZ ΚΑΙ ΠΕΡΙΧΩΡΩΝ

An den  
Herrn Ministerpräsidenten  
Turgut Özal  
Amt des Ministerpräsidenten  
Basbakanlik  
Ankara, Türkei

Mainz, den 17.12.1987

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

wir, die Griechische Gemeinde in Mainz und Umgebung, Bundesrepublik Deutschland, appellieren an Sie, die beiden gewaltlosen politischen Gefangenen Haydar Kutlu und Nihat Sargin unverzüglich ohne Bedingung freizulassen.

Beide politische Gefangene sind krank und haben bis heute zumindest keine Möglichkeit kontakt mit ihren Anwälten bzw. Familien aufzunehmen.

Dieses Verhalten verstößt sowohl gegen die Charta der Menschenrechte als auch gegen das türkische Grundgesetz.

Soweit uns bekannt ist, haben weder Haydar Kutlu noch Nihat Sargin jemals Gewalt angewandt oder propagiert.

Wir betrachten unseren Einsatz für die gewaltlosen politischen Gefangenen, Haydar Kutlu und Nihat Sargin, als einen Akt der Humanität und Solidarität und keinesfalls als parteipolitischer Aktivität.

Hochachtungsvoll,

für den Vorstand

Tapa Paraskewi

# Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) e.V.

Die VDJ ist eine Sektion der Association Internationale des Juristes Démocrates (A.I.J.D.) mit Sitz in Brüssel  
Die A.I.J.D. ist eine weltweite Organisation mit Konsultativstatus beim Rat für Wirtschaft und Soziales bei der  
UNO und der UNESCO

BEM -  
Pressezentrale EINHEIT  
Moltkestr. 45

4100 Duisburg 1

03.12.87  
Mö/kh

An das Zentralkomitee der Arbeiterpartei der Türkei/  
An das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Türkei/  
Euer Rundbrief vom 26.11.87, hier eingegangen am 03.12.87

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

da ich nicht ganz sicher bin, ob beiliegendes Telegramm bereits zu  
Eurer Kenntnisnahme gelangt ist, anbei nochmals eine Kopie.

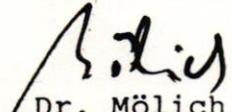
Ich habe im Namen der Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Ju-  
risten in der BRD und Berlin (West) unmittelbar nach der Verhaftung  
der beiden Generalsekretäre telefonisch bei der türkischen Bot-  
schaft in Bonn unseren schärfsten Protest ausgesprochen und deut-  
lich gemacht, daß einfachste demokratische Prinzipien in der Türkei  
nicht eingehalten werden.

Da eine Telefonverbindung mit Ankara (Innenministerium und Minister-  
präsident) unmittelbar nach den Verhaftungen nicht zustande kam, ha-  
be ich das in Kopie beiliegende Telegramm entsandt.

Ferner darf ich darauf hinweisen, daß unser langjähriger Vorsitzen-  
der und jetziges Vorstandsmitglied Prof. Dr. Gerhard Stuby für unse-  
re Vereinigung in Paris am internationalen Kongreß der Initiative  
"Freunde der Türkei" teilgenommen hat. Ein Bericht wird uns  
demnächst von ihm vorgelegt werden.

Ich darf Euch nochmals bestätigen, daß wir im Rahmen unserer Mög-  
lichkeiten alles tun werden, Euch in Eurem Kampf zu unterstützen

Mit solidarischen Grüßen

  
Dr. Mölich  
Bundessekretär

Sekretariat: Rechtsanwalt Joachim Schwammborn (Vorsitzender der Vereinigung), Rechtsanwältin Dr. Ursula Bucker (stellv. Vorsitzende),  
Rechtsanwalt Dr. Karl-Heinz Mölich (Bundessekretär), Rechtsanwalt und Steuerberater Gerhard Morstadt (Bundeskassierer),  
Rechtsanwalt Wolfgang Betz, Richter am Arbeitsgericht Peter Dreyer, Richter Winfried Kumpel, Prof. Dr. Norman Paech, Robert Roßbruch,  
Rechtsanwalt Helmut Tannen.

Im weiteren Vorstand: Rechtsanwalt Dr. h.c. Heinrich Hannover, Prof. Dr. Manfred Hinz, Dr. Helmut Kramer, Dr. Hans-Albert Lennartz,  
Dr. Dr. h.c. Hans Mertens, Prof. Dr. Gerhard Stuby, Prof. Dr. Roderich Wabsner, Dr. Henner Wolter.

# pressediens

# DFU

Herausgegeben vom Pressereferat  
des Bundesvorstandes der  
Deutschen Friedens Union  
Amsterdamer Straße 64  
5000 Köln 60  
Telefon 0221/764092/3  
Telex 8881 956

27/87

25. November 1987

In einem Telegramm an den Botschafter der Türkei in Bonn fordert der Arbeitsausschuß des Bundesvorstandes der Deutschen Friedens-Union die sofortige Freilassung von Nihat Sargin und Haydar Kutlu.

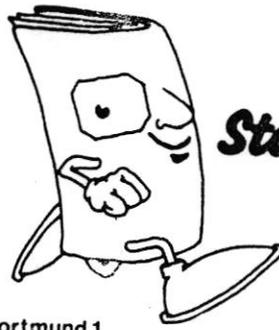
Das Telegramm hat folgenden Wortlaut:

"Sehr geehrter Herr Botschafter!

Der Arbeitsausschuß der Deutschen Friedens-Union bittet Sie, unsere Forderung nach sofortiger Freilassung von Herrn Nihat Sargin und Haydar Kutlu an Ihre Regierung weiterzuleien. Die willkürliche Verhaftung ist eine eklatante Verletzung der Menschenrechte und die Fortsetzung einer Politik, die die Meinungsunterdrückung zum Herrschaftsprinzip in der Türkei festschreiben soll.

Die Deutsche Friedens-Union fühlt sich mit anderen Demokraten dafür verantwortlich, daß wir ein Europa des Friedens und der Demokratie entwickeln, in dem für Willkür und Ungerechtigkeit kein Platz sein darf. Für uns heißt dies auch, daß Parteien und soziale Interessenvertretungen wie die kommunistische Partei endlich auch in der Türkei legal auftreten und ihre Meinung vertreten können mu ß."

Köln, den 25. November 1987



Stadtteil-Schule  
e.V.



Oesterholzstr. 74 46 Dortmund 1

Telefon: (0231) 83 71 38

Stadtteil-Schule Oesterholzstr. 74 46 Dortmund 1

An die  
Initiative "Solidarität  
mit den Demokraten i-  
der Türkei"

Dortmund, 18. 1. 88

↳ c/o Barbara Wermann  
Meylaatsstr. 73  
46 Dortmund 13

Liebe Freundinnen und  
Freunde,

Ihr könnt uns einmal als Verein  
Stadtteil-Schule Dortmund e.V. - und  
zum anderen als Arbeitskreis arbeitsloser  
Lehrerinnen und Lehrer - unter einem  
Auftrag setzen (die 4. Forderung zur Wiederher-  
stellung der demokratischen Rechte i-der Türkei-).  
Eine Informationsbroschüre über unsere  
Arbeit liegt bei. Über weitere Informationen  
über eure Arbeit wären wir dankbar  
(z.B. Plakate zum Aufhängen usw.).

Mit solidarischen Grüßen

i. H. Alie Siewe

INITIATIVE FÜR DEN SCHUTZ DER IN DIE TÜRKEI ZURÜCKKEHRENDEN  
POLITISCHEN EMIGRANTEN

An den  
Staatspräsidenten  
der Republik der Türkei

An den  
Präsidenten des Parlaments  
der Republik der Türkei

An den  
Ministerpräsidenten  
der Republik der Türkei

In der Türkei gehören die Forderungen der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppierungen nach demokratischen Verhältnissen kurz vor den vorgezogenen Wahlen zu den wichtigsten Punkten auf der politischen Tagesordnung.

Ungeachtet aller Meinungsdivergenzen besteht bei allen, die im Ausland die Entwicklung in der Türkei verfolgen, zu der Verwirklichung demokratischer Verhältnisse eine einheitliche Meinung. Dies manifestierte sich auch in der Rede von Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker anlässlich der Entgegennahme des Atatürk-Friedenpreises am 14. Oktober in Ankara.

Die Türkei gehört zu den 51 Gründungsmitgliedern der Vereinten Nationen. Die Türkei hat auch die Menschenrechtsdeklaration der Vereinten Nationen, die Europäische Menschenrechtskonvention sowie die Schlußakte von Helsinki unterzeichnet. Zudem ist die Türkei auch ein Mitglied der NATO und ein assoziiertes Mitglied der EG. Die Türkei ist auch im Europarat vertreten und nimmt turnusgemäß den Regeln entsprechend auch den Vorsitz des Europarates wahr.

Dessen ungeachtet werden in der Türkei die Rechte und Freiheiten, die in den Vereinbarungen der internationalen Organisationen, deren Mitglied auch die Türkei ist, festgeschrieben sind von den Regierungen besonders nach dem Militärputsch von 12. September 1980 nicht eingehalten. Dies gilt insbesondere für die Meinungs- und Organisationsfreiheit (Artikel 18., 19. und 20. der Menschenrechtsdeklaration).

Die Türkei ist das einzige Land in Europa, in dem die Legalität der Arbeiter- und kommunistischen Parteien auf legislativer und exekutiver Ebene verhindert wird. Dies muß geändert werden, damit die demokratischen und juristischen Grundsätze, die in allen europäischen Ländern gelten auch in der Türkei verwirklicht werden.

Unter diesen Bedingungen ist das Vorhaben des Generalsekretärs der Arbeiterpartei der Türkei (APdT) und des Generalsekretärs der ZK der Kommunistischen Partei der Türkei (KPdT), in die Türkei zurückzukehren, um gemeinsam eine neue Partei zu gründen und die Legalität dieser Partei zu sichern, von großer Bedeutung für den Demokratisierungsprozeß.

Wir als Demokraten fühlen uns verpflichtet diesen Demokratisierungsprozess zu unterstützen. Deshalb fordern wir, daß die Rechte und Freiheiten der Generalsekretäre beider Parteien sowie aller politischer Emigranten, die zurückkehren wollen in der Türkei garantiert werden.

Dr. Ulrich Briefs, SPD MdB  
Prof. Klaus Liebe Harkort, Bremen  
Prof. Lothar Kupp, Frankfurt  
Prof. Klaus Liebe Harkort, Bremen  
Detlev Lüderwald, Pfarrer, Frankfurt  
Michael Müller, SPD MdB  
Barbara Noak, SPD MdB  
Jannis Sakellariou, SPD MdE  
Renate Schmidt, SPD MdB  
Hans Günter Schramm, Friedensliste MdLP Bayern  
Ottmar Schreiner, SPD MdB  
Prof. Ursula Schumm-Garling, Dortmund  
Barbara Wiemann, Patörin

Name Vorname	Beruf	Adresse	Unterschrift	
Karl Heinz Schröder,	DKP-Präsidium,	Dünwalderweg 6, 5060 Berg.-Gladbach	H. H. Schmidt	
Heinz Lang,	DKP	Flurstr. 1	4000 Düsseldorf	H. Lang
Kontaktadresse: G. Parwes, Hansastr. 86, 4100 Duisburg 1				

Menschenrechte und Demokratie in der Türkei

Die Studierenden des 41, Studiengangs der Sozialakademie Dortmund sind von den Vorfällen des 16.11. 1987 betroffen. Eine derartige Verletzung der Menschenrechte ist in einem demokratischen Land undenkbar. Demokratie in der Türkei ist ein Anliegen ganz Europas. Die demokratische Weltöffentlichkeit verurteilt die Menschenrechtsverletzung in der Türkei und fordert die sofortige Freilassung der beiden Generalsekretäre. Nicht nur die Demokratische Weltöffentlichkeit, auch die Studierenden der Sozialakademie Dortmund unterstützen die Forderung zur Freilassung der beiden Generalsekretäre Kutlu und Sargin.

F.d.r.

Studierendenrat

H. Keyp  
A. Kutlu  
A. Vün  
A. Klippel



# Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) e. V.

Die VDJ ist eine Sektion der Association Internationale des Juristes Démocrates (A.I.J.D.) mit Sitz in Brüssel  
Die A.I.J.D. ist eine weltweite Organisation mit Konsultativstatus beim Rat für Wirtschaft und Soziales bei der  
UNO und der UNESCO

Regionalgruppe Mainz/Wiesbaden  
c/o Reinhard Schütte  
Schützenhofstraße 3  
6200 Wiesbaden  
Tel.: (06121) 3 98 55

Wiesbaden, den 19.11.87

Betr.: Solidarität mit türkischen Demokraten

Hier: Einladung zu einem Informationsgespräch über die aktuelle Situation  
in der Türkei am Dienstag, den 24.11.87 um 19.30 Uhr, Nebenraum der  
Gaststätte Weißenburger Hof, Sedanplatz 9, 6200 Wiesbaden

Liebe Freundinnen und Freunde,  
sehr geehrte Damen und Herren,

türkische Demokraten haben uns gebeten, aus aktuellem Anlaß zu obigem  
Informationsabend einzuladen:

Am Montag, den 16.11.87 sind die beiden Generalsekretäre der Vereinigten  
Kommunistischen Partei der Türkei (VKPdT) bei ihrer Rückkehr in die Tür-  
kei, die dem Ziel der Gründung einer legalen Partei diene, verhaftet  
worden.

Viele von Ihnen werden jetzt vielleicht denken, dies mußte ja aufgrund der  
Verhältnisse in der Türkei so kommen, denn bekanntlich gibt es in der  
Türkei keine Demokratie. Es gibt politische Gefangene, es gibt Folter.  
Freie Betätigung für Gewerkschaften, für demokratische Parteien und demo-  
kratische Organisationen, insbesondere der Arbeiterschaft, ist verboten.

Dennoch ist die jetzige Regierung einem größeren Druck seitens der türki-  
schen Bevölkerung und der demokratischen Weltöffentlichkeit ausgesetzt. Es  
herrscht derzeit ein Zustand, in dem entweder ein friedlicher Weg zur  
Demokratie durchgesetzt werden kann, wo jedoch gleichzeitig auch die Ge-  
fahr besteht, daß eine neue Militärregierung die Macht übernimmt. In die-  
ser Situation hat die öffentlich angekündigte Einreise der beiden General-  
sekretäre Kutlu und Sargin in der türkischen Öffentlichkeit große Aufmerk-  
samkeit hervorgerufen und vielfache Zustimmung bis hin zu sozialdemokra-  
tischen, liberalen und sogar konservativen Kreisen gefunden.

Mit der Verhaftung der beiden Generalsekretäre zeigt jedoch die türkische  
Regierung, daß sie entgegen anders lautender Beteuerungen von sich aus  
nicht bereit ist, volle demokratische Rechte zu gewähren. Sie will mit der  
Verhaftung die nach dem Militärputsch 1980 zahlreich ins Ausland vertrie-  
benen politischen Emigranten vor einer Rückkehr warnen und sich somit um  
die politische Auseinandersetzung mit diesen demokratischen Kräften im  
eigenen Land herumdrücken.

*Sekretariat: Prof. Dr. Norman Paech (Vorsitzender der Vereinigung), Rechtsanwältin Dr. Ursula Bucker (stellv. Vorsitzende),  
Rechtsanwalt Joachim Schwammhorn (Bundessekretär), Rechtsanwalt und Steuerberater Gerhard Morstadt (Kassierer),  
Rechtsanwalt Wolfgang Betz, Richter am Arbeitsgericht Peter Dreyer, Winfried Kümpel, Dr. Karl-Heinz Mölich,  
Robert Rossbruch, Rechtsanwalt Helmut Tannen.*

*Im weiteren Vorstand: Rechtsanwalt Dr. h. c. Heinrich Hannover, Prof. Dr. Manfred Hinz, Dr. Helmut Kramer, Dr. Hans-Albert Lennartz,  
Dr. Dr. h. c. Hans Mertens, Prof. Dr. Gerhard Study, Prof. Dr. Roderich Wahsner, Dr. Henner Wolter.*

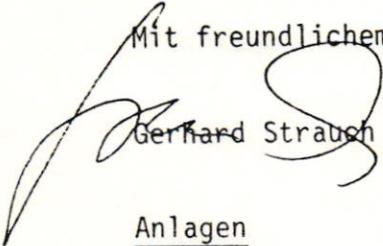
Bundessekretariat: D-6000 Frankfurt am Main 1 · Heiligkreuzgasse 29 · Telefon (069) 291446

Im Rahmen unseres Eintretens für die Verwirklichung demokratischer Rechte und der internationalen Solidarität halten wir es für erforderlich, daß die demokratische Öffentlichkeit mit dafür sorgt, daß die verhafteten Generalsekretäre der VKPdT freigelassen werden und daß darüber hinaus alle politischen Emigranten mit der Gewißheit in die Türkei zurückkehren können, daß sie sich dort ohne politische Repressalien betätigen können.

Ich möchte an dieser Stelle darauf verweisen, daß es durch eine breite Solidaritätsbewegung in der BRD möglich geworden ist, dem chilenischen Pinochet-Regiem die Freilassung der deutsch-chilenischen Demokratin Beatrix Brinkmann abzurufen.

Anliegend übersende ich einen von einer "Initiative für den Schutz der in die Türkei zurückkehrenden politischen Emigranten" vorbereiteten Brief an die Regierung der Türkei. Nach Auskunft der türkischen Demokraten gehören dieser Initiative bereits Persönlichkeiten aus SPD, GRÜNEN, Pfarrer Lüderwald, u.a. an. Soweit der Brief Unterstützung findet, so bitte ich darum diesen entweder direkt nach Ankara/Türkei zu schicken oder ihn weiterzuleiten an die Pressezentrale Einheit, Moltkestraße 45, 4100 Duisburg 1, die derartige Briefe gesammelt mit türkischem Briefkuvert abschickt, wodurch möglicherweise eher gesichert ist, daß diese postalisch richtig ankommen.

Mit freundlichem Gruß

  
Gerhard Strauch

Anlagen

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMALARI VE YAYINLARI  
TÜSTAV

# Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) e. V.

Die VDJ ist eine Sektion der Association Internationale des Juristes Démocrates (A.I.J.D.) mit Sitz in Brüssel  
Die A.I.J.D. ist eine weltweite Organisation mit Konsultativstatus beim Rat für Wirtschaft und Soziales bei der  
UNO und der UNESCO

An

Wiesbadener Kurier

Wiesbadener Tagblatt

Regionalgruppe Mainz/Wiesbaden  
c/o Reinhard Schütte  
Schützenhofstraße 3  
6200 Wiesbaden  
Tel.: (0 61 21) 3 98 55

Wiesbaden, den 10.12.87

Betr.: Tag der Menschenrechte/Berichterstattung über Verhaftungen und Folterungen  
in der Türkei

Sehr geehrte Damen und Herren,

den Tag der Menschenrechte möchten wir zum Anlaß nehmen, auf zutiefst undemokratische Ereignisse in der Türkei hinzuweisen, die in der Presseberichterstattung unseres Erachtens nach zu kurz gekommen sind. Nachdem über die Wahlen in der Türkei ausführlich berichtet worden ist, ist es auch geboten, über die Schattenseiten der derzeitigen türkischen Regierung zu berichten:

Am 16.11.87 sind bei ihrer freiwilligen Rückkehr in die Türkei der Generalsekretär der Arbeiterpartei der Türkei (TIP), Nihad Sargin, und der Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Türkei (KPdT), Haidar Kutlu, verhaftet worden. Nähere Einzelheiten hierzu und Hintergrundmaterial fügen wir anliegend bei.

Zusätzlich wurden vor ca. 10 Tagen zwei Funktionäre der Automobilarbeitergewerkschaft verhaftet. Von ihnen fehlt bislang jede Spur.

Die Verhafteten Kutlu und Sargin sind nach über zweiwöchiger Haft im Folterzentrum des Polizeipräsidiums zum Staatssicherheitsgericht überführt worden und hatten dort nach drei Wochen erstmals Gelegenheit, für eine Stunde ihre Anwälte zu sprechen. Sie haben in diesem Gespräch von allen Arten menschenunwürdiger Folter berichtet. Nach dem Gefängnisbesuch wurden auch zwei Rechtsanwälte in Haft genommen.

Es gibt bundesweit und weltweit zahlreiche Initiativen, die sich für die Freilassung einsetzen. Eine entsprechende Resolution hat auch am 19.11.87 das Plenum des Europaparlaments verabschiedet. Aus Kreisen der SPD hat etwa das Präsidiumsmitglied Heidi Wieczorek-Zeul in Telegrammen gegen die Verhaftung protestiert.

Sekretariat: Prof. Dr. Norman Paech (Vorsitzender der Vereinigung), Rechtsanwältin Dr. Ursula Bücken (stellv. Vorsitzende),  
Rechtsanwalt Joachim Schwammhorn (Bundessekretär), Rechtsanwalt und Steuerberater Gerhard Morstadt (Kassierer),  
Rechtsanwalt Wolfgang Betz, Richter am Arbeitsgericht Peter Dreyer, Winfried Kümpel, Dr. Karl-Heinz Mölich,  
Robert Rossbruch, Rechtsanwalt Helmut Tannen.

/2

Im weiteren Vorstand: Rechtsanwalt Dr. h. c. Heinrich Hannover, Prof. Dr. Manfred Hinz, Dr. Helmut Kramer, Dr. Hans-Albert Lennartz,  
Dr. Dr. h. c. Hans Mertens, Prof. Dr. Gerhard Stuby, Prof. Dr. Roderich Wahsner, Dr. Henner Wolter.

Bundessekretariat: D-6000 Frankfurt am Main 1 · Heiligkreuzgasse 29 · Telefon (069) 291446

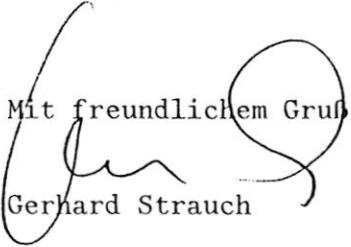
Unsere Vereinigung hat die Menschenrechtsverletzungen der türkischen Regierung zum Anlaß genommen zu einer Veranstaltung am

Mittwoch, den 16.12.87, 19.30 Uhr,  
im Schulungsraum der IG Druck und Papier,  
Wellritzstr. 49, 6200 Wiesbaden

einzuladen.

Es geht hierbei um die politische Situation in der Türkei nach dem Militärputsch 1980 und die Verhaftung der Generalsekretäre Kutlu und Sargin. Es werden referieren eine türkische Kollegin sowie Pfarrer Lüderwald und Rechtsanwalt Reiner Thiele, die kürzlich mit Delegationen in der Türkei waren.

Mit freundlichem Gruß

  
Gerhard Strauch

Anlagen

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI  
TÜSTAV

# Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) e. V.

Die VDJ ist eine Sektion der Association Internationale des Juristes Démocrates (A.I.J.D.) mit Sitz in Brüssel  
Die A.I.J.D. ist eine weltweite Organisation mit Konsultativstatus beim Rat für Wirtschaft und Soziales bei der  
UNO und der UNESCO

Regionalgruppe Mainz-Wiesbaden  
c/o Gerhard Strauch  
Schützenhofstraße 3  
6200 Wiesbaden  
Tel. (06121) 3 98 55

Wiesbaden, den 08.12.87

Betr.: Türkei Solidarität/Veranstaltungshinweise

Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
sehr geehrte Damen und Herren,

wir weisen zunächst auf folgende wichtige und sicher sehr interessante Ver-  
anstaltungen hin:

Politische Situation in der Türkei nach dem Militärputsch 1980 und  
die Verhaftung der Generalsekretäre Kutlu und Sargin

Datum: Mittwoch, 16.12.87, 19.30 Uhr

Ort: Schulungsraum der IG Druck und Papier, Wellritzstraße 49, 6200 Wiesbaden  
(Kinobereich reingehen, dann links in den 1. Stock);

Referenten: eine türkische Kollegin, Pfarrer Lüderwaldt und Rechtsanwalt  
Rainer Thiele.

Die beiden zuletzt genannten waren Mitglieder von Delegationen, die in die  
Türkei gereist sind, um gegen die Verhaftung der Generalsekretäre Kutlu und  
Sargin zu protestieren.

Da die bürgerliche Presse der BRD über diese Verhaftungen als Ausdruck der  
Unterdrückung der demokratischen Opposition in der Türkei so gut wie nicht

Sekretariat: Prof. Dr. Norman Paech (Vorsitzender der Vereinigung), Rechtsanwältin Dr. Ursula Bucker (stellv. Vorsitzende), /2  
Rechtsanwalt Joachim Schwammhorn (Bundessekretär), Rechtsanwalt und Steuerberater Gerhard Morstadt (Kassierer),  
Rechtsanwalt Wolfgang Betz, Richter am Arbeitsgericht Peter Dreyer, Winfried Kumpel, Dr. Karl-Heinz Mölich,  
Robert Rossbruch, Rechtsanwalt Helmut Tannen.

Im weiteren Vorstand: Rechtsanwalt Dr. h. c. Heinrich Hannover, Prof. Dr. Manfred Hinz, Dr. Helmut Kramer, Dr. Hans-Albert Lennartz,  
Dr. Dr. h. c. Hans Mertens, Prof. Dr. Gerhard Stuby, Prof. Dr. Roderich Wabsner, Dr. Henner Wolter.

Bundessekretariat: D-6000 Frankfurt am Main 1 · Heiligkreuzgasse 29 · Telefon (069) 291446

berichtet hat, wollen wir möglichst zahlreich am

Donnerstag, 10.12.87 (Tag der Menschenrechte) um 16.00 Uhr zum  
Wiesbadener Kurier und anschließend zum Wiesbadener Tagblatt gehen.

Treffpunkt: 15.30 Uhr am Imbißstand, Mauritiusplatz.

Wir wollen mit Zeitungsredakteuren sprechen und ihnen Materialien über die Situation in der Türkei übergeben. Um zahlreiche Beteiligung wird gebeten !

Bezüglich der Verhaftung der beiden Generalsekretäre Kutlu und Sargin ist der aktuelle Stand folgender:

Die beiden wurden inzwischen vom Polizeigefängnis, einem bekannten Folterzentrum, in das Staatssicherheitsgefängnis gebracht und dort von der Staatsanwaltschaft verhört. Bei dem Transport hatten sie kurz Gelegenheit, in der Nähe stehenden Menschen mitzuteilen, daß sie gefoltert worden seien.

Noch immer werden sie völlig isoliert, konnten noch nicht mit ihren Anwälten sprechen. Eine Anklage ist ebenfalls noch nicht erhoben. Die Haft ist auch insbesondere deswegen unzulässig, weil die beiden freiwillig mit dem Ziel der Gründung einer legalen Partei in die Türkei eingereist sind und somit keine Fluchtgefahr besteht.

Am 30. November wurden zusätzlich zwei Gewerkschaftssekretäre der Automobilarbeitergewerkschaft der Türkei ohne Angabe von Gründen verhaftet. Von ihnen fehlt zur Zeit noch jede Spur.

Bundesweit hat sich bereits eine sehr breite "Initiative für den Schutz der in die Türkei zurückkehrenden politischen Emigranten" gegründet, der aus dem hiesigen Raum etwa die Fachhochschulprofessorin Barbara Dietrich und aus Mainz der Pfarrer Petri und der Theologe Simanowski angehören. Zahlreiche andere Wiesbadener Bürger/innen unterstützen diese Initiative ebenfalls.

Wir hoffen, daß wir spätestens bei der Veranstaltung am 16.12.87 auch eine solche Initiative in Wiesbaden gründen können und bitten um zahlreiche Unterstützung.

Mit freundlichem Gruß

Gerhard Strauch

# Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) e. V.

Die VDJ ist eine Sektion der Association Internationale des Juristes Démocrates (A.I.J.D.) mit Sitz in Brüssel  
Die A.I.J.D. ist eine weltweite Organisation mit Konsultativstatus beim Rat für Wirtschaft und Soziales bei der  
UNO und der UNESCO

Regionalgruppe Mainz/Wiesbaden  
c/o Reinhard Schütte  
Schützenhofstraße 3  
6200 Wiesbaden  
Tel.: (0 61 21) 3 98 55

Wiesbaden, den 27.11.87

Betr.: Initiative zur Solidarität mit türkischen Demokraten und zur Freilassung  
der Generalsekretäre Kutlu und Sargin  
hier: Einladung zum nächsten Treffen und zur Gründung der Initiative am  
Mittwoch, den 02.12.87, 19.30 Uhr im Schulungsraum der IG Druck und Papier,  
Wellritzstraße 49, 6200 Wiesbaden (1. Stock über dem Kino)

Liebe Freundinnen und Freunde,  
sehr geehrte Damen und Herren,

bei unserem ersten Informationstreffen über die Verhaftung der Generalsekretäre  
Sargin (Arbeiterpartei der Türkei) und Kutlu (Kommunistische Partei der Türkei)  
in der Türkei waren bereits zahlreiche deutsche und ausländische Mitbürger/innen  
erschienen. Wir waren uns einig darüber, daß es zur Verstärkung der Solidarität  
wichtig wäre, eine Initiative zu bilden.

Ich möchte daher an dieser Stelle alle Angesprochenen darum bitten, bei dem  
nächsten Treffen oder auch schon vorher oder nachher mitzuteilen, ob sie entwe-  
der mit ihrer Organisation oder als Person die Initiative unterstützen wollen.

Arbeitsgrundlage der Initiative ist der im letzten Rundschreiben mitgeschickte  
Text der bundesweiten Initiative. Diese wird u. a. getragen von Dr. Ulrich Briefs  
(Die Grünen MdP), Prof. Lothar Kupp (Frankfurt/Main), Pfarrer Detlev Lüderwald  
(Frankfurt), Pfarrer Horst Symonovski (Mainz), Renate Schmidt (SPD MdP),  
Hans-Günther Schramm (Friedensliste MdL-Bayern), Rechtsanwalt Heinrich Hannover.

Es wird auch darum gebeten, Protestschreiben, Telegramme und Telefonanrufe an  
die Botschaft der Türkei in Bonn und den Staats- und Ministerpräsidenten in der  
Türkei fortzusetzen. Nach wie vor sind die beiden Generalsekretäre verhaftet  
und befinden sich immer noch im Folterzentrum des Polizeipräsidiiums Ankara, er-  
halten keine ausreichende ärztliche Betreuung und können ihre Rechtsanwälte  
nicht sprechen. Die internationale Solidarität hat sich sehr breit entwickelt.  
Das Europaparlament wird eine Delegation in die Türkei schicken. Das gleiche

Sekretariat: Prof. Dr. Norman Paech (Vorsitzender der Vereinigung), Rechtsanwältin Dr. Ursula Bucker (stellv. Vorsitzende),  
Rechtsanwalt Joachim Schwammhorn (Bundessekretär), Rechtsanwalt und Steuerberater Gerhard Morstadt (Kassierer),  
Rechtsanwalt Wolfgang Betz, Richter am Arbeitsgericht Peter Dreyer, Winfried Kümpel, Dr. Karl-Heinz Mölich,  
Robert Rossbruch, Rechtsanwalt Helmut Tannen.

b. w.

Im weiteren Vorstand: Rechtsanwalt Dr. h. c. Heinrich Hannover, Prof. Dr. Manfred Hinz, Dr. Helmut Kramer, Dr. Hans-Albert Lennartz,  
Dr. Dr. h. c. Hans Mertens, Prof. Dr. Gerhard Stuby, Prof. Dr. Roderich Wahsner, Dr. Henner Wolter.

Bundessekretariat: D-6000 Frankfurt am Main 1 · Heiligkreuzgasse 29 · Telefon (069) 291446

hat auch die SPD Bundestagsfraktion beschlossen. Ebenso hat der DGB in einer aktuellen Erklärung die Wiederherstellung der Demokratie in der Türkei auf allen gesellschaftlichen Ebenen gefordert.

Anliegend noch einen Hinweis auf eine Informationsveranstaltung mit Pfarrer Lüderwald in Mainz am Montag, den 30.11.87.

Mit freundlichem Gruß

Gerhard Strauch

Werner Petri  
Karl-Zörgiebel-Str 52  
6500 Mainz

S O L I D A R I T Ä T mit den D E M O K R A T E N  
in der T Ü R K E I

Liebe Freunde/innen !

Wie Sie wissen sind vorige Woche die beiden Generalsekretäre H. Kuftlu und N. Bargin bei dem Versuch öffentlich wieder in die Türkei zurück zu kehren verhaftet worden. Sie wollten versuchen in der Türkei legal eine kommunistische Partei aufzubauen.

Bei ihrer Rückkehr wurden sie von einer großen Delegation begleitet. Zu dieser Delegation gehörte auch Pfarrer Detlev Lüderwaldt, der Geschäftsführer des Initiativausschusses Ausländische Mitbürger in Hessen.

Wir haben ihn eingeladen um uns von seinen Erfahrungen mit dieser Delegation in der Türkei zu berichten.

Bitte kommt am

Montag, den 30. November 19.30 Uhr in das  
Neustadtzentrum, Nebenraum -Hochpaterra  
Goethestr. 7

Wir wollen miteinander überlegen ob und wie wir in Mainz die beiden Verhafteten unterstützen können.

Bitte gebt diese Einladung an Interessierte weiter !

Mit freundlichen Grüßen

i.A.

Werner Petri  
(Werner Petri)

**Industriegewerkschaft Metall  
für die Bundesrepublik Deutschland**



**Verwaltungsstelle Dortmund**

4600 Dortmund 1, den 04. März 1988  
Ostwall 17-21  
Fi/St

**Solidarität mit den Demokraten in der Türkei**

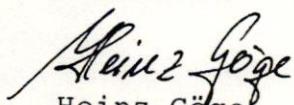
Die politischen Veränderungen in der Türkei haben immer noch nicht zu einer Wiederherstellung demokratischer Grundfreiheiten und der gewerkschaftlichen Grundrechte geführt.

Nach wie vor sind viele Menschen inhaftiert und werden gefoltert.

Der Ausländerausschuß der IG Metall, Verwaltungsstelle Dortmund, ist gegen Unterdrückung und Verfolgung und fordert die Freilassung politischer Gefangener und die Respektierung freier Gewerkschaften in aller Welt.

Mit solidarischem Gruß

IG Metall - Verwaltungsstelle Dortmund  
Ausländerausschuß

  
Heinz Göge

  
Iris Finke

TÜRKİYE SOSYAL TARİH RAŞIRMA VAKFI



# Jusos in der SPD

Unterbezirk Dortmund



Initiative "Solidarität mit den Demokraten der Türkei"

c/o Barbara Wiemann  
Meylandstr. 73  
4600 Dortmund

Leopoldstr. 16 - 20  
Postfach 1665  
4600 Dortmund 1

Tel. (02 31) 81 88 26-28  
Bank für Gemeinwirtschaft  
Dortmund Kto. 10 006 171

Dortmund, den 1. März 1988

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

mit diesem Schreiben möchten wir unsere Solidarität mit Eurer Mahnwache am 4. und 5. März 1988 in Dortmund ausdrücken und Euch viel Erfolg für diese Aktion wünschen.

Auch die Jusos in Dortmund haben mit Bestürzung die Verhaftung der beiden Generalsekretäre, der inzwischen zur "Vereinigten Türkischen Kommunistischen Partei" zusammengeschlossenen TIP und TKP, aufgenommen.

Gerade in einem Zeitraum, wo sich die Türkei offiziell um die Aufnahme in die Europäische Gemeinschaft bemüht und auch der türkische Ministerpräsident Özal - wenn auch nur in vagen Andeutungen - die Aufhebung des KP-Verbotes in Aussicht gestellt hat, ist es für uns umso unverständlicher, daß man Haydar Kutlu und Nihal Sargin bei ihrer Rückkehr verhaftet hat.

Für uns zeigt sich mit dieser Aktion, wieder einmal, daß von einer Demokratisierung in der Türkei noch lange nicht zu sprechen ist.

Deshalb möchten wir hiermit Eure Forderungen nach der Einhaltung der Menschenrechte in der Türkei, Aufhebung der Paragraphen 141 und 142 des türkischen Strafgesetzbuches - also die Aufhebung des KP-Verbotes- und die sofortige Freilassung von Kutlu und Sargin noch einmal unterstreichen.

Viel Erfolg für Eure Aktion und solidarische Grüße

Jörg Uehling

(stv. Juso-UB Vorsitzender)

Liebe Freundinnen und Freunde,

Das Antifaschistische Forum, der Zusammenschluß der antifaschistischen Initiativen Dortmunds, solidarisiert sich mit dem Komitee "Solidarität mit den Demokraten in der Türkei".

Wir wissen, daß trotz aller offiziellen Beschwichtigungen in der Türkei nach wie vor die demokratische Bewegung, ihre Mitglieder und führenden Persönlichkeiten unterdrückt, verfolgt und der Folter unterworfen werden.

Die neulichliche Verhaftung der Generalsekretäre Kutlu und Sargin hat das vorübergehend ins Licht der Öffentlichkeit gebracht.

Nach wie vor sind diese Männer, wie auch viele anderer Menschen in der Türkei in den Gefängnissen und z. Teil sogar von der Todesstrafe bedroht.

Diese Verfolgungen von Menschen, die nichts als demokratische Grundrechte praktizieren, müssen in Europa geächtet werden.

Insbesondere sind die Regierungen der Bundesrepublik auch gefordert, den bis hierher reichenden Verfolgungen der politischen Flüchtlinge aus der Türkei entgegenzutreten und ihnen Schutz und Asyl zu gewähren.

Wir wünschen dem Anliegen Eurer Aktion, breitere Kreise auf diese Praktiken hinzuweisen und Solidarität zu entwickeln, viel Erfolg.

Viel Erfolg bei Eurer Aktion!

Mit solidarischen Grüßen

Antifaschistisches Forum Dortmund

*i.A. Elke Steiner*

EVANGELISCHE STUDENTENGEMEINDE  
KASSEL

35 KASSEL, den 20.11.1987  
Goethestr. 96 Tel. 36015  
Konto: Volksbank Kassel 4221

An die  
türkische Botschaft  
Utestraße 47  
5300 Bonn

-  
Sehr geehrte Damen und Herren,

wie uns bekannt wurde, sind bei der Einreise in die Türkei die beiden Herren Haydar Kütlu und Nihat Sargin von der Polizei in Verwahrung genommen worden.

Der Grund für ihre Festnahmen ist ihr Engagement für Freiheit und Gerechtigkeit.

Mit schärfster Form protestieren wir gegen diese antidemokratische Vorgehensweise - für uns gehört das Engagement für Freiheit und Gerechtigkeit zu den Grundrechten eines Menschen - und bitten Sie deshalb sich für die Freilassung von Herrn Haydar Kutlu und Nihat Sargin einzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen:

Mitarbeiter der Evangelischen Studentengemeinde Kassel

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARASTIRMA VAKFI  
TÜSTAN

Liebe Freundinnen und Freunde!  
Liebe Genossinnen und Genossen!

*an euch*

Unsere herzlichsten Grüße richten wir <sup>an</sup> Heydar Kutlu und Nihad Sargin sowie an alle anderen Gefangenen in der Türkei, im Iran und allen anderen sich in Unterdrückung befindenden Ländern!

Wir, die Sympathisanten der Tudeh-Partei Irans Dortmund, wollen Euch mit der Teilnahme an Eurer Aktion unsere Solidarität mit Euch und den inhaftierten Genossen Kutlu und Sargin beweisen. Die Tudeh-Partei wird als Bruderpartei von Euch jederzeit mit Leib und Seele die Schritte Eurer Partei unterstützen.

Wie wir wissen, tritt das Militär-Regime unter Evren und Özal in der Türkei gleichermaßen wie das diktatorische Chomeini-Regime die politische, soziale und ökonomische Freiheit der Gesellschaft mit Füßen. Sie haben die Protagonisten unserer Völker ins Gefängnis gesperrt, viele von ihnen gefoltert, hingerichtet oder auf barbarisch grausame Weise ermordet.

Jüngstes Beispiel dafür ist die gerade erfolgte Verhaftung von <sup>den</sup> Genossen Kutlu und Sargin. Die türkische Regierung wollte mit der unmenschlichen Folterung von Kutlu und Sargin - Aufhängen an den Füßen, Verbinden der Augen und Hände, Elektroschocks über mehrere Tage - den protagonistischen Willen der beiden Genossen zerschlagen. Solche Foltertorturen, die in türkischen und iranischen Gefängnissen vollzogen werden, zeigen, daß diese Foltermethoden von einem erfahrenen Profi gelehrt worden sein müssen.

Wir sind der Überzeugung, daß der Wille unserer Völker durch solche brutalen Folterpraktiken nicht gebrochen werden kann. Wir wissen: Der Sieg wird unser sein! Unsere Feinde sollen wissen, daß der Kampf unserer Völker nach Freiheit bis zur Erreichung dieses Ziels andauern wird!

Es lebe die Vertiefung der brüderlichen Verbundenheit der Vereinigten kommunistischen Partei Türkei mit der Tudeh-Partei Iran!!!

Die Kutlus und Sargins leben hoch!!!

DGB Kreis Kassel · Spohrstraße 6-8 · 3500 Kassel

Spohrstraße 6-8  
3500 Kassel  
☎ (05 61) 10 22 94-96  
☎ Rechtsstelle 10 22 97

An den  
Bundestagspräsidenten  
Herrn Necmettin Karaduman

Ankara T ü r k e i

Sprechzeiten:  
**Arbeitsrecht**  
Mo. Di. u. Do. 14.00 - 16.30 Uhr  
**Sozialrecht**  
Di. u. Do. 14.00 - 16.30 Uhr

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen  
w/be

Datum

20.11.1987

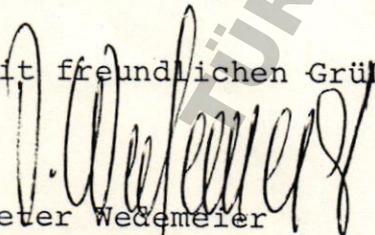
Betrifft:

Sehr geehrter Herr Präsident Karaduman!

Noch immer werden in der Türkei Menschenrechte verletzt und Gewerkschaftsrechte mißachtet. Der DGB-Kreis Kassel solidarisiert sich mit den Kräften in Ihrem Land, die sich für eine demokratische und soziale Ausgestaltung der Türkei einsetzen. In diesen Tagen mußten wir in unseren Zeitungen lesen, daß die beiden Generalsekretäre der Arbeiterparteien Herr Nihat Sargin und Herr Haydar Kutlun verhaftet worden sind. Wir protestieren auf das Entschiedenste gegen diese Inhaftierung und erwarten von Ihnen, Herr Präsident Karaduman, daß Sie auf die Regierung einwirken, damit die inhaftierten Politiker freikommen.

Der DGB-Kreis Kassel wird all seine Möglichkeiten nutzen, um auch über diese Einzelfälle hinaus auf die politischen Institutionen der Türkei einzuwirken, um demokratische Verhältnisse wieder herzustellen und Menschenrechtsverletzungen und die Mißachtung von Gewerkschaftsrechten zu beseitigen.

Mit freundlichen Grüßen

  
Peter Wedemeyer

DGB-Kreisvorsitzender

Bankverbindung: Bank für Gemeinwirtschaft AG Kassel  
BLZ 520 10111  
Konto-Nr. 1 002 201 200

Wir bitten, Zuschriften ausschließlich an obige Anschrift und nicht an Einzelpersonen zu richten.

# STUDENTENSCHAFT DER UNIVERSITÄT DORTMUND ALLGEMEINER STUDENTENAUSSCHUSS (AStA)

- Körperschaft des öffentlichen Rechts -

ASIA UNIDO - Postfach 50 05 00 - 4600 Dortmund 50

Allgemeiner Studentenausschuß der Universität Dortmund

Hauptbaufläche PH-Gebäude R. 3.505-3.511

Telefon: (02 31) 755-25 76 / 84

Ihr Zeichen:

Ihre Nachricht:

Az.

(bitte bei jeder Antwort oder Zahlung angeben)

Dortmund, den 4.3.88

Betr.:

Liebe Freundinnen und Freunde,  
der allgemeine StudentInnen-Ausschuß der Uni Dortmund  
verurteilt die Verhaftung der Türkischen Demokraten  
und Parteiführer Dr. Nihat Sargin und Haydar Kutlu.  
Sie wurden von der Türkischen Diktatur verhaftet, um  
die Gründung der "Vereinigten Kommunistischen Partei der  
Türkei" zu verhindern.  
Dieses Vorgehen der Türkischen Diktatur zu ihrem Machterhalt,  
das neben dem Verbot demokratischer Parteien, Verhaftung,  
Folterung und Tötung türkischer DemokratInnen beinhaltet,  
widerspricht der Vereinbarung zur Wahrung von Menschenrechten,  
wie sie in der Schlußakte von Helsinki niedergelegt sind.  
Wir begrüßen Eure Aktion und schließen uns Euren Forderungen an

- Gewaltfreie Wiederherstellung der demokratischen Rechte  
in der Türkei
- Garantie der politischen und der gewerkschaftlichen  
Betätigung sowie der Versammlungs- und Organisationsfreiheit  
für alle Demokraten in der Türkei
- Sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen in der  
Türkei und die legale Rückkehrmöglichkeit für alle Demokra-  
ten aus dem Exil
- un-verzögliche Freilassung der beiden Generalsekretäre  
Haydar Kutlu und Nihat Sargin!

Wir wünschen Eurer Aktion viel Erfolg.



# GEWERKSCHAFT ERZIEHUNG UND WISSENSCHAFT

STADTVERBAND DORTMUND



Barbara Wiemann  
Meylandstr. 73  
4600 Dortmund

Luisenstraße 30  
4600 Dortmund 1

Ihr Zeichen

Ihr Schreiben vom

Unser Zeichen

Datum

29.2.88

## Solidarität mit den Demokraten der Türkei

Die Gewerkschaften verteidigen mit der Demokratie ihre eigene Lebensgrundlage. Die demokratischen Grundrechte sind unteilbar; sie müssen in allen Staaten dieser Erde respektiert werden.

Deshalb unterstützt die Dortmunder GEW die Initiative "Solidarität mit den Demokraten der Türkei".

Wir fordern gemeinsam mit Euch

- Schluß mit der Folter an politischen Gefangenen und Freilassung aller politischen Gefangenen in der Türkei,
- uneingeschränkte Versammlungs- und Meinungsfreiheit,
- volle Aktionsfreiheit der Gewerkschaften.

Mit freundlichen Grüßen

*B. Köneke*

Bruno Köneke  
Vorsitzender der  
GEW Dortmund

TÜRKİYE SOSYAL İSTİŞARMA VE KAFI

INITIATIVE FÜR DEN SCHUTZ  
DER IN DIE TÜRKEI ZURÜCKKEHRENDEN POLITISCHEN  
EMIGRANTEN  
(I.S.P.E.)

c/o Gisela Parwez  
Hansastr. 86  
D-4100 Duisburg 1  
Tel.-Nr.: (0203) 33 97 16  
Bankverbindung:  
Sparkasse-Duisburg  
Kto.-Nr.: 226-000 438  
BLZ 350 500 00

---

Duisburg, 21. 12. 1987

Sehr geehrte Damen und Herren,

für die Unterstützung und Solidarität, die uns von Ihnen entgegengebracht wurde und wird, möchten wir uns sehr herzlich bedanken.

Die Entwicklungen in der Türkei zeigen, wie notwendig die internationale Solidarität ist. Ohne diese Solidarität wäre die Situation der beiden Generalsekretäre zweifelsohne noch sehr viel besorgniserregender. Das Ausmaß der Situation manifestiert sich in der Tatsache, daß die beiden Politiker schwerster Folterung ausgesetzt wurden und sogar zwei ihrer Rechtsanwälte für 2 Tage festgenommen worden sind. Den Verteidigern von Haydar Kutlu und Nihat Sargin wird auch die Einsicht in die Vernehmungsprotokolle verweigert, die Verteidigung wird also massiv an der Ausübung ihrer Funktion gehindert.

Diese Entwicklungen geben Anlaß zur großen Besorgnis und zu entschiedenem Handeln.

Wir hoffen auf Ihre weitere Solidarität und Unterstützung der Bemühungen für die Freilassung von Kutlu und Sargin sowie der anderen politischen Gefangenen, für die legale Betätigung freier Gewerkschaften und demokratischer Parteien sowie für die Abschaffung der Todesstrafe in der Türkei. Nur auf dieser Grundlage kann die Demokratie in der Türkei wiederhergestellt werden.

Wir möchten Ihnen ein frohes Weihnachtsfest und ein gutes, friedliches Neues Jahr wünschen.

Mit freundlichen Grüßen

*Gisela Parwez*  
Gisela Parwez



Datum	Uhrzeit	Empfangen von	Leitvermerk	Datum	Uhrzeit
Platz	Empfangen Namenszeichen			Platz	Gesendet Namenszeichen

Bezeichnung der Aufgabe-TSt	Aufgabe-Nr.	Wortzahl	Aufgabebetag	Uhrzeit
AUS				

Bitte Rückseite beachten.

▼ Gebührenpflichtige Dienstvermerke  
=

▼ Name des Empfängers, Straße, Hausnummer usw.  
SPD Bundestagsfraktion z.Hd. Ludwig Fellermaier, Bundeshaus

▼ Bestimmungsort - Bestimmungs-TSt  
5300 Bonn

TUERKISCHER STAATSMINISTER BOZER ENDE FEBRUAR IN BONN.  
WIR FORDERN: KEINE EG-MITGLIEDSCHAFT OHNE DEMOKRATIE  
UND MENSCHENRECHTE IN DER TUERKEI! FREIHEIT FUER  
KUTLU UND SARGIN!  
WIESBADENER TUERKEI-INITIATIVE

	DM	PI	Auf ungenügende Anschrift / Besonderheiten / Dienstzeit hingewiesen	Absender (Name und Anschrift, ggf. Ortnetzkenzahl und Telefonnummer, diese Angaben werden nicht mittelegraphiert)
Feste Gebühr (nur bei Auslandstel)				Gerhard Strauß
Wort- gebühren			Angenommen	Köpfungweg 26
Sonstige Gebühren				6200 Wiesbaden
Zusammen				

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARASIRMAKATFI

TÜSTAN



DEUTSCHE BUNDESPOST

## Telegramm

Verzögerungsvermerke

TEL

Datum	Uhrzeit	Empfangen von	Leitvermerk	Datum	Uhrzeit
Platz	Empfangen Namenszeichen			Platz	Gesendet Namenszeichen
Bezeichnung der Aufgabe-TSt		Aufgabe-Nr.	Wortzahl	Aufgabetag	Uhrzeit
aus					

Die stark umrahmten Teile sind vom Absender auszufüllen.  
Bitte Rückseite beachten.

▼ Gebührenpflichtige Dienstvermerke	=	=
▼ Name des Empfängers, Straße, Hausnummer usw.	BUNDESAUSSCHENMINISTER GENSCHER, Adenauer Allee 99	
▼ Bestimmungsort - Bestimmungs-TSt	5300 Bonn	
TÜRKISCHER STAATSMINISTER BOZER ENDE FEBRUAR IN BONN.		
WIR FORDERN: KEINE EG-MITGLIEDSCHAFT OHNE DEMOKRATIE UND		
MENSCHENRECHTE IN DER TÜRKEI! FREIHEIT FÜR KUTLU		
UND SARGIN		
WIESBADENER TÜRKEI-INITIATIVE		

	DM	Pf	Auf ungenügende Anschrift / Besonderheiten / Dienstzeit hingewiesen	Absender (Name und Anschrift, ggf. Ortsnetz-kennzahl und Telefonnummer, diese Angaben werden nicht mittelegraphiert)
Feste Gebühr (nur bei Auslandstel)				Gerhard Strauß
Wort- gebühren			Angenommen	Köppgenweg 76
Sonstige Gebühren			Wörter geändert	6200 Wiesbaden
Zusammen			Wörter gestrichen	
			Wörter hinzugesetzt	

937 200 000 - 6  
TO Anl. 1  
J.C.C. B. s9. 86 / 8 7 6 5 4 3 2  
A5 - 38rc

DEUTSCHE BUNDESPOST

## Telegramm

Verzögerungsvermerke

TEL

Datum	Uhrzeit	Empfangen von	Leitvermerk	Datum	Uhrzeit
Platz	Empfangen Namenszeichen			Platz	Gesendet Namenszeichen
Bezeichnung der Aufgabe-TSt		Aufgabe-Nr.	Wortzahl	Aufgabetag	Uhrzeit
aus					

Die stark umrahmten Teile sind vom Absender auszufüllen.  
Bitte Rückseite beachten.

▼ Gebührenpflichtige Dienstvermerke	=	=
▼ Name des Empfängers, Straße, Hausnummer usw.	BUNDESTAGSFRAKTION GRUENE z.Hd. von NOSTIZ, Bundeshaus	
▼ Bestimmungsort - Bestimmungs-TSt	5300 Bonn	
TÜRKISCHER STAATSMINISTER BOZER ENDE FEBRUAR IN BONN.		
WIR FORDERN: KEINE EG-MITGLIEDSCHAFT OHNE DEMOKRATIE UND		
MENSCHENRECHTE IN DER TÜRKEI! FREIHEIT FÜR KUTLU UND		
SARGIN		
WIESBADENER TÜRKEI-INITIATIVE		

	DM	Pf	Auf ungenügende Anschrift / Besonderheiten / Dienstzeit hingewiesen	Absender (Name und Anschrift, ggf. Ortsnetz-kennzahl und Telefonnummer, diese Angaben werden nicht mittelegraphiert)
Feste Gebühr (nur bei Auslandstel)				Gerhard Strauß
Wort- gebühren			Angenommen	Köppgenweg 76
Sonstige Gebühren			Wörter geändert	6200 Wiesbaden
Zusammen			Wörter gestrichen	
			Wörter hinzugesetzt	

937 200 000 - 6  
TO Anl. 1  
J.C.C. B. s9. 86 / 8 7 6 5 4 3 2  
A5 - 38rc



# VEREINIGUNG DER VERFOLGTEN DES NAZIREGIMES

**Bund der Antifaschisten · Landesverband Bayern e.V.**

Kreisvereinigung Ansbach  
c/o Birgitta Eschenbacher  
Am Heimweg 17  
8800 Ansbach

Herrn  
Bundesaußenminister Genscher  
Außenministerium  
5300 Bonn-Bad Godesberg

Ansbach, den 18.11.1987

Betrifft: Verhaftung von H. Kutlu und Nihat Sargin am 16.11.87 auf dem Flughafen Ankara

Sehr geehrter Herr Außenminister,

am 16.11.87 reisten Herr H. Kutlu und Herr Nihat Sargin in die Türkei ein, um eine legale fortschrittlich-demokratische Arbeiterpartei zu gründen. Beide Personen wurden noch auf dem Flughafen verhaftet, wobei die Art der Verhaftung an die Machenschaften einer kriminellen Vereinigung erinnert, die das Licht der Öffentlichkeit scheut. Zeugen des Vorfalles war eine Abordnung namhafter deutscher Demokraten (Janes Sakellareou, Sophie Rieger, Hans-Günther Schramm, Herbert Stiefvater, Hermann Müller). Die Verhafteten wurden ins Gefängnis des Staatssicherheitsgerichtes, DGM Sauciliqui, verbracht; wir vermuten sehr, daß sie dort gefoltert werden. Offen gab der Staatsanwalt zu, daß die Verhaftungen aufgrund Art. 140,141,142 und 146 des türkischen StGB erfolgten; - diese Artikel wurden seinerzeit unverändert aus dem Mussolini-Faschismus übernommen. Nach diesen Paragraphen sind die Verhafteten sogar von der Todesstrafe bedroht. Die Türkei hat die Menschenrechtsdeklaration der UN, die Europäische Menschenrechtskonvention, sowie die Schlußakte von Helsinki unterzeichnet. Sie ist im Europaparlament vertreten, Mitglied der NATO und wünscht, Mitglied der EG zu werden. Die Verhaftung, sowie die ihr zugrundeliegenden Gesetze beweisen, daß das türkische Recht mit Demokratie nicht zu vereinbaren ist und die Aufnahme der Türkei eine Schande für die EG wäre. Wir fordern Sie hiermit auf, auf die türkische Regierung einzuwirken, daß Arbeiterorganisationen die Rechte der Arbeiter auf legale Weise und ohne Verfolgung vertreten können. Wir fordern Sie desweiteren auf, klarzustellen, daß eine sofortige Freilassung der beiden Verhafteten deutschem (und europäischem) Rechtsempfinden entspricht. Eine Mißachtung dieses Rechtsempfindens muß unmißverständlich als unvereinbar mit der EG-Mitgliedschaft dargestellt werden.

Mit freundlichen Grüßen

B. Eschenbacher,  
VVN-Kreisvorsitzende

und folgende weitere Unterzeichner: - siehe Anlage -

Hans Websteyer, Am Heimweg 17, 8800 Aulach

Birgitta Eschenbacher

Ottel Winter, Jaechelgasse 6, 8532 Bad Windsheim

Dr. Monika Pitt Ostweg 4 8532 Bad Windsheim

Ulrike Reidelhöfer, spathstr. 8, 88711

Müller Elfriede 8802 Oberdachstetten Hauptstr. 7

Müller Renate 8802 Oberdachstetten Hauptstr. 1

Schedewy Frank 8804 Dinkelsbühl Schäfergäßchen 1

Herrns, Vik 2000 Hamburg 20, Comtestr. 11. Altona

Wielke Wessel 2000 Hamburg 20, Lindenallee 72

Dr. med Ruth Meyer 8816 Schnelldorf Aldersweg 3

Christine Gammert 5ut Wahrer, 8801 Awa

Jugoski 10 Jugendbildungsstätte Burg Wahrer 8801 AULACH

Jahankhosh Norzari Kopernikusstr. 1 8501 Dietershofen

Mohamadi Hosein Kopernikusstr. 1 8501 Dietershofen

Nachtrab Franz Schaitbergerstr. 20 8800 Aulach

Hoppe, Harald Neulichsweg 1 2000 HAMBURG 26

Schulz, Monika Ringstr. 31 6456 Langenselbold M. Schulz

Karl Dausler, R. Weyer Str. 12, 88111

Christa Heubach, Heubacher Str. 20, 88111 Dinkelsbühl

Norbert Inschlotz Scheukstr. 9 8800 Aulach J. Meyer

TÜRKIYE SOYAKADAMI



# VEREINIGUNG DER VERFOLGTEN DES NAZIREGIMES

Bund der Antifaschisten · Landesverband Bayern e.V.

Kreisvereinigung Ansbach  
c/o

*Birgitta Eschenbacher*  
Am Heimweg 17  
8900 Ansbach

An die  
FLZ-Mittelfranken-Redaktion  
Nürnberger Str. 9-17  
8800 Ansbach

Ansbach, den 19.11.1987

Sehr geehrte Damen und Herren,  
wir bitten um Veröffentlichung folgendes kurzen Berichtes über unsere  
gestrige Veranstaltung:

Die Teilnehmer der VVN-Veranstaltung am 18.11. reagierten mit Betroffenheit und Empörung auf die Verhaftung von zwei türkischen Antifaschisten auf dem Flughafen in Ankara, die in Begleitung von namhaften deutschen Demokraten -darunter auch das Ansbacher VVN-Mitglied Hermann Müller- in die Türkei reisten, um eine fortschrittlich-demokratische Partei zu gründen. Sie sind der Meinung, daß es einem potentiellen EG-Partner schlecht zu Gesicht steht, die Menschenrechte mit Füßen (oder besser: Stiefeln) zu treten und fordern Außenminister Genscher auf, zu intervenieren und die sofortige Freilassung von Herrn \_\_\_\_\_ und Sargin und allen politischen Gefangenen in der Türkei zu verlangen. Außerdem wurde eine Solidaritätspostkartenaktion beschlossen. Solche Karten sind erhältlich bei Birgitta Eschenbacher Tel. 0981/14444.  
Ferner wurde eine VVN-Veranstaltung in Feuchtwangen beschlossen, nachdem ein Jugendlicher über die Aktivitäten der FAP im Raum Feuchtwangen und Bechhofen berichtete und die VVN bat, dort aufklärend zu wirken.

Mit freundlichen Grüßen

*B. Eschenbacher*  
B. Eschenbacher  
VVN-Kreisvorsitzende

Anlage: 1



Ausländische

Arbeitnehmer

07.12.87

### ENTSCHLISSUNG

Die 1. außerordentliche Vertreterversammlung der IG Metall, Verwaltungsstelle Düsseldorf, fordert den Vorstand auf:

- 1) Seinen Einfluß geltend zu machen, daß die Türkei kein vollwertiges Mitglied der EG wird, solange nicht die Demokratie auf allen gesellschaftlichen Ebenen garantiert wird und die Grundrechte sowie die Gewerkschaftsrechte nicht gesetzlich verankert sind.
- 2) Der Vorstand der IG Metall verurteilt die Verhaftung der in die Türkei zurückgekehrten Generalsekretäre der Arbeiterpartei Nihat Sargin und der kommunistischen Partei Haydar Kutlu. Er fordert die türkischen Behörden auf, die beiden Verhafteten sofort freizulassen.

TÜRKİYE SOSYALİSTİK İŞÇİLER PARTİSİ  
TÜRKİYE İŞÇİLERİNDEN İSTİSMA VAKFI

Hans-Günther Schramm, Landtagsabgeordneter der Grünen,  
Vertreter der Friedensliste  
Sophie Rieger, Stadträtin der Grünen  
Herbert Stiefvater, Stadtrat der DKP und Bezirksvorsitzender  
der DKP Nordbayern  
Hermann Müller, VVN - Präsidiumsmitglied

Per Adresse: Richard Dollinger  
Keßlerplatz 19  
8500 Nürnberg  
Tel.: 0911/55 72 84

---

### Presseerklärung

Sehr geehrte Damen und Herren,

wie aus Ankara telefonisch zu erfahren war, wurden die beiden Generalsekretäre der Türkischen Arbeiterpartei (TIP) und der Kommunistischen Partei der Türkei (KPdT) vor den Augen zahlreicher europäischer Mandatsträger verhaftet. Bei einer möglichen Verurteilung der beiden ist auch ein Todesurteil nicht auszuschließen. Die Rückkunft der drei Nürnberger Parlamentarier ist noch ungewiß. Telefonisch erbaten sie Protest- und Solidaritätsaktionen. Aus diesem Anlaß wird am Mittwoch, den 18.11.87 um 11.00 Uhr vor dem türkischen Konsulat in Nürnberg, Regensburger Str. 69 eine Protestaktion stattfinden. Sollten die drei Nürnberger Parlamentarier bis dahin zurück sein, werden sie an der Aktion teilnehmen und für Informationen zur Verfügung stehen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Richard Dollinger

An Senat und Bürgerschaft  
an alle demokratischen Parteien  
an die Gewerkschaften  
an die Kirchengemeinden  
an Universität und Hochschule  
an die fortschrittlichen Berufsorganisationen der Juristen und Ärzte

## AUFRUF AN DIE DEMOKRATISCHE ÖFFENTLICHKEIT BREMENS

Am 29. November finden in der Türkei die angekündigten vorgezogenen Parlamentswahlen statt. Ministerpräsident Özal und die Militärs wollen beweisen, daß nun auch in der Türkei den »Weg zur Demokratie« eingeschlagen habe.

Die Wirklichkeit sieht anders aus: Nach wie vor werden in der Türkei elementare Menschenrechte verletzt. In den Gefängnissen wird brutal gefoltert. Das Recht auf gewerkschaftliche Organisation ist außer Kraft gesetzt. Die kurdischen Mitbürger werden weiter verfolgt und unterdrückt. Seit dem Militärputsch am 12. September 1980 mußten politisch und gewerkschaftlich aktive Demokraten für ihr Engagement mit Gefängnis-, z.T. mit Todesstrafen büßen oder ihr Land verlassen. Heute leben über zehntausend von ihnen im erzwungenen Exil: Man entzog ihnen die Pässe und die Staatsbürgerschaft. Die meisten von ihnen leben in der Bundesrepublik Deutschland.

Zwei Wochen vor den Parlamentswahlen sind die Generalsekretäre der Türkischen Kommunistischen Partei, Haydar Kutlu, und der Türkischen Arbeiterpartei (TIP), Nihat Sargin, in ihr Heimatland zurückgekehrt. Sie wollen damit ein Zeichen für gewaltfreien Widerstand gegen die Unterdrückung der Regierung setzen. Und sie wollen sich dafür einsetzen, daß auch im Nato-Partnerland Türkei eine politische Opposition arbeiten kann: Mit ihrem mutigen Beispiel bezwecken sie eine Generalamnestie für alle politisch Verfolgten. Und sie beabsichtigen, in ihrer Heimat gemeinsam eine neue Partei zu gründen und die Legalität dieser Partei zu sichern.

Haydar Kutlu und Nihat Sargin wurden am 16. November, unmittelbar nach ihrer Ankunft in der Türkei, verhaftet und ungeachtet der Proteste der internationalen Beileitdelegation wie Schwerverbrecher abtransportiert.

Wir rufen die demokratische Öffentlichkeit dazu auf, die gewaltfreie Wiederherstellung der demokratischen Rechte in der Türkei zu unterstützen.

### Wir rufen Sie auf:

- \* Protestieren Sie bei den verantwortlichen türkischen Stellen gegen die Verhaftung der beiden Generalsekretäre und fordern Sie ihre unverzügliche Freilassung!
- \* Setzen Sie sich ein für
  - die Garantie der freien politischen und gewerkschaftlichen Betätigung sowie der Versammlungs- und Organisationsfreiheit für alle Demokraten in der Türkei
  - eine Generalamnestie für alle politisch Verfolgten in der Türkei und die legale Rückkehrmöglichkeit aus dem Exil für alle Demokraten!

Ernst Waltemathe, MdB SPD ● Dr. Hannover, Rechtsanwalt ● Ohm, Rechtsanwalt  
Heinrich Albertz, Pastor ● Armin Stolle, 1. Vorsitzende SPD-Bremen Ost ● Prof.  
Gerhard Stuby ● Horst Isola, Bundesvorsitzender der ASJ ● Dr. med. H. Georg Güse

## AUFRUF

Am 29. November finden in der Türkei die angekündigten vorgezogenen Parlamentswahlen statt. Ministerpräsident Özal und die Militärs wollen beweisen, daß nun auch in der Türkei den »Weg zur Demokratie« eingeschlagen habe.

Die Wirklichkeit sieht anders aus: Nach wie vor werden in der Türkei elementare Menschenrechte verletzt. In den Gefängnissen wird brutal gefoltert. Das Recht auf gewerkschaftliche Organisation ist außer Kraft gesetzt. Die kurdischen Mitbürger werden weiter verfolgt und unterdrückt. Seit dem Militärputsch am 12. September 1980 leben zehntausende von Türken im erzwungenen Exil: Man entzog ihnen die Pässe und die Staatsbürgerschaft. Die meisten von ihnen leben in der Bundesrepublik Deutschland.

Zwei Wochen vor den Parlamentswahlen sind die Generalsekretäre der Türkischen Kommunistischen Partei und der Türkischen Arbeiterpartei (TIP) nun ihr Heimatland zurückkehren und damit ein Zeichen für gewaltfreien Widerstand gegen die Unterdrückung der Regierung setzen. Sie wollen wählen. Und sie wollen sich dafür einsetzen, daß auch im Nato-Partnerland Türkei eine politische Opposition arbeiten kann.

Die Unterzeichner dieses Aufrufs werden die lebensgefährliche Rückkehr der exilierten Politikern mit großer Aufmerksamkeit verfolgen. Sie rufen die demokratische Öffentlichkeit dazu auf, dieses Beispiel für eine gewaltfreie Wiederherstellung der demokratischen Rechte zu unterstützen, damit auch all die anderen wieder in ihre Heimat zurückkehren können, die noch immer ferngehalten werden. Und damit die Verlautbarungen der Regierung des Ministerpräsidenten Özal, die »Demokratie in der Türkei wiederherzustellen«, wahr werden können.

G. Wallraff ● Björn Engholm ● Prof. Horst Eberhard Richter ● Reni Böll ● Manfred Binninger ● Gerhard Steisel ● Dorothee Sölle Eckart Spoo ● Franz Alt ● R.A. Hans Schmidt Lehrmann ● Johanno Strasser ● Klaus Liebe Harkort ● Rheinard Hocker Theo und Amelie Binhus ● Wolf Biermann

In Berlin (West) wurde ein »Komitee zur Gewährleistung der politischen Freiheiten in der Türkei« gegründet. Mitglieder sind:

Dr. Michael Venedey ● Karl-Heinz Evers (Senator a.d.) ● Prof. Ossip Flechtheim ● Prof. Astrid Albrecht-Heide ● Bischoff a.d. Kurt Scharf ● Alisa Fuss (Liga für Menschenrechte) ● Heidi Bischoff Pflanz (chem. MdB).

Auf der Gründungsversammlung der Heinrich-Böll-Stiftung am 18.11.1987, wurde eine Resolution verabschiedet, in der gegen die Inhaftierung von Haydar Kutlu und Nihat Sargin protestiert wird. Weiter wurde gefordert, den Verhafteten unverzüglich die Kontaktaufnahme mit ihren Anwälten zu ermöglichen.

# INITIATIVE FÜR DEN SCHUTZ DER IN DIE TÜRKEI ZURÜCKKEHRENDEN POLITISCHEN EMIGRANTEN DÜSSELDORF

An den Ministerpräsidenten der Republik Türkei,  
An den Präsidenten des Parlaments der Republik Türkei,  
An den Staatspräsidenten der Republik Türkei

In der Türkei gehören die Forderungen der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppierungen nach demokratischen Verhältnissen kurz vor den vorgezogenen Wahlen(\*) zu den wichtigsten Punkten auf der politischen Tagesordnung.

Ungeachtet aller Meinungsdivergenzen besteht bei allen, die im Ausland die Entwicklung in der Türkei verfolgen, zu der Verwirklichung demokratischer Verhältnisse eine einheitliche Meinung. Dies manifestierte sich auch in der Rede vom Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker anlässlich der Entgegennahme des Atatürk-Friedenspreises am 14. Oktober in Ankara.

Die Türkei gehört zu den 51 Gründungsmitgliedern der Vereinten Nationen. Die Türkei hat auch die Menschenrechtsdeklaration der Vereinten Nationen, die Europäische Menschenrechtskonvention sowie die Schlussakte von Helsinki unterzeichnet. Zu dem ist die Türkei auch ein Mitglied der NATO und assoziiertes Mitglied der EG. Die Türkei ist auch im Europarat vertreten und nimmt turnusgemäß den Regeln entsprechend auch den Vorsitz des Europarates wahr.

Dessen ungeachtet werden in der Türkei die Rechte und Freiheiten, die in den Vereinbarungen der internationalen Organisationen, deren Mitglied auch die Türkei ist, festgeschrieben sind, von den Regierungen besonders nach dem Militärputsch vom 12. September 1980 nicht eingehalten. Dies gilt insbesondere für die Meinungs- und Organisationsfreiheit (Art. 18, 19 und 20 der Menschenrechtsdeklaration).

Die Türkei ist das einzige Land in Europa, in dem die Legalität der Arbeiter- und kommunistischen Parteien auf legislativer und exekutiver Ebene verhindert wird. Dies muß geändert werden, damit die demokratischen und juristischen Grundsätze, die in allen europäischen Ländern gelten, auch in der Türkei verwirklicht werden.

Unter diesen Bedingungen ist das Vorhaben des Generalsekretärs der Arbeiterpartei der Türkei (APdT) und des Generalsekretärs des ZK der Kommunistischen Partei der Türkei (KPdT), in die Türkei zurückzukehren, um gemeinsam eine neue Partei zu gründen und die Legalität dieser Partei zu sichern, von großer Bedeutung für den Demokratisierungsprozeß.

Wir als Demokraten fühlen uns verpflichtet diesen Demokratisierungsprozeß zu unterstützen. Deshalb fordern wir, daß die Rechte und Freiheiten der Generalsekretäre beider Parteien sowie aller politischer Emigranten, die zurückkehren wollen, in der Türkei garantiert werden.

\* Dieser Text wurde den meisten Unterzeichnern kurz vor den Wahlen am 29.11.1987 vorgelegt.

## ERSTUNTERZEICHNER IN DÜSSELDORF (Liste wird fortgesetzt)

Michael Müller, SPD MdB \* Hans Kern, SPD MdL \* Friedhelm Meyer, Pfarrer \* Dieter Süverkrüp, Liedermacher \* Christian Schmidt, Die Grünen BV \* Dr. Florence Herve, Journalistin \* Dr. Karl-Heinz Mölich, Bundessekretär VDJ \* Florian Knobloch, Verband Deutscher Schriftsteller (VS) \* Peter Baumöller, DJU Landesbezirk/NRW \* Gregor Falkenhain, Gewerkschaftssekretär \* Udo Achten, IGM Bildungszentrum Spröckhövel \* Thomas Schmidt, Gewerkschaftssekretär \* Renate Böhm, Die Grünen /Ratsfraktion \* Peter Erkelenz, Betriebsrat \* Katharina Jung, Richterin \* Peter Berg, GHK Hauptvorstand \* Gabriele Hommen, Betriebsratsvorsitzende \* C. Yionopoulos, Die Grünen/Ratsfraktion \* Wolfgang Spörckmann, Gewerkschaftssekretär \* Michael Merkel, Die Grünen/LV NRW \* Franz Kersjes, IG DRUPA/Landesbezirksvors. NRW \* Ilse Bütthorn, Rechtsanwältin \* Alice Sterzenbach, Sozialarbeiterin a.D. \* Werner Sterzenbach, Journalist \* Bernd Fiegler, Gewerkschaftssekretär \* Klaus Klinger, Maler \* Richard Herten, Musiker \* Dietmar Lindner, Grafiker \* Reiner Ostmayer, Grafiker \* Pathena Zoumpoulidou, Oberärztin \* Jürgen Ostrowski, Journalist \* Reinhold Böhmer, Journalist \* Wolfgang Breuer, Journalist \* Helga Langen, Kinderärztin \* Burkhardt Gollnick, Arzt \* Peter Lukaszcyk, Jugendring Düsseldorf/Geschäftsführer \* Gisela Knapp, Ärztin \* Egon Knapp, Arzt \* Karl Fuchs, Betriebsrat \* K. Hansen, Betriebsrat \* Herbert Schling, Betriebsrat \* Dieter Berghof, GEW Stadtverband/Vorsitzender \* Wolfgang Friedemann, GEW Stadtverband/stellv. Vors. \* Renate Aust, GEW-Fachgruppe Gymnasien \* Ulrich Hoffmann, Steuerberater \* Dr. Med. Wolfgang Mross, Arzt \* Franz Zipperer, Dipl. Päd. \* Annette Schilling, Kulturmanagerin \* Lothar Jessen, Sozial Päd. \* Gisela Dapprich, Rechtsanwältin \* Dr. Henning Obst, anwalt \* Claudia Becker, Rechtsanwältin \* Marion Gaidusch, Studentin \* Silke Müller, RA-Gehilfin \* Helmut Schmidt, Kybernetiker \* H. Heger, Betriebswirt \* W. Görtz, Chemiker \* Diana Heir, Chemikerin \* D. Trojkowic, Vors. der Jugend aus JKS \* Joachim Kertes, Rechtsanwalt \* Renate Aklebeld, Dipl. Päd. \* Dieter Reichardt, Die Grünen/Ratsfraktion \* Bernd Gäbler, Journalist \* Fritz Holstein, Journalist \* Heinz Thüer, Journalist \* Ruth Lemmer, Journalistin \* Ariane Neuhaus-Koch, Literaturwissenschaftlerin \* M. Hein, Sozialpäd. \* Willi Nodes, Sozialpäd. \* Gerd Reder, Lehrer \* Susanne Heinke, Archivarin \* Günther Karen, Sozialarbeiter \* Isabell Basterra, Sozialarbeiterin \* Helmut Haensch, Redakteur \* Peter Kirchner, Bankkaufmann \* G. Woscke, Lehrerin \* Ingrid Landau, Apothekerin \* Helga Mies, Redakteurin \* Michael Tellmann, Bankkaufmann \* Wolfgang Hendges, Betriebsrat \* Ilse Hympehdahl, Hausfrau \* Jochen Roeder, Elektr. Meister \* Siegfried Barlach, Schlosser \* Helga Abt, Juristin \* Dorothee Gausen, Dipl. Päd. \* Renate Ahlefeld, Dipl. Päd. \* Georg Blanchard, Lehrer \* Angela Jaenke, Studentin \* Anelka Radokowiche, Mannequin \* Ursula Rudolf-Torgary, Korrektorin \* Klaus Stein, Lehrer \* Andree Drögekamp, Soldat \* Astrid Rapsch, Lehrerin \* Willi Kutz, Rentner

VDJ Regionalgruppe Düsseldorf \* Konferenz der Evangelischen Jugendarbeit in Düsseldorf (KEJD) \* ASTA Ausländerreferat Uni Düsseldorf \* Vorstand der MAPU - Arbeiter- und Bauernpartei Chiles in der BRD \* Einheitszentrale der Werktätigen Chiles (CUT) \* DAG-Jugend Düsseldorf \* JUSOS Düsseldorf \* SDAJ Düsseldorf \* DKP Kreis Düsseldorf \* Wandmalerguppe Düsseldorf \* Heinrich-Heine Buchhandlung \* Haarforum \* Olfant Weinhandel \*

# Bund der Antifaschisten

LANDESVERBAND NIEDERSACHSEN e.V.



An die  
Botschaft der  
Republik Türkei  
Utestr. 47  
5300 Bonn

Goseriede 10 - 12  
3000 Hannover 1  
Telefon (0511) 32 40 78

Postgirokonto:  
Hannover 75 10 - 307

19.11.1987

MIT ABSCHEU HABEN WIR ZUR KENNTNIS NEHMEN MÜSSEN, DASS DIE REPRÄSENTANTEN DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI UND DER ARBEITERPARTEI DER TÜRKEI HAYDAR KUDLU UND NIHAD SARGIN BEI IHRER ANKUNFT IN ANKARA INS POLIZEIPRÄSIDIUM VERSCHLEPPT WURDEN, GANZ OFFENSICHTLICH ZU DEM ZWECK, DIE BEANTRAGUNG DER ZULASSUNG EINER LEGALEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI AUF DEM BODEN DER TÜRKEI ZU VERHINDERN,

INZWISCHEN WURDE BAKANNT, DASS EINER DER BEIDEN EINE HERZATTACKE ERLITT, OHNE DASS IHM DIE NOTWENDIGE ÄRZTLICHE HILFE GEWÄHRT WIRD.

EIN STAAT, DER SO MIT SEINEN POLITISCHEN GEGNERN UMGEHT, KANN FÜR SICH NICHT BEANSPRUCHEN, AUF DEM WEG DER DEMOKRATISIERUNG ZU SEIN, ES KANN SICH DABEI NUR UM EINEN STAAT HANDELN, DER UNS WIDERSTANDSKÄMPFER UND VERFOLGTE DES NAZIREGIMES UND JUNGE ANTI-FASCHISTEN AN EINE GESCHICHTLICHE SITUATION ERINNERT, DIE SICH IN DEN JAHREN ZWISCHEN 1933 UND 1945 ABGESPIELT HAT.

DER LANDESVERBAND NIEDERSACHSEN DER VVN-BUND DER ANTIFASCHISTEN FORDERT SIE AUF, DEN WEG ZUR DEMOKRATISIERUNG ZU ERMÖGLICHEN, DER DAMIT BEGONNEN WERDEN MUSS, DASS HAYDAR KUDLU UND NIHAD SARGIN SOWIE ALLE GEFANGENGEHALTENEN DEMOKRATEN UND PATRIOTEN ENDLICH UND SOFORT AUF FREIEN FUSS GELASSEN WERDEN.

WIR FORDERN DIE ZULASSUNG UND LEGALE BETÄTIGUNG FÜR ALLE DEMOKRATISCHEN PARTEIEN UND ORGANISATIONEN, DIE BISHER VERBOTEN SIND, EINSCHLIESSLICH DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI.

WIR SOLIDARISIEREN UNS MIT DEM NÜTIGEN KAMPF HAYDAR KUTLU'S UND NIHAD SARGIN'S UND ALLER PATRIOTEN FÜR DIE WIEDERHERSTELLUNG DER DEMOKRATIE IN DER TÜRKEI!

gez.  
Dirk Addicks  
Landessekretär





# Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft · Stadtverband Köln  
Hans-Böckler-Platz 9, DGB-Haus, 5000 KÖLN 1

## Stadtverband Köln

Hans-Böckler-Platz 9, DGB-Haus  
5000 KÖLN 1  
Telefon 51 62 67

### Ab 1.9.87 Kontowechselungen:

Konto für Gewerkschaft Köln  
Konto Nr. 7202 963, BLZ 370 50198  
Postsparkasse Köln  
Konto Nr. 1098 73-505, BLZ 370 100 50

### Bankverbindung:

Stadtsparkasse Köln  
Konto Nr. 7202 963, BLZ 370 50198  
Postscheckkonto Köln  
Konto N. 1098 73-505, BLZ 370 100 50

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht

Unser Zeichen

Datum

19.11.87

Betr.: Verhaftung des Generalsekretärs der KPdT, Haydar Kutlu,  
und des Generalsekretärs der APdT, Nihat Sargin, in Ankara  
Haydar Kutlu erlitt Herzanfall !

Sehr geehrte/r

Über die Reise der obengenannten Politiker hatte ich Sie informiert.  
Am 18. November - also 2 Tage nach seiner Verhaftung - erlitt Herr  
Haydar Kutlu einen schweren Herzanfall. Er wird zwar ärztlich be-  
handelt, nicht aber in ein Krankenhaus eingeliefert.

Herr Kutlu und Herr Sargin hatten sich vor ihrer Abreise einer  
gründlichen medizinischen Untersuchung unterzogen und waren beide  
für völlig gesund befunden worden.

Es steht zu befürchten, daß der Herzanfall auf Einwirkungen während  
der Polizeihaft zurückzuführen ist.

Wir bitten Sie sehr dringend, alles Ihnen mögliche zu tun, damit  
Haydar Kutlu und Nihat Sargin aus der Haft entlassen werden.  
Dies ist allein schon deshalb nötig, damit Herr Kutlu die notwendige  
ärztliche Behandlung in einer Klinik erhält.

Wir danken Ihnen sehr.

Mit freundlichen Grüßen

Reinhard Hocker  
Vorsitzender der GEW-Köln

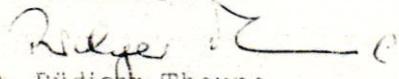
Hamburg.d.26.11.87

Nicaragua Komitee Hamburg  
Nernstweg 32  
2000 Hamburg 50

An  
Botschaft der Türkei  
Utestraße 47  
5300 Bonn - Bad Godesberg

Sehr geehrte Damen und Herren,  
hiermit protestieren wir gegen die Festnahme und Inhaftierung von Nihat Sargin (Generalsekretär der Arbeiterpartei der Türkei) und Haydar Kutlu (Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Türkei) durch die Polizeibehörden Ihres Landes. Wir fordern die sofortige Freilassung der beiden Inhaftierten und eine demokratische und rechtmäßige Behandlung nach internationalen demokratischen Gepflogenheiten. Wir teilen die Sorge der Freunde Nihat Sargins und Haydar Kutlus, daß die Inhaftierten mit Folter und Mißhandlung bedroht sind und fordern sie auf, sich umgehend für die Sicherheit und Unversehrtheit der Gefangenen einzusetzen.

Hochachtungsvoll

  
I.A. Rüdiger Theune

Durchschlag an: Herrn Richard von Weizsäcker  
Präsident der Bundesrepublik Deutschland  
5300 Bonn

Verantwortlich: Postfach 26 01 Hans-Böckler-Straße 39 Telefon: Fernschreiber: 8 584 822 a dgb d  
Ulrich Preussner 4000 Düsseldorf 1 (Hans-Böckler-Haus) (0211) 43 01-215 FAX: 02 11-4301 324  
4000 Düsseldorf 30 Teletex: 2627-211 4379  
(bei Anwahl durch Telex 17 vorwählen)

Bitte PSD im Rechner oder SID-Ticker beachten

ND 426  
23. November 1987

## DGB will EG-Beitritt der Türkei verhindern

Die Wiederherstellung der Demokratie "auf allen gesellschaftlichen Ebenen" in der Türkei hat der DGB gefordert. Angesichts der bevorstehenden Parlamentswahlen in der Türkei am 29. November wies der DGB in einer am Montag in Düsseldorf veröffentlichten Erklärung darauf hin, daß zur Zeit grundlegende Gewerkschaftsfreiheiten in diesem Lande "nicht garantiert" seien. Als bedeutsamste Kritikpunkte wurden staatliche Eingriffe in Tarifverhandlungen zugunsten der Arbeitgeber sowie massive Beschränkungen bei Arbeitskämpfen genannt. Die große Zahl türkischer Gewerkschafter im DGB sei Verpflichtung genug für die deutschen Gewerkschaften, "ihre Stimme zu erheben" und Solidarität mit den türkischen Gewerkschaften zu bekunden.

Angesichts der politischen und gesellschaftlichen Realität in der Türkei wolle der DGB seinen gesellschaftlichen Einfluß geltend machen, "um einen EG-Beitritt der Türkei zu verhindern". Das Land dürfe solange nicht Vollmitglied der Gemeinschaft werden, bis nicht die Menschenrechte, die Grundrechte und die Gewerkschaftsrechte gesetzlich verankert seien.

Die türkischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik forderte der DGB auf, nur solche Parteien zu wählen, "die Arbeitnehmerinteressen wirkungsvoll vertreten". Türken im Ausland können nur in der Türkei ihre Stimmen abgeben. Zu diesem Zweck werden schon sechs Monate vor dem Wahltermin an den Grenzstationen des Landes Wahlurnen aufgestellt. In diesem Zusammenhang hat der DGB die türkische Regierung aufgefordert, den Türken im Ausland für die Zukunft "eine echte Beteiligung an den Wahlen in ihrer Heimat zu ermöglichen".



# VEREINIGUNG DER VERFOLGTEN DES NAZIREGIMES

Bund der Antifaschisten · Landesverband Bayern e.V.

Kreisvereinigung Ansbach  
Birgitta Eschenbacher, Am Heimweg 17, 8800 Ansbach, Tel. 0981/14444

An die  
Leserbriefredaktion der  
Nürnberger Nachrichten  
Marienplatz  
8500 Nürnberg

7.12.87

Betr.: Ihren Artikel "Hoffnungsschimmer für KP-Führer? v. 7.12.87

Sehr geehrte Damen und Herren,  
ich bitte um Abdruck folgenden Leserbriefes:

Wir haben mit Empörung von der Verhaftung der Herren Sargin und Kutlu in Ankara gehört, von der uns der MdL, Herr Schramm, als Augenzeuge berichtete. Einem Land, das seine Aufnahme in die EG anstrebt, steht es schlecht zu Gesicht, Menschenrechte mit Stiefeln zu treten. Hier sind unsere Politiker gefordert, klare Worte z.B. gerade auch von Herrn v. Weizsäcker als Atatürk-Preisträger sind nötig. Unsere eigene deutsche Geschichte sollte uns dabei als mahnendes Beispiel vor Augen stehen. Die Türkei darf erst in die EG aufgenommen werden, wenn dort demokratische Verhältnisse herrschen, - das würde z.B. bedeuten, daß

1. alle politischen Gefangenen freigelassen werden,
2. Gesetze, die direkt von den Mussolini-Faschisten übernommen wurden, abgeschafft werden
3. alle Arbeiterorganisationen -von den Gewerkschaften bis zur KP- legal wirken können
4. demokratische Wahlen stattfinden.

In diese Richtung müssen die bundesdeutschen Politiker in der EG eindeutig Stellung beziehen.

Mit freundlichen Grüßen

B. Eschenbacher, Kreisvorsitzende der  
VVN-BdA Ansbach



# VEREINIGUNG DER VERFOLGTEN DES NAZIREGIMES

**Bund der Antifaschisten · Landesverband Bayern e.V.**

Kreisvereinigung Ansbach  
c/o Birgitta Eschenbacher  
Am Heimweg 17  
8800 Ansbach Tel.: 0981/14444

An

Ansbach, den 22.11.87

Sehr geehrte

Vielleicht haben Sie schon von der Verhaftung der beiden türkischen Antifaschisten, Herrn Sargin und Herrn Kutlu auf dem Flughafen in Ankara/Türkei gehört. In Begleitung einer internationalen Delegation reisten die beiden in die Türkei, um die legale Zulassung der neu gegründeten Arbeiterpartei, der TBKP, zu fordern. Sie wurden sofort verhaftet und ins Gefängnis gesteckt. Es wird vermutet, daß sie dort gefoltert werden.

Unser Ansbacher Kamerad HERMANN MÜLLER war als VVN-Vertreter bei der Delegation in die Türkei dabei.

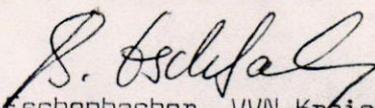
Er wird als Augenzeuge von dem Geschehen berichten.

Wir möchten Sie und Ihre Mitglieder herzlich zu dieser Veranstaltung einladen (sh. beiliegendes Flugblatt).

Auch wenn die Veranstaltung sehr kurzfristig anberaumt wurde wegen der Aktualität der Ereignisse, möchten wir Sie bitten, Ihre Mitglieder hiervon zu informieren.

Ferner soll an dem Abend auch darüber geredet werden, wie wir hier in Ansbach weitere Solidarität organisieren können.

Mit freundlichen Grüßen

  
B. Eschenbacher, VVN-Kreisvorsitzende

## Demokratisches Forum Türkei/Türkei-Kurdistan

Kontaktadresse  
Reinhard Hocker  
Rochusstraße 385  
5000 Köln 30

Bankverbindung  
Svea Wülfing-  
Sonderkonto

Postgiroamt Köln  
3440 16-501  
BLZ 370 100 50

Köln, den 20.06.1988

### P R E S S E E R K L Ä R U N G

#### Demokratisches Forum Türkei/Türkei Kurdistan gegründet

Sehr geehrte Damen und Herren,

auf einer Versammlung in Bonn am 18.Mai 1988 wurde das demokratische Forum Türkei/Türkei-Kurdistan gegründet.

Zu der gut besuchten Gründungsversammlung waren überraschend viele Teilnehmer darunter auch die Bundestagsabgeordneten Monika Ganseforth (SPD), Karitas Hensel (Grüne) und Pfarrer Detlef Lüderwald gekommen.

Das demokratische Forum Türkei/Türkei-Kurdistan will eine auf die Türkei bezogene Menschenrechtsarbeit durchführen.

Daß eine solche notwendig ist, zeigen die in diesem Land auch acht Jahre nach dem Militärputsch immer noch andauernden Menschenrechtsverletzungen.

Einige Beispiele sollen dies belegen:

- In Ankara hat am achten Juni 1988 der Prozeß gegen die im November 1988 bei ihrer Rückkehr in die Türkei verhafteten Generalsekretäre der Kommunistischen Partei und der Arbeiterpartei der Türkei Haydar Kutlu und Nihat Sargin, begonnen. Den Angeklagten wird nichts als ihre politische Gesinnung vorgeworfen.
- Seit Ende Mai 1988 befinden sich 230 Gefangene im Militärgefängnis Aydin im Hungerstreik gegen schlimme Haftbedingungen und Folter.
- Die Repression in den kurdischen Gebieten wird immer stärker.
- Am 30. April 1988 drohte Staatspräsident Kenan Evren mit einem neuen Militärputsch.  
Gleichzeitig aber gibt es in der Türkei eine ständig breiter werdende Bewegung für Menschen-Bürger- und Gewerkschaftsrechte.

Das Demokratische Forum Türkei/Türkei-Kurdistan möchte diese Bewegung unterstützen und für die Beachtung der internationalen Menschenrechtskonventionen, die fast alle von der Türkei unterzeichnet wurden, arbeiten.

Deshalb sollen Menschenrechtsverletzungen in diesem Land öffentlich gemacht werden.

Weiter will sich das Forum dafür einsetzen, daß Demokratie als alle gesellschaftlichen Verhältnisse gestaltendes Prinzip auch in der Türkei Wirklichkeit wird.

Die Arbeit des Forums ist vom Grundsatz der Unabhängigkeit und Überparteilichkeit geleitet.

Als erste Aktivitäten plant das Forum die Durchführung einer Veranstaltung zur Folter in der Türkei und einer Tagung zur Kurdischen Frage.

Delegationen, die in die Türkei reisen, bietet das Forum Beratung an.

Der Sprecherrat des Forums tagt monatlich.

Zur Mitarbeit im Forum sind bis jetzt etwa 40 Personen bereit, darunter eine Reihe von Bundestagsabgeordneten, Rechtsanwälten und Gewerkschaftern.

Die Initiative zur Gründungsversammlung war unter anderem ausgegangen vom Schriftsteller Günter Wallraff, Rechtsanwalt Hanswerner Odendahl und Pfarrer Michael Höhn.

Wir bitten Sie, diese Erklärung zu veröffentlichen.

Mit freundlichem Gruß

Reinhard Hocker

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMALARI  
TÜSTAV

## SOMMER 1988 IN DER TÜRKEI

(GEW-Delegation aus der Türkei zurück)

- POLITISCHE VERFAHREN DAUERN AN
- LEHRER DÜRFEN KEINE ORGANISATIONEN UND GEWERKSCHAFTEN BILDEN
- AUTONOMIE DER UNIVERSITÄTEN IMMER NOCH NICHT WIEDERHERGESTELLT
- HUNGERSTREIK IM MILITÄRGEFÄNGNIS AYDIN
- STAATSPRÄSIDENT EVREN DROHT MIT NEUEM MILITÄRPUTSCH
- DEMOKRATISCHE OPPOSITION GEWINNT IMMER GRÖßERE BREITE

Vom fünften bis neunten Juni 1988 hielt sich wieder eine Delegation der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft in der Türkei auf.

Erster Anlaß für die bisher sechs Delegationsreisen der GEW war die Verhaftung des Kölner Lehrers Şakir Bilgin - er lebt seit 1987 wieder in Köln - aber auch Solidarität mit allen verfolgten Gewerkschaftern, Lehrern, Studenten, kurz mit allen Demokraten in der Türkei.

Die Delegationen nahmen Kontakt mit verfolgten Personen oder Gruppen auf, beobachteten Prozesse, sprachen mit Rechtsanwälten, Journalisten, mit Politikern und Vertretern der Behörden.

Die so gesammelten Informationen wurden hier an eine oft nicht gut über die Verhältnisse in der Türkei informierte Öffentlichkeit weitergegeben.

Die **GEW-Delegation vom Juni 1988** hielt sich in Istanbul und Ankara auf. Sie sprach mit

- den Herausgebern der Lehrerzeitschrift abece,
- dem Vorstand des Vereins Eđit-Der (Erziehungsverein),
- Vertretern des Menschenrechtsvereins der Türkei,
- Vertretern des Vereins der Angehörigen politischer Gefangener,
- Anwälten,
- ehemaligen Inhaftierten,
- Angehörigen von Inhaftierten,
- Vertretern der Erwachsenenbildungseinrichtung Bilar,
- Beamten im türkischen Arbeitsministerium und vielen anderen.

Der Prozess gegen die im November nach ihrer Rückkehr in die Türkei verhafteten Generalsekretäre der Kommunistischen Partei der Türkei und der Arbeiterpartei der Türkei, Haydar Kutlu und Nihat Sargin wurde beobachtet.

Die Delegation hatte auch Kontakt zur deutschen Botschaft in Ankara und zum deutschen Generalkonsulat in Istanbul.

Die Militärstaatsanwaltschaft, die für das Verfahren zuständig ist in dem Şakir Bilgin mitangeklagt ist, lehnte ein Gespräch mit der Delegation ab.

Im folgenden sind die Erfahrungen und Eindrücke der GEW-Delegation kurz zusammengefaßt:

- Lehrerinnen und Lehrer dürfen nach wie vor weder Organisationen noch Gewerkschaften bilden.  
Eine Wiederzulassung der verbotenen Lehrerorganisation TÖB-DER und die Rückgabe ihres eingezogenen Vermögens wird von staatlichen Stellen strikt abgelehnt.  
Die sich in der Opposition befindenden Parteien Sozialdemokratische Volkspartei (SHP) und Partei des rechten Weges (DYP) wie auch der Gewerkschaftsbund Türk-İş fordern die Wiederzulassung von Lehrerorganisationen.  
Am sechzehnten Februar 1988 wurde der Verein Eđit-Der (Erziehungsverein) gegründet.  
Ihm gehören ehemalige Lehrer/innen an; auch solche, die nach dem Militärputsch vom September 1980 aus dem Dienst entlassen wurden.  
Die Zahl der so mit Berufsverbot belegten Lehrer beträgt nach Regierungsaussagen cirka 12.000. Sie erhöht sich allerdings auf 20.000 (!), wenn man die Lehrer/innen hinzurechnet, die freiwillig den Dienst verlassen haben.  
Dem Eđit-Der dürfen wegen des Organisationsverbotes keine im Dienst befindlichen Lehrer/innen beitreten.  
Der Verein hat sich folgende Aufgaben gestellt:
  - die Berufsinteressen der Lehrer zu vertreten,
  - sich für die Demokratisierung der politischen Verhältnisse in der Türkei einzusetzen,
  - das Recht auf Rückkehr der nach dem 12. September 1980 Ausgebürgerten zu fordern.  
Die Gründer des Eđit-Der sind die ehemaligen Aktivisten der 1971 verbotenen Lehrgewerkschaft TÖS und des 1980 verbotenen Lehrerverbandes TÖB-DER.  
Bei einem Gespräch mit hohen Beamten des türkischen Arbeitsministeriums in Ankara, äußerte die GEW-Delegation Kritik an dem Organisationsverbot für Lehrer. Die Behauptung eines der Beamten, Lehrer könnten Organisationen bilden, war ein offensichtlicher Versuch, die Delegation zu täuschen.  
Im § 4 des Gesetzes 2908 steht im vierten Absatz:  
"Lehrer dürfen keinen Verein gründen und keinem Verein beitreten."  
Dieses Verbot trifft übrigens alle im öffentlichen Dienst Beschäftigten.  
Die Vertreter des Eđit-Der wiesen die GEW-Delegation darauf hin, daß sich die Einkommenssituation der Lehrer, wie fast aller Arbeitnehmer, drastisch verschlechtert habe.  
Lehrer verdienen zwischen 150 und 200 DM monatlich; diese Summe reicht meist nicht einmal zur Zahlung der sehr hohen Mieten aus. Deshalb sind die Lehrer gezwungen, Nebentätigkeiten auszuüben, z.B. als Taxifahrer, Obsthändler und dergl.
- Die internationale Arbeitsorganisation (ILO) hat in den letzten Monaten wiederholt die Beschränkung gewerkschaftlicher Rechte in der Türkei kritisiert.  
Von der türkischen Regierung forderte ILO die Wiederherstellung normaler Bedingungen für gewerkschaftliche Betätigung.  
Weil die türkische Regierung dieser Aufforderung nicht nachkam, wurde die Türkei von ILO in die Liste der Staaten aufgenommen, in denen besondere Restriktionen gegenüber Gewerkschaften praktiziert werden.

Erst in den letzten Wochen wurden einige vom türkischen Arbeitsministerium vorgeschlagene Änderungen des Gewerkschaftsgesetzes diskutiert. Diese beziehen sich unter anderem auf folgende Punkte:

- Eigenschaften, die Gewerkschaften besitzen müssen; hier sind Erleichterungen vorgesehen,
- Erleichterungen bei der Ausübung von Gewerkschaftsfunktionen,
- Verwendung von Gewerkschaftsgeldern.

Die vorgesehenen Änderungen sind vermutlich mit Blick auf die anstehende ILO-Tagung in Genf angegangen worden.

Die in der türkischen Verfassung (s. Artikel 49-54) enthaltenen grundsätzlichen Restriktionen, denen die Gewerkschaften unterliegen, werden jedoch nicht in Frage gestellt.

- Besondere Aufmerksamkeit und Anerkennung verdient nach Auffassung der GEW-Delegation die monatlich erscheinende Lehrerzeitschrift abece. Sie versucht mutig und engagiert demokratische Positionen in die Lehrerschaft hineinzutragen, kritisiert die derzeitigen Verhältnisse im türkischen Bildungssystem, informiert über die bedeutenden demokratischen und gewerkschaftlichen Traditionen der Lehrerschaft in der Türkei, berichtet über demokratische Lehrertätigkeiten in anderen Ländern, bespricht Literatur usw.

Die finanzielle Situation der Zeitschrift ist schwierig. Die GEW wird alles in ihren Möglichkeiten stehende tun, um die Bemühungen zur Wiedezulassung von Lehrerorganisationen in der Türkei zu unterstützen.

Das Engagement, die Entschlossenheit, Zähigkeit und der Mut der Eđit-Der und abece-Leute, die alle schon schwere Verfolgungen hinter sich gebracht haben, hat die GEW-Delegation sehr beeindruckt.

- In Istanbul sprach die GEW-Delegation mit der Erwachsenenbildungseinrichtung Bilar. Diese wurde von dem international bekannten Satiriker Aziz Nesin ins Leben gerufen.

In ihr arbeiten viele derjenigen Hochschullehrer, die nach dem Militärputsch vom September 1980 entlassen wurden oder den Dienst quittierten, weil sie die Atmosphäre an den durch das Hochschulgesetz "gleichgeschalteten" Hochschulen in der Türkei nicht mehr ertragen konnten.

Bilar führt an einem kritischen Wissenschaftsverständnis orientierte Veranstaltungen durch, die jedem offenstehen. Die GEW wird mit Bilar eng zusammenarbeiten.

Die Unterdrückung an den Hochschulen hält an; so wurden an der Universität Istanbul Ende April 1988 einhundertachtzig Studenten verhaftet, weil sie sich mit einer Studentin solidarisiert hatten, die von Polizisten belästigt worden war. Polizei ist in den Hochschulen ständig präsent.

Zweiunddreißig der Inhaftierten waren zum Zeitpunkt als die GEW-Delegation in der Türkei war noch in Haft.

Im Mittelpunkt der politischen Diskussion in der Türkei steht zur Zeit der am achten Juni vor einem Staatssicherheitsgericht eröffnete Prozeß gegen die Generalsekretäre der Arbeiterpartei der Türkei und der Kommunistischen Partei der Türkei, Nihat Sargin und Haydar Kutlu.

Nach ihrer Rückkehr in die Türkei im November 1987 waren die beiden verhaftet und auch gefoltert worden. Ihnen wird lediglich die Mitgliedschaft in und Tätigkeit für in der Türkei verbotene Organisationen vorgeworfen. In der Anklageschrift steht:

"...die Gedanken der Angeklagten umfassen ein System, das unserer in unserer Verfassung bestimmten Staatsordnung auf jeden Fall zuwiderläuft."

Der Prozeß gegen Kutlu und Sargin ist ein klassischer Gesinnungsprozeß. Die Artikel 140, 141, 142 des türkischen Strafgesetzbuches, die aus dem italienischen Strafgesetzbuch aus der Zeit der Mussolini-Diktatur übernommen wurden, ermöglichen der türkischen Staatsanwaltschaft die Führung des Verfahrens.

Es zeigt ganz besonders deutlich, daß in der Türkei zur Zeit ein politischer Pluralismus kaum vorhanden ist.

Der autoritäre Charakter des derzeitigen türkischen Staates, der durch eine scheindemokratische Fassade kaschiert werden soll, wird am Kutlu/Sargin Prozeß besonders deutlich.

Die GEW-Delegation sprach mit Anwälten, die Haydar Kutlu und Nihat Sargin vertreten und nahm an der Eröffnung des Verfahrens gegen die beiden am achten Juni in Ankara teil.

Dort wurde auch die Breite der demokratischen Bewegung in der Türkei und die internationale Solidarität mit ihr offenkundig: Weit über tausend Menschen standen vor dem von Polizei umstellten Gerichtsgebäude und versuchten, Einlaß in den viel zu kleinen Gerichtssaal zu erlangen. Unter den Wartenden, die den ganzen Tag über vor dem Gebäude blieben oder schließlich doch Zugang erhielten, waren der griechische Sänger Mikis Theodorakis, der bekannte türkische Schriftsteller Yaşar Kemal, Juristen, Wissenschaftler, Abgeordnete und Gewerkschafter der Türkei und vieler europäischer Länder. Einhundertsechzig Anwälte haben sich bereit erklärt, Kutlu und Sargin zu verteidigen.

Im Sommer dieses Jahres wird ein anderer wichtiger Prozeß in seine Endphase treten; es handelt sich um das seit acht Jahren laufende Verfahren in Erzincan (Osttürkei) gegen Bürger der Stadt Fatsa (Schwarzmeerregion).

In dieser Stadt war nach der Kommunalwahl von 1979 ein Selbstverwaltungsmodell in Gang gesetzt worden. Initiator war der zum Bürgermeister gewählte parteilose Schneider Fikri Sönmez.

Die türkische Armee beendete im Juli 1980 das Selbstverwaltungsmodell Fatsa gewaltsam. Gegen 815 Personen wurde das oben genannte Verfahren eröffnet. Im Mai 1985 starb Fikri Sönmez unter rätselhaften Umständen im Gefängnis von Erzincan.

65 Bürger der Stadt Fatsa sind immer noch in Haft; gegen viele der Angeklagten ist die Todesstrafe beantragt worden.

- Die Haftbedingungen der meisten politischen Gefangenen sind nach wie vor sehr schlimm. Die Delegation erfuhr von einem Hungerstreik im Gefängnis von Aydın, an dem sich 230 politische Gefangene beteiligen und der seit 25 Tagen andauert. Von der Gefängnisleitung wird den Hungerstreikenden Zucker und Salz in nur sehr unzureichendem Maße zugeteilt oder sogar ganz verweigert. Eine Reihe der Hungerstreikenden befindet sich deshalb in Lebensgefahr. Seit acht Tagen führen Angehörige der Inhaftierten einen Solidaritätshungerstreik durch.

Anlaß des Hungerstreiks ist die drastische Verschärfung der Haftbedingungen im Gefängnis Aydın und die Mißhandlung der Gefangenen nach dem zwanzigsten Mai 1988.

Die GEW appelliert an Politiker, Kirchen, Gewerkschaften, sich für die Hungerstreikenden in Aydın schnell einzusetzen, um drohende Todesfälle zu verhindern.

- Am 17. Januar 1988 veröffentlichte das türkische Justizministerium eine statistische Übersicht aus der hervorgeht, daß in der Zeit vom Dezember 1978 bis zum Februar 1988 202501 Menschen von Militärgerichten verurteilt wurden. 5309 Angeklagte stehen jetzt noch in 185 Verfahren vor den Militärgerichten (Gerichten des Ausnahmezustands). Dies trotz der Aufhebung des Kriegsrechts in allen türkischen Provinzen.

Seit dem 12. September 1980 wurden fünfzig Menschen in der Türkei hingerichtet. Etwa 169 Todesurteile liegen noch beim Parlament, das jedes Todesurteil bestätigen muß, bevor es vollstreckt werden kann. Seit November 1984 wurde kein Todesurteil mehr vollstreckt.

- Der Protest gegen die Menschenrechtsverletzungen in der Türkei nimmt zu. Besonders aktiv hierbei ist der Menschenrechtsverein der Türkei (Insan hakları derneği). Die GEW-Delegation hatte in Ankara Gelegenheit, mit diesem Verein zu sprechen. Im Winter 1987/88 führte er eine Kampagne für eine Generalamnestie und die Abschaffung der Todesstrafe durch. Die Hungerstreikenden von Aydın unterstützt der Menschenrechtsverein durch Öffentlichkeitsarbeit und Solidaritätsaktionen. In fast allen größeren Städten der Türkei hat er Sektionen eingerichtet.

Die große Zustimmung und Unterstützung, die der Menschenrechtsverein erfährt zeigen, wie verankert die Forderung nach demokratischen, rechtsstaatlichen Verhältnissen in der türkischen Bevölkerung ist.

- Auch der Verein der Angehörigen politischer Gefangener (Tayad), der seinen Sitz in Istanbul hat, arbeitet für die Rechte der politischen Gefangenen und protestiert gegen Menschenrechtsverletzungen in den Gefängnissen. Mit Tayad führte die Delegation ebenfalls ein Gespräch.
- In der Türkei ist die Feier des ersten Mai verboten. Als am ersten Mai 1988 in Istanbul eine Demonstration vom Büro der Sozialdemokratischen Volkspartei aus zum Taksim-Platz gehen wollte, um dort Kränze niederzulegen und der 37 Todesopfer vom ersten Mai 1977 zu gedenken, ging die Polizei gegen die zur Demonstration Versammelten vor. 81 Menschen wurden festgenommen und gegen 80 ein Verfahren eröffnet.

In Izmir wurden am ersten Mai 18 Studenten verhaftet, weil sie einen Kranz vor dem Gebäude des Gouverneurs niederlegen wollten.

- Der Prozeß gegen Şakir Bilgin und die über 13 00 Mitangeklagten dauert noch an; das Gericht will dieses Jahr das Verfahren abschließen. 60 Angeklagte sind immer noch in Haft, zum Teil seit acht Jahren.

- Am 30. April 1988 sagte Staatspräsident Kenan Evren in Trabzon:  
"Obwohl wir es nicht herbeiwünschen: Wenn eine Zeit käme, in der die Türkei in derselben Situation wie vor dem 12. September 1980 wäre, dann wären die bewaffneten Kräfte diejenigen, die sie daraus befreien würden". "

Weiter sagte Evren:

" Falls es zur selben Situation wie vor dem 12. September käme, und falls diejenigen, die verpflichtet sind, dieses zu verhindern ihre Pflicht nicht erfüllen sollten, dann könnten es die bewaffneten Kräfte nicht beim Zuschauen belassen. "

**Eine deutliche Drohung mit einem neuen Militärputsch.** Von einer Rückkehr zur Demokratie kann in der Türkei des Jahres 1988 keine Rede sein.

Die GEW wird ihre auf die Türkei bezogene Solidaritäts- und Menschenrechtsarbeit auch jetzt nach der Rückkehr von Şakir Bilgin fortsetzen. Immer wieder wurde den Delegationsteilnehmern deutlich gemacht, wie sehr die Demokraten in der Türkei auf die Unterstützung durch das Ausland bauen.

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ANKETİ



Prof. Dipl.-Ing.  
Monika Ganseforth (SPD)  
Mitglied des Deutschen Bundestages

5300 Bonn 1, den 8. Juli 1988  
Bundeshaus  
Tel. 0228 / 1655 45

Frielinger Str. 32  
3057 Neustadt a. Rbge. 1  
Tel. 05032 / 3639

## P r e s s e e r k l ä r u n g

### Türkei von Normalisierung weit entfernt

Als für die Türkei zuständiges Mitglied der Arbeitsgruppe Menschenrechte und humanitäre Hilfe der SPD-Bundestagsfraktion nahm die Bundestagsabgeordnete Monika Ganseforth als Beobachterin an einem politischen Prozeß in Ankara (Türkei) teil:

Als am 16. November 1987 die beiden Generalsekretäre der türkischen kommunistischen Partei und der türkischen Arbeiterpartei, Haydar Kutlu und Dr. Nikat Sargin, aus dem Exil in der Bundesrepublik in die Türkei zurückkehrten, wurden sie gleich auf dem Flughafen festgenommen. Die Art und Weise erinnert an Kidnapping. Im Auto wurden ihnen die Augen verbunden. Unter dem Bruch von Gesetzen wurden sie 19 Tage ohne Kontakt zu Angehörigen oder Anwälten festgehalten und gefoltert. Seit dem 8. Juni 1988 findet nun vor dem Staatssicherheitsgericht in Ankara ein Strafverfahren gegen sie und 14 weitere Angeklagte statt. Amnesty International hat Kutlu und Dr. Sargin unter seinen Schutz gestellt., da sie weder Gewalt angewendet noch zur Gewaltanwendung aufgerufen haben. Sie werden allein wegen ihrer Meinung angeklagt.

Auch wenn ich die Auffassung von Kutlu und Sargin nicht teile, so widerspricht dieses Verhalten der türkischen Regierung allen Anforderungen an einen demokratischen Staat.

Innenpolitisch scheint sich der Prozeß zu einer Machtprobe, allerdings mit sehr ungleichen Waffen, zu entwickeln.

650 Anwältinnen und Anwälte verteidigen die beiden Angeklagten. Zwei Anwälte stehen inzwischen selber unter Anklage.

Internationale Delegationen aus Griechenland, Frankreich, England, Dänemark und der Bundesrepublik beobachten den Prozeß.

Hunderte von türkischen Bürgerinnen und Bürger verfolgen den Prozeß, auch wenn sie nicht zum Prozeß zugelassen werden.

Die Türkei wird erst dann zur Ruhe kommen, wenn Grundrechte wie Meinungsverschiedenheit, Versammlungsfreiheit herrschen, wenn nicht mehr gefoltert wird, wenn wirklich demokratische Verhältnisse herrschen und die Gesellschaft durchdringen und wenn die sozialen Bedingungen, unter denen die Bevölkerung lebt, befriedigend sind und nicht eine Clique der Oberschicht die Fäden in der Hand hat und im Luxus lebt.

Von diesen Bedingungen ist die Türkei weit entfernt.

Die Bundesregierung sollte allen Einfluß, den sie durchaus hat, geltend machen, um diese Entwicklung zu fördern.

DIE  
**SPD**  
IM  
DEUTSCHEN  
BUNDESTAG

1472

30. Juni 1988  
E/E1b

Lage der Menschenrechte in der Türkei

Aus Anlaß der Einbringung eines Antrags der SPD-Bundestagsfraktion zur Situation der Menschenrechte in der Türkei erklärt der Obmann der Arbeitsgruppe "Menschenrechte und humanitäre Hilfe" der SPD-Fraktion, Rudolf B i n d i g:

Die Türkei ist Mitglied der NATO und des Europarates. Die Türkei ist Mitunterzeichner der KSZE-Schlußakte von Helsinki, und hat sich damit insbesondere der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten einschließlich der Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Überzeugungsfreiheiten verpflichtet. Dem zwischen 1980 und 1983 herrschenden Militärregime folgten inzwischen zivile Regierungen.

Und trotzdem - auch heute noch entsprechen weder die innenpolitischen noch die rechtsstaatlichen Verhältnisse in der Türkei europäischen Standards.

Auch heute noch

-agieren die "Sicherheitskräfte" in der Türkei weitgehend unkontrolliert und sind nach wie vor für Menschenrechtsverletzungen verantwortlich,

-beansprucht die Armee eine Sonderrolle in der Politik. Ein Beispiel, beim jetzt gegen die beiden Generalsekretäre Sargin und Kutlu laufenden Prozeß in Ankara sind Richter, einschließlich Vertreter der Staatsanwaltschaft, alles

- 2 -

ehemalige, noch von Evren eingesetzte Offiziere - wie im  
übrigen an allen Sondergerichten in der Türkei-

-genießt die Polizei weitgehende Rechte und wird nicht  
wirklich kontrolliert,

-entspricht die Behandlung von Gefangenen in der Unter-  
suchungshaft und im Strafvollzug weder rechtsstaatlichen  
Maßstäben noch ist sie menschenwürdig,

-wird in der Türkei gefoltert,

-werden insbesondere den Millionen Kurden mit brachialischer  
Gewalt jegliche Minderheitenrechte abgesprochen.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat jetzt einen Entschlie-  
gungsantrag im Bundestag eingebracht mit dem Ziel, daß der  
Bundestag eine einmütige Willenserklärung zur  
Wiederherstellung und Gewährleistung der Menschenrechte in der  
Türkei verabschiedet.

Der SPD-Antrag hat folgenden Wortlaut:

### Lage der Menschenrechte in der Türkei

Der Deutsche Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag hat in seiner Entschlie-  
ßung vom 3. Juni 1981 (BT-Drs. 9/531) mit Zustimmung aller Fraktionen die Erwar-  
tung zum Ausdruck gebracht, daß in der Türkei die Grund- und  
Menschenrechte umfassend gesichert werden müssen und die Demo-  
kratie wiederhergestellt werden muß. Der Deutsche Bundestag lei-  
tet diesen Anspruch aus der gemeinsamen Mitgliedschaft der Bun-  
desrepublik Deutschland und der Türkei in der NATO und im Euro-  
parat ab. Wie die Bundesrepublik Deutschland hat sich die Türkei  
durch Unterzeichnung der Schlußakte der Konferenz über Sicher-

heit und Zusammenarbeit in Europa vom 1. August 1975 auf Prinzipien verständigt, die die Beziehungen der Teilnehmerstaaten leiten und insbesondere sich der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten einschließlich der Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Überzeugungsfreiheiten verpflichtet. Schließlich ist die Türkei bestrebt, die Verbindung zur Europäischen Gemeinschaft zu vertiefen.

Der Deutsche Bundestag hatte in seiner Entschliebung vom 12. April 1984 festgestellt, daß insbesondere die Forderung nach Sicherung der Grund- und Menschenrechte in der Türkei noch nicht erfüllt sind. Es besteht Veranlassung, festzustellen, daß unsere Erwartungen immer noch nicht erfüllt worden sind. So waren die wichtigsten Politiker der nicht in der Regierung vertretenen Parteien seit dem Militärregime bis zum Herbst 1987 mit einem politischen Betätigungsverbot belegt, das immer noch nicht ganz aufgehoben ist.

Noch immer wird die gewerkschaftliche Betätigung behindert, ist die Gewerkschaftsfreiheit in der Türkei nicht hergestellt. Der Gewerkschaftsdachverband DISK und die Lehrerorganisation TÖB-DER sind verboten. Das Recht der im öffentlichen Dienst Beschäftigten, Gewerkschaften und Berufsverbände zu bilden, existiert nicht. Der 1. Mai darf als Tag der Arbeiterbewegung nicht begangen werden.

Die Autonomie der Hochschulen ist nicht wiederhergestellt. Der Schulunterricht entspricht nicht den allgemein anerkannten Prinzipien über die Gedanken- oder Überzeugungsfreiheit.

Die Menschenrechte in der Türkei werden ständig verletzt:

- es wird gefoltert;
- nach wie vor existiert ein Vorrecht von Militärjustiz gegenüber den ordentlichen Gerichten;
- Todesurteile werden beantragt und verhängt, 159 Verurteilte sitzen in den Todeszellen;
- außerhalb der Türkei lebende Staatsbürger werden wegen ihres Einsatzes für Menschenrechte und Demokratie ausgebürgert, die im Exil lebenden politischen Flüchtlinge können zum Teil nicht in ihre Heimat zurückkehren.

Wie die Türkei mit den Menschenrechten verfährt, zeigte sich bei der Rückkehr der Politiker Haydar Kutlu und Nihat Sargin aus der Bundesrepublik Deutschland in die Türkei. Beide wurden verhaftet, blieben ohne Außenkontakt und sind wahrscheinlich in der Gefangenschaft gefoltert worden; beiden droht in dem soeben aufgenommenen Strafverfahren eine langjährige Freiheitsstrafe, wenn nicht die Todesstrafe.

Bei der Vergabe von Pässen verfährt die türkische Regierung willkürlich. Der Volksgruppe der Kurden und anderen Minderheiten werden politische und kulturelle Rechte vorenthalten. Obwohl das Kriegsrecht aufgehoben ist, wird in den Wohngebieten der Kurden der Ausnahmezustand durch das Notstandsgouvernement aufrecht erhalten und massiv Gewalt eingesetzt.

Amnesty international und andere Menschenrechtsorganisationen weisen darauf hin, daß 240 000 Menschen seit 1980 wegen politischer Delikte inhaftiert und fast durchweg gefoltert wurden. Die türkische Regierung hat sich bis heute nicht zu einer Amnestie aller politischen Gefangenen entschließen können.

Angesichts dieser Situation fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auf, mit großem Nachdruck bei der türkischen Regierung darauf zu drängen, daß die eingeleiteten Schritte zur Demokratisierung verstärkt und die Achtung der Menschenrechte in der Türkei gewährleistet werden.

TÜRKİYE SOSYAL TİJNİŞ ARASTIRMA YAKETİ

*Handwritten notes:*  
 20.06.88  
 21.06.88  
 22.06.88  
 23.06.88  
 24.06.88  
 25.06.88  
 26.06.88  
 27.06.88  
 28.06.88  
 29.06.88  
 30.06.88

DANİMARKA PARLAMENTOSU'NDA BASIN TOPLANTISI

→ K. Akçelt

9A/N/A  
119.

Danimarka Parlamentosu'nda 14 Haziran 1988 tarihinde 8 Haziran duruşmasını izleyen Sosyalist Halk Partisi Milletvekili Pelle Kniigt Voight, Danimarka İnsan Hakları Merkezi Raportörü Avukat Claus Bergsoe TIP ve TKP adına Satku Coşkun'un düzenlediği bir basın toplantısı yapıldı. Basın Toplantısına Sosyalist Halk Partisi Milletvekillerinden Ebbe Strange de katıldı.

Kniigt Voight ve Bergsoe konuşmalarında 8 Haziran duruşmasına ilişkin izlenimlerini anlattı. Konuşmalar, Ankara'da başlayan davanın TIP ve TKP genel sekreterleri tarafından başlatıldığı izlenimini edindiklerini söyledikçe. Avukat Bergsoe duruşmaları izlemeye devam edeceklerini ve yeniden parlamentolar göndereceklerini belirtti.

TIP ve TKP adına basın toplantısında bir konuşma yapan Satku Coşkun da, Türkiye Dışişleri Bakanı Mesut Yılmaz ile görüşme yapan Danimarka Dışişleri Bakanı'na Türkiye'de demokrasinin geliştiği yolunda izlenimlerini dile getirmesini yanıtladı. Coşkun, Türkiye'de demokratik gelişmeleri mahrumlukla karşıladıklarını, ancak şu anda böyle bir gelişmeden söz edilemeyeceğini belirtti ve Sergin-Kutlu Davası'nın bunun somut bir göstergesi olduğunu söyledi.

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

+++++

portekiz parlamentosu, sargin ve kutlu'nun serbest birakilmasini isteyen karar aldi

2 14. AL. Jett.

+ komunist parti'sinin onerisine iki kucuk sagci parti disinda tum partilerin milletvekilleri kabul oyu verdi

9. ALN/57

~~Lizbon (bem) - Lizbon parlamentosu, tip ve tkp genel sekreterleri nihait sargin ve haydar kutlu'nun derhal serbest birakilmasini isteyen bir karar aldi. Kararda turkiye nin avrupa toplulugu'na karartti bir sekilde basvuru yaptigina da dikkat cekildi.~~

turkiye'nin avrupa konseyi uyesi oldugunun da hatirlatildigi ve komunist partisi tarafından hazirlanan karar onerisini, parlamentonun en kucuk grubuna dahil iki sagci parti disinda tum partiler olumlu karsiladi ve kabul oyu verdi.

portekiz parlamentosu'nun 9 haziran tarihli oturumunda alinan kararın metni soyle:

"iki gun once ankara'da turkiye isci partisi genel sekreteri nihait sargin ve turkiye komunist partisi genel sekreteri haydar kutlu'nun davasi basladi. u iki yoneticici kendi istekleriyle ulkelerine donmus ve 16 kasim 1987 tarihinde ankara'ya variri varmaz tutuklanmislardi. onlarin tutuklanmaları turkiye'de ve dis ulkelerde cok sayida protestolara neden oldu.

~~avrupa partamentosu 19 kasim 1987 tarihinde onlarin derhal serbest birakilmasini istedi. uluslararası af orgutu ayni istemde bulundu.~~

onlarin tutuklanmalarinin tek nedeni politik dusuncelerinden dolayidir. turk ceza yasasi bu dusunceleri suc saymaktadır. oysa, bu durum evrensel insan haklari bildirgesi ve avrupa insan haklari sozlesmesiyle celismektedir.

turkiye avrupa konseyi uyesidir. ve insan haklarına saygi anlasmasını kabul eden bir ulkedir. turkiye'nin avrupa toplulugu'na uyetik icin kararlı bir sekilde basvurusu bulunmaktadir.

iki politik yoneticinin tutuklanması ve haklarında dava acılması insan temel hak ve ozgurlukleriyle tam celiski icindedir.

9 haziran 1988 tarihinde toplanan portekiz millet meclisi, kutlu ve sargin'in derhal serbest birakılması ve haklarında acılan davanın iptal edilmesini talep eder."

+++++

BATI BERLİN ALTERNATİF LİSTE PARLAMENTO  
GRUBU ÖZAL'A MUKTUP GÖNDERDİ

Batı Berlin (BEW)- Batı Berlin Parlemantosü Alternatif Liste dün (16 Haziran 1988) yaptığı toplantısında Türkiye Başbakanı Turgut Özal'a bir mektup gönderilmesine karar verdi. Parlamento grubu adına Batı Berlin Parlemantosü'ndeki tek Türk milletvekili olan Sevim Çelebi, ve Brigitte Appel ile Wieland imzasını taşıyan mektupta, iki genel sekreterin tutuklanması ve haklarında açılan davanın demokrasi ilkeleri ile bağdaşmadığı belirtirdi ve su görüşlere ~~göre~~ ve istemlere yer verildi:

- "Bizim demokrasi anlayışımız, sizinkilerden farklı olduğu için sunları talep ediyoruz:
- 1-Nihat Sargın ve Haydar Kutlu ve öteki politik tutuklular derhal serbest bırakılsın
  - 2-Türkiye ve Türkiye Kürdistanındaki işkence uygulamalarına derhal son verilsin
  - 3-Komünist Parti ve diğer bütün ilerici örgütlere derhal özgür çalışma hakkı tanılsın.
  - 4-Kürtçe üzerindeki yasak kaldırılsın."

SOZIALDEMOKRATEN  
FÜR EUROPA

24.11.1987 1006/87

SERVICE DER SPD FÜR PRESSE, TURKEY V. 1987

10 | 20 | 30 | 40 | 50 | 60

Der Pressesprecher für Europa - Politik  
beim SPD-Vorstand, Willi CARL, teilt mit:

Ludwig FELLERMAIER MdBP: Wahlverlauf in der Türkei  
wird von Europa-Parlamentariern beobachtet

Eine neunköpfige Delegation des Europa-Parlaments reist am heutigen Dienstag in die Türkei, um dort die Vorbereitungen und den Ablauf der Wahl am kommenden Wochenende zu beobachten. Der SPD-Türkei-Experte Ludwig FELLERMAIER (Neu-Ulm) erklärte dazu in Bonn: "Wir fahren mit Offenheit und Reserviertheit zugleich. Leider haben wir Anlaß zu bezweifeln, daß es bei der Wahl eine echte Chancengleichheit gibt. Das Wahlgesetz ist offensichtlich so abgefaßt, daß es die Regierungspartei begünstigt und sowohl die rechte wie die linke Opposition krass benachteiligt. Dies wird auch daran deutlich, wie das staatliche kontrollierte Fernsehen den Parteien Gelegenheit zur Darstellung ihrer Ziele gibt. Im Übrigen kann die Wahl nicht davon ablenken, daß es immer noch politische Häftlinge gibt. Die Frage nach einer Amnestie wird sich deshalb dem neugewählten Parlament sofort stellen. Das gleich gilt für die Revision der Verfassung, aus der endlich die Handschrift des Militärs zu löschen ist. Vor allem muß dieses Revision jenen Artikeln gelten, die die Gewerkschaftsfreiheit einschränken."

Nach Mitteilung Fellermaiers wird die Delegation nicht nur mit dem türkischen Parlamentspräsidenten Necmettin Karaduman, den Parteivorsitzenden und einigen Ministern Gespräche führen, sondern will sich auch mit Menschen- und Bürgerrechts-Problemen des Landes befassen. Dazu gehören Treffen mit dem Vorsitzenden der verbotenen Gewerkschaft DISK und der Menschenrechtsorganisation sowie Besuche im Militärgefängnis von Diyarbakir und bei den inhaftierten kommunistischen Parteiführern, die vergangenen Montag bei ihrer Rückkehr aus dem Exil festgenommen wurden. Mitte nächster Woche wird die Delegation zurückerwartet.

Verhaftung von zwei Oppositionspolitikern

# Türkei unter Beschuß

Grünen-Abgeordneter Schramm war Zeuge

NÜRNBERG — Bei der Verhaftung der beiden Oppositionspolitiker Nihat Sargin und Haydar Kutlu hat das türkische Militärregime nach den Worten des Nürnberger Landtagsabgeordneten der Grünen, Hans-Günther Schramm, sein „wahres diktatorisches Gesicht gezeigt“.

Schramm hatte gemeinsam mit den Nürnberger Stadträten Sophie Rieger (Die Grünen) und Herbert Stiefvater (DKP) zu einer zwölköpfigen europäischen Parlamentarier-Delegation gehört, die die beiden türkischen Kommunistenführer in ihre Heimat zurückbegleitete. Sargin und Kutlu hatten, wie berichtet, nach jahrelangem Exil die „Vereinigte Türkische Kommunistische Partei“ gegründet und wollten diese nun offiziell zu den vorgezogenen Wahlen anmelden. Bei der Ankunft in Ankara wurden sie trotz einer früheren Zusicherung des „freien Geleits“ verhaftet.

Nach seiner Rückkehr berichtete Schramm in Nürnberg, die beiden seien vor den Augen der begleitenden Parlamentarier-Delegation und vor laufenden Fernsehkameras in einen Bus mit verhängten Fenstern gebracht worden. Journalisten hätten beobachtet, wie die Politiker mit verbundenen Augen und in Handschellen in die Zentrale der Sicherheitspolizei gebracht wurden. Alle Proteste der anwesenden europäischen Parlamentarier seien vergeblich gewesen. Dies zeige nach Schramms Worten, daß die Türkei „weit entfernt von der Demokratie und damit nicht akzeptabel für die EG“ sei.

Gegen die Verhaftung der Oppositionspolitiker haben auch Europarats-, Bundestags- und Landtagsabgeordnete der SPD protestiert, darunter Renate Schmidt (Nürnberg), die stellvertretende Vorsitzende der Bonner SPD-Fraktion. Die Aktion des Geheimdienstes, so betonte sie, spreche den „vielbeschworenen angeblichen Demokratisierungsversuchen in der Türkei Hohn“.

20. Freitag NN

an DIE GRÜNEN im Stadtrat

- wird abgeholt -

die gruenen im bayerischen Landtag - pressestelle - t.089/4126-73

blitztermin -----

Liebe kolleginnen und kollegen,

aus aktuellem anlass laden die gruenen im bayerischen Landtag ein zu einem

pressegespraech in nuernberg -----

heute, donnerstag, den 19. november 1987  
um 14.00 uhr

in den raeumen der stadtratsfraktion im nuernberger rathaus,  
zimmer 38/39 im wolf'schen bau

thema: bayerische politiker begleiten tuerkische kommunistenfuhrer  
in ihr heimatland - augenzeugenberichte aus ankara.  
mit hans-guenther schramm, mdl  
sophie rieger, stadtraetin  
herbert stiefvater, stadtrat

ich wuerde mich freuen, wenn sie diesen termin wahrnehmen.  
mit freundlichen gruessen  
hanns-d. reichhelm  
- pressesprecher -

tuerkei weit entfernt von der demokratie:

bayerische politiker waren augenzeugen der festnahme heimkehrender  
tuerkischer kommunistenfuhrer auf dem flugplatz von ankara.

muenchen. (18.11.1987/r.) als 'weit entfernt von der demokratie und damit nicht akzeptabel fuer die europaeische gemeinschaft' hat der landtagsabgeordnete der gruenen und vertreter der friedenliste, hans-guenther schramm, nach seiner rueckkehr aus ankara die verhaeltnisse in der tuerkei bezeichnet. schramm gehoerte gemeinsam mit der nuernberger stadtraetin der gruenen, sophie rieger zu einer zwoelfkoeppfigen europaeischen parlamentarierdelegation, die die beiden generalsekretaere der 'tuerkischen arbeiterpartei' und der 'tuerkischen kommunistischen partei', nihat sargin und haydar kutlu (eigentlich nabi yagci) in ihre heimat zurueckbegleiteten. die beiden tuerkischen kommunistenfuhrer hatten nach jahrelangem exil in ostberlin und bruessel kuerzlich die 'vereinigte tuerkische kommunistische partei (tdkp)' gegrueudet und wollten diese nun offiziell zu den vorgezogenen wahlen anmelden. ermutigt zu ihrer rueckkehr sahen sie sich auch durch ein 'freies geleit', das ihnen die tuerkische regierung anfang oktober zur teilnahme an den beerdigungsfierlichkeiten fuer die langjaehrige kommunistenfuhrerin behice boran gewahrt hatte. auf dem flughafen esenboga bei ankara wurden beide sofort bei der ankunft am montag mittag festgenommen.

- 2 -

wie der gruene Landtagsabgeordnete hans-guenther schramm berichtet, wurden die beiden tuerkischen politiker vor den augen der begleitenden delegation, der auch europaabgeordnete aus den niederlanden, frankreich, italien und daenemark angehorte und den kameras der internationalen und der tuerkischen presse in einen bereitstehenden bus mit verhaengten fenstern verbracht. wie journalisten beobachteten, wurden sie spaeter mit verbundenen augen und handschellen in die zentrale der sicherheitspolizei abgefuehrt. der zustaeundige oberstaatsanwalt in ankara, habe trotz der proteste der parlamentarierdelegation seine schon im vorfeld der rueckkehr gegenueber den anwaelten der politiker gemachte zusicherung, dass diesen im festnahmefall unverzueglich anwaltlicher beistand gewaehrt wuerde, gebrochen. die proteste und ihre negative einschaeztung der einhaltung demokratischer grundrechte und der menschenrechte nach dem vorgefallenen seien dann von den parlamentarierern dem tuerkischen parlamentspraesidenten und dem justizminister vorgetragen worden. auch der stellvertreter des im wahlkampf befindlichen premierministers oezal, staatssekretaer burhanettin mumcuoglu sei in einem persoentlichen gespraech daraufhingewiesen worden. man habe bei diesen gespraechen keinerlei bereitschaft gefunden, das unrechtmaessige vorgehen zu korrigieren. die parlamentarierdelegation habe dann auf einer pressekonferenz in ankara, vor etwa fuenfzig journalisten aus der tuerkei und europa das vorgehen der regierung kritisiert und die unverzuegliche freilassung der beiden kommunistischen politiker gefordert. jeder einzelne habe dort das versprechen abgegeben, die in ankara erlebten tatsachen in seinem heimatland bekanntzumachen. der landtagsabgeordnete hans-guenther schramm ist als erster der delegation in die bundesrepublik zurueckgekehrt. die gruene stadtraetin sophie rieger wird erst heute abend zurueckerwartet.

hans-guenther schramm zu den erfahrungen dieses tuerkeibesuchs: 'die politischen verhaeltnisse in der tuerkei sind noch weit entfernt von der demokratie. das tuerkische militaerregime hat am montag, bei der heimkehr tuerkischer kommunistenfuehrer der weltoeffentlichkeit sein diktatorisches gesicht gezeigt. damit ist einmal mehr klar, dass die bevorstehenden vorgezogenen wahlen in der tuerkei in wirklichkeit nicht mehr sind, als eine farce. europa soll mit scheidemokratischen manoevern dazu bewegt werden, eine diktatur in die europaeische gemeinschaft aufzunehmen. dies hat die tuerkische regierung am montag auf dem flughafen ankara vor parlamentarierern und journalisten aus ganz europa mit der ueberfallartigen festnahme der beiden kommunistenfuehrer offengelegt. die pruefsteine, von deren erfuehlung die europaeische gemeinschaft nun eine aufnahme der tuerkei in die wirtschaftsgemeinschaft der europaeischen demokratien abhaengig machen muss, lauten 'rueckkehr zu demokratie und menschenrechten', 'amnestie fuer alle politischen gefangenen' und 'zulassung aller demokratischen parteien zu den vorgezogenen wahlen'. die tuerkische regierung braucht nun aus allen europaeischen demokratien deutliche signale, dass eine aufnahme in die europaeische gemeinschaft illusorisch ist, bis diese demokratischen grundvoraussetzungen nicht erfuehrt sind. daran werden wir auch in bayern arbeiten.'

Kuzey Ren Westfalya Eyalet Parlamentosu 46 SPD Milletvekili'nin iuzam.

INITIATIVE FÜR DEN SCHUTZ DER IN DIE TÜRKEI ZURÜCKKEHRENDEN  
POLITISCHEN EMIGRANTEN

An den  
Staatspräsidenten  
der Republik der Türkei

An den  
Präsidenten des Parlaments  
der Republik der Türkei

An den  
Ministerpräsidenten  
der Republik der Türkei

In der Türkei gehören die Forderungen der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppierungen nach demokratischen Verhältnissen kurz vor den vorgezogenen Wahlen zu den wichtigsten Punkten auf der politischen Tagesordnung.

Ungeachtet aller Meinungsdivergenzen besteht bei allen, die im Ausland die Entwicklung in der Türkei verfolgen, zu der Verwirklichung demokratischer Verhältnisse eine einheitliche Meinung. Dies manifestierte sich auch in der Rede von Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker anlässlich der Entgegennahme des Atatürk-Friedenpreises am 14. Oktober in Ankara.

Die Türkei gehört zu den 51 Gründungsmitgliedern der Vereinten Nationen. Die Türkei hat auch die Menschenrechtsdeklaration der Vereinten Nationen, die Europäische Menschenrechtskonvention sowie die Schlussakte von Helsinki unterzeichnet. Zudem ist die Türkei auch ein Mitglied der NATO und ein assoziiertes Mitglied der EG. Die Türkei ist auch im Europarat vertreten und nimmt turnusgemäß den Regeln entsprechend auch den Vorsitz des Europarates wahr.

Dessen ungeachtet werden in der Türkei die Rechte und Freiheiten, die in den Vereinbarungen der internationalen Organisationen, deren Mitglied auch die Türkei ist, festgeschrieben sind von den Regierungen besonders nach dem Militärputsch von 12. September 1980 nicht eingehalten. Dies gilt insbesondere für die Meinungs- und Organisationsfreiheit (Artikel 18., 19. und 20. der Menschenrechtsdeklaration).

Die Türkei ist das einzige Land in Europa, in dem die Legalität der Arbeiter- und kommunistischen Parteien auf legislativer und exekutiver Ebene verhindert wird. Dies muß geändert werden, damit die demokratischen und juristischen Grundsätze, die in allen europäischen Ländern gelten auch in der Türkei verwirklicht werden.

Unter diesen Bedingungen ist das Vorhaben des Generalsekretärs der Arbeiterpartei der Türkei (APdT) und des Generalsekretärs der ZK der Kommunistischen Partei der Türkei (KPdT), in die Türkei zurückzukehren, um gemeinsam eine neue Partei zu gründen und die Legalität dieser Partei zu sichern, von großer Bedeutung für den Demokratisierungsprozeß.

Wir als Demokraten fühlen uns verpflichtet diesen Demokratisierungsprozess zu unterstützen. Deshalb fordern wir, daß die Rechte und Freiheiten der Generalsekretäre beider Parteien sowie aller politischer Emigranten, die zurückkehren wollen in der Türkei garantiert werden.

Dr. Ulrich Briefs, die Grünen, MdB  
Lothar Kupp, Professor, Frankfurt a.M.  
Klaus Liebe Harkort, Professor, Bremen  
Detlev Lüderwald, Pfarrer, Frankfurt  
Jannis Sakellariou, SPD MdEP  
Renate Schmidt, SPD-MdB  
Hans Günther Schramm, Friedensliste MdL-Bayern  
Ursula Schumm-Garling, Professor, Dortmund  
Barbara Wiemann, Pastorin, Dortmund

KERN Hans MdL (NRW) 5272 Wipperfurth Hans Kern  
Name Vorname , Beruf Adresse Unterschrift

Kontaktadresse: G.Parwes, Hansastr. 86, 4100 Duisburg I

**Wir unterstützen die  
Initiative für den Schutz der in die Türkei zurückkehrenden  
politischen Emigranten**

Name	Vorname	Beruf	Wohnort	Unterschrift
Korn	Hans	NdL	Wipperfurth	A. Korn
Jansen	Hermann	MdL	Mönchengladbach	H. Jansen
Jaax	Hans	"	Sroisdorf	J. Jaax
KRAFT	HANS	"	RATINGEN	K. Kraft
SCHULTHEIS	KARL	MdL	AACHEN	K. Schultheis
MORAWIETZ	MARIE-LUISE	"	VIERSEN	M. Morawietz
Hinzel	Hagen	"	Wenden	H. Hinzel
Herder	Hans	NdL	Hopptal	H. Herder
Jannay	Konrad	NdL	Obbanten	K. Jannay
Bräuer	Karlheinz	Beg. Leiter	Lohrberg	M. Bräuer
Jentsch	Jürgen	MdL	Frechen	J. Jentsch
Schauer	Jürgen	NdL	Frechen	J. Schauer
KRATZSCH	ALBERT	NdL	WESSELING	A. Kratzsch
KRAMPS	WILFRIED	MdL	HAGEN	W. Kramps
Hopmann	Friedrich	MdL	Duisburg	F. Hopmann
Heinz	Hilke	NdL	Dortmagen	H. Heinz
Hentschel	Lottes	MdL	Marl	L. Hentschel
Brunner	Bernard	MdL	Bredfeld	B. Brunner
Champignon	Bodo	MdL	Dortmund	B. Champignon
Edelbrock	Karlh.	MdL	Gelsenkirchen	K. Edelbrock
Frechen	Stefan	MdL	Kerkrade	S. Frechen
H. GEDDICH	E.	NdL	(Kerkrade)	E. Geddich
Gaube	Anne	MdL	Münster	A. Gaube
Grenow	Walter	MdL	Vellert	W. Grenow
Laub	Alte	MdL	Legg	A. Laub
Frey	Hans	MdL	Gelsenkirchen	H. Frey
TRINUS	Reinhold	MdL	Post-Werfliche	R. Trinus
Sieg	Günter	MdL	Necklenburg	G. Sieg
Schmitz	Herbert	MdL	Balkum	H. Schmitz

Wir unterstützen die  
Initiative für den Schutz der in die Türkei zurückkehrenden  
politischen Emigranten

U 29

Name	Vorname	Beruf	Wohnort	Unterschrift
SCHMIDT	ULRICH	MdL	Wetter/R	
Kenn	Karl Heinz	MdL	Duisburg	
BÜSSOW	JÜRGEN	MdL	Df	
Mornitzka	Lohr	u	Siegen	
Pflug, Johannes,		MdL	Duisburg	
Alt-Kippers, Hans		MdL	Aachen	
Apostel, Rudolf		MdL	Moers	
Blumenberg, Dieter		MdL	Köln	
BÖCKER	Herfried	MdL	W-dorf	
Böse	Karl	MdL	Dortmund	
BURGER	NORBERT	MdL	KÖLN	
Hellwig	Helmut	MdL	Herne	
Heemann	Brigitta	MdL	Soest	
Heidtmann	Herbert	MdL	Bergneustadt	
Harms	Günter	MdL	Köln	
Heckmann, Erich		MdL	Grevenbroich	
Hemker	Reinhold	MdL	Rheine	

TÜRKİYE SOSYAL FAHRETLERİ

11/46

An  
G. Parwes  
Hansastraße 86  
  
4100 Duisburg 1

26. November 1987  
bo

Maximilianeum  
8000 München 85  
Telefon (089) 4126/229 ~~ed. 1357 260~~  
Telex 524 836  
Telefax (089) 4126351

Sehr geehrte/r Frau/Herr Parwes,

wir haben für die Initiative für den Schutz der in die Türkei zurückkehrenden politischen Emigranten in unserer Fraktion eine Unterschriftenliste herumgehen lassen, die ich Ihnen in der Anlage übersende.

Anlage

Mit freundlichen Grüßen

gez.

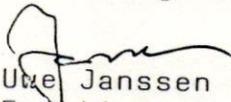
Uwe Janssen

Fraktionsgeschäftsführer

Kopie mit Anlage

Frau Pagel, Schweriner Str. 54, 8500 Nürnberg 90

mit der Bitte um Kenntnisnahme und herzlichen Grüßen von Herrn Rolf Langenberger, MdL.

  
Uwe Janssen  
Fraktionsgeschäftsführer

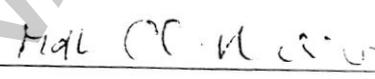
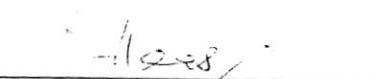
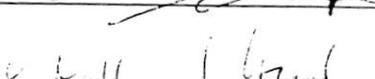
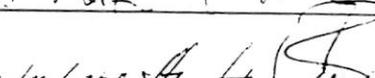
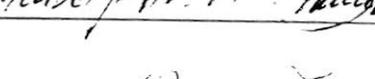
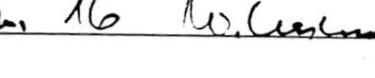
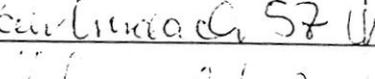
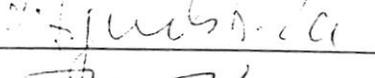
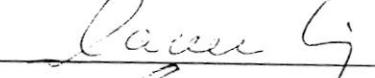
Initiative für den Schutz der in die Türkei zurückkehrenden politischen Emigranten

Ich unterstütze die Initiative:

Name	Anschrift	Funktion	Unterschrift
Karl Heinz Himmelman	Maximilianstr.	1000	Karl Heinz Himmelman
Lorenz Rolf	Königsstr. 40, Nürnberg	MdL	Rolf
Kedda Jungfer	Elvirastr. 8, Schillingstr. 19, MdL		Kedda
Fritz Geopferger	844 Straubing, Geopfergerstr. 34, MdL		Geopferger
Werner Hollwicz	Hans-Lugl-Str. 9, Egl.-Schweinfurt		Hollwicz
Ladewacher Karin	Hans-Lugl-Str. 1, 87 Würzburg		Ladewacher
FRANZ Hebert	Platz Schwarzer Str., 87 Würzburg		Hebert
Hans W. Loew	Maximilianstr., 9000 Wm		Hans W. Loew
Karin Schmidt	"	"	Schmidt
Heinz Heberich	"	"	Heberich
Dr. Hilbert Pöcher	Hausweg 11, 8504 Schwarzeneck		Pöcher
Walter Künze	in der Türkei		Künze
Walter Künze	Platz 70, Pflanzstr. 24		Künze
Weber Max	Eberwanzstr. 85, 8100 München 45		Weber
Wolfgang	Bernhardsstr. 16, 8100 München 81		Wolfgang
Gaismann Maudred	Oberkarlinger Str. 30, 8359 Haidenbach		Gaismann
Heinrich Trapp	Esperthg 2, 8356 Griesbach		Trapp

Initiative für den Schutz der in die Türkei zurückkehrenden politischen Emigranten

Ich unterstütze die Initiative:

Name	Anschrift	Funktion	Unterschrift
Meyer Christa	8400 Regensburg, Herzstr. 14	Mdl	
Dr. Schumann	8670 Ingolstadt, Speckstr. 8	Mdl	
Günter Fickner	8542 Pöhl	Mdl	
Gerda Maria Haas	8500 Nürnberg 50	Mdl	
Helmut Schultze	8509 Cadolzburg	Mdl	
Klaus Kemmhorn	8805 Roth	Mdl	
Kurt Heide	8670 Ingolstadt, Gabelingstr. 138	Mdl	
Max Brandl	8394 Zicklerberg, D. Dautenberg-Str. 4	Mdl	
Christa Müller	817 Bad-Tatz, Neckelgasse 12	Mdl	
Walter Scholze	Helm Ro, Nollengasse 16	Mdl	
Ulrich Pausch-Grubler	8521 Weisendorf, Kirchmarch 57	Mdl	
Ulrich Pausch-Grubler	8072 Pöhl	Mdl	
Hans Kaiser	Erlangen	Mdl	
Lauerer	8057 Erding	Mdl	
Lepp-Wasch		Mdl	
Bodo Gering		Mdl	

KUTLU - SARGIN Mahkemesini (8-10 Haziran 1988) izlemek üzere Ankara ya giden Yunan Parlamenteler grubunun açıklaması.

Diğer yurtseverlerle birlikte yalnızca ve yalnızca düşüncelerinden dolayı yargılanan politik liderler Sayın Hader KUTLU ve Sayın Nihat SARGIN'ın politik davasına gözlemci olarak izlemek üzere Türkiye'ye gidiyoruz.

Bu fırsatla bir yandan düşüncelerin yargılanması ve Türkiyi Birleşik Komünist Partisinin yasal çalışma hakkının yasaklanmasını (Avrupa'da böylesi bir yasağın geçerli olduğu tek ülke) proteste ettiğimizi ifade etmek ve diğer yandan tutuklu emmaları çağımız için bir leke oluşturmuş Türkiye Komünist Partisi ve Türkiye İşçi Partisi Genel Sekreterlerimizle ve aynı davada yargılananlarla dayanışmamızı göstermek ve onların olduğu kadar Türkiye'deki tüm politik tutukluların özgürlüğünü talep etmek istiyoruz.

Biz Yunanlı'lar, yakın geçmişteki tarihsel deneyimlerimizle de, politik tutukluların özgürlüğünün tüm ideolojik akım ve onların temsilcilerinin yasal faaliyetlerinin güvence altına alınmasının, aynı şekilde insan haklarına ve temel demokratik özgürlüklere saygısında demokrasinin işleyişinin temel ön koşullarını oluşturduğunu çok iyi biliyoruz.

Böylelikle bizim bu hareketimiz aynı zamanda tüm Türkiye halkıyla dayanışmamızın pratikteki ifadeside oluyor. Halklarımızın paylaşamayacağı hiç bir şey olmayacağı gibi, tam tersine uluslar arası hakuk kuralları ve ilkeleri, iki ülkeninde imzalamış olduğu Helsinki Sonuç Belgesi ve diğer uluslararası ve iki taraflı taahhütler ve anlaşmalar temelinde bağımsızlık ulusal egemenlik ve toprak bütünlüğüne karşılıklı saygı göstererek iyi komşuluk, dostluk, barış ve karşılıklı yararaya dayalı işbirliğinin geliştirilmesinden her tür çıkarı vardır.

#### PARLAMENTELER:

Yorgos Katsyiru (PASOK) Fivos Kutsikas (PASOK) Ilias Papadopoulos (PASOK)  
Stratis Karakas (YKP)  
Dionisis Bulukas (Yeni Demokrasi)  
Dimitrios Nianias (DIANA)

pressemitteilung nr.205 vom 24.11.87

zur verhaftung tuerkischer parteisekretaere  
spd-mdl rolf langenberger protestiert gegen 'beschaemenden vorgang'

der spd-landtagsabgeordnete rolf langenberger hat am sonntag an einem treffen tuerkischer mitbuerger aus nuernberg teilgenommen und sich dem protest gegen die verhaftung der generalsekretaere der arbeiterpartei der tuerkei (apdt) und der kommunistischen partei der tuerkei (kpdt) angeschlossen.

beide waren in der vergangenen woche - begleitet von abgeordneten des europaeischen parlaments und mandatstraegern anderer ebener - in die tuerkei zurueckgekehrt, um anlaesslich der bevorstehenden parlamentswahlen gemeinsam eine neue partei zu gruenden und deren legalitaet zu sichern. am flughafen in ankara wurden sie in handschellen gelegt und mit verbundenen augen in einem mit vorhaengen verhaengten bus von den tuerkischen sicherheitsbehoerden abtransportiert.

langenberger kritisierte, dass die oeffentlichkeit 'von diesem beschaemenden vorgang' bisher kaum kennntnis genommen hat. 'dieses verhalten kann der tuerkischen regierung nur recht sein, weil ihr pseudodemokratisches maentelchen vor den augen der buerger der europaeischen gemeinschaft dann weitgehend unbefleckt erscheint', erklaert der abgeordnete. die meinungs- und organisationsfreiheit duerfe aber in einem land, das sich anschicken moechte, vollmitglied der eg zu werden, nicht mit fuessen getreten werden. langenberger: 'unrecht darf auch dann nicht verschwiegen werden, wenn es kommunisten trifft, mit deren politischen auffassungen wir nicht uebereinstimmen.'

der abgeordnete ist sich mit der nuernberger europa-abgeordneten lilo seibel-emmerling darueber einig, dass das europaeische parlament unmissverstaendlich seine entschlossenheit klarmacht, der vollmitgliedschaft der tuerklei nur naeherzutreten, wenn sie vollgueltige demokratische zustaende schafft.

bei dem nuernberger treffen, das von den tuerkischen mitbuegern arrangiert worden war, waren auch der landtagsabgeordnete hans-guenther schramm und die stadtraetin sophie rieger (die gruenen) sowie dkp-stadtrat herbert stiefvater anwesend.

mit freundlichen gruessen  
ingrid burkert  
spd-pressestelle nordbayern

**SPD**

An die Damen und Herren  
der Presse, des Rundfunks und  
des Fernsehens in Nürnberg

23. November 1987

**PRESENTELEUTUNG**

Nürnberger SPD setzt sich Freilassung türkischer Politiker ein

Der Parteiausschuß der Nürnberger SPD beschloß am 19.11. einstimmig, sich mit einem Schreiben an die türkische Botschaft in der Bundesrepublik für die Freilassung der bei der Einreise in die Türkei bereits auf dem Flughafen verhafteten Generalsekretäre der Türkischen Arbeiterpartei, Nihat Sargan, und der Türkischen Kommunistischen Partei, Haydar Kutlu, einzusetzen.

Zugleich sollen sich der SPD-Bundesvorstand und die SPD-Bundesfraktion für die verhafteten Politiker verwenden.

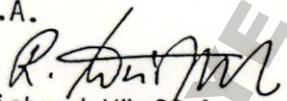
Die stv. Fraktionsvorsitzende im Deutschen Bundestag, Renate Schmidt, hat in diesem Sinne bereits bei den zuständigen türkischen Stellen und beim Außenministerium der Bundesrepublik interveniert.

\*\*\* Den Wortlaut des Parteiausschuß-Beschlusses erlauben wir uns Ihnen beiliegend zur Kenntnis zu bringen. \*\*\*

Mit freundlichen Grüßen

SPD Unterbezirk Nürnberg

i.A.

  
Richard Würffel

Ausgabe:

2344

Datum:

1. Dezember 1987

Hg/Sp

*Jahar Gizi Zili Zevler*

From  
" INFORMATIONEN "

DER SOZIALDEMOKRATISCHEN  
BUNDESTAGSFRAKTION "

Schreiner: Widersprüchliche politische Entwicklung in der Türkei

Zu einer von ihm im Auftrage der SPD-Bundestagsfraktion in die Türkei unternommenen Reise erklärt der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Ottmar Schreiner:

Im Auftrag der SPD-Bundestagsfraktion hat sich Ottmar Schreiner, MdB, vom 25. bis 27.11.1987 in Ankara aufgehalten, um sich dort für die Freilassung der beiden vor kurzem verhafteten Generalsekretäre der türkischen Arbeiterpartei und der Kommunistischen Partei, Haydar Kutlu und Dr. Nihat Sargin, einzusetzen.

Der Wunsch nach einem Gesprächstermin mit den beiden Inhaftierten wurde von der türkischen Regierung mit der Begründung abgelehnt, dies sei nach türkischem Recht nicht möglich. Eine Delegation des Europäischen Parlaments, die sich zur gleichen Zeit in der Türkei aufhielt und sich ebenfalls um eine Besuchsmöglichkeit bemühte, wurde genauso beschieden. Den Inhaftierten ist jeglicher Kontakt zur Außenwelt - engste Familienangehörige und Rechtsanwälte eingeschlossen - für die Dauer der Polizeihaft strikt untersagt.

Abgelehnt wurde auch ein Gespräch mit Vertretern des türkischen Außenministeriums, das sich für nicht zuständig erklärte. Es gab eine längere Unterredung mit dem Unterstaatssekretär im Justizministerium, mit 3 Rechtsanwälten der Inhaftierten, sowie mit führenden Mitgliedern der "Sozialdemokratischen Volkspartei" ("Inönü"-Partei) und der Partei der demokratischen Linken ("Ecevit"-Partei).

1. Im Justizministerium wurde geltend gemacht, es bestünden derzeit keine eigenen Einwirkungsmöglichkeiten. Herr des Verfahrens sei zur Zeit die Staatsanwaltschaft beim Staatssicherheitsgericht Ankara. Nach Ablauf von 15 Tagen seien die Inhaftierten dem Richter vorzuführen, der über eine eventuelle Fortsetzung der Haft zu befinden habe. Nach der türkischen Strafprozeßordnung richtet sich die Entscheidung des Richters danach, ob die Untersuchungen der Staatsanwaltschaft erhebliche Anhaltspunkte für Vergehen/Verbrechen gegen die "staatliche Sicherheit und Autorität" beizubringen vermögen.

Eigene Wertung: Allein der Umstand, daß den Inhaftierten bis zu 15 Tage jeglicher Außenkontakt verboten wurde, verstößt in eklatanter Weise gegen ein zivilisiertes Rechtsempfinden europäischen Maßstabs.

Die Rechtsanwälte haben darauf hingewiesen, daß die Besuchsverweigerung zudem gegen Artikel 136 der türkischen Strafprozeßordnung verstoße, wonach Inhaftierte zu jeder Zeit der Untersuchung rechtliche Hilfe in Anspruch nehmen könnten. Die Rechtsanwälte haben weiterhin mitgeteilt, die Staatsanwaltschaft habe angekündigt, daß keineswegs vor Donnerstag dieser Woche, möglicherweise aber erst nach Ablauf von insgesamt 60 Tagen mit einer Entscheidung des Richters zu rechnen sei. Letztere Variante sei damit begründet worden, daß wegen 4

- 2 -

5. Sowohl die "Sozialdemokratische Volkspartei" wie auch die "Partei der demokratischen Linken" sind der Auffassung, daß prinzipiell jede Meinung ihren politischen Ausdruck finden müsse. Entscheidungskriterium sei die Haltung zur Gewalt. Insofern treten sie auch für die Legalisierung der türkischen Kommunistischen Partei ein.

6. Die politische Entwicklung in der Türkei ist widersprüchlich. Einerseits gibt es unzweifelhaft Fortschritte im Demokratisierungsprozeß (z.B. die Wahlzulassung zahlreicher Parteien im Vergleich zur 83er Wahl), andererseits aber auch rückwärts gerichtete Faktoren, wie z.B. die Festnahme und Inhaftierung der beiden Generalsekretäre. Das der jetzigen Parlamentswahl zugrundeliegende Wahlgesetz verletzt zudem in eklatanter Weise die Chancengleichheit der Parteien und bewirkt eine manipulative Bevorzugung der "Mutterland-Partei" ("Özal-Partei").

Eine besondere Rolle spielt die Angst vieler Türken, daß angesichts der besonderen geopolitischen Lage islamisch-fundamentalistische Strömungen erheblich an Bedeutung gewinnen und die laizistischen Grundlagen des türkischen Staatsverständnisses unterspülen könnten. Staatliche Maßnahmen gegen Teile der politischen Linken werden dabei als Legitimationsverstärker für Sanktionen gegen die als gegenwärtige Hauptgefahr empfundene Ideologie des "Gottesstaates" benutzt. Auch dieses "Rechts-Links-Schema" ist nicht nachvollziehbar, da es taktisch motiviert ist. Jegliche grundsätzliche politische Opposition läuft auf diesem Wege Gefahr, in einem Einheitsbrei verrührt und außerhalb der Legalität gestellt zu werden.

daktilo edersen makbule geger !

TÜRKİYE SOSYAL TARİHİ

Danimarkadaki dört partiden Türkiye Büyükelçiliğine açık mektup (3/6-88)

Türkiye Komünist Partisi genel sekreteri Haydar Kutlu ve Türkiye İşçi Partisi genel sekreteri Nihat Sargına karşı açılan davanın 8 haziran-  
da başlayacağını öğrenmiş bulunuyoruz.

Bu nedenle, davanın , Avrupa Konseyinin bir üyesi olarak Türkiyenin kabul etmiş olduğu Avrupa standartlarını ve diğer uluslararası standartları canlandıracağına olan ümidimizi belirtiyoruz.

Burada özellikle şunlar belirtilmelidir ki, hiç kimse inançlarından dolayı mahkum edilemez, iki sekreterin belirttikleri gibi işkenceye tabi tutulamaz, işkence sırasında veya sonra alınan ifadeler kabul edilemez ve davalılar avukatlarıyla görüşme ve adil bir şekilde yargılanma hakkına sahip olmalıdır.

Bu vesıleyle, Türkiyenin politik çoğulculuğa doğru attığı adımların devam etmesine dair isteklerimizi belirtmek isteriz. Büyük Millet Meclisinde, ceza yasasının, Anayasanın ve diğer temel belirlemelerin gözden geçirilmesiyle ilgili olarak süren tartışmayı büyük bir ilgiyle izlediğimizde altını çizimiz.

Mektubumuzun en kısa zamanda yetkili türk makamlarına ulaştırılmasını dileriz. Mektup kamuoyuna açıklanmıştır.

-----  
Mektup, Danimarka Parlamentosu Folketinget`teki dört parti tarafından ~~xxxxxxx~~ imzalandı:

1. Radikal Venstre adına çevre bakanı Lone Dybkjer
2. Sosyal Demokrat parti adına eski adalet bakanı Ole Espersen
3. Venstre partisi adına Björn Elmquist ( Avrupa Konseyi Türkiye raportörü)
4. Sosyalist Halk partisi adına Pelle Voight (Socialistiske Folke Parti)

Deutscher Bundestag  
11. Wahlperiode

Dilekçe, SPD'nin insan hakları komisyonu tarafından kararlaştırılmış. Başına asıllanmıştır.

#### Antrag

der Abgeordneten Bindig, Duve, Frau Koschnick, Frau Luuk, Reimann, Dr. Timm, Dr. Vogel und der Fraktion der SPD

#### Lage der Menschenrechte in der Türk

Der Deutsche Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag hat in seiner EntschlieÙung vom 3. Juni 1981 (BT-Drs. 9/531) mit Zustimmung aller Fraktionen die Erwartung zum Ausdruck gebracht, daÙ in der Türkei die Grund- und Menschenrechte umfassend gesichert werden müssen und die Demokratie wiederhergestellt werden muß. Der Deutsche Bundestag leitet diesen Anspruch aus der gemeinsamen Mitgliedschaft der Bundesrepublik Deutschland und der Türkei in der NATO und im Europarat ab. Wie die Bundesrepublik Deutschland hat sich die Türkei durch Unterzeichnung der Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa vom 1. August 1975 auf Prinzipien verständigt, die die Beziehungen der Teilnehmerstaaten leiten und insbesondere sich der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten einschließlich der Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Überzeugungsfreiheiten verpflichtet. Schließlich ist die Türkei bestrebt, die Verbindung zur Europäischen Gemeinschaft zu vertiefen.

Der Deutsche Bundestag hatte in seiner EntschlieÙung vom 12. April 1984 festgestellt, daÙ insbesondere die Forderung nach Sicherung der Grund- und Menschenrechte in der Türkei noch nicht erfüllt sind. Es besteht Veranlassung, festzustellen, daÙ unsere Erwartungen immer noch nicht erfüllt worden sind. So waren die wichtigsten Politiker der nicht in der Regierung vertretenen Parteien seit dem Militärregime bis zum Herbst 1987 mit einem politischen Betätigungsverbot belegt, das immer noch nicht ganz aufgehoben ist.

Noch immer wird die gewerkschaftliche Betätigung behindert, ist die Gewerkschaftsfreiheit in der Türkei nicht hergestellt. Der Gewerkschaftsdachverband DISK und die Lehrerorganisation TÖB-DER sind verboten. Das Recht der im öffentlichen Dienst Beschäftigten, Gewerkschaften und Berufsverbände zu bilden, existiert nicht. Der 1. Mai darf als Tag der Arbeiterbewegung nicht begangen werden.

Die Autonomie der Hochschulen ist nicht wiederhergestellt. Der Schulunterricht entspricht nicht den allgemein anerkannten Prinzipien über die Gedanken- oder Überzeugungsfreiheit.

Die Menschenrechte in der Türkei werden ständig verletzt:

- es wird gefoltert;
- nach wie vor existiert ein Vorrecht von Militärjustiz gegenüber den ordentlichen Gerichten;
- Todesurteile werden beantragt und verhängt, 159 Verurteilte sitzen in den Todeszellen;
- außerhalb der Türkei lebende Staatsbürger werden wegen ihres Einsatzes für Menschenrechte und Demokratie ausgebürgert, die im Exil lebenden politischen Flüchtlinge können zum Teil nicht in ihre Heimat zurückkehren.

Wie die Türkei mit den Menschenrechten verfährt, zeigte sich bei der Rückkehr der Politiker Haydar Kutlu und Nihat Sargin aus der Bundesrepublik Deutschland in die Türkei. ~~\_\_\_\_\_~~

~~\_\_\_\_\_~~ Beide wurden verhaftet und ~~\_\_\_\_\_~~ in der Gefangenschaft gefoltert ~~\_\_\_\_\_~~, bei den droht in dem soeben aufgenommenen Strafverfahren eine langjährige Freiheitsstrafe, wenn nicht die Todesstrafe.

Bei der Vergabe von Pässen verfährt die türkische Regierung willkürlich. Der Volksgruppe der Kurden und anderen Minderheiten werden politische und kulturelle Rechte vorenthalten. Obwohl das Kriegsrecht aufgehoben ist, wird in den Wohngebieten der Kurden der Ausnahmezustand durch das Notstandsgouvernement aufrecht erhalten und massiv Gewalt eingesetzt.

Amnesty international und andere Menschenrechtsorganisationen weisen darauf hin, daß 240 000 Menschen seit 1980 wegen politischer Delikte inhaftiert und fast durchweg gefoltert wurden. Die türkische Regierung hat sich bis heute nicht zu einer Amnestie aller politischen Gefangenen entschließen können.

Angesichts dieser Situation fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auf, mit großem Nachdruck bei der türkischen Regierung darauf zu drängen, daß die eingeleiteten Schritte zur Demokratisierung verstärkt und die Achtung der Menschenrechte in der Türkei gewährleistet werden.

TÜRKİYE SOSYAL TÜRSTAV  
TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Internationale Liste

Mainz, den 16.12.87

Miguel Vicente  
Pressewart  
Gartenfeldstr. 16  
D-6500 Mainz

Kanzlei der Botschaft  
der Republik Türkei  
Utestr. 47  
5300 Bonn 2

Sehr geehrter Herr Botschafter,

wir erlauben uns unseren Appell zur Freilassung von Herrn Haydar Kutlu und Herrn Dr. Nihat Sargin ihnen zur Kenntnis zu bringen.

Hochachtungsvoll

J. Fiedler

i. A. der Internationalen Liste

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI  
TÜSTAV

Miguel Vicente  
Pressewart  
Gartenfeldstr. 16  
D-6500 Mainz

Ministerpräsident Turgut Özal  
Amt des Ministerpräsidenten  
Basbakanlik  
Ankara  
TÜRKEI

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

wir, die Internationale Liste, Mainz, in der Bundesrepublik Deutschland, appellieren an Sie, die beiden gewaltlosen politischen Gefangenen Haydar Kutlu und Dr. Nihat Sargin unverzüglich und ohne Bedingungen freizulassen.

- Beide politischen Gefangenen sind krank und haben bis heute zumindest keine Gelegenheit erhalten, zu ihren Anwälten und zu ihren Familien Kontakt aufzunehmen.

- Dieses Verhalten verstößt sowohl gegen die Charta der Menschenrechte als auch gegen das türkische Grundgesetz.

- Soweit uns bekannt ist, haben beide Gefangenen weder Gewalt angewendet noch propagiert.

- Wir betrachten unseren Einsatz für die beiden Gefangenen Haydar Kutlu und Dr. Nihat Sargin als einen Akt der Humanität und der Solidarität mit allen Demokraten und nicht als parteipolitische Aktivität.

Hochachtungsvoll



i. A. der Internationalen Liste

Miguel Vicente  
Pressewart  
Gartenfeldstr. 16  
D-6500 Mainz

Präsident Kenan Evren  
Präsidialamt  
Devlet Baskanligi  
Ankara  
TÜRKEI

Sehr geehrter Herr Präsident,

wir, die Internationale Liste, Mainz, in der Bundesrepublik Deutschland, appellieren an Sie, die beiden gewaltlosen politischen Gefangenen Haydar Kutlu und Dr. Nihat Sargin unverzüglich und ohne Bedingungen freizulassen.

- Beide politischen Gefangenen sind krank und haben bis heute zumindest keine Gelegenheit erhalten, zu ihren Anwälten und zu ihren Familien Kontakt aufzunehmen.

- Dieses Verhalten verstößt sowohl gegen die Charta der Menschenrechte als auch gegen das türkische Grundgesetz.

- Soweit uns bekannt ist, haben beide Gefangenen weder Gewalt angewendet noch propagiert.

- Wir betrachten unseren Einsatz für die beiden Gefangenen Haydar Kutlu und Dr. Nihat Sargin als einen Akt der Humanität und der Solidarität mit allen Demokraten und nicht als parteipolitische Aktivität.

Hochachtungsvoll



i. A. der Internationalen Liste

19.11.1987 995/87

## Service der SPD für Presse, Funk, TV.

10 | 20 | 30 | 40 | 50 | 60 |

### Mitteilung für die Presse

Wegen der Verhaftung der Generalsekretäre der Arbeiterpartei und der Kommunistischen Partei der Türkei, Haydar Ku'lu und Nihat Sargien, hat Heidemarie Wiczorek-Zeul, Mitglied des Präsidiums der SPD, folgendes Telegramm an den Staatspräsidenten, den Präsidenten des Parlaments und den Ministerpräsidenten der Türkei gerichtet:

"Mit Bestürzung ist in der SPD die Nachricht aufgenommen worden, daß die Generalsekretäre der Arbeiterpartei und der Kommunistischen Partei der Türkei bei ihrer Rückkehr in die Türkei verhaftet wurden.

Die SPD appelliert an die zuständigen Behörden der Türkei, den zurückkehrenden politischen Emigranten die vollen bürgerlichen Rechte und Freiheiten zu garantieren.

Die Türkei hat die Europäische Menschenrechtskonvention unterzeichnet. Daraus ergeben sich insbesondere Verpflichtungen für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

Die SPD erwartet, daß die Türkei entschlossene Schritte zu demokratischen Verhältnissen unternimmt. Die vorgezogenen Wahlen können ein wichtiger Schritt auf diesem Wege sein."

Datum: 19. November 1987  
Wa/SpDER SOZIALDEMOKRATISCHEN  
BUNDESTAGSFRAKTIONSPD protestiert gegen willkürliche Verhaftung türkischer  
Oppositioneller in Ankara

Die beiden türkischen Oppositionspolitiker Nehat Fargin und Haydar Kutlu wurden am 17. 11. 1987 bei dem Versuch, in ihr Heimatland einzureisen, durch die türkischen Sicherheitsbehörden verhaftet. Gegen diese willkürliche Verhaftung protestieren Europa- und Landtagsabgeordnete der SPD sowie die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Renate Schmidt, im folgenden Schreiben an den türkischen Botschafter:

Sehr geehrter Herr Botschafter,

auch im Namen meiner Abgeordneten-Kollegen Lilo Seibel-Emmerling (Mitglied des Europäischen Parlamentes) sowie Rolf Langenberger (Mitglied des Bayerischen Landtages) möchte ich Ihnen meine Bestürzung über die Verhaftung von Nehat Fargin und Haydar Kutlu auf dem Flughafen Ankara am 17. November 1987 zur Kenntnis bringen. Diese Aktion des türkischen Geheimdienstes und der Polizei in Ankara sprechen den viel beschworenen angeblichen Demokratisierungsversuchen in der Türkei Hohn.

Ohne sich mit den von Nehat Fargin und Haydar Kutlu vertretenen politischen Zielen identifizieren zu wollen muß festgehalten werden, daß diese Willkür-Aktion gegen zwei oppositionelle regimekritische Personen durch nichts zu rechtfertigen ist. Gleichwohl ist sie typisch für das arierende türkische Regime und zeigt, daß von einer Demokratisierung in der Türkei immer noch nicht die Rede sein kann.

Sehr geehrter Herr Botschafter, ich möchte Sie dringend bitten, alles Ihnen mögliche zu unternehmen und sich für die sofortige und bedingungslose Freilassung von Nehat Fargin und Haydar Kutlu einzusetzen. Wenn es die türkische Regierung mit der Demokratisierung ernst meint, dann kann diese rechtswidrige Aktion nicht hingenommen werden.

- - -

# SPD

## Sozialdemokratische Partei Deutschlands

SPD - Fraktion Im Rat der Stadt Krefeld

SPD - Fraktion · Rathaus · 4150 Krefeld 1

Krefeld, den 09.12.1987  
Ho/He 1617 A

An die  
Botschaft  
der Türkei

5300 Bonn

*Evetten ve  
"Oral'a" da  
ayni mektup  
gönderildi.*

Sehr geehrter Herr Botschafter,

die sozialdemokratische Fraktion im Rat der Stadt Krefeld nimmt die Verhaftung von Dr. Nihat Sargin und Haydar Kutlu sowie 30 weiteren Gewerkschaftsfunktionären zum Anlaß, sich unmittelbar an Sie zu wenden.

Für uns Sozialdemokraten ist es nicht hinnehmbar, daß in Ihrem Staate offensichtlich Menschen wegen ihrer politischen Haltung verhaftet und über längere Zeit in Haft gehalten werden. Wir fordern daher die baldige Freilassung der o.g. Personen und Ihnen sofort das Recht einzuräumen, mit ihren Rechtsvertretern Kontakt aufzunehmen und ggfs. kurzfristig in ein ordentliches Gerichtsverfahren einzutreten.

Wir halten die §§ 140 ff. des türkischen Strafgesetzbuches, die sogenannte politische Straftatbestände betreffen, für mit einem demokratischen Staatswesen nicht in Einklang zu bringen. Wir erwarten, daß das neugewählte türkische Parlament baldigst im Wege einer Novellierung das türkische Strafgesetzbuch an westeuropäische Standards angleicht. Eine Streichung bzw. Anpassung der §§ 140 ff. des türkischen Strafgesetzbuches ist im Zuge einer von Ihnen ja nach eigenem Bekunden angestrebten Demokratisierung mehr als notwendig.

Wir bitten außerdem, eine Amnestie für alle politischen Gefangenen durchzuführen, die wegen politischer Meinungsäußerungen abgeurteilt sind.

Wir hoffen, daß nicht zuletzt im Interesse einer angestrebten besseren Zusammenarbeit - evtl. auch im Rahmen der europäischen Gemeinschaft - unsere Bitte nicht ungehört bleibt.

Mit freundlichen Grüßen

*Günter Holthoff*  
Günter Holthoff  
Fraktionsgeschäftsführer

Rathaus, Von-der-Leyen-Platz  
4150 Krefeld 1  
Telefon (02151) 862011

Konto: Sparkasse Krefeld  
(BLZ 32050000)  
Kto.-Nr. 319418



Freie Demokratische Partei Landesverband Niedersachsen

Frau Funda Tasar  
Betramstraße 6  
3000 Hannover 1

Walter-Gieseking-Straße 22  
3000 Hannover 1  
Telefon (0511) 28071-0  
Telex: 5118459 FDP Nds. d

☎ Direktwahl  
(0511) 28071 - 27

Datum

4. 12. 1987

Betr.: Tag der Menschenrechte am 10. 12. 1987

Sehr geehrte Frau Tasar,

wie telefonisch abgesprochen, erhalten Sie anliegend Kopien der heutigen Schreiben von Herrn Koehler an die Fraktion der F.D.P. im Niedersächsischen Landtag als auch im Deutschen Bundestag.

Mit freundlichen Grüßen

*Erika Kirchhoff*  
( Erika Kirchhoff )

Anlagen  
lt. Text

Freie Demokratische Partei Landesverband Niedersachsen

Frau G. Stöber  
Fraktion der F.D.P. im  
Deutschen Bundestag  
Bundeshaus  
5300 Bonn 1

Walter-Gieseking-Straße 22  
3000 Hannover 1  
Telefon (0511) 28071-0  
Teletex: 5118459 FDP Nds. d

☎ Direktwahl  
(0511) 28071 - 27 Datum

4. 12. 1987

74. 0204 / 76530  
Betr.: Tag der Menschenrechte am 10. Dezember 1987

Sehr geehrte Frau Stöber!

Anlässlich des Tag's der Menschenrechte am Donnerstag, dem 10. Dezember 1987, findet aufgrund der Initiative "Menschenrechte in der Türkei" eine Reise in die Türkei von Mittwoch, den 9.12., bis Dienstag, den 15.12.1987, statt. Die Delegation, die sich aus Vertretern der vier im Bundestag vertretenen Parteien zusammensetzt, hat die Möglichkeit, mit Vertretern der ANA-Partei (Özal-Partei) und mit Vertretern der Partei des ehemaligen Ministerpräsidenten Demirel zu sprechen.

Ansprechpartner für diese Reise ist Herr Hendek, Telefon: 0203/331795.

Interessenten sollen sich bitte direkt an Herrn Hendek wenden. Die Kosten der Reise könnten von der Initiativgruppe übernommen werden.

Mit freundlichen Grüßen  
gez. Ulrich Koehler

Nach Diktat abgereist.

F.d.P.  
*Ulrich Koehler*  
(Kirchhoff)

Freie Demokratische Partei Landesverband Niedersachsen

An die  
Fraktion der F.D.P. im  
Niedersächsischen Landtag  
Hintr.-Wilh.-Kopf-Platz 1  
3000 Hannover 1

Walter-Gieseking-Straße 22  
3000 Hannover 1  
Telefon (0511) 28071-0  
Teletex: 5118459 FDP Nds. d

☎ Direktwahl  
(0511) 28071 - 27

Datum

4. 12. 1987

Betr.: Tag der Menschenrechte am 10. Dezember 1987

Sehr geehrte Damen und Herren,

Anlässlich des Tag's der Menschenrechte am Donnerstag, dem 10. Dezember 1987, findet aufgrund der Initiative "Menschenrechte in der Türkei" eine Reise in die Türkei von Mittwoch, den 9.12., bis Dienstag, den 15.12.1987, statt. Die Delegation, die sich aus Vertretern der vier im Bundestag vertretenen Parteien zusammensetzt, hat die Möglichkeit, mit Vertretern der ANA-Partei (Özal-Partei) und mit Vertretern der Partei des ehemaligen Ministerpräsidenten Demirel zu sprechen.

Ansprechpartner für diese Reise ist Herr Hendek, Telefon: 0203/331795.

Interessenten sollen sich bitte direkt an Herrn Hendek wenden. Die Kosten der Reise könnten von der Initiativgruppe übernommen werden.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Ulrich Koehler

Nach Diktat abgereist.

F.d.P.

*Ulrich Koehler*  
(Kirchhoff)

Freie Demokratische Partei Landesverband Niedersachsen

Frau  
Funda Tasar  
Bertramstraße 6  
3000 Hannover 1

Walter-Gieseking-Straße 22  
3000 Hannover 1  
Telefon (0511) 28071-0  
Teletex: 5118459 FDP Nds. d

☎ Direktwahl  
(0511) 28071 -27

Datum  
10.12.1987

Terminvorschlag von Frau Schneider, MdL, für eine Reise in die  
Türkei

---

Sehr geehrte Frau Tasar,

hiermit darf ich Ihnen mitteilen, daß Frau Schneider, Mitglied des Niedersächsischen Landtages, bereit ist, am letzten Januar-Wochenende für eine Informationsreise in die Türkei zur Verfügung zu stehen.

Hinsichtlich der Möglichkeit, einen Vertreter der CDU zu bekommen, werde ich mich weiterhin bemühen.

Mit freundlichen Grüßen

*Ulrich Koehler*  
(Ulrich Koehler)

Freie Demokratische Partei Landesverband Niedersachsen

An den  
Bundesgeschäftsführer der  
Jungen Union  
Herrn Hochrebe  
Allerbergerstr. 131

5300 Bonn 2

Walter-Giesecking-Straße 22  
3000 Hannover 1  
Telefon (0511) 28071-0  
Teletex: 5118459 FDP Nds. d

☎ Direktwahl  
(0511) 28071 - 27

Datum

10.12.87

Unser Telefongespräch vom 10.12.87

Lieber Jörn,

die Initiative "Menschenrechte in der Türkei" plant die Durchführung einer Informationsreise in die Türkei Ende Januar 1988. Seitens der F.D.P. würde Frau Schneider, MdL, an dieser Informationsreise teilnehmen.

Bitte teile mir mit, inwieweit seitens der Union jemand bereit ist, an dieser Informationsreise teilzunehmen.

Ansprechpartner für diese Reise ist Herr Hendek, Tel.: 0203/331795.

Hinsichtlich unserer R.P.J.-Aktivitäten werde ich mit dem neuen Bundes-schatzmeister der Liberalen bei Dir einmal vorbeischauen.

Ansonsten wünsche ich Dir schöne Weihnachten, einen guten Rutsch ins Neue Jahr und verbleibe,

mit freundlichen Grüßen

*Ulrich Koehler*  
(Ulrich Koehler)

Kreuznacher

Friedens bundnis

Herrn

Bundespräsident

Richard von Weizsäcker

5000 BOHN

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

6550 Bad Jörgenzmach

Wir haben von unserem türkischen Freunden und Kollegen erfahren, daß die Generalsekretäre der Kommunistischen Partei der Türkei, Haydar Kutlu, und der Türkischen Arbeiterpartei, Nihat Sargin, bei der Rückkehr in ihre Heimat sofort am Flughafen in Ankara verhaftet, unter menschenunwürdigen Bedingungen abgeführt und ins Gefängnis geworfen worden sind.

Wir protestieren in schärfster Form gegen die Verhaftung der beiden Generalsekretäre.

Die Türkei erhebt den Anspruch auf internationale Anerkennung als demokratischer Staat, nicht zuletzt in der Hoffnung auf Aufnahme in die Europäische Gemeinschaft. Eine Anerkennung kann es aber nur geben, wenn die Einhaltung elementarster Menschenrechte garantiert ist. Daß dies nicht gewährleistet ist und auf absehbare Zeit auch nicht in Sicht ist, zeigen die vielfältigen Hinweise und Erkenntnisse über die Verfolgung oppositioneller Gruppen und über menschenunwürdige Haftbedingungen und Folterungen vieler Menschen.

Datum: 19. November 1987  
Wa/SpDER SOZIALDEMOKRATISCHEN  
BUNDESTAGSFRAKTIONSPD protestiert gegen willkürliche Verhaftung türkischer  
Oppositioneller in Ankara

Die beiden türkischen Oppositionspolitiker Nehat Fargin und Haydar Kutlu wurden am 17. 11. 1987 bei dem Versuch, in ihr Heimatland einzureisen, durch die türkischen Sicherheitsbehörden verhaftet. Gegen diese willkürliche Verhaftung protestieren Europa- und Landtagsabgeordnete der SPD sowie die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Renate Schmidt, im folgenden Schreiben an den türkischen Botschafter:

Sehr geehrter Herr Botschafter,

auch im Namen meiner Abgeordneten-Kollegen Lilo Seibell-Emmerling (Mitglied des Europäischen Parlamentes) sowie Rolf Langenberger (Mitglied des Bayerischen Landtages) möchte ich Ihnen meine Bestürzung über die Verhaftung von Nehat Fargin und Haydar Kutlu auf dem Flughafen Ankara am 17. November 1987 zur Kenntnis bringen. Diese Aktion des türkischen Geheimdienstes und der Polizei in Ankara sprechen den viel beschworenen angeblichen Demokratisierungsversuchen in der Türkei Hohn.

Ohne sich mit den von Nehat Fargin und Haydar Kutlu vertretenen politischen Zielen identifizieren zu wollen muß festgehalten werden, daß diese Willkür-Aktion gegen zwei oppositionelle regimiekritische Personen durch nichts zu rechtfertigen ist. Gleichwohl ist sie typisch für das amtierende türkische Regime und zeigt, daß von einer Demokratisierung in der Türkei immer noch nicht die Rede sein kann.

Sehr geehrter Herr Botschafter, ich möchte Sie dringend bitten, alles Ihnen mögliche zu unternehmen und sich für die sofortige und bedingungslose Freilassung von Nehat Fargin und Haydar Kutlu einzusetzen. Wenn es die türkische Regierung mit der Demokratisierung ernst meint, dann kann diese rechtswidrige Aktion nicht hingenommen werden.

- - -

Initiativantrag an den Parteiausschuß der SPD Unterbezirk  
Nürnberg am 19.11.1987

Antragsteller: OV Gostenhof

angefommen  
- einstimmig -

Der Parteiausschuß möge beschließen:

Die SPD Nürnberg sendet einen Protestbrief an die türkische Botschaft in Bonn mit folgendem Inhalt:

Die SPD Nürnberg ist bestürzt über die Gefangennahme des Generalsekretärs der Türkischen Arbeiterpartei (TIP), Nihat Sargan, und des Generalsekretärs der Kommunistischen Partei der Türkei, Haydar Kutlu. Sie waren in ihr Heimatland zurückgekehrt, um für die Legalität ihrer Parteien zu demonstrieren. Bereits am Flughafen wurden sie verhaftet, ihnen wurden die Augen verbunden und Handschellen angelegt. Ihr einziges "Verbrechen" ist, daß sie einer kommunistischen Partei angehören. Sie müssen hohe Haftstrafen oder sogar die Todesstrafe befürchten.

Wir Nürnberger Sozialdemokraten fordern - gerade vor dem Hintergrund unserer jüngsten Geschichte - die Freilassung von Nihat Sargan und Haydar Kutlu und die Zulassung aller demokratischen Parteien in der Türkei.

an: Türkische Botschaft, Utestr. 47, 5300 Bonn 2

Presse

SPD-Bundesvorstand und SPD-Bundestagsfraktion mit der Bitte um entsprechende Stellungnahme

Begründung: mündlich

19.11.87

Sozialdemokratische Partei Deutschlands  
Landesverband Hamburg

Der Landesvorsitzende der Hamburger SPD, Ortwin  
Runde, erklärt zum Beschluß des Europäischen  
Parlaments, der die Freilassung der in Ankara  
verhafteten türkischen Staatsbürger NIHAT SARGIN  
und HAYDAR KUTLU fordert:

Das Europäische Parlament hat heute die Freilassung  
der in Ankara verhafteten türkischen Politiker  
HAYDAR KUTLU und NIHAT SARGIN gefordert.

Ich unterstütze diese von der Sozialistischen Fraktion  
mitveranlaßte Resolution.

In der Türkei müssen endlich die Menschenrechte und  
politischen Freiheiten verwirklicht werden, die in den  
übrigen Staaten des Europarates gelten.

FAX

dpa →

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARASTIRMA VAKFI

# SPD

An  
BEM  
Pressezentrale Einheit  
Moltkestraße 45  
4100 Duisburg 1

23. November 1987

Sehr geehrte Damen und Herren,

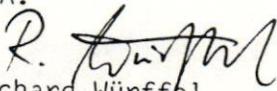
beiliegender Antrag ist vom Parteiausschuß des SPD Unterbezirks Nürnberg einstimmig beschlossen worden.

Der Protestbrief an die türkische Botschaft in Bonn wurde heute abgesandt.

Mit freundlichen Grüßen

SPD Nürnberg

i.A.

  
Richard Würffel

GRÜN - ALTERNATIVE LISTE ESSEN

Niederstraße 9 - 11 4300 Essen 1 Tel.: 0201/32 66 19  
Postgirokontonummer 22 44 79 - 434 Postscheckamt Essen



Pressemitteilung

Betr. politische Gefangene in der Türkei

22. 11. 87

Protest gegen Festnahme und Folterung

in Telegrammen an den Staatspräsidenten der Türkei özal, die türkische Staatsanwaltschaft sowie in Briefen an den Bundesminister und das Außenministerium protestierte die GAL Essen gegen die Festnahme und Folterung der Generalsekretäre der türkischen kommunistischen Partei, (TKP) Haydir Kuthu, und der türkischen Arbeiterpartei, Nikat Sargin.

Beide sind am 16. 11. bei ihrer Einreise in die Türkei verhaftet worden. Sie befinden sich seitdem in einer laut Berichten von amnesty international für Verhöre und Folter berüchtigten Sonderabteilung des Polizeipräsidiums von Ankara.

Gespräche mit ihren Anwälten sind Ihnen untersagt, kein unabhängiger Arzt kann sich von ihrem Gesundheitszustand überzeugen.

Die Türkei ist das einzige Land in Europa, in dem Arbeiter- und kommunistische Parteien verboten sind.

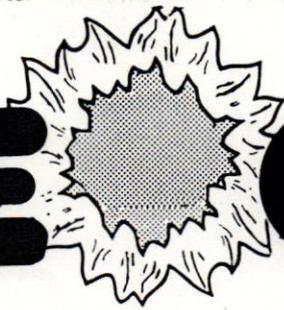
Damit verstößt die türkische Regierung gegen die Meinungs- und Organisationsfreiheit (Artikel 18, 19 und 20 der Menschenrechtsdeklaration)

Die Bundesregierung ist aufgefordert, den notwendigen Demokratisierungsprozeß in der Türkei aktiv zu unterstützen.

mit freundlichen Grüßen

Joachim Drell (GAL)

# DIE GRÜNEN



(4)

DIE GRÜNEN IM RAT, Rathaus, 4350 Recklinghausen

## Recklinghausen

An die örtliche Presse

DIE GRÜNEN IM RAT  
Rathaus, Zimmer 117  
4350 Recklinghausen, Tel. (02361) 587 462  
Bürozeiten: Mo - Fr 9.00 - 13.00 Uhr

GRÜNES BÜRO (Ortsverband)  
Herner Str. 43, 4350 Recklinghausen  
Tel. (02361) 181 241

Recklinghausen, 07.12.1987

Presseerklärung zur Verhaftung von Nihat Sargin und Haydar Kutlu  
Initiative zur Freilassung von Kutlu und Sargin und zur  
Demokratisierung der Türkei, Initiative gegen Ausländerfeindlich-  
keit, Türkischer Arbeiterverein, Ratsfraktion DIE GRÜNEN  
fordern - Sofortige Freilassung für Sargin und Kutlu -

Die Generalsekretäre der Kommunistischen Partei der Türkei (TKP)  
Haydar Kutlu und der Türkischen Arbeiterpartei (TIP)  
Nihat Sargin sind am 16. November 1987 in die Türkei zurückgekehrt,  
um gemeinsam die Vereinigte Kommunistische Partei der Türkei  
zu gründen und die Legalität der Partei zu sichern.

Sie sind der Überzeugung, daß für die Demokratisierung des Landes  
die Legalität der kommunistischen Bewegung eine unverzichtbare  
Bedingung darstelle.

Sie wurden bei ihrer Rückkehr in die Türkei von Abgeordneten  
des Europaparlamentes sowie von Mitgliedern einzelner Länder-  
parlamente, Juristen, Wissenschaftler und Journalisten begleitet.

Trotz des Protestes der internationalen Delegation wurden beide  
Generalsekretäre direkt bei ihrer Ankunft auf dem Flughafen  
von einer Sonderpolizeieinheit verhaftet und ins Polizeiprä-  
sidium gebracht. Den Rechtsanwälten der beiden, die im Flughafen  
warteten, wurde jeglicher Kontakt zu ihren Mandanten bis jetzt  
verweigert.

- 2 -

# DIE GRÜNEN

- 2 -

Herr Kutlu und Herr Sargin wurden im Präsidium von einem Gerichtsmediziner untersucht. Es wurde bei Herrn Kutlu eine Herzbeschwerde und bei Herrn Sargin Hypertonie festgestellt. Beide Politiker sind durch die andauernden Verhöre durch die Sonderabteilung der Polizei erheblichen gesundheitlichen Belastungen ausgesetzt.

Inzwischen haben sich europaweit Initiativen zur Freilassung von Herrn Sargin und Herrn Kutlu gebildet. Ungeachtet aller Meinungsdivergenzen besteht bei allen, die die Entwicklung zur Verwirklichung demokratischer Verhältnisse in der Türkei verfolgen, eine einheitliche Meinung. Dies manifestierte sich auch in der Rede von Bundespräsident Richard von Weizsäcker, anlässlich der Entgegennahme des Atatürk-Friedenspreises am 14.10.87 in Ankara.

Die Türkei gehört zu den 51 Gründungsmitgliedern der Vereinten Nationen. Die Türkei hat auch die Menschenrechtsdeklaration der VN, die Europäischen Menschenrechtskonventionen sowie die Schlußakte von Helsinki unterzeichnet. Zudem ist die Türkei Mitglied der NATO und assoziiertes Mitglied der EG. Dessen ungeachtet werden in der Türkei die Rechte und Freiheiten, die in den Vereinbarungen der internationalen Organisationen festgeschrieben sind, von der Regierung, besonders nach dem Militärputsch vom 12.9.1980, nicht eingehalten.

Die Türkei ist das einzige Land in Europa, in dem die Legalität der Arbeiter- und Kommunistischen Parteien auf legislativer- und exekutiver Ebene verhindert wird. Unter diesen Bedingungen ist das Vorhaben der Generalsekretäre Kutlu und Sargin in die Türkei zurückzukehren, um gemeinsam eine neue Partei zu gründen und die Legalität dieser Partei zu sichern, von großer Bedeutung für Demokratisierungsprozeß dieses Landes.

Trotz zahlreicher Proteste aus ganz Europa u.a. aus der BRD von GRÜNEN, SPD, ÖTV, DGB, GEW und Einzelpersonen wie F.J. Degenhardt, M. Theodorakis, W. Biermann, G. Wallraff, Björn Engholm, Rene Boll, D. Sölle, H.E. Richter, Franz Alt und viele andere mehr, ist zu befürchten, daß die beiden Generalsekretäre wegen "Aufwiegelung zum Klassenkampf" vor Gericht gestellt werden und mit der Todesstrafe zu rechnen haben.

Dies muß unbedingt verhindert werden! Daher sind alle Demokraten aufgefordert, Druck auf die Regierung Ösal auszuüben, um die sofortige Freilassung von Sargin und Kutlu zu bewirken.

Auch in Recklinghausen hat sich eine Initiative zur Freilassung der Generalsekretäre und zur Demokratisierung der Türkei gebildet, die im Augenblick

- 3 -

# DIE GRÜNEN

- 3 -

von den GRÜNEN, der Initiative gegen Auländerfeindlichkeit und dem Türkischen Arbeiterverein unterstützt wird und auf Beistand weiterer Recklinghäuser Demokraten hofft.

Am 10.12.1987 ist der Tag der Menschenrechte. Die Initiative ist der Meinung, daß dieser Tag von der Türkei zum Anlaß genommen werden sollte, ihren Demokratisierungswillen durch die Freilassung von Sargin und Kutlu sowie anderer politischer Häftlinge auszudrücken.

Bahatin Erden, Initiative  
Elke Klemann, DIE GRÜNEN

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA KAKFI  
TÜSTAV

Vergi reformunun bedeli emekçilere yüklenmek isteniyor

## Reform tasarısını protesto ediyoruz

Kimya, sentetik maddeler, kauçuk, petrol, kağıt, cam, çimento ve kireç, işkollarında vardiya usulü çalışan emekçiler, Federal Hükümet'in pazar ve tatil günleri ve gece mesaisi zamlarının vergiden muaf tutulmasını kısmen ortadan kaldırmaya yönelik tasarıları karşısında büyük bir hayal kırıklığına uğramış bulunmaktadır.

Vergi reformunu finanse etme yolunda alınan koalisyon kararlarını işletmelerde tartışan emekçiler, sendikamız IG Chemie'nin ve Alman Sendikalar Birliği DGB'nin, bu reformun sosyal olmayan niteliğini daha da güçlendirici bu kararlara karşı dile getirdiği protesto hareketini desteklemektedir.

Geniş emekçi kitleleri için sağlanmış olan vergi kolaylıklarını kaldırmayı hedefleyen vergi reform tasarısı ayrıca emekçiler için uygulamada bulunan vergiden muaf götürü

tutarları, Noel parası, gelecekte güvence ve yemek paraları muaf tutarlarını da ortadan kaldırmak istemektedir. Bu tasarıya ilk planda emekçilere vergi yükünü hafifletici bir kılıf takılmış olsa bile, sonuçta dolaylı ve doğru yollardan daha ağır vergi yükleri çalışan insana bindirilmiş olacaktır. Bu vergi yükleri, halen geçerli olan vergi yasalarının getirdiği yüklerden de ağır gelecektir.

Bu tasarıdan en fazla vardiya usulü çalışan emekçiler etkilenecektir. Bu yetmiyormuş gibi, vardiyanın ağır işinden doğan hastalık ve rahatsızlıkların tedavi masrafları da, hükümetin hastalık sigorta reform tasarılarına göre yine geniş ölçüde emekçilere yüklenmek istenmektedir. Vardiya usulü çalışan emekçiler, yüksek gelirli vergi hediyesi anlamına gelen vergi reform tasarısının bedelini ödemeyecek ve sendikalarının protesto eylemlerine katılacaklardır!



## Formaldehid maddesinin tolerans değeri yarıya indirildi

Alman Araştırma Birliği DFG'nin sağlığa zararı olan çalışma maddelerini inceleyen senato komisyonu, »1987 Yılı Azami İşyeri Yoğunlaşması (MAK) ve Biyolojik Çalışma Maddeleri Tolerans Değerleri (BAT)« başlıklı listesini açıklamış bulunmaktadır. MAK listesine, geçen yıla oranla bir dizi yeni madde alınmış

ve eski maddelerin tolerans ölçülerinde değişiklikler yapılmıştır. Listede en önemli gelişme, formaldehid maddesinin MAK değerinin yarıya indirilmiş olması ve dizel motorları emisyonlarının 'kesin olarak kanser üretici' kategorisine alınmış olmasıdır. Bu kademeleme, hayvanlar üzerinde yapılan deney-

ler yoluyla verilmiştir. Listede, Otto Motorları'nın çıkardığı gazların incelenmeye sevkedileceği de açıklanmaktadır.

Silisyumkarbit (lifsiz) ve talk (asbest lifi olmayan türden) maddeleri için yeni MAK değerleri saptanmış olup, N-metilanilin ve stiro l maddeleri değer ölçüleri dörtte bir ve beşte bir oranında düşürülmüştür. Kanser üretici çalışma maddeleri arasında 1985 yılında kereste tozunun da alınmasından sonra, A III 1 Kategorisi (insanda kesin olarak kansere yol açan maddeler kategorisi) on yıldan beri ilk kez önemli ölçüde genişletilmiştir. Bu kategoriye alınan maddeler şunlardır: 4-klor-o-tolüdin, diklordiyetilsülfid (Schwefellost) ve N-metil'den (2-kloretil) amin'e (Stickstofflost) kadar varan maddeler.

III A 2 Kategorisine (hayvanlar üzerinde yapılan deneylerde kesinlikle kansere yol açıcı olarak kanıtlanmış maddeler kategorisi) ise yeni maddeler ve karıştırılmış maddeler eklenmiştir. Bunların arasında beş aromatik amin maddeleri, krom (VI), bileşimleri ve dizel motorları emisyonları bulunmaktadır.

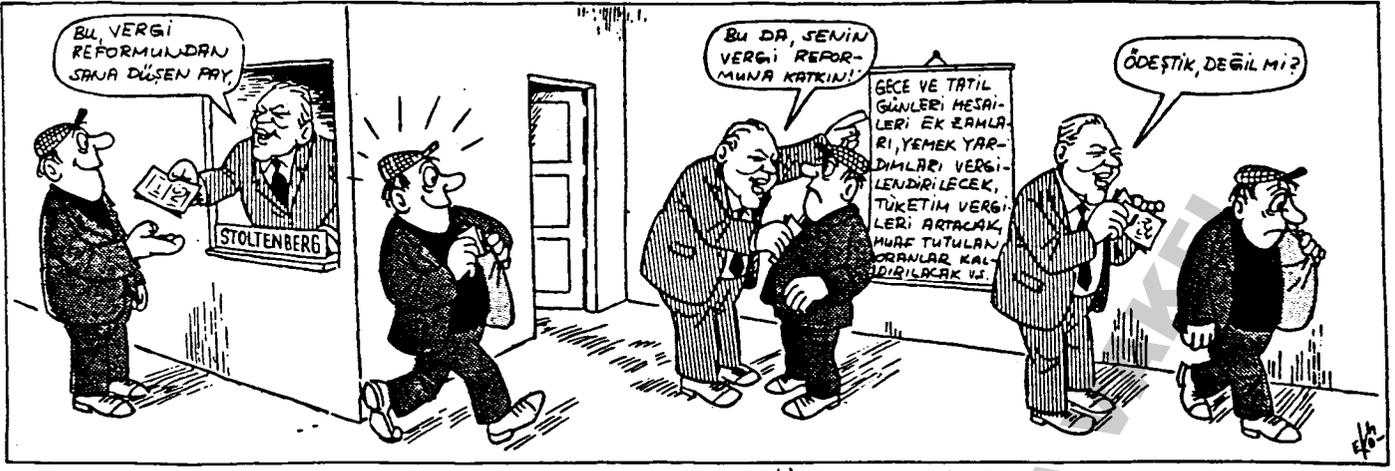
III B Kategorisi (kansere yol açabileceği konusunda nedenli kuşku bulunan maddeler kategorisi) üç yeni maddeyle genişlemiştir. Komisyon bundan öteye giderek, işyerinde nitrolaştırma ile kansere yol açan nitrosaminlerin oluşmasının mümkün olduğuna parmak basmış ve dokuz çalışma maddesinin özel olarak işaretlendirilmesini saptamıştır.

BAT (Biyolojik Çalışma Maddeleri Tolerans Değerleri) Listesi iki yeni değer ile genişletilmiş bulunmaktadır: karbondisülfid ve fenol.

Sendikamız IG Chemie-Papier-Keramik, 1987 Yılı MAK Değerleri Listesi'ni daha kolay anlamak ve hareket etmek amacıyla aydınlatıcı bir broşür hazırlamıştır. Aynı broşürde yeni Tehlikeli Maddeler Yürütmeliği hakkında da bilgiler bulunmaktadır. Bu broşür, yeni MAK Listesiyle beraber sendikamız şubelerinden istenebilir.

*Tüm üye ve dostlarımıza  
başarılı, sağlık ve barış  
dolu bir yeni yıl dileriz.*

*Yazı Kurulu*



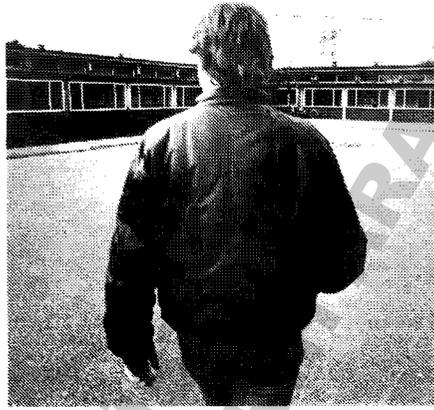
MALİYE BAKANI GERHARD STOLTENBERG'İN VERGİ REFORMUNA BAKIN !

## Meslek eğitiminde düzen bozukluğu

Meslek eğitim sisteminde köklü değişiklikler yapılmazsa, 2000 yılına kadar 1 Milyonun üstünde gencin herhangi bir meslek öğrenmeksizin meslek hayatına atılması beklenmektedir. Bu gençlerin mesleki geleceği son derece karanlıktır. Ayrıca, bir meslekte eğitim görmüş gençler arasında da bir çoğu işyeri bulmada güçlük çekecektir. Önümüzdeki 15 yıl içinde 8,5 Milyon gencin başarılı bir meslek eğitiminden geçmesi beklenmektedir. Aynı süre içinde bu kalifiye işgüçleri için yalnızca 6,4 ve 7 Milyon arasında bulunacak, ihtiyarlayan emekçilerin boşaltacağı işyerleri hazır olacaktır.

Tüm bu sayılar, «Eğitim Planlaması ve Araştırma Teşvik Önlemleri» için yetkili «Eyaletler ve Federal Devlet Komisyonu» «BLK» nin Bonn'da kamu oyuna sunduğu, «Mesleki eğitimi bitirmiş gençlerin istihdam sistemi kapsamında bulunan ve geleceğe yönelik perspektifleri» başlıklı raporda açıklanmıştır. Komisyon uzmanlarının tahminlerine göre, iş pazarında eğitimden geçmiş gençlerden daha yüksek kalifiye düzeyi beklenmektedir. Buna karşılık, geleceğe yönelik olmayan dallarda çok sayıda gencin eğitim gördüğü gerçeği vardır.

Yüksek teknolojik yöntemlerle çalışan işletmelerde ise çok az genç eğitim görmek üzere işe alınmaktadır. Halbuki, esas böylesi işlet-



melerde, diğer meslek alanları için de geçerli olan temel bilgiler, meslek eğitimi sırasında verilmektedir. Fırıncı, kasap, marangoz, motorlu vasıta onarımcısı, kadın bahçıvan, kuaför, muayenehane ve yazıhane yardımcısı gibi meslek dallarında gereğinden fazla ölçüde çırak eğitilmekte ve eğitimden sonra işsiz kalmaya yüz tutulmaktadır. Uzmanlara göre istihdamda olumlu bir gelişme kaydedilmesi için, «ekonomik strüktürde şimdiden belirgin olan değişimlerin» meslek eğitimine yansımaları gerekmektedir.

Schott Glaswerke firmasında imzalanan işyeri anlaşmasına göre, meslekte ilerlemeyi amaçlayan eğitime mesai saatlerinde de katılınabilecektir.

## Sözleşmeli eğitim

IG Chemie yetki alanında ilk kez, mesai saatlerinde gerçekleşen ve aynı ücretle tazmin edilen meslekte ilerlemeye yönelik eğitim seminerleriyle ilgili bir işyeri anlaşması imzalanmıştır. Mainz'da bulunan Schott Glaswerke firması yönetimi ve genel işçi temsilciliği arasında imzalanan sözleşme, sendikamızın Mainz şubesine göre «bir çığ niteliği taşımaktadır». Bu sözleşmenin imzalanmasında sendikamız Mainz şubesinin önemli ölçüde katkıları olmuştur.

Firmanın Mainz ve Landshut kentlerindeki iki fabrikasında çalışan yaklaşık 5400 emekçi için bu sözleşmenin somut yararı şöyledir: 1 Ocak 1988'den itibaren, iki yıl için geçerli olmak üzere yürürlüğe girecek anlaşmaya

göre, her yıl tüm çalışanların % 5 i oranında emekçi, 10 günlüğüne meslekte ilerlemeyi amaçlayan eğitim seminerlerine katılabilecektir. Bu uygulamada genel işçi temsilciliğinin ve IG Chemie'nin başlıca kazanımı tüm bölümlerde çalışanların sözleşme kapsamına alınması olmuştur. IG Chemie sorumlusu Dieter Kretschmer konuya şöyle değinmiştir: «Firmaya kalsaydı, meslekte ilerlemeye yönelik eğitim yalnızca menecer katında gerçekleşirdi. Biz bu eğitimden bütün katlarda çalışanların yararlanmasını elde ettik. Ekonomik strüktürde önemli değişiklikler olmakta, yeni yeni teknolojiler devreye girmektedir. Bu gelişme ışığında daha yüksek düzeyde kalifiye olmayan emekçinin işyeri güvence altında değildir ve eğitilmeyenlere de sosyal bir düşünüş yolu gözükmektedir.»

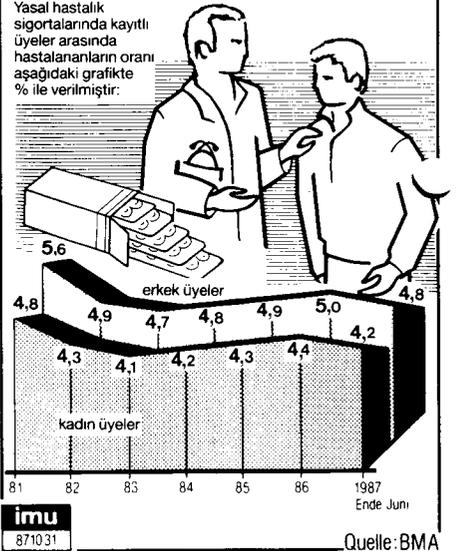
Gönüllü işyeri anlaşması imzalanmadan önce, işveren örgütü ile sert tartışmalar doğmuş, işverenler, meslekte ilerleme eğitiminin işyeri anlaşması kapsamına alınmasında gör-

## Breit Gorbaçov'la buluştu: Silahlanmaya son!

Uluslararası Hür Sendikalar Birliği'nin bir delegasyonu ile Moskova'ya seyahat eden Alman Sendikalar Birliği Genel Başkanı, Ernst Breit, Sovyetler Birliği Komünist Partisi Genel Sekreteri Mihail Gorbaçov ile buluşmuş, barış ve silahsızlanmayla ilgili görüşlerini bildirmiştir. Barışın sağlanması ve korunmasının önkoşulunun güven olduğunu belirten Breit, bu güvenin yalnızca Doğu ve Batı devlet ve politikacıları arasında değil, bu iki dünyanın insanları ve örgütleri arasında sağlanması gerektiğini vurgulamıştır. Ernst Breit, Sovyet liderine şöyle demiştir: «Özgür bir sendikacı olarak şunu söylemek istiyorum: egemen devletlerden her alanda silahsızlanmayı durdurmalarını ve dünya çapında yumuşama politikasını uygulamalarını bekliyoruz...»

## Sigortalıların yüzde kaç hastadır?

Yasal hastalık sigortalılarında kayıtlı üyeler arasında hastalananların oranı aşağıdaki grafikte % ile verilmiştir:



dükleri «hukuksal engel» in aşılmasının güç olduğunu savunmuşlardır. İkinci uzlaşma görüşmelerinde imzalanan sözleşmeye göre, meslekte ilerlemeye yönelik eğitimin kapsamı ve niteliği üzerine alınacak kararlar işyeri işçi temsilciliği de katılabilecektir. Dieter Kretschmer anlaşmayı şöyle değerlendirmiştir: «Emekçiler için yeni ve önemli bir alanı ele geçirdik. Bu alanda emekçilerin meslekte ilerlemeleri için başlangıç olanakları daha geniş olacak ve işyerleri daha fazla güvence altında bulunacaktır.»

# Uluslararası Kimya, Enerji ve Fabrika İşçi Sendikaları Federasyonu ICEF'e üye Türkiyeli örgütler sendikal haklar için mücadele ediyor

Türkiye'de sendikalar, pahalılık, işsizlik, zam ve enflasyon getiren Özal ekonomisine ve anti-demokratik yasalara, sendikal yasaklara karşı verilen mücadelede ön saflarda yer alıyor.

ICEF'e bağlı sendikalar, 1987 yılında bir dizi greve öncü olmuş, Özal Hükümetinin yoğun müdahalelerine, sendika düşmanı yasalara ve sıkı yönetime rağmen üyelerinin çıkarlarını savunmada kararlılık göstermişlerdir.

12 Eylül 1980 ve 5 Mayıs 1983 tarihleri arasında generaller cuntası, her türlü sendikal girişimi yasaklamıştır. ICEF'e üye sendikaların bağlı bulunduğu TÜRK-İŞ kapatılmamıştı ancak üye sendikaların örgütlenme çalışmaları, toplu sözleşme hakları ve greve gitme olanakları yok edilmiştir. TÜRK-İŞ/ICEF üyesi Petrol-İş üç ay, Kristal-İş ise yedi ay kapatılmış, askeri mahkemelerin bu sendikalara karşı getirdiği suçlamalar sonradan geri çekilmiştir.

Sivil bir hükümetin başa gelmesi, hiç bir zaman ülkede demokrasiye dönüldüğü anlamına gelmemiştir. Halen sendika düşmanı yasalar yürürlükte olup, demokratik işçi örgütleri politik takibata uğramaktadır. Örneğin Devrimci İşçi Sendikaları Konfederasyonu DISK, tümüyle anti-demokratik bir mahkemeden sonra kapatılmış, yöneticileri hapis cezalarına çarptırılmıştır. Avrupa ülkelerinde gayet doğal olan sendikal özgürlükler, Türkiye'de günümüze kadar yasaklanmaktadır.

Ancak bir dizi yasağa ve kısıtlanmalara rağmen işçi sendikaları üye sayılarını artırmayı

başarmış ve toplu sözleşme hakkını kısmen elde edebilmişlerdir. ANAP Hükümeti'nden ve devletten her türlü desteği alan patronlarla anlamazlık halinde, çoğu işyerinde greve de gidilmiştir.

Bültenimizin bu ekinde, zor koşullara rağmen 1987 yılında yapılan grevlere bir kaç örnek göstermek istiyoruz:



## Petro-kimya işkolunda grev

ICEF üyesi Petrol-İş sendikası 18 Mart 1987 tarihinde 22 işletmede başlattığı grev daha sonra toplam 72 işletmeyi kapsadı ve bu sendikaya üye yaklaşık 12.000 emekçi, Türkiye'de son yılların en büyük grev mücadelelerinden birini verdi.

Baskıcı sendika yasaları, yoğun bir enflasyon ve 1980'den beri gerçek ücretlerin % 50 den fazla gerilemesine karşı direnişe geçen emekçiler, 4 aya yakın süren grevleri sonucunda 61 işyerinde % 64,4 ücret artışı ve bir di zi sosyal haklar elde ettiler.

Kimya, Plastik ve Kauçuk Sanayii İşverenleri Örgütü KIPLAS'a bağlı şirketler, greve giden sendikaya Yüksek Hakemler Kurulu'nun saptadığı işçi düşmanı düzenlemeler kapsamında orta bir sözleşme dayatmak isterken, Petrol-İş'li sendikacılar «üyelerinin açlık ve sefalet içinde bırakılmak istendiğini» vurguladılar.

Uluslararası Çalışma Örgütü ILO'nun asgari normlarıyla çelişen sendikal yasa uygulamalarından istifade etmek isteyen patronların yoğun baskılarına rağmen Petrol-İş'li emekçiler genelde başarılı sözleşmeler imzaladılar.

10 Mayıs 1987 de İzmit'te düzenlenen grevle dayanışma mitingine gelen 25 binin üzerinde işçiye seslenen Petrol-İş Genel Başkanı Cevdet Selvi, sendikal hakların hükümet tarafından kısıtlanmasını sert bir dille eleştirirken, işçilerin birlik sendikal haklar ve demokrasi için kararlılığı göstermelerini istiyordu.

## Kristal-İş'in Kılıçoğlu grevi

Yine ICEF üyesi Kristal-İş Sendikası, 20 Mart 1987 tarihinde Kılıçoğlu'nda bir grev başlatmış ve hepsi sendika üyesi olan 560 işçiye direnişe çekmeyi başarmıştı. Kiremit branşına bağlı bu işletmeden sorumlu işveren örgütünün yeni bir sözleşme imzalamamakta ısrar etmesiyle başlayan direniş, genelde hedefine ulaştı. Önceki sözleşme koşullarının genişletilmesine karşı gelen ve var olan hizmetleri kısıtlamak isteyen patronların hesaba burada da tutmadı.

Buna benzer bir grevde, bir seramik işletmesi 60 emekçiyi işten çıkarmış, bunun ardından Bozuyuk'ta toplu çıkışlara karşı yığınsal bir yürüyüş ve miting düzenlenmişti. 4 binin üzerinde emekçi toplu çıkışları protesto ederken, hükümetin sendikal özgürlükleri budayan yasaların da kaldırılmasını istedi.

ICEF, tüm üye örgütlere bu grevlerle ilgili haberleri gönderdi ve grevci işçilerle dayanışmalarını dile getirdi.

## Asbeste karşı kampanya açılacak

ICEF üyesi bir dizi sendika, örneğin Britanya'lı üye sendikalar asbest (amyant) maddesinin ülkeleri çapında hiç bir yerde kullanılmaması için ulusal bir programın hazırlanmasını isterken, Türkiye'deki ICEF üyesi sendikalar, ülkelerinde asbestin henüz tehlikeli madde olarak bile görülmediğini bildirmekteler. Türkiye'de geçerli işyerinde güvenlik talimatnamelerinde öldürücü etkileri olan asbest maddesi «toz nedeniyle doğan tehlikeler» adlı genel kategori kapsamına girmektedir.

Türkiye Çimento, Seramik, Cam ve Kil Sanayii İşçileri Sendikası ÇİMSE-İŞ'in hazırladığı geçici bir rapora göre, Türkiye'de asbest kullanımı giderek artmaktadır: 1980 yılında 16.670 ton asbest ithal edilirken bu sayı 1981'de 21.520, 1982'de 22.300 ve 1984 yılında 26.000 tona yükselmiştir. Ülke içindeki asbest üretimi yılda 10.000 ton olarak tahmin edilmektedir. Asbest maddesiyle sıkı sıkıya bağlı olan hastalıklarla ilgili genel bir değerlendirme, tüyler ürpertici istatistikleri su yüzüne çıkarmıştır. Örneğin açıkta asbest işlenen Mihaliççik yöresinde hiç bir korunma önlemi alınmadan çalışılmaktadır ve yalnızca burada akciğer zarı ve karın zarı iltihaplanmaları (zatülcenp ve peritonit) görülen 600 vaka saptanmıştır.

Geniş halk kitlelerinin de asbest tehlikesi altında olduğu belirtilen ÇİMSE-İŞ raporunda, özellikle evlerini beyazlamak amacıyla kireçle karışık asbest lifleri kullanan kadınların etkilendiği açıklanmaktadır. Diğer bir tehlike alanı, içinde kış ayları için yiyecek ve içecek depolanan çanakların yapımında kullanılan asbestli kilde görülmektedir.

Bu tehlikelere karşı gelmek amacıyla ve etki alanındaki emekçileri ve kamu oyunu aydınlatmak için, ÇİMSE-İŞ sendikası tarafından bir anti-asbest kampanyası başlatılacaktır. Tüm Türkiye çapında yürütülmesi düşünülen kampanyanın yıl sonuna doğru başlayacağı tahmin edilmektedir.

## Türkiye tarihinde yaşanan en uzun grevlerden biri sendikanın başarısıyla sona erdi

Türkiye'deki sendikal mücadelenin grev tarihinde yaşanan en uzun süreli işçi direnişlerinden biri, İstanbul yakınındaki Gebze'de, 370 gün grevden sonra sona ermiştir. Bu grev sonucu imzalanan sözleşme, kesinlikle grevci sendika Kristal-İş'in bir başarısı olarak nitelendirilmektedir.

Türkiye düzeyindeki asgari ücret sınırlarına uymayan ve sendikaya disiplin konularında söz hakkı tanımak istemeyen Haldun Seramik firmasında greve giden Kristal-İş, bu direnişi bir yıl boyunca yalnızca 36 s kadın olan 39 emekçiyle yürütmeyi başarmıştır.

İmzalanan sözleşme 1 Nisan 1985 tarihinden itibaren geçerli olup, saat ücretinin birinci yılda en az 90 TL, ikinci yıldaysa ek olarak 80 TL oranında artırılmasını saptamaktadır. Bu ücretlerin ortalama % 65 oranında yükseldiği anlamına gelmektedir. İki kez prim ödenmesini sağlayan sözleşmede ayrıca her yıl 25.000 TL ısıtma parasının ödenmesi de elde edilmiştir.

## Savaşta ticaret

İran ve Irak arasındaki Körfez savaşı sekizinci yılına girmiş bulunmaktadır. Eylül 1980 tarihinden bu yana en az 350 000 İran ve Iraklı savaşta can vermiştir. Bazı tahminler bu rakamın 900 000'e vardığını söylemektedir. Savaşta harcanan materyel her yıl birçok milyar dolar değerindedir. Ancak savaşan tarafların silah ve cephane kıtlığı çektiği söylenemez, çünkü birçok ülke Körfez savaşına silah göndermektedir. Üstelik çoğu ülkede kriz bölgelerine savaş araçları satmak yasaktır (örneğin içinde yaşadığımız Federal Almanya Cumhuriyeti'nde). Ancak savaş araçlarının getirdiği büyük karlar gerek özel, gerekse kısmen illegal olan silah ticareti için son derece çekicidir. Merkezi Stokholm'da bulunan Uluslararası Barış Araştırma Enstitüsü SIPRI'nin hazırladığı bir rapora göre, 1980 ve 86 yılları arasında tam 42 ülkeden Körfez savaşına silah satılmıştır. Aralarında Federal Almanya ve Demokratik Almanya'nın da bulunduğu bu ülkeler gerek İran'a, gerekse Irak'a silah ve cephane satmış, çoğu kez ülke hükümetlerinin silah ticareti için onayı alınmamıştır. Bunların dışında onbir ülke daha nakliyat araçları, yedek parça yollamış veya para vermiştir. Rapora göre Irak'ı birçok ülke açık olarak desteklemekte, İran ise dolaylı yollardan yarı legal ve illegal olarak silah satın almak zorunda bırakılmaktadır.



## Türkiyelilerin açtığı işletme sayısı 25 bini aştı

**Bu işletmelerde 70 bin işyeri bulunuyor**

Düsseldorf. Federal Hükümetin evdeki hesabı çarşıya uymadı: ülkelerine geri dönüp bir işyeri açmaya teşvik edilen Türkiyeli işçiler arasında büyük bir kesim, Federal Almanya iş pazarındaki gergin durum karşısında ülkelere dönmek yerine burada bir işletme açma eğilimi gösteriyor.

Federal İşveren Örgütleri Birliği'nin yayınladığı »İşveren« adlı derginin açıklamalarına göre, Federal Almanya'da yaşayan yaklaşık 1,5 milyon Türkiyeli arasında kendine ait bir işletme açanların sayısı 25 bini aşmış bulunmaktadır. Derginin verilerine göre, 1980 lerin başından beri görülen bu eğilim sonucu, Türkiyelilerin açtığı işletmelerde yaklaşık 70 bin kişi çalışmaktadır.

Konuyla ilgili yazıda, ülkeye dönme ve hatta memlekette yatırım yapma eğiliminin ise pek büyük olmadığı saptanmakta, yurt dışında çalışan Türkiyeli işçilerin 1966 dan beri Türkiye'de kurduğu 400 ün üzerindeki ve 300 000 yatırımcısı olan işçi şirketlerinin çok azının ayakta kaldığı belirtilmektedir.

Önceleri para biriktirmekle ve biriken parayı ülkede yatırımla tanınan Türkiyeliler, »İşveren« dergisine göre zamanla daha çok Almanlar gibi tüketici konumuna girmiş bulunmakta ve genellikle paralarını Federal Almanya'da kullanma alışkanlığını göstermektedir. »Türkiye Araştırmaları Merkezi« nin bir incelemesinde, 315 Türkiyeli işletmecisi arasında yapılan bir anket sonucu, işletme başına yapılan ortalama yatırımın 173 bin DM, yıllık ortalama satışın yaklaşık 780 bin DM civarında olduğu yazılmaktadır.

»İşveren« dergisi, tüm Türkiyeli işletmeciler hesaba alındığında, bu sayılarla görkemli tutarların ortaya çıktığını belirtmekte, genel yatırım hacminin 3,8 milyar DM ve yıllık satış hacminin ise 17,1 milyar civarında bulunduğunu saptamaktadır.

## DGB: Güney Afrika mallarını boykot edelim!

Alman Sendikalar Birliği DGB, Uluslararası Hür Sendikalar Birliği UHSB ve Güney Afrikalı kardeş sendikalar örgütleri, Federal Almanya halkına ve tüketicilerine yönelttikleri bir çağrıda, ırkçı Güney Afrika Cumhuriyeti'nden ithal edilen malları, özellikle yiyecek maddelerini satın almamalarını istemişlerdir. Aynı çağrıda ithalatçı, toptancı şirketlere seslenen DGB, Güney Afrika'dan mal ithal edilmemesini, işlenmemesini veya satılmamasını dilemiştir.

DGB şu saptamada bulunmaktadır: Güney Afrika'da ırk ayırımı yapan rejim, ülkenin zenci çoğunluğuna karşı uyguladığı insanlık dışı politikadan vazgeçme niyetinde değildir. Aynı rejim, Namibiya'nın illegal işgalini halen savunmakta ve sürekli olarak komşu devletlere saldırmaktadır. Bu nedenle, Güney Afrika Cumhuriyeti üzerindeki yoğun uluslararası baskının sürdürülmesi ve daha da artırılması ve nihayet uluslararası insan haklarının bu ülkede de tanınmasını elde etmek gerekmektedir.

Güney Afrika'dan gelen malların boykot edilmesi ve etkin ekonomik cezalandırma önlemlerinin alınması, uluslararası çapta bu rejime karşı duyulan nefreti artıracak ve Pretorya Hükümeti'ne şunu gösterecektir: rejim ırkçı sistemi yok etme yolunda somut adımlar atmadığı sürece, üzerlerinde duran uluslararası baskı kalacaktır. Uluslararası çaptaki ekonomik cezalandırma önlemleri, ırk ayırımı rejimin ortadan kalkmasına yarayacaktır. ırkçı rejim yokedildiğinde, ülkede süre gelen şiddet dalgası da gidecektir. Alman Sendikalar Birliği DGB, Federal Almanya Hükümeti'ne de seslenmiş ve koalisyonun Avrupa Topluluğu içindeki etkin cezalandırma önlemlerini, özellikle Güney Afrika'dan gelen kömürü boykot etme hareketini desteklemesini istemiştir.



Noel telaşı başladı – Fotoğrafta görülen Köln'deki Hohe Strasse'de olduğu gibi, Federal Almanya'nın tüm alış-veriş merkezlerinde yıllık Noel tüketimi hızla başlamış bulunmaktadır. Federal tüketim branşları bu yılki Noel ticaretinden ek olarak 19 Milyar Marklık bir satış beklemektedir. Bu tutar, söz konusu branşın yıllık satış bilançosunun % 3,6'sını oluşturmaktadır.

Noel günlerinin psikolojik havasına kapılan tüketici, belki duygusal reklamların kurbanı olacak ve malın niteliğine dikkat etmeden satın alacak, belki de kendisini bu tüketim aleminde biraz da olsa soyutlayabilecek ve gerçekten alacağı mal üzerinde etraflı bilgi edinecektir.

## İran – Irak savaşına kimler silah gönderiyor?

Yedi yılı aşkın bir süredir savaşan iki ülke, 1980 – 1986 yılları arasında doğrudan veya dolaylı yollardan, legal veya illegal olarak 42 ülkeden silah ve cephane almıştır.

**Yalnızca Irak'a silah satan ülkeler**

(4 ülke)  
Mısır  
Etyopya  
Ürdün  
Filipinler

**Yalnızca İran'a silah satan ülkeler**

(12 ülke)  
Cezayir  
İsrail  
Kanada  
Libya  
Suriye  
Vietnam  
ve başkaları



**Hem İran'a hem de Irak'a sila satan ülkeler**

26 ülke: Çin, Federal Almanya Cumhuriyeti, Demokratik Almanya Cumhuriyeti, Fransa, Büyük Britanya, İtalya, Avusturya, Polonya, İsveç, İsviçre, Amerika Birleşik Devletleri, SSCB ve başkaları.

Quelle: SIPRI  
© Globus



Meslek hayatında çalışan insanın son derece dayanıklı olması gerekiyor. Yıllardan beri cilt rahatsızlıkları meslek hastalıklarında birinci sırayı aldığı izlenmektedir. İleride de, artmakta olan meslek hastalığı olarak kalacağı gözükken cilt hastalıkları, 36 yıldan beri ilk sıralarda yer almıştır. Daha 30 yıl önce akciğer tozlanması en sık görülen meslek hastalığı idi. Maden ocaklarında alınan etraflı ön tedbir önlemleriyle geriletelen bu hastalığın yerini ise yetmişli yıllarda işyerindeki gürültüden doğan sağırılık almıştır.

## DGB eşit çıkış süreleri istiyor

Alman Sendikalar Birliği DGB, Federal Parlamento'da bulunan tüm partilere yönelttiği bir çağrıda, SPD Fraksiyonunun işçi ve memurlar için geçerli olan değişik çıkış sürelerinin eşitleştirilmesi için hazırlanan yasa tasarısını kayıtsız şartsız onaylamalarını istemiştir.

DGB'ye göre Federal Anayasa Mahkemesi tarafından beş yıl önce aldığı bir kararda, yaşlarına ve çalıştığı yıllara göre işçi ve memurlar için uzatılmış çıkış sürelerinin değişik uygulanmasının Federal Anayasa'nın eşitlik ilkesine aykırı olduğunu saptamış bulunmaktadır.



## Hastalandınız mı? Önce sigortaya, sonra Arbeitsamt'a gidiniz!

Hasta, yani çalışamaz durumda iş ilişkisinden ayrılmış işsiz kalanlara veya işsizlik kaydını yaptırmadan önce hastalanırlara bir tavsiyemiz var: Bunlar, önce hastalık sigortasına gitmeli, hastalıkları sona erip çalışır duruma geldikleri zaman iş bulma kurumu Arbeitsamt'a işsizlik kaydını yaptırmalıdır. Bunun yararı ise, hastalık sigortasının ödeyeceği hastalık para-

sinin, alınan son ücrete göre hesaplanmasıdır. Genellikle hastalık parası son alınan net ücret oranındadır (emeklilik ve işsizlik sigortasına ödenen % 11,9 çıkarıldıktan sonra). Önce işsizlik sigortasına kayıt yaptırdıktan sonra hastalık parası için başvurulara verilen hastalık parası işsizlik parasından da düşük olacaktır.



\*\*\*\*\*



Sendikamız IG Chemie'nin düzenlediği Federal İş Güvenliği Konferansı'nda konuşan Genel Yönetim Kurulu Üyesi Wolfgang Schultze, çevre temizliğiyle ilgili tüm sorunlarda işçi temsilcilerine de kararlara katılma hakkının tanınmasını savunmuş, konferansa katılan 150 delege önünde işyeri güvenliği uzmanlarıyla işçi temsilcileri arasındaki ortak çalışmaların daha da yoğunlaşmasını istemiştir.

# Haydar Kutlu ve Nihat Sargın Türkiye'ye dönüyor

Türkiye Komünist Partisi Genel Sekreteri ve Türkiye İşçi Partisi Genel Sekreteri Nihat Sargın'ın, legal bir komünist parti kurma çalışmalarına başlamak üzere, 16 Kasım 1987 tarihinde Türkiye'ye dönecekleri açıklandı, Bilindiği gibi, Avrupa'da komünist partisi yasak olan tek ülke Türkiye'dir. Türkiye Komünist Partisi 1922 yılından bu yana illegal olup, Türkiye İşçi Partisi 12 Eylül 1980 darbesiyle yasaklanmıştır.

7 Ekim 1987 tarihinde Brüksel'de düzenlenen bir basın toplantısında, Türkiye İşçi Partisi

Genel Başkanı merhum Behice Boran ve TKP Genel Sekreteri Haydar Kutlu, ortak bir açıklamada, iki partinin »Türkiye Birleşik Komünist Partisi« adı altında birleşeceğini açıklamıştı. Türkiye'de ve Avrupa'da geniş yankılara neden olan bu haberin ardından, iki partinin merkez komiteleri 28 Ekim 1987 de Kutlu ve Sargın'ın TBKP kuruluş çalışmaları amacıyla Türkiye'ye dönmekle görevlendirildiğini duyurdu. Duyuruda şöyle denilmektedir: »Biz bu kararımızın gerekçesinin bir dönem öncesine kadar kendileri de yasak çemberi içinde sıkıştırılmış, bugün de hakları

sınırlanmış olan muhalefet partileri, sendikalar, demokratik örgütler, aydınlar tarafından anlaşılacağına inanıyoruz. Politik görüşü ne olursa olsun tek tek her yurttaşımızın demokratik dayanışmasına ihtiyacımız vardır. Halkımıza güveniyoruz. Ülkemizin demokratiğeleşmesi uğruna açtığımız bayrak ancak demokrasi ve barış isteyen herkesin omuz omuza desteğiyle dalgalanabilecektir.«

Resmi çevrelerin yaptığı açıklamalara göre, TİP ve TKP liderlerinin Türkiye'ye döndüklerinde gözaltına alınmaları beklenmekte.

**Türkiye İşçi Partisi Genel Başkanı için Brüksel, Ankara ve İstanbul'da törenler düzenlendi**

## Behice Boran toprağa verildi

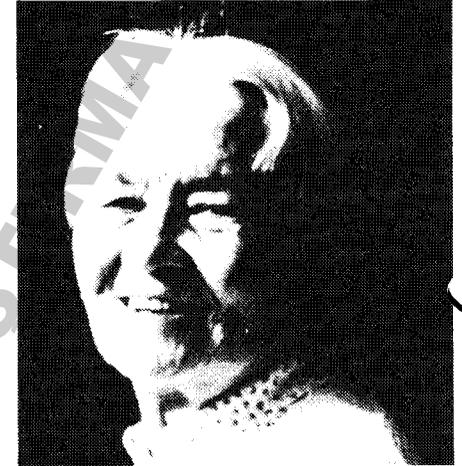
10 Ekim 1987 tarihinde sürgünde yaşadığı Brüksel kentinde bir kalp krizi sonucu vefat eden sosyalist lider 77 yaşındaydı

**Brüksel.** Belçika'nın başkentinde TİP Genel Başkanı Boran için düzenlenen cenaze törenine Avrupa'nın çeşitli ülkelerinden parlamenterler, göçmen işçi örgüt temsilcileri, tanınmış aydınlar ve çok sayıda emekçi insan katıldı. Şanlıurfa eski milletvekillerinden olan Behice Boran, 12 Eylül darbesinden sonra yurt dışına çıkmak zorunda bırakılmış ve ardından vatandaşlıktan çıkarılmıştı. Memleketine, halkına duyduğu aşırı sevgiyle tanınan Boran, 15 Ekim tarihinde Türkiye'ye gönderildi.

**Ankara.** Başkent Ankara'da Behice Boran için Türkiye Büyük Millet Meclisi önünde bir

tören düzenlendi. 16 Ekim 1987 günü yapılan törene Meclis Başkanı Vekili Özer Gürbüz, SHP Genel Başkanı Erdal İnönü, bir dizi SHP, DSP ve DYP milletvekilinin yanı sıra, eski üniversite ve parti arkadaşları katıldı. Behice Boran'ın cenazesi aynı günün akşamı karayoluyla İstanbul'a gönderildi.

**İstanbul.** 1910 yılında Bursa'da doğan Behice Boran, 18 Ekim 1987 tarihinde İstanbul Şişli Camii'nde kılınan öğle namazından sonra, Zincirlikuyu Mezarlığı'nda toprağa verildi. İstanbul'daki cenaze törenine 25 bin civarında bir halk kitlesi katıldı. Binlerce işçi, aydın ve tanınmış kişi Behice Boran'ın son yolculuğuna katılırken, mezar başında konuşan Profesör Sadun Aren, kitleye şöyle hitab etti: ». . . Onu çoğumuz dost ve mücadele arkadaşımız ve önderimiz olarak tanıyoruz. Doğrudan tanımayanlar da eserleri ve eylemleriyle tanıyor . . . O işçi sınıfının ve emekçi halkın dünyaya getireceği aydınlık günlerin savaşımına yüreğiyle olduğu kadar, aklıyla da inanmış ve katılmıştı . . . Behice Hanımın yad ellerde, sürgünde ölmeden önce son dileği ve çabası işçi sınıfı hareketi-



nin birliğini sağlamaktı. Bu uğurda önemli adımlar da atmıştı. Köşe taşlarını koymuştu. Geride kalan arkadaşları onun bu dileğini gerçekleştirerek, daha da geliştirerek, ona olan en büyük saygıyı göstereceklerdir. Bu yapılırca o daha rahat uyuyacaktır. Rahat uyunun. Ruhu şadolsun . . .«.

### Inhaltsverzeichnis

#### Seite 1

Reform tasarısını . . .

Protest! Arbeitnehmer sollen die Steuerzeche zahlen. (gp 11/87)

Formaldehyl maddesinin . . .

Formaldehyd-Wert wurde halbiert  
Die neue MAK-Wert-Liste der DFG bringt zahlreiche Neuaufnahmen. (gp 11/87)

Tüm üye ve . . .

Gute Wünsche zum Weihnachtsfest und zum neuen Jahr!

#### Seite 2

Bu, vergi reformundan . . .

Ihr Anteil an der Steuerreform.  
Karikatur zur »Eingeschränkten Steuerfreiheit«. (gp 11/87)

Meslek eğitiminde . . .

Viele sind falsch ausgebildet.  
Über eine Million Jugendliche werden bis zum Jahr 2000 ins Erwerbsleben treten. (gp 11/87)

Sözleşmeli eğitim.

Bildung durch Vertrag.  
Bei den Schott-Glaswerken wurde die Weiterbildung während der Arbeitszeit tariflich vereinbart. (gp 11/87)

Breit a Gorbacov'la bulustu: Silahlanmaya son!

Breit an Gorbatschow: Aufrüstung beenden!  
Appell Breit: »Als freier Gewerkschafter . . . Forderung an die Mächtigen dieser Welt . . . endlich die Aufrüstung in allen Bereichen zu beenden . . .« (gp 11/87)

Sigortalilerin . . .

Krankenstand.  
Grafik zeigt: Kostensteigerungen im Gesundheitswesen sind kaum auf erhöhten Krankenstand zurückzuführen. (gp 11/87)

#### Seite 3

Meslekte kabpilan . . .

Krank durch den Beruf.  
Hautkrankheiten, Lärm-Schwerhörigkeit, Staublunge . . . Grafik zeigt Entwicklung der Berufskrankheiten. (gp 11/87)

Hastalandiniz mi? . . .

Krank? Erst zur Kasse und dann zum Arbeitsamt.  
Ein Tip für Arbeitslose, die arbeitsunfähig krank aus dem Arbeitsverhältnis ausscheiden. (gp 11/87)

DGB esit cikis . . .

DGB fordert gleiche Kündigungsfristen.  
Arbeiter und Angestellte sollen gleichgestellt werden. (gp 11/87)

Sendikamız IG Chemie'nin . . .

IG-Chemie-Hauptvorstandsmitglied W. Schultze fordert auf Bundesarbeitsstagung Arbeitssicherheit Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte und deren bessere Zusammenarbeit mit Fachkräften für Arbeitssicherheit. (gp 11/87)

#### Seite 4

Savasta ticaret.

Krieg als Geschäft.  
Golfkrieg kostet jährlich viele Milliarden Dollar. (gp 11/87)

Iran - Irak savasına . . .

Golfkrieg - woher kommen die Waffen? - Grafik. (gp 11/87)

DGB: Güney Afrika mallarını . . .

DGB: Boykottiert Waren aus Südafrika!

Türkiyelilerin açtığı . . .

25 000 Türken gründeten eigenes Unternehmen in der Bundesrepublik  
Noel telasi başladı . . .

Jetzt geht er wieder los -  
der wilde Trubel mit dem weihnachtlichen Konsumrausch. (gp 11/87)

#### Seite 5

Uluslararası Kimya . . .

Türkische Mitgliedsorganisationen der ICEF kämpfen für Gewerkschaftsrechte

Kristal-İş'in . . .

Kristal-İş'in Streik in Kılıçoğlu

Asbeste karşı . . .

Kampagne gegen Asbest in der Türkei

#### Seite 6

Petro-kimya . . .

Streik in der petrochemischen Industrie

Behice Boran . . ./Haydar Kutlu ve Nihat Sargın . . .

Die populäre Soziologin und Politikerin Boran im Exil verstorben / Führer der verbotenen TİP und TKP kehren in die Türkei zurück

Türkiye tarihinde . . .

Längster Streik in der Türkei endet mit Sieg der Gewerkschaft

Herausgeber: Hauptvorstand der Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik  
Verantwortlich: Wolfgang Schultze  
Redaktion: Walter Holst, Adriano Vesco  
Königsworther Platz 6, Postfach 30 47  
3000 Hannover 1 · Telefon (0511) 7631-229  
Druck: Buchdruckwerkstätten Hannover GmbH,  
3000 Hannover 91 · Offset-, Buch- und Endlosdruck

**24-Stunden-Mahnwache**

**Dienstag, 15.12.87, 12.00 Uhr bis**

**Mittwoch, 16.12.87, 12.00 Uhr**



# **Freiheit für alle Demokraten der Türkei**

Am 16. November 1987 wurden der Generalsekretär der Arbeiterpartei der Türkei (TIP), Nihat Sargin, sowie der Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Türkei (TKP), Haydar Kutlu, bei ihrer Ankunft in Ankara brutal verhaftet und verschleppt. Die mitreisenden demokratischen Persönlichkeiten, Journalisten und Abgeordnete des Europa-Parlaments, wurden geschlagen und weggeschleppt, als sie sich dem Deportationsbus in den Weg stellten.

Beide Persönlichkeiten waren in ihr Heimatland zurückgekehrt, um damit für die Legalität, für das legale Wirken ihrer Parteien zu demonstrieren. Beide Parteien sind seit Jahrzehnten mit einem undemokratischen und unakzeptablen Verbot belegt.

Merkmale wurde bekannt, daß die beiden Generalsekretäre gefoltert wurden. Ohne gesetzliche Grundlage und ohne gerichtliches Verfahren bleiben N. Sargin und H. Kutlu weiterhin in Haft. Vor einigen Tagen sind sogar zwei ihrer Rechtsanwälte zeitweilig inhaftiert worden. Aus Protest und aus Solidarität haben daraufhin 500 demokratische Anwälte ihre Bereitschaft zur Verteidigung erklärt.

## **Freiheit für alle politischen Gefangenen**



16 Kasım 1987 tarihinde Türkiye İşçi Partisi Genel Sekreteri (TIP) Nihat Sargin ve Türkiye Komünist Partisi (TKP) Genel Sekreteri Haydar Kutlu Ankara Havalimanına indiklerinde zorbaca tutuklanıp gözaltına alınmışlardır. Kendileriyle birlikte Türkiye'ye gitmiş olan demokratik şahsiyetler, gazeteciler ve Avrupa Parlamentosu Milletvekilleri bunu engellemek isterlerken dövülmüş, zorbaca olaya yerinden uzaklaştırılmışlardır.

Her iki şahsiyet te ülkelerine partilerinin özgürlüğü için, özgürce çalışmalarını sağlamak için dönmüşlerdir. Her iki parti de onlarca yıl antidemokratik, kabul edilemeyecek yasak altındadır.

Öğrenildiğine göre her iki genel sekreter de polisteki sorgulamaları sırasında işkence edilmişlerdir. Yasal bir dayanak ve yargı kararı olmadan gözaltı durumları devam etmektedir. Hatta birkaç gün önce avukatlarından ikisi de tutuklanmışlardır. Protesto ve dayanışma amacıyla Türkiye Barolar Birliğine bağlı 500 avukat her iki sekreterin savunmasını almak için başvuruyu yapmıştır.

Kamuoyu Türk hapishanelerindeki durumu bilmektedir. Aşağılama ve işkence günlük olaylar haline gelmiştir. Bu nedenle her iki demokratın hayatı tehlikededir. Kendilerine karşı yöneltilebilecek tek "suçlama" tüm güçleriyle ve uluslararası sorumluluklarının bilincinde Türkiye'deki tüm çalışan insanların, işçilerin çıkarları için mücadele etmiş olmalarıdır.

Nazilerin terör rejimine karşı savaşmış direnis savaşçılarıyla genç antifasistlerin biraraya geldiği bir örgüt olarak Türkiye

Die demokratische Öffentlichkeit weiß um die Zustände in den türkischen Gefängnissen. Erniedrigung und Folter gehören dort zum Alltag. So muß man in allergrößter Sorge um das Leben dieser aufrechten Demokraten und Patrioten sein. Der einzige "Vorwurf", den man ihnen macht, ist der, daß sie sich mit all ihrer Kraft und in nationaler Verantwortung für die Interessen der Arbeiter, aller arbeitenden Menschen der Türkei eingesetzt haben.

Als Organisation, in der die Widerstandskämpfer gegen das Terrorregime der Nazis und junge Antifaschisten zusammengeschlossen sind, erachten wir es als unsere Aufgabe, auf die undemokratischen Zustände in der Türkei hinzuweisen.

Besonders betroffen sind wir darüber, daß die Bundesregierung gerade zu einer Zeit, in der auf dem Washingtoner Gipfel über die Menschenrechte diskutiert wurde, nichts gegen diese Praktiken ihres NATO-Partners Türkei unternimmt.

Vor dem Hintergrund der Geschichte unseres Landes von 1933 bis 1945 ist es eine politische und moralische Pflicht, gegen Folter und Unterdrückung in der Türkei vorzugehen. Wenn die Bundesregierung aus der Geschichte gelernt haben will, muß sie jetzt handeln.

Deshalb demonstrieren wir heute gemeinsam mit anderen demokratischen Organisationen in einer 24-stündigen Mahnwache vor der Botschaft der Türkei unter folgenden Forderungen:

- Sofortige Freilassung von Nihat Sargin und Haydar Kutlu!
- Freiheit für alle Demokraten der Türkei!
- Schluß mit Folter und Terror in der Türkei!
- Aufhebung der finanziellen und militärischen Unterstützung der Türkei durch die Bundesregierung!
- Für die Aufhebung des undemokratischen Verbots der Arbeiterpartei der Türkei (TIP) und der Kommunistischen Partei der Türkei (TKP) sowie aller anderen demokratischen Parteien!

Wendet Euch / wenden Sie sich mit Protesten an:

Botschaft der Republik Türkei  
Utestr. 47  
5300 Bonn 2  
Tel.: 0228/346052-54; Telex-Nr. 885521 oder 885596

deki antidemokratic duruma dikkati çekmeyi bir görevimiz olarak değerlendiriyoruz.

Vashington Zirve Toplantısında insan hakları konusunun tartışıldığı bir zamanda Federal Almanya'nın NATO ortağı Türkiye'deki durumla ilgili hic bir şey yapmaması eli kolu bağlı oturması bizleri üzmektedir.

Ölkemizin 1933-1945 tarihini gözümüz önünde tutarak Türkiye'de vuku bulmakta olan işkence ve baskıya karşı tavır almayı politik ve moral bir görevimiz olarak görmekteyiz. Federal Almanya Hükümeti tarihten gereken dersi çıkarmış olduğunu göstermek istiyorsa hemen şimdi harekete geçmelidir. Bu nedenle bugün diğer demokratik örgütlerle birlikte Türkiye Cumhuriyeti Bonn Büyükelçiliği önünde 24 saatlik bir uyarı nöbeti tutup aşağıdaki istemlerimizi yükselteceğiz.

- Nihat Sargin ve Haydar Kutlu hemen serbest bırakılmalıdır!
- Türkiye'deki tüm demokratlara özgürlük!
- Türkiye'deki terör ve işkencelere son!
- Federal Hükümetin Türkiye'ye yaptığı mali ve askeri yardım durdurulsun!
- Türkiye İşçi Partisi (TIP) ve Türkiye Komünist Partisi (TKP) ve diğer demokratik partiler üzerine konan yasak, anti-demokratik yasaklar kaldırılınsın!

Protestolarınızı aşağıdaki adrese yollayınız:

Botschaft der REpublik der Türkei  
Utestr. 47  
5300 Bonn 2

Tel: 0228/346052-54 Telex:885521 ya da 885596

Vereinigung der  
Verfolgten des  
Naziregimes  
Bund der  
Antifaschisten



An Senat und Bürgerschaft  
an alle demokratischen Parteien  
an die Gewerkschaften  
an die Kirchengemeinden  
an Universität und Hochschule  
an die fortschrittlichen Berufsorganisationen der Juristen und Ärzte

## AUFRUF AN DIE DEMOKRATISCHE ÖFFENTLICHKEIT BREMENS

Am 29. November finden in der Türkei die angekündigten vorgezogenen Parlamentswahlen statt. Ministerpräsident Özal und die Militärs wollen beweisen, daß nun auch in der Türkei den »Weg zur Demokratie« eingeschlagen habe.

Die Wirklichkeit sieht anders aus: Nach wie vor werden in der Türkei elementare Menschenrechte verletzt. In den Gefängnissen wird brutal gefoltert. Das Recht auf gewerkschaftliche Organisation ist außer Kraft gesetzt. Die kurdischen Mitbürger werden weiter verfolgt und unterdrückt. Seit dem Militärputsch am 12. September 1980 mußten politisch und gewerkschaftlich aktive Demokraten für ihr Engagement mit Gefängnis-, z.T. mit Todesstrafen büßen oder ihr Land verlassen. Heute leben über zehntausend von ihnen im erzwungenen Exil: Man entzog ihnen die Pässe und die Staatsbürgerschaft. Die meisten von ihnen leben in der Bundesrepublik Deutschland.

Zwei Wochen vor den Parlamentswahlen sind die Generalsekretäre der Türkischen Kommunistischen Partei, Haydar Kutlu, und der Türkischen Arbeiterpartei (TIP), Nihat Sargin, in ihr Heimatland zurückgekehrt. Sie wollen damit ein Zeichen für gewaltfreien Widerstand gegen die Unterdrückung der Regierung setzen. Und sie wollen sich dafür einsetzen, daß auch im Nato-Partnerland Türkei eine politische Opposition arbeiten kann: Mit ihrem mutigen Beispiel bezwecken sie eine Generalamnestie für alle politisch Verfolgten. Und sie beabsichtigen, in ihrer Heimat gemeinsam eine neue Partei zu gründen und die Legalität dieser Partei zu sichern.

Haydar Kutlu und Nihat Sargin wurden am 16. November, unmittelbar nach ihrer Ankunft in der Türkei, verhaftet und ungeachtet der Proteste der internationalen Begleitdelegation wie Schwerverbrecher abtransportiert.

Wir rufen die demokratische Öffentlichkeit dazu auf, die gewaltfreie Wiederherstellung der demokratischen Rechte in der Türkei zu unterstützen.

### Wir rufen Sie auf:

- \* Protestieren Sie bei den verantwortlichen türkischen Stellen gegen die Verhaftung der beiden Generalsekretäre und fordern Sie ihre unverzügliche Freilassung!
- \* Setzen Sie sich ein für
  - die Garantie der freien politischen und gewerkschaftlichen Betätigung sowie der Versammlungs- und Organisationsfreiheit für alle Demokraten in der Türkei
  - eine Generalamnestie für alle politisch Verfolgten in der Türkei und die legale Rückkehrmöglichkeit aus dem Exil für alle Demokraten!

Ernst Waltemathe, MdB SPD ● Dr. Hannover, Rechtsanwalt ● Ohm, Rechtsanwalt  
Heinrich Albertz, Pastor ● Armin Stolle, 1. Vorsitzende SPD-Bremen Ost ● Prof.  
Gerhard Stuby ● Horst Isola, Bundesvorsitzender der ASJ ● Dr. med. H. Georg Güse

## AUFRUF

Am 29. November finden in der Türkei die angekündigten vorgezogenen Parlamentswahlen statt. Ministerpräsident Özal und die Militärs wollen beweisen, daß nun auch in der Türkei den »Weg zur Demokratie« eingeschlagen habe.

Die Wirklichkeit sieht anders aus: Nach wie vor werden in der Türkei elementare Menschenrechte verletzt. In den Gefängnissen wird brutal gefoltert. Das Recht auf gewerkschaftliche Organisation ist außer Kraft gesetzt. Die kurdischen Mitbürger werden weiter verfolgt und unterdrückt. Seit dem Militärputsch am 12. September 1980 leben zehntausende von Türken im erzwungenen Exil: Man entzog ihnen die Pässe und die Staatsbürgerschaft. Die meisten von ihnen leben in der Bundesrepublik Deutschland.

Zwei Wochen vor den Parlamentswahlen sind die Generalsekretäre der Türkischen Kommunistischen Partei und der Türkischen Arbeiterpartei (TIP) nun ihr Heimatland zurückkehren und damit ein Zeichen für gewaltfreien Widerstand gegen die Unterdrückung der Regierung setzen. Sie wollen wählen. Und sie wollen sich dafür einsetzen, daß auch im Nato-Partnerland Türkei eine politische Opposition arbeiten kann.

Die Unterzeichner dieses Aufrufs werden die lebensgefährliche Rückkehr der exilierten Politikern mit großer Aufmerksamkeit verfolgen. Sie rufen die demokratische Öffentlichkeit dazu auf, dieses Beispiel für eine gewaltfreie Wiederherstellung der demokratischen Rechte zu unterstützen, damit auch all die anderen wieder in ihre Heimat zurückkehren können, die noch immer ferngehalten werden. Und damit die Verlautbarungen der Regierung des Ministerpräsidenten Özal, die »Demokratie in der Türkei wiederherzustellen«, wahr werden können.

G. Wallraff ● Björn Engholm ● Prof. Horst Eberhard Richter ● Reni Böll ● Manfred Binninger ● Gerhard Steisel ● Dorothee Sölle Eckart Spoo ● Franz Alt ● R.A. Hans Schmidt Lehrmann ● Johanno Strasser ● Klaus Liebe Harkort ● Rheinhard Hocker Theo und Amelie Binhus ● Wolf Biermann

In Berlin (West) wurde ein »Komitee zur Gewährleistung der politischen Freiheiten in der Türkei« gegründet. Mitglieder sind:

Dr. Michael Venedey ● Karl-Heinz Evers (Senator a.d.) ● Prof. Ossip Flechtheim ● Prof. Astrid Albrecht-Heide ● Bischoff a.d. Kurt Scharf ● Alisa Fuss (Liga für Menschenrechte) ● Heidi Bischoff Pflanz (ehem. MdB).

Auf der Gründungsversammlung der Heinrich-Böll-Stiftung am 18.11.1987, wurde eine Resolution verabschiedet, in der gegen die Inhaftierung von Haydar Kutlu und Nihat Sargin protestiert wird. Weiter wurde gefordert, den Verhafteten unverzüglich die Kontaktaufnahme mit ihren Anwälten zu ermöglichen.

*Im Ausland lebende Schriftsteller und Künstler aus der Türkei betrachten Rückkehr von Kutlu und Sargin in die Türkei als demokratischer Schritt.*

Wir, im Ausland lebende Künstler und Schriftsteller sehnen uns nach der Errichtung einer echten Demokratie und betrachten den Entschluß der Generalsekretäre der Türkischen Arbeiterpartei und der Türkischen Kommunistischen Partei in die Heimat zurückzukehren als einen wesentlichen Schritt um Ringen zur Demokratie. Wir betrachten die Frage, ob wir die gleichen politischen Aussichten teilen oder nicht, als nicht eine Frage, die sich gegenwärtig drängt und gehen davon aus, daß wir uns gegen all die Repressalien, denen sie ausgesetzt werden, entgegenzustellen, als unsere demokratische Pflicht.

Wir fordern, daß antidemokratischer Druck gegenüber dem Generalsekretär der Türkischen Arbeiterpartei, Nihat Sargin, und dem Generalsekretär der Türkischen Kommunistischen Partei, Haydar Kutlu, die in die Türkei zurückzukehren beschlossen haben, zu unterlassen ist. Wir verstehen unser Engagement im Rahmen des Ringens um Freilassung tausender von Inhaftierten, die wegen ihrer politischen Aussichten und Handlungen in den Gefängnissen sitzen.

Die demokratischen Kräfte verlangen als eine der dringlichsten Forderungen die Freilassung aller Inhaftierten und Verurteilten in kürzester Zeit, die Aufhebung der antidemokratischen Gesetze § 140, § 141, § 142, § 146, § 163, die bedingungslose Rückgabe der Staatsangehörigkeit, die aufgrund von Regierungsbeschlüssen unseren Menschen aberkannt wurde, für die zwangsläufig im politischen Exil lebenden Landsleute die Gewähr, in Freiheit in die Heimat zurückkehren zu dürfen, manche sind wegen ihrer Meinung, ihres Glaubens oder aus rassistischen Gründen antidemokratischen Druck und Maßnahmen ausgesetzt. Wir fordern die Beendigung der Maßnahmen. Wir glauben an die Notwendigkeit, uns den Forderungen der demokratischen Kräfte anzuschließen.

Wir glauben, daß die Demokratie nicht mit Genehmigung antidemokratischer Kräfte zu erreichen ist, sondern nur durch gemeinsames Vorgehen der wahren demokratischen Kräfte. Wir im Ausland lebende Künstler und Schriftsteller nehmen noch einmal unseren Platz in dieser Bewegung ein. Wir verbreiten weiterhin im Ausland die Kampagne der türkischen Kommission für Menschenrechte für eine Generalamnestie und glauben, daß die demokratischen Kräfte in unserem Land sich mit den Freunden Kutlu und Sargin, die in die Heimat zurückzukehren beschlossen haben, solidarisieren werden.

**Ezel Agaoglu** (Bildhauerin), **Tektas Agaoglu** (Schriftsteller), **Dursun Akcam** (Schriftsteller), **Mehmet Aksoy** (Bildhauer), **Nizamettin Aric** (Musiker), **Yusuf Ziya Bahadinli** (Schriftsteller), **Mahmut Baksi** (Schriftsteller, Journalist), **Askin Baran** (Journalist), **Umran Baran** (Journalist), **Fakir Baykurt** (Schriftsteller), **Nihat Behram** (Dichter), **Ataol Behramoglu** (Dichter), **Habib Bektas** (Dichter), **Özdemir Basargan** (Schriftsteller), **Oya Baydar** (Schriftstellerin), **Muammer Bilge** (Schriftsteller), **Erdem Buri** (Komponist), **Ismail Coban** (Maler), **Melike Demirag** (Musikerin), **Yildirim Denizli** (Künstler), **Erdogan Diker** (Karikaturenzeichner), **Ihsan Ece** (Maler), **Erdogan Egemen** (Schauspieler), **Gültekin Emre** (Dichter), **Aydin Engin** (Journalist), **Vedat Erincin** (Schauspieler), **Yücel Feyzioglu** (Schriftsteller), **Tülay German** (Musikerin), **Mahmut Gökgöz** (Schauspieler), **Kemal Erdogan Gözütok** (Dichter), **Sait Günel** (Maler), **Heval** (Musiker), **Serpil Inanc** (Schauspielerin), **Tahsin Incirli** (Musiker), **Aydin Karahasan** (Maler), **Deniz Kavukcuoglu** (Journalist), **Mazlum Kiper** (Schauspieler), **Aysel Emel Mesci** (Schauspielerin), **Mesut Cobancaoglu** (Musiker), **Yasar Mirac** (Dichter), **Ali Özenc** (Dichter), **Özlem Özgür** (Journalist), **Oguz Özügül** (Schriftsteller), **Sivan Perver** (Musiker), **Ömer Polat** (Schriftsteller), **Sema Poyraz** (Regisseur), **Fuat Saka** (Musiker), **Server Tanilli** (Wissenschaftler, Schriftsteller), **Serol Teber** (Schriftsteller), **Semah Tugsel** (Schauspieler), **Sami Özkara** (Soziologe), **Nil Yalter** (Maler), **Ragip Yavuz** (Schauspieler), **Serpil Yeter** (Malerin), **Ismail Yildirim** (Maler), **Sanar Yurdatapan** (Komponist).

**Horst Simonowsky** (Theologe, Mainz) ● **Werner Petri** (Pastor, Mainz) ● **Detlev Lüderwald** (Pfarrer, Frankfurt a.M) ● **Heinz Walter Lindemann** (Rechtsanwalt, Gelsenkirchen) ● **Horst Nietschke** (Rechtsanwalt, Gelsenkirchen) ● **Wolfgang Wiemann** (Pastor, Dortmund) ● **Gabrielle Jancke** (Rechtsanwältin, Wiesbaden) ● **Gerhard Strauch** (Rechtsanwalt, Wiesbaden) ● **Reinhard Schülte** (Rechtsanwalt, Wiesbaden) ● **Barbara Wiemann** (Pastörin, Dortmund) ● **Dr. Rolf Heinrich** (Pfarrer, Gelsenkirchen), **Klaus Brand** (Rechtsanwalt, Gelsenkirchen) ● **Ulrich Acker** (Rechtsanwalt, Mainz) ● **Dr. Heinz Jung** (Direktor von IMSF, Frankfurt a.M)

**Franz Josef Degenhart** (Musiker) ● **Dr. Peter Schütt** (Schriftsteller) ● **Dieter Süverkrüpp** (Liedermacher) ● **Lutz Görner** (Künstler) ● **Hannes Wader** (Liedermacher) ● **Erasmus Schöfer** (Schriftsteller) ● **Helmut Rube** (Journalist) ● **Heinz Schenk** (Schriftsteller) ● **Silvia Schenk** (Deutsche Meisterin) ● **Franz-Josef Kemper** (Europa- und Weltrekordler) ● **Norbert Ney** (Schriftsteller, Vorsitzende des Schriftstellerverbandes in Hamburg) ● **Komitee gegen den Golfkrieg** (Hamburg) ● **Hamburger Werkstatt Schreibender Arbeitslose** (Hamburg)

**Peter Sörgel** (BR-Vorsitzende der V.Klößner-Werke, Bremen) ● **Konrad Ott** (IG Metall, Gewerkschaftssekretär, Möglingen) ● **Michael Zimball** (DGB-Kreisvorsitzende, Göttingen) ● **Erwin Linde** (BR-Vorsitzende, Gelsenkirchen) ● **Lothar Kruggel** (BR-Vorsitzende, Gelsenkirchen) ● **Oliver Moses** (Jugendbildungsreferent DGB, Stuttgart) ● **Manfred Gottier** (Personenratsvorsitzende ÖTV, Frankfurt a.M) ● **Siegfried Steinbeck** (Gewerkschaftssek. IGBSE) ● **Jürgen Leydecker** (Gewerkschaftssek. IG Metall) ● **Klemens Schütters** (Gewerkschaftssek. IG Metall) ● **Karlheinz Friedrich** (Gewerkschaftssekretär) ● **Reinhard Höcker** (Vorsitzender der GEW-Köln)



Initiative zum Schutz der in die Türkei  
zurückkehrenden politischen Emigranten  
c/o Gerhard Strauch  
Schützenhofstraße 3, 6200 Wiesbaden

Wiesbaden, den 09.03.88

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

nach wie vor sitzen die beiden Generalsekretäre Kutlu und Sargin in Haft. Die türkische Regierung versucht offensichtlich den Prozeßtermin zu verschleppen, um die beiden weiter in Haft halten und demütigen zu können.

Bei unserem Solidaritätsfest wurden wiederum DM 60,-- gesammelt. Von diesem Geld haben wir Telegramme und Briefe an Abgeordnete von SPD und Grüne geschickt, damit sie beim Besuch eines türkischen Staatsministers protestieren und sich für die Freilassung der inhaftierten Generalsekretäre einsetzen.

Bei der Protestbewegung in der Türkei ist hervorzuheben, daß es einen breiten "Aufruf der Intellektuellen in der Türkei" gibt. In unserer Öffentlichkeitsarbeit sollten wir die Unterschriftensammlung unter diesen Aufruf derzeit in den Vordergrund stellen. Hierzu wollen wir Informationsstände bei folgenden Veranstaltungen durchführen:

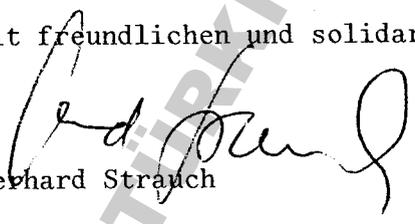
Samstag, 12.03.88 ab 10.00 Uhr in der Rhein-Main-Halle (Foyer), Rheinstraße/Wilhelmstraße anläßlich einer bundesweiten Veranstaltung der IG Druck und Papier gegen die Flexibilisierung von Arbeitsplätzen etc.;

26.03.88 ab 9.00 Uhr, ebenfalls Rhein-Main-Halle, anläßlich der bundesweiten Tagung der Ausländerbeiräte.

Das nächste Treffen unserer Initiative zur Auswertung und weiteren Arbeitsplanung findet dann am Montag, den 28.03.88, 19.30 Uhr bei der IG Druck u. Papier, Wellritzstraße 49 (Eingang über dem Kino) statt.

Über eine möglichst zahlreiche Beteiligung an den einzelnen Initiativen würde ich mich freuen.

Mit freundlichen und solidarischen Grüßen

  
Gerhard Strauch

Initiative zum Schutz  
der in die Türkei zurückkehrenden  
politischen Emigranten  
c/o Gerhard Strauch  
Schützenhofstr. 3  
6200 Wiesbaden

Wiesbaden, den 25.02.88

Frau  
Heidemarie Wieczorek-Zeul MdB  
SPD-Unterbezirk Wiesbaden  
Römerberg 21  
6200 Wiesbaden

Betr.: Für Ende Februar 1988 geplanter Besuch des türkischen Staatsministers  
Ali Bozer in Westeuropa, einschließlich der BRD

Sehr geehrte Frau Wieczorek-Zeul,

unserer Initiative ist bekannt geworden, daß der Staatsminister Bozer hierher  
kommen wird, um insbesondere Verhandlungen über den EG-Beitritt der Türkei zu  
führen.

Unsere Initiative wäre Ihnen dankbar, wenn Sie Ihren Einfluß dahin gehend gel-  
tend machen könnten, daß Verhandlungen zum EG-Beitritt der Türkei nur dann wei-  
tergeführt werden, wenn die derzeitige türkische Regierung tatsächlich Demokratie  
und Menschenrechte gewährleistet. Bekanntlich sind auf Weisung der Özal-Regierung  
im November 1987 die in die Türkei zurückkehrenden Generalsekretäre von zwei  
Arbeiterparteien, Kutlu und Sargin, verhaftet und schwer gefoltert worden.  
Weitere Verhaftungen gegen Partei- und Gewerkschaftsmitglieder erfolgten nach  
der Parlamentswahl. Auf der Gegenseite scheint sich jedoch abzuzeichnen, daß  
sich die Bewegung für Demokratie und Menschenrechte in der Türkei verbreitert.

Gerade auch wegen der skandalösen Umstände und die Verhaftung und Folterung der  
Generalsekretäre Kutlu u. Sargin bitten wir Sie besonders, sich um deren Freilas-  
sung zu bemühen.

Soweit Sie die Arbeit unserer Initiative mit Materialien über die Situation in der Türkei unterstützen wollen und können, wären wir Ihnen sehr dankbar. Dies gilt gleichfalls für Materialien über die Unterstützung der Özal-Regierung durch die derzeitige Bundesregierung.

Einige Beispiele über die Arbeit unserer Initiative füge ich anliegend bei.

Mit freundlichem Gruß

Gerhard Strauch

Anlagen

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI  
TÜSTAV

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Liebe Freundinnen und Freunde!

Liebe Genossinnen und Genossen!

Seit dem 16.11.1987 sitzen nach ihrer freiwilligen Rückkehr in die Türkei der Generalsekretär der Arbeiterpartei der Türkei, Nihat Sargin und der Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Türkei, Haydar Kutlu, im Gefängnis.

Diese Willkürmaßnahme der türkischen Rechtsregierung hat bereits zu zahlreichen Protestaktionen der kommunistischen Parteien in der Welt geführt. Aber auch die Vorstände von SPD, den Grünen und dem DGB sowie bekannte Persönlichkeiten und Gewerkschafter haben protestiert.

Die Verhaftung der beiden Generalsekretäre geht alle demokratischen Menschen an. Deutsche Demokraten, insbesondere die Arbeiterbewegung, wurden im Hitlerfaschismus verfolgt und benötigten internationale Solidarität. Bereits sechs Jahre nach der Niederschlagung des Faschismus, im November 1951, wurde das Verbot für die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) vom Kabinett Adenauer beantragt. 1956 wurde die KPD dann verboten.

"Die Bundesregierung hat durch ihren Sprecher erklärt, daß sie auch im 70. Jahr nach Gründung der KPD durch Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg nicht gewillt ist, das KPD-Verbot von 1956 aufzuheben.

Wenngleich seit 1968 die DKP als eine von vielen beachtete und geachtete Partei existiert, stellt das unverändert bestehende Verbotsurteil gegen die KPD, die Kommunisten, die DKP, auch hier in unserem Lande unter Ausnahmerecht. Nach wie vor wird der Marxismus-Leninismus mit diesem Urteil kriminalisiert.

Die Solidarität die uns in unserem Kampf zuteil wird brauchen heute auch die Demokraten in der Türkei.

Seit dem Militärputsch im Jahr 1980 sind Meinungs- und Organisationsfreiheit der Menschenrechtsdeklaration nach wie vor in der Türkei nicht vollständig gegeben. Insbesondere sind demokratische Organisationen der Arbeiterschaft, etwa die Gewerkschaft DISK mit einst 500 000 Mitgliedern und die

Arbeiterparteien verboten. Die Türkei ist das einzige Land in Europa, in dem die Legalität der Arbeiter- und kommunistischen Parteien verhindert wird!

Wir wünschen Euch für die heutige Veranstaltung viel Erfolg und erheben die Forderung:

- Freilassung der Generalsekretäre Kutlu und Sargin.
- Freie Betätigung für Gewerkschaften und alle demokratischen Organisationen.
- Generalamnestie für politische Gefangene.

*Otmar Befard*

Otmar Befard  
Kreisvorsitzender  
der DKP-Wiesbaden

*Alfred Matejka*

Alfred Matejka  
stellv. Kreisvorsitzender  
der DKP-Wiesbaden

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI  
TÜSTAV

Initiative für den Schutz der in die Türkei zurückkehrenden politischen  
Emigranten

c/o Gerhard Strauch, Schützenhofstraße 3, 6200 Wiesbaden, Tel.: (0 61 21) 3 98 55

Wiesbaden, den 10.02.88

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

anliegend füge ich ein Einladungsflugblatt für das Solidaritätsfest am Freitag,  
den 19.02.88, bei. Bitte ladet möglichst viele Freunde und Bekannte ein, da-  
mit das Fest ein guter Erfolg wird.

Ab sofort gibt es auch noch Plakate zum Aufhängen und weitere Flugblätter zum  
Verteilen. Diese können werktags von 8.00 bis 18.00 Uhr in der Schützenhof-  
straße 3 abgeholt werden.

Ich teile gleichzeitig mit, daß das nächste Treffen unserer Initiative nach  
dem Fest am Montag, den 29.02.88, 19.30 Uhr, bei der IG Druck und Papier,  
Wellritzstraße, stattfindet.

Auf der Rückseite dieser Einladung ist noch ein Zeitungartikel abgedruckt mit  
zwei Bildern von Haydar Kutlu, die ihn vor und während der Haft zeigen und  
auf denen deutlich die Folterspuren zu sehen sind. Auch dies sollte uns ver-  
anlassen, die Solidarität zu stärken.

Mit freundlichen und solidarischen Grüßen

Gerhard Strauch

Anlage

P.S. am Mittwoch, 17.2. wollen wir  
ab 17.00 Uhr auf dem Marktplatz  
Flugblätter verteilen,



Von der Haft gezeichnet - KP-Generalsekretär Haydar Kutlu bei der Rückkehr in die Türkei im November 1987 (l.) und nach den „Verhören“ bei der Staatsanwaltschaft.

Interview mit Mehmet Karaca, KP der Türkei

47. 1. 2. 88

## „Wir wollen, daß es mit der Demokratisierung vorwärts geht“

Seit dem 16. November 1987 werden die Generalsekretäre der KP und der Arbeiterpartei der Türkei, Haydar Kutlu und Nihat Sargin, in der Türkei in Haft gehalten. Die Westberliner Zeitung „Die Wahrheit“ sprach mit Mehmet Karaca, dem stellvertretenden Generalsekretär der KP der Türkei, über die Situation der Verhafteten und die Lage in der Türkei. Wir veröffentlichen das Interview in Auszügen.

**Frage:** Seit mehr als zwei Monaten sind Haydar Kutlu und Nihat Sargin in den Händen des türkischen Regimes. Angesichts dieser Tatsache bewegt viele Menschen die Frage: War der Schritt der beiden Parteiführer zur Rückkehr in ihre Heimat richtig?

**Mehmet Karaca:** Zuerst: Als beide Zentralkomitees den Beschluß faßten, daß Kutlu und Sargin in die Türkei zurückkehren sollen, da wußten sie, einen leichten Erfolg wird es nicht geben! Die Risiken waren vorhanden und wir haben das auch gesehen, aber um unseren Beitrag für den Weg zur Demokratie zu leisten, haben wir den Beschluß gefaßt. Es ist unsere Pflicht, diesen Schritt für die Demokratie in der Türkei zu gehen. Dieser Schritt ist nicht nur auf die Legalisierung der kommunistischen Bewegung in der Türkei gerichtet, das wäre eine zu enge Sicht. Das ist ein Schritt zur Beseitigung der Barrieren, die der Demokratie insgesamt im Wege stehen. Wir glauben, daß dieser Schritt richtig war.

Zweitens: Wir haben es auch geschafft, das Schweigen über die Kommunisten, die seit 65 Jahren illegal sind, zu durchbrechen und die Zulassung der Vereinigten Kommunistischen Partei vor der gesamten Weltöffentlichkeit auf die Tagesordnung zu setzen. Noch ein Punkt, der zeigt, daß der Schritt richtig war: Außer von einigen kleinen Teilen haben wir eine sehr große Unterstützung

aus allen Schichten der Bevölkerung erhalten.

**Frage:** Welchen Stand hat heute die Bewegung in Richtung Demokratie in der Türkei?

**Mehmet Karaca:** Oberflächlich gesehen ist die Türkei nicht dieselbe Türkei wie vor drei oder fünf Jahren. Aber Verfolgung ist da, Militärgerichte und Staatssicherheitsgericht sind da, das Vereinsgesetz und das Gewerkschaftsgesetz sind noch da. Die gesetzliche Struktur des Regimes, wie es durch den Putsch vom 12. September 1980 entstanden ist, besteht weiter. Aber an der Oberfläche gibt es verglichen mit der Situation vor drei oder fünf Jahren einen Demokratisierungsprozeß.

### Wird die Folter in der Türkei beendet?

Die herrschenden Kräfte in der Türkei denken so: wir halten diese Staatsstruktur so wie sie ist, aber in diesem - aber nur in diesem - Rahmen machen wir Schritte in Richtung Demokratie. Die demokratischen Kräfte aber versuchen, diesen Rahmen zu sprengen. Und der Schritt von Kutlu und Sargin wird eine Prüfung, ob dieser Rahmen auch überschritten werden kann. Wir wollen, daß diese Begrenzung fällt und der Demokratisierungsprozeß einen qualitativen Schritt vorwärts macht. Wir glauben, der Schritt von Kutlu und Sargin wird einen großen Beitrag in diesem Zusammenhang leisten.

**Frage:** Das Regime in Ankara hat jetzt die Antifolter-Konvention des Europarates unterzeichnet. Macht die Regierung Özal ernst mit der Demokratisierung?

**Mehmet Karaca:** Dies ist ein Erfolg des türkischen Volkes. Das Regime hat diesen Schritt nicht getan, weil es selbst der Überzeugung ist, die Folterungen in den Gefängnissen der Türkei müssen beendet werden. Das Regime ist nicht ehrlich, aber es muß diese Zusage machen.

**Frage:** Es ergibt sich aber doch für die Türkei ein Widerspruch. Wenn man diese Konvention unterschreibt, muß man auch entsprechende Kontrollen zulassen, und Ankara würde sich im Falle des Bruchs dieser Konvention ein weiteres Mal als wenig zuverlässiger Vertragspartner erweisen.

**Mehmet Karaca:** Die Türkei ist das zwanzigste Land, das diese Konvention unterzeichnet. Nur Irland und die Türkei hatten bislang diese Konvention nicht unterzeichnet. Die türkische Regierung hat diese Konvention nicht freiwillig unterschrieben. Seit sieben Jahren bringt das türkische Volk dieses Thema immer vor und dieses Thema geht auch seit dieser Zeit über die Grenzen der Türkei hinaus. Wenn man heute über die Verletzung der Menschenrechte in die Türkei spricht, denkt man immer zuerst an die Frage der Folter. Und am ersten Sitzungstag des neuen Parlaments hat die Opposition die Regierung scharf kritisiert, weil diese die Konvention noch nicht unterzeichnet hat. Und so war die türkische Regierung in dieser Frage vom Irland wie vom Ausland unter Druck.

ZEITUNG DES STADTVERBANDES ESSEN

# info



INFO 81  
DEZEMBER 1987/  
JANUAR 1988

Gesamtschule

eine Schule für alle



mein neuer Arbeitsplatz ?!

für Interessierte: Do. 17. 12. 87; 19.30-22.00  
(siehe Seite 6!) DGB-Haus Raum 116

**Vorstand des StV Essen der GEW:**

***Vorsitzende:***

Regina von Oppenkowski, Gervinusstr. 52  
4300 Essen 1, Tel. 74 16 14

***Stellv. Vorsitzender***

Heinz Heimeshoff, Brassertstr. 13,  
4300 Essen 1, Tel. 77 74 38

***Geschäftsführer:***

Raymond Cronrath, Kettelerstr. 30,  
4300 Essen 11, Tel. 68 29 15

***Schriftführer:***

Michael Lönz, Altenessener Str. 180,  
4300 Essen 12, Tel. 32 69 63

***Kassierer:***

Uwe Kersten, Lindnerplatz 3,  
4300 Essen 11, Tel. 67 68 83

***Referent für Öffentlichkeitsarbeit:***

I. Huber-Schermeier, Billebrinkhöhe 70,  
4300 Essen 1, Tel. 51 23 12

***FG Grund- und Hauptschule:***

Manfred Linden, Paul-Kosmalla-Str. 31,  
4330 Mülheim a. d. Ruhr, Tel. (02 08) 43 68 75

***FG Berufsbildende Schulen:***

Norbert Werner, Dickerstr. 138  
4220 Dinslaken, Tel. (02134) 9 67 53

***FG Gymnasium:***

Ingeborg Klein, Eleonorastr. 37,  
4300 Essen 1, Tel. 25 35 92

***FG Realschule:***

Peter Schipke, Winkhauser Weg 180,  
4330 Mülheim a. d. Ruhr, Tel. (02 08) 76 37 37

***FG Sonderschulen:***

Karla Knoche-Weniger, Kappenbergstr. 10,  
4300 Essen 11, Tel. 66 27 10

***FG Sozialpäd. Berufe:***

Werner Drobek, Reuenberg 60,  
4300 Essen 11, Tel. 60 50 69  
Angelika Speigl-Bartsch, Levinstr. 64,  
4300 Essen 11, Tel. 66 09 23

***FG Hochschule und Forschung***

Dr. Meyer-Ingwersen, Saatbruchstr. 14  
4300 Essen 13, Tel. 183-33 65 (d), 29 71 51 (p)

***AjLE:***

Benno Chlebowski, Friedrich-Liszt-Str. 19,  
4300 Essen 1, Tel. 78 02 69

***FG Erwachsenenbildung***

Michael Lönz, Altenessener Str. 180  
4300 Essen 12, Tel. 32 69 63

***Ausschuß für Ruhestandler:***

Agnes Schöbeler, Am Limberg 48,  
4250 Bottrop, Tel. (0 20 41) 3 41 24

**Montag: Die Vorsitzende**

**Dienstag: Grund- und Hauptschule  
abwechselnd mit Sonderschule**

**Mittwoch: Gymnasium  
berufsbildende Schulen**

**Sprechstunden des Personalrats  
für Grund und Hauptschule  
Uwe Kersten, Montag 14.00-16.00 Uhr  
im Rathaus, Tel. 88-3706**

***FG Gesamtschule:***

Dietrich Brauer, Ripsdörnestr. 3a  
4200 Oberhausen 12, Tel. (0208) 60 94 64

***Sprecher der Studentengruppen:***

Heinrich Lübke, Holtener Str. 6,  
4300 Essen 1, Tel. 64 23 94

***Vertrauensleute:***

Reinhard Holthaus, Bertastr. 24,  
4650 Gelsenkirchen, Tel. (02 09) 49 50 03

***Rechtsschutzbmann:***

Richard Doll, Blücherstr. 85,  
4330 Mülheim/Ruhr, Tel. (02 08) 49 78 64 (p)

***Kontaktmann DGB:***

Jochen Weiler, Kantorie 48,  
4300 Essen 1, Tel. 47 16 43

***AKL (Arbeitskreis arbeitsloser Lehrer):***

Claudia Bruch, Pielstickerstr. 27  
4300 Essen 1, Tel. 34 32 31

***AK „Ausländische Kinder und Jugendliche“:***

Angelika Husemann, Spillheide 78,  
4300 Essen 16, Tel. 40 26 34

***Schriftleiter „Info“:***

Armin Röpell, Uhdestr. 17,  
4300 Essen 1, Tel. 74 16 24

**IMPRESSUM:**

**Herausgeber:**

Vorstand des Stadtverbandes der GEW  
Schützenbahn 11-13, 4300 Essen 1  
DGB-Haus, R. 113, Tel. (02 01) 22 32 81

**Redaktion:**

Armin Röpell (Verantw. Red.)  
I. Huber-Schermeier

Andreas Berghem-Godo  
Christianstr. 10, 4330 Mülheim a.d.R.  
Tel. (0208) 43 31 81

**Redaktionsschluß Nr. 82**

**Freitag, 22. 4. 88**

**Termine ab Mo., 8. 2. 88**

## EDITORIAL

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im INFO 79 und 80 ist für das nächste StV-Info als Schwerpunktthema die „Landesvertreterversammlung“ mit ihren bildungs- und schulpolitischen Diskussionen angekündigt worden. Leider haben sich bis zum jetzigen Zeitpunkt keine Diskussionsbeiträge aus Betriebs- und Fachgruppen bzw. Arbeitskreisen ergeben – vielleicht war die Zeit zur Auswertung nach der LVV zu kurz. Die NDS Nr. 21 stand ganz im Zeichen der LVV. Darin sind der Verlauf und die wesentlichen inhaltlichen Diskussionspunkte zusammengefaßt. Wir meinen, daß ein allgemeiner Bericht der Delegierten zur LVV (mit Ausnahme zum Sekretariat arbeitsloser Pädagogen) nichts gravierend Neues gegenüber der NDS aussagen würde, obwohl einige Aspekte wohl anders gesehen werden könnten – dies sollte aber einer ausführlichen Reflexion der LVV vorbehalten bleiben. Diskussionsbeiträge sind weiterhin erwünscht. Die Aussage der NDS: „LVV einmütig für Gesamtschule“ (S. 8) braucht aus Essener Sicht kaum kommentiert zu werden, wenn man die vielfältigen, erfolgreichen Bemühungen des Stadtverbandes zur Gesamtschulentwicklung in Essen bedenkt – dies dokumentiert sich auch eindeutig in der Schwerpunktgestaltung und den Beiträgen der INFO's des letzten Jahres.

Das Kollegium der Realschule An der Wolfskuhle hat mit seiner Stellungnahme auf „Realschule an der Wolfskuhle – Offener Brief“ des Stadtverbandsvorstands im INFO 80 reagiert, den wir hiermit veröffentlichen. Wir gehen davon aus, daß damit die Diskussion nicht beendet sein wird.

Zuletzt ein Wort in eigener Sache: Leider kommt dieses Mal das INFO eine Woche später als angekündigt heraus. Dies hatte technische Gründe, die die Redaktion nicht beeinflussen konnte. Wir bitten um Entschuldigung und geloben Besserung!

Armin Röpell

## INHALT

### Essener Gesamtschulen

- Weitere Gesamtschulentwicklung in Essen . . . . . 4
- Einladung: Vorbereitungskreis zur Arbeit der neuen Gesamtschulen . . . . . 5
- Einladung: Gesamtschule – mein neuer Arbeitsplatz? . . . . . 6

### Realschule An der Wolfskuhle

- Ein Offener Brief – seine Vorgeschichte und eine Reaktion . . . . . 6
- Stellungnahme des Kollegiums der Realschule An der Wolfskuhle . . . . . 7

### Gesprächskreis: Aktuelle Fragen der Grundschulpädagogik . . . . . 10

### Tarifrunde '88: ÖTV will Einstieg in die 35-Stunden-Woche . . . . . 11

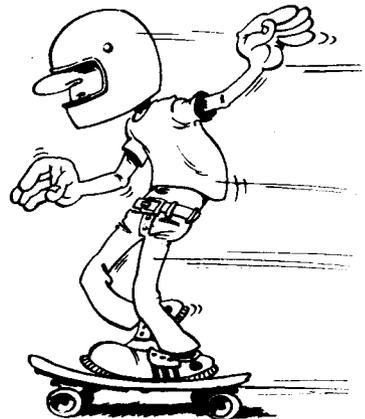
### Ausländische Mitbürger/Internationales

- Ausländerbeiratswahlen in Essen 11
- Freiheit für Haydar Kutlu und Nihat Sargin . . . . . 13

### Verzeichnis Essener Personalratsmitglieder . . . . . 14

### Fachgruppen und Arbeitskreise: Einladungen und Termine . . . . . 15

### Terminüberblick . . . . . 16



Position des Stadtverbandes durch OVG-Urteil bestätigt

## SCHLUSSFOLGERUNGEN FÜR DIE WEITERE GESAMTSCHULENTWICKLUNG IN ESSEN

Das OVG Münster, so ist bereits im letzten StV-INFO berichtet worden, hat gesprochen. Mittlerweile liegt die Begründung vor, die eine nähere Betrachtung lohnt. Nachgedacht werden soll dabei nicht über die Frage, inwieweit sich ein OVG in pädagogische Angelegenheiten einmischen soll und darf. Schlußfolgerungen müssen vielmehr gezogen werden für die weitere Gesamtschulentwicklung – in Essen und darüber hinaus.

### Die Entscheidungsgründe

Das OVG hat den besonderen Charakter der Schulform Gesamtschule anerkannt. Den Eltern und ihren Kindern könne nicht zugemutet werden, zwei bis drei Jahre auf eine Entscheidung im Hauptsacheverfahren zu warten und erst dann auf die Gesamtschule zu wechseln.

Das OVG hat den verfassungsrechtlich abgesicherten Rang des Elternrechts auf freie Wahl der Schulform unterstrichen, das eben nicht durch lediglich erlaßlich geregelte Kapazitätsobergrenzen von Schulen außer Kraft gesetzt werden könne. In den zur Entscheidung anstehenden Elternklagen sei also die Aufnahme geboten – unbeachtlich der Klassenfrequenzhöchstwerte. Wann die Kapazität einer Schule erschöpft sei, könne exakt nicht definiert werden.

Über die Konsequenzen dieser Feststellung muß noch intensiv beraten werden – letztlich muß der Gesetzgeber handeln.

### Perspektive: weitere Gesamtschulstandorte!

Nach dem Spruch aus Münster haben sich in Essen die Ereignisse geradezu überstürzt – gemessen an der Entwicklung in den letzten Jahren. Auf Antrag der SPD hat der Rat mittlerweile die Errichtung der 4. Essener Gesamtschule am Standort Wolfskuhle beschlossen. Sofern sich – wie in den vergangenen Jahren – beim bevorstehenden Anmeldeverfahren wieder ein Überhang ergibt, soll mit Beginn des nächsten Schuljahres zusätzlich im Stadtwald-Gymnasium eine Gesamtschul-Dependance ihre Arbeit aufnehmen.

Diese letztere Entscheidung hat der GEW-Stadtverband als notwendigen Schritt in die richtige Richtung begrüßt.

In einem gemeinsamen Gespräch haben die SPD-Schulpolitiker im Essener Rat zudem zugesichert, daß nach der OVG-Entscheidung in Essen möglichst kein Kind mehr von der gewünschten Schulform Gesamtschule abgewiesen werden soll.



**Rückwirkungen aufs Anmeldeverfahren**

Für Eltern wie für die beratenden Grundschullehrer/-innen ist damit klargelegt: Die Gesamtschule ist eine weiterführende Schulform, der Zugang zu ihr unterliegt keinerlei Beschränkung. Überflüssig erscheinen auch die Zweifel, ob man denn tatsächlich einen Platz bekommen könne. Um so mehr dürften die inhaltlichen und pädagogischen Konzepte der bestehenden und der neu hinzukommenden Gesamtschulen an Bedeutung und Interesse gewinnen. Die Gesamtschule wird zu einer in zumutbarer Nähe erreichbaren Schulform. Von den Anmeldungen wird es abhängen, ob die eine in Aussicht genommene Gesamtschuldependance ausreicht oder wie rasch weitergehende Entscheidungen für die Schulentwicklung in Essen getroffen werden müssen.

Dietrich Brauer



**WOLFSKUHLE UND STADTWALD – ZWEI NEUE GESAMTSCHULSTANDORTE!**

Es hat sich etwas verändert in Essen: Nach den erfolgreichen Elternklagen in diesem Jahr, die die Aufnahme ihrer Kinder an der Gesamtschule durchsetzen, sind die Entscheidungen über weitere Standorte von Gesamtschulen zeitiger als in der Vergangenheit gefallen. Der Errichtungsbeschluß für die Gesamtschule an der Wolfskuhle ist im Oktober im Rat der Stadt gefaßt worden. Und für den Fall des Anmeldeüberhangs im Februar – woran niemand zweifelt – soll in den Räumen des Stadtwald-Gymnasiums ab August 1988 eine Gesamtschul-Dependance ihre Arbeit aufnehmen. Doch wie soll eine Schule aufgebaut werden – ohne Lehrer? Zu Recht ist in der

Vergangenheit beklagt worden, daß die Arbeit an einem neuen Gesamtschulstandort erst beginnt, wenn die neuen Kolleginnen und Kollegen ihre Versetzungsverfügung in der Tasche haben. Meist ist dann schon klar, wer die neue Schulleitung übernimmt, und diese(r) hat sich dann von Amts wegen schon seine Gedanken gemacht...

Und längst vorbei sind auch die Zeiten, wonach erst ein didaktischer oder pädagogischer Ausschuß ein Konzept entwirft, bevor...

Doch weder Resignation ist angesagt noch Nostalgie, sondern gewerkschaftliches Handeln!!!

**Der GEW-Stadtverband ruft daher auf, einen Vorbereitungskreis zu bilden und die konzeptionelle Vorarbeit für die beiden neuen Gesamtschulstandorte schon jetzt zu beginnen!**

**Das erste Treffen soll stattfinden am Dienstag, den 12. Januar 1988, um 19.30 Uhr im GEW-Büro (Raum 118) im DGB-Haus, Schützenbahn 11–13, 4300 Essen 1.**

D. Brauer

**GESAMTSCHULE – mein neuer Arbeitsplatz?!**

Arbeiten an der Gesamtschule –

- was kommt da auf mich zu?
- was wird von mir gefordert?
- was kann ich beitragen?
- wie arbeiten die Essener Gesamtschulen überhaupt?

Wer sich für die Arbeit an der Gesamtschule interessiert, hat meist jede Menge Fragen. Ob es dafür auch Antworten gibt, kann nur im Gespräch geklärt werden. Eine Gelegenheit bieten Kolleginnen und Kollegen aus den Essener Gesamtschulen in einer Gesprächsrunde

am Donnerstag, den 17. Dezember 1987,  
 von 19.30 bis 22.00 Uhr  
 im DGB-Haus, Raum 116 (1. Stock, GEW-Flur),  
 Schützenbahn 11–13, 4300 Essen 1.

Alle Interessierten sind herzlich eingeladen!!

D. Brauer



Betrifft: Realschule An der Wolfskuhle

**EIN OFFENER BRIEF –  
 SEINE VORGESCHICHTE UND EINE REAKTION**

Endlich ist sie da, die Reaktion von der Basis! Im INFO Nr. 80 stand ein „Offener Brief“ des Stadtverbandes als Antwort (und auch als Einschätzung) auf einen Brief und eine WAZ-Pressemitteilung über die Jubiläumsfeier der drei Essener Realschulen Kray-Steele am 25.05.1987.

In diesem Brief einer Realschul-Kollegin stand viel von Enttäuschung und Verärgerung über diese o.g. Veranstaltung, die ihrer Aussage nach einen parteipolitischen Mißbrauch darstellte.

Die Stellungnahme des Stadtverbandes im letzten INFO, d. h. der „Offene Brief“, erfolgte nach eingehender Diskussion und vor allem im Hinblick auf Disziplinarstrafen, die einige Kollegen bei weiter zurückliegenden Veranstaltungen (20.10.1987) im Zusammenhang mit der Stationierung der Mittelstreckenraketen erhielten.

Nun also der uns vorliegende Brief des Kollegiums der Realschule An der Wolfskuhle, der eine ganz andere Sicht der Ereignisse beinhaltet.

Im Zusammenhang mit der Umwandlung der Real- und Hauptschule An der Wolfskuhle in die 4. Gesamtschule ist in der Tat vieles mit wenig Fingerspitzengefühl gelaufen.

Aus diesem Grunde ist die Redaktion des Stadtverbands-Infos erfreut, daß die Aussprache über diese Veranstaltung zumindest offen geführt wird und sich so die Leserinnen und Leser selbst ein Bild machen können. Es ist beabsichtigt, gegebenenfalls die Diskussion im nächsten INFO fortzuführen.

Die Redaktion



## STELLUNGNAHME DES KOLLEGIUMS DER REALSCHULE AN DER WOLFSKUHLE

**Betr.:** Realschule An der Wolfskuhle – Offener Brief  
(GEW-Info des Stadtverbandes Essen, Oktober/November 1987)

Drei Tage vor den Sommerferien traf bei uns die Stellungnahme der Essener GEW-Vorsitzenden, Regina von Oppenkowski, zu unserer Protestveranstaltung anlässlich der 75-Jahr-Feier der Krayer und Steeler Realschulen ein. Wir haben diesen Brief ignoriert, weil wir uns mit falschen und unwahren Einlassungen der Stadtverbandsvorsitzenden nicht auseinandersetzen wollten.

Nun aber erscheinen diese „Ausführungen“ in dem GEW-INFO des Stadtverbandes Essen, werden also einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Wir Kolleginnen und Kollegen sehen uns jetzt gezwungen, klärend Stellung zu beziehen.

Dieser „Offene“ Brief ist durchsetzt von Unwahrheiten, Halbwahrheiten und Unterstellungen.

1. Der Artikel erweckt den Eindruck, daß Lehrer und Schüler während irgendeiner Schulveranstaltung die Gelegenheit ergriffen hätten, für die CDU zu werben. Der Grund für die Veranstaltung und für die Protestaktion wird nicht genannt und somit die gesamte Aktion verfälscht dargestellt.

Hier die Fakten:

Grund für die Veranstaltung: 75-Jahr-Feier der Krayer und Steeler Realschulen. Grund für die Protestaktion: Geplante Auflösung der Realschule An der Wolfskuhle.

Wer diese Fakten kennt, wird nachvollziehen können, daß wir nicht fähig waren, den „Tod“ unserer Schule zu feiern. Es ist absurd, darin eine parteipolitische Meinungskundgebung zu „wittern“.

2. In dem Artikel wird die Behauptung aufgestellt, die Schüler seien „eindeutig zu aktiver und passiver Teilnahme an unausgewogener politischer Meinungsäußerung“ benutzt worden. Frage: Von wem? Von der Schulleitung? Von der CDU?

Hier die Fakten:

a) Die Protestaktion auf dem Schulhof war eine Veranstaltung der Schulpflegschaft und des Schülerrates. Alle Transparente waren eigenständig von den Eltern und Schülern angefertigt worden, und nicht von der CDU, wie unterschwellig unterstellt.

Wie basisfern muß der GEW-Vorstand sein, wenn er glaubt, daß Eltern und Schüler nicht fähig sind, ihren Unmut ohne parteipolitische oder andere Unterstützung demokratisch und legal kundzutun.

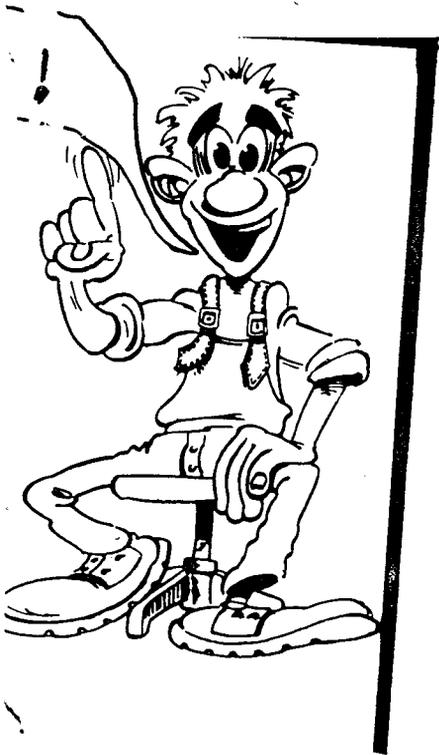
b) Sie zitieren den Text eines Schülertransparentes „Wir wählen CDU“. Ihr nicht genannter Informant kann oder will offensichtlich nicht lesen, oder sollte er bewußt gekürzt haben? Der Text lautete korrekt: „Die SPD wählt heute Gesamtschule – Wir wählen morgen CDU“. Die in diesem Plakat zu erkennende Unmutsäußerung spiegelt die überhebliche und zum Teil beleidigende Behandlung von Schülern und Eltern durch Rats- und BV-Mitglieder der SPD wider, die sie auf der Podiumsdiskussion „Gesamtschule Wolfskuhle“ drei Tage vorher erfahren mußten.

Hier ist was Lo

Deshalb

Schreib mal wieder





an die  
Redaktion ...

3. Die schlimmste Lüge in dem Artikel betrifft uns Lehrer selbst: Wir sollen nicht nur „benutzt“, sondern auch – nach Ihren Informationen – „z.T. sogar gezwungen“ worden sein, an der „unausgewogenen politischen Meinungsäußerung“ teilzunehmen.

Wieder die Fragen: Von wem? Von der Schulleitung? Von der CDU? Wer sind Ihre Informanten?

Wäre es nicht einfacher, lohnender und korrekter gewesen, sich bei der Basis, z.B. bei den GEW-Mitgliedern des Kollegiums zu informieren?

Vielleicht hätten aber diese Informationen nicht in Ihr Konzept gepaßt.

Auch hier wieder die Fakten:

Der Auszug des gesamten Kollegiums aus der Aula während der Festveranstaltung war keine politische Meinungsäußerung, sondern Ausdruck unserer Betroffenheit über die geplante Auflösung unserer Schule. Diese Aktion geschah ohne Wissen der Schulleitung und wurde von allen Kollegen getragen.

Es ist eine Frechheit, Kollegen als Marionetten der Schulleitung (oder einer Partei?) zu diffamieren. Besonders die GEW-Kollegen haben diese verfälschende Darstellung als Schlag ins Gesicht empfunden.

**Fazit:** Wir sind enttäuscht und empört über eine derartige „Berichterstattung“. Nicht die wahrheitsgetreue Information über eine legitime Veranstaltung und deren Ziele war Inhalt des Artikels, sondern eine Verunglimpfung vermeintlicher Gesamtschulgegner.

Wir betonen, daß es bei den Ereignissen anläßlich der 75-Jahr-Feier keinesfalls um eine Aktion gegen die Schulform Gesamtschule ging. Wir protestierten gegen die Auflösung unserer Schule und unseres Schulzentrums zugunsten eines Schultorsos mit dem Namen Gesamtschule, der aber, wie auch die GEW in einem ihrer Briefe zu recht befürchtet, leicht zur „Hauptschule neuen Typs“ werden kann.

Das Kollegium der Realschule  
An der Wolfskuhle

Universität Gesamthochschule Essen und Essener Gesprächskreis Grundschule laden ein:

## AKTUELLE FRAGEN DER GRUNDSCHULPÄDAGOGIK

Der Essener Gesprächskreis Grundschule trifft sich im Herbst 1987 zum ersten Mal.

Sein Anliegen ist es, die Entwicklung der Grundschule zu einem kindgerechten Lernort und zu einem von Kindern, Eltern, Lehrerinnen und Lehrern gemeinsam gestalteten Lebens- und Erfahrungsraum zu unterstützen. Interessierten Grundschullehrerinnen und -lehrern, Studentinnen und Studenten, Lehrenden in der Primarstufenausbildung, anderen Fachleuten, Schülereltern und der interessierten Öffentlichkeit soll mit dem Gesprächskreis ein Forum für fachliche Gespräche, aktuelle wissenschaftliche Information und offenen Meinungs- und Erfahrungsaustausch geboten werden.

Der offene Gesprächskreis ist gegründet worden, um die Zusammenarbeit zwischen den Grundschulen des Essener Raumes und der Universität -GHS- Essen zu verstärken und vielfältiger zu gestalten.

Zur Eröffnung des Essener Gesprächskreises Grundschule werden prominente westdeutsche Grundschulpädagoginnen und -pädagogen aus Universität und Kultusverwaltung Vorträge zu aktuellen Themen und Problemen der Grundschulpädagogik halten.

Alle Interessierten sind herzlich eingeladen!

Die komplette Veranstaltungsreihe bis Februar 1988:

**4.11.1987, Prof. Dr. I. Lichtenstein-Rother, Augsburg:** Der pädagogische Auftrag der Grundschule und Probleme der Realisierung  
16.00 Uhr, Uni Essen, Universitätsstraße, Eingang T01, 4. Stock, Raum T01 S04 B34

**25.11.1987, Min.Rat R. Christland, Düsseldorf:** Leitbegriffe der überarbeiteten Grundschulrichtlinien: Wie und was sollen Kinder lernen  
16.00 Uhr, Beisingsschule, Gertrudisstr. 24, Nähe Viehofer Platz

**9.12.1987, Prof. Dr. S. Thiel, Freiburg:** Naturwissenschaftlicher Sachunterricht: Faszinosum und/oder Systematik  
16.00 Uhr, Berliner Schule, Berliner Str. 57, Essen-Frohnhausen

**13.1.1988, Prof. Dr. H. Schreier, Hamburg:** Didaktische Probleme im Sachunterricht – Versuche einer Bewältigung  
16.00 Uhr, Stadthafen-Schule, Forststr. 12, Essen-Vogelheim

**27.1.1988, Prof. Dr. H.-J. Tymister, Hamburg:** Möglichkeiten und Grenzen pädagogischer Beratung in der Grundschule  
16.00 Uhr, Hövelschule, Hövelstraße 49, Essen-Altenessen

**10.2.1988, Prof. Dr. D. Baacke, Bielefeld:** Kündliche Lebenswelten und neue Medienentwicklung  
16.00 Uhr, Uni Essen, Universitätsstraße, Eingang T01, 4. Stock, Raum T01 S04 B34

Auskünfte und Organisation. Prof. Dr. Tassilo Knauf, Universität Essen, FB 2, Tel. 183-22 47 (22 51); Prof. Dr. Michael Soostmeyer, Universität Essen, FB 7, Tel. 183-24 57 (24 64)



wir erbitten...



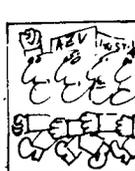
...erleben...



...ersuchen...



...verlangen...



...erkömpfen...



## Tarifrunde

ÖTV WILL EINSTIEG IN DIE 35-STUNDEN-WOCHE

Ohne eine konkrete Zahl zu nennen, hat die Große Tariffkommission der ÖTV am 20.11.1987 beschlossen, den Einstieg in die 35-Stunden-Woche zu verlangen. Arbeitszeitverkürzung und Einkommensverbesserungen sollen zusammen ein Volumen von 5 Prozent ausmachen.

Was das heißen könnte, soll das folgende Beispiel verdeutlichen: Um, wie die IG Metall, im ersten Schritt die 38,5-Stunden-Woche zu erreichen, wäre in etwa ein Volumen von 3% erforderlich, so daß dann noch 2% für Einkommensverbesserungen



zur Verfügung stünden. Dieses Beispiel würde sich grob mit den Forderungen der GEW nach ein bis zwei Stunden Verringerung der Unterrichtsverpflichtung (je nach augenblicklicher Stundenzahl) decken.

Dieses war aber nur ein Beispiel. Näheres muß sich aus der am 18. Dezember 1987 beginnenden Tarifrunde ergeben. Die ÖTV hat realistische Forderungen gestellt, die nun voll und ganz durchgesetzt werden müssen. Die GEW wird die ÖTV dabei nach Kräften unterstützen, um dann ein hoffentlich erreichtes Ergebnis auf ihren Bereich übertragen zu können.

Alle Vertrauensleute werden über den Verlauf der Tarifrunde und die geplanten Aktivitäten jeweils umgehend informiert. Es ist mit einer kurzfristig einzuberufenden Vertrauensleutekonferenz im Januar zu rechnen.

Die Flutblattreihe „Auf ein Wort, liebe Kolleginnen und Kollegen“ wird fortgesetzt. In den nächsten Tagen erscheint das Flugblatt Nr. 3, das die Tarifforderungen erläutert. Nr. 4 erscheint im Januar. Bitte sorgt dafür, daß alle Kolleginnen und Kollegen mit den Informationen versorgt werden.

Reinhard Holthaus

## Ausländerwahlen in Essen:

DAS ERGEBNIS IST EIN PRÜFSTEIN FÜR DIE POLITISCHE MITBESTIMMUNG!

Die ausländischen Mitglieder des Ausländerbeirats wurden am 8.11.1987 zum ersten Mal direkt von den Essener Ausländern gewählt. Die Wahlbeteiligung lag bei knapp über 20%, variierte jedoch stark bezüglich der einzelnen Nationalitäten: Türken 46%, Griechen 40%, andere 10%.

## Zur Wahlbeteiligung

Die allgemeine Einschätzung, daß die Wahlbeteiligung gering gewesen sei, ist jedoch unter folgendem Aspekt zu relativieren: Ein Drittel der Wahlberechtigten sind „nicht-typische“ Ausländer, d.h. Niederländer, Österreicher ... Bei ihnen war die Wahlbeteiligung erwartungsgemäß sehr niedrig. Demgegenüber haben die „typischen“

Ausländer (aus den Anwerbeländern) ein verhältnismäßig großes Interesse an den Wahlen gezeigt. Ferner muß berücksichtigt werden, daß für die Wahlwerbung nur geringe finanzielle Mittel zur Verfügung standen und bei den Wahlbenachrichtigungen Mängel auftraten.

Im Unterschied zu anderen Städten wurde bei der Essener Beiratswahl keine Sitzverteilung nach Nationalitäten vorgenommen, sondern eine Zusammenarbeit verschiedener Nationen innerhalb der einzelnen Listen angestrebt.

Es kandidierten 11 Listen, wovon 3 direkte Mandate schickten:

- Union der Essener Türken (44,3%; 7 Mandate)
- internationale DGB-Liste (41,6%; 6 Mandate = 5 direkte + 1 Überhangmandat)
- Liste sozialer Demokraten (12,6%; 2 Mandate)

Durch den sogenannten „Minderheitenschutz“ konnten das kroatische und das portugiesische Zentrum noch je einen Kandidaten entsenden. Das portugiesische Zentrum verpaßte den Termin zur rechtzeitigen Aufnahme in die DGB-Liste, wird jedoch in Zukunft mit dieser zusammenarbeiten.



## Sitzverteilung:

Int. DGB-Liste	5 + 1 + 1	= 7
Union Essener Türken		7
Soziale Demokraten		2
Kroatisches Zentrum		1
		<hr/> 17

## Die internationale DGB-Liste

Die Internationale DGB-Liste besteht aus Vertretern der 8 Anwerbeländer, zuzüglich Togo und Indien. Die Unterstützer dieser Liste gehen davon aus, daß

- durch die Institution des Ausländerbeirats noch nicht die volle politische Mitbestimmung erreicht wird;
- die politischen Probleme der einzelnen Nationen nur wenig differieren;
- sie nur gemeinsam miteinander und mit den deutschen Mitbürgern die eigentlichen Ziele (kommunales Wahlrecht, Verhinderung der Ausländerfeindlichkeit, ...) erreichen können.

Der Wunsch zur Zusammenarbeit trotz unterschiedlicher Weltanschauungen wurde von der Einheitsgewerkschaft DGB unterstützt. Der DGB ergriff selbst die Initiative und bildete in Übereinstimmung mit den ausländischen Kollegen und Vereinen die Internationale DGB-Liste. Bei der Festlegung der Kandidaten für die Liste wurde kein Personenkreis, der sich zu den o.g. Zielen bekannte, ausgeschlossen. Allerdings wurde vonseiten bestimmter Gruppen, insbesondere vonseiten rechter Türken, eine großangelegte Schmutzkampagne mit Beschuldigungen der gemeinsten Art gegen die Liste intiiert. Unter diesem Aspekt ist das Ergebnis für die DGB-Liste ein Prüfstein für die Integrationsarbeit.

Um das nationale Denken zu überwinden und die Isolation der Ausländer aufzubrechen, ist es wichtig, daß diesbezügliche Initiativen und Vereine - vor allem auch auf Stadtteilebene - ihre Arbeit fortsetzen und verstärken. Dies ist allerdings nur möglich, wenn sie von den drohenden Haushaltskürzungen verschont bleiben. Mehmet Ayas

Verhaftungen in der Türkei

FREIHEIT FÜR HAYDAR KUTLU UND NIHAT SARGIN

Am 16.11.1987 wurden die Generalsekretäre der KP der Türkei, Haydar Kutlu, und der Arbeiterpartei der Türkei (TIP), Nihat Sargin, in Ankara auf dem Flughafen festgenommen. Sie waren nach öffentlicher Ankündigung im Auftrag ihrer beiden Parteien in die Türkei eingereist, um gemeinsam die Vereinigte KP der Türkei auf legaler Basis zu gründen.

Begleitet wurden sie bei ihrer Einreise von einer 32köpfigen Delegation von Persönlichkeiten aus Ländern der EG, darunter Europaabgeordnete und andere Parlamentarier, Juristen und Journalisten. Die Festnahme erfolgte auf dem Flughafen, noch bevor die beiden Generalsekretäre mit ihren Anwälten oder auch mit den sie dort erwartenden ca. 100 Journalisten sprechen konnten. Seither werden sie von der politischen Polizei in Isolationshaft gehalten und permanent verhört (Stand: 24.11.87).

**Warum sind sie eingereist?**

Die Türkei ist ein autoritär regiertes Land. Die TKP ist seit 1922, die TIP seit dem Putsch von 1980 verboten. Die gewerkschaftlichen Rechte sind bis aufs äußerste beschränkt. Zwar hat die Türkei die internationalen Menschenrechtsvereinbarungen unterzeichnet, sie praktiziert sie aber nicht. Es war daher klar, daß die beiden Generalsekretäre mit ihrem Flug ein hohes persönliches Risiko eingehen würden.

Der Hintergrund, der diese Aktion sinnvoll macht, ist folgender: Die Türkei befindet sich wirtschaftlich in einem desolaten Zustand. Die Herrschenden des Landes drängen auf Vollmitgliedschaft in der EG. Sie möchten den Tourismus ausbauen und Investitionen anlocken. Aus allen diesen Gründen versuchen sie, das Land nach außen als demokratisch darzustellen. Die Einreise von Haydar Kutlu und Nihat Sargin zwingt sie nun, Farbe zu bekennen: entweder ist etwas dran an den Worten von der „Rückkehr zur Demokratie“ oder nicht. In der Aktion der beiden Generalsekretäre liegt die Chance, eine Liberalisierung in der Türkei zu erzwingen, die der gesamten Opposition zugute kommen würde.



**Worauf es jetzt ankommt**

Eine große Bedeutung kommt jetzt der Reaktion der demokratischen Öffentlichkeit in den EG-Ländern zu. Wichtig ist deshalb der Beschluß des Europa-Parlaments vom 19.11.87, sofortige Freilassung und freie politische Betätigung für beide Politiker zu fordern. Wichtig sind auch entsprechende Erklärungen von Sozialdemokraten und Grünen. Man darf andererseits nicht übersehen, daß fast alle bundesdeutschen Medien das Ereignis weitgehend unterschlagen haben. Die zuständigen Redakteure sind informiert, bringen aber nichts. Dies muß unseren Protest herausfordern.

Ebenso wichtig ist es, den Herrschenden in Ankara direkt zu sagen, daß sie Haydar Kutlu und Nihat Sargin sofort freilassen müssen. Richtet diese Forderung an die Staatsanwaltschaft: Devlet Güvenlik Mahkeme Savciligi, Ankara, Türkei, und an die Botschaft der Türkei, Utestr. 47, 5300 Bonn-Bad Godesberg.

Johannes Meyer-Ingwersen



# PERSONALRAT

## IHRE GEW-ANSPRECHPARTNER AUS ESSEN

### Personalrat für Lehrer an Grund- und Hauptschulen beim Schulamt für die Stadt Essen

Uwe Kersten (stellv. Vors. des ÖPR und auch

Mitglied des BPR beim PR Düsseldorf

dienstl. 70 55 20 privat: 67 68 83

Regina von Oppenkowski

dienstl. 34 41 38 privat: 74 16 14

Manfred Linden

dienstl. 69 07 41

Ingrid Klaffke

dienstl. 51 11 42 privat: 71 81 94

Richard Doll

dienstl. 69 07 41 privat: (0208) 49 78 64

Reinhard Holthaus

dienstl. 51 29 20 privat: (0209) 49 50 03

### Ersatz-Personalratsmitglieder:

Annegret Caspers

dienstl. 62 19 45 privat: 23 49 81

Ingrid Vogt

dienstl. 44 05 14 privat: 49 38 64

### Personalrat für Lehrer an Sonderschulen beim Schulamt für die Stadt Essen

Karla Knoche-Weniger (Vorsitz des ÖPR)

dienstl. 22 34 64 privat: 66 27 10

oder 88-60 89

Georg Hedwig (stellv. Vorsitz des ÖPR)

dienstl. 57 88 44 privat: (02324) 4 17 00

Ingrid Knaps

dienstl. 28 20 71/72 privat: (0208) 87 51 74

Christa Gehring

dienstl. 34 22 48 privat: 57 05 53

Petra Elschner-Zimmermann

dienstl. 68 26 32 privat: (0234) 1 33 96

### Personalrat für Lehrer an Sonderschulen beim Regierungspräsidenten in Düsseldorf

Karla Knoche-Weniger

dienstl. 22 34 64 privat: 66 27 10

### Personalrat für Lehrer an Sonderschulen beim Kultusminister

Margret Sonnenschein-Cronrath

(auch Vertrauensfrau der Schwerbehinderten  
im Sonderschulbereich Essens)

dienstl. 72 32 162 privat: 68 29 15

### Personalrat für Lehrer an Realschulen beim Regierungspräsidenten in Düsseldorf

Peter Schipke

dienstl. (0203) 283 36 06 privat: (0208) 76 37 37

Renate Boese

dienstl. 23 06 07 privat: 32 32 00

### Personalrat für Lehrer an Gymnasien beim Regierungspräsidenten in Düsseldorf

Sigrid Becker

dienstl. 28 50 60 privat: 25 22 79

Franz Jankowski

dienstl. (02054) 34 40 privat: 74 89 81

### Personalrat für Lehrer an Gesamtschulen beim Regierungspräsidenten in Düsseldorf

Margrit Thimme-Richard

dienstl. 21 00 07 privat: 68 63 89

### Personalrat für Lehrer an Berufsbildenden Schulen beim Regierungspräsidenten in Düsseldorf

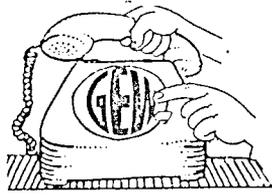
Alfons Weinem

dienstl. 22 76 41 privat: (02041) 2 72 14

Werner Wagner

dienstl. 28 10 43 privat: 66 13 15

'Der direkte Draht ... 'Der direkte Draht ... 'Der direkte Draht



# FACHGRUPPEN UND ARBEITSKREISE: EINLADUNGEN UND TERMINE

## AK Ausländische Kinder und Jugendliche

Wir laden zur Sitzung des AK ein

Tag: Mittwoch, 16.12.1987

Zeit: 18.00 Uhr

Ort: DGB-Haus, R. 602

Das Thema wird noch bekanntgegeben.  
Angelika Husemann

## FG Sonderschule

### FG-Sitzung im Dezember

Der ursprünglich vorgesehene FG-Termin am 21.12.1987 fällt aus!

Die nächste Fachgruppensitzung findet am **18. Januar 1988** statt.

Allen Fachgruppenmitgliedern wünschen wir ein geruhsames Weihnachtsfest und einen guten Anfang im Jahr 1988.

Karla Knoche-Weniger

## Ausschuß für Ruheständler

Liebe Kolleginnen und Kollegen, den Teilnehmern unserer Adventstreffens am 2. Dezember 1987 konnte ich persönlich ein frohes Weihnachtsfest sowie Gesundheit und Zufriedenheit im neuen Jahr wünschen.

Von hier aus möchte ich nun diese Wünsche auch an alle diejenigen richten, die – aus welchen Gründen auch immer – bei unserer Zusammenkunft nicht haben dabei sein können.

Ich hoffe, daß wir uns im neuen Jahr, spätestens zur Jahresversammlung, die voraussichtlich in den ersten Märztagen stattfinden wird, gesund wiedersehen werden.

Bitte merken Sie die nächsten Treffpunkte vor:

6. Januar 1988

3. Februar 1988

2. März 1988

jeweils 16 Uhr im Burghof Essen.

Mit kollegialen Grüßen  
Anneliese Bader

## FG Grund- und Hauptschule

### EINLADUNG

zur Wahlversammlung  
der FG Grund- und Hauptschule  
am **28. Januar 1988, 19.30 Uhr**  
DGB-Haus, Imig-Saal, 4. Stock

Es sollen gewählt werden:  
Die/Der Vorsitzende sowie die/der stellvertretende Vorsitzende der FG GuH.  
Alle Mitglieder der FG werden hierzu recht herzlich eingeladen.

Kandidatenvorschläge bitte richten an  
Manfred Linden, Paul-Kosmalla-Str. 31,  
4330 Mülheim a. d. Ruhr

Manfred Linden

## FG Realschule

### Einladung zum jour-fix

Tag: Mittwoch, 13.1.1988

Zeit: 17.30 Uhr

Ort: Café Meffert, Rabenhorst 61,  
Essen-Borbeck

Thema: Bericht von der LVV und Diskussion des bildungspolitischen Leitantes

Peter Schipke

## FG Gymnasium

### Einladung zur Fachgruppensitzung

Tag: Montag, 25.1.1988

Zeit: 19.30 Uhr

Ort: DGB-Haus, Heinrich-Imig-Saal,  
4. Etage

Die Tagesordnung wird noch bekanntgegeben.

Ingeborg Klein

## FG Berufsbildende Schulen

### Einladung zum gemütlichen Umtrunk

Tag: Dienstag, 15.12.1988

Zeit: 20.00 Uhr

Ort: wird noch bekanntgegeben

Norbert Werner

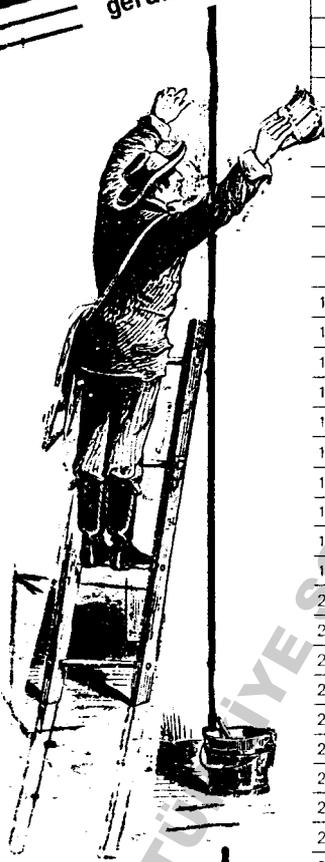


Allen Kolleginnen und Kollegen wünschen wir schon jetzt

# TERMINE \*\* TERMINE

geruhsame Weihnachtstage und einen guten Rutsch ins Neue Jahr.

Die INFO-Redaktion



Dezember	
1	Di
2	Mi
3	Do <b>BÜFFEL Mitgliedervers.</b>
4	Fr
5	Sa
6	So
7	Mo
8	Di
9	Mi
10	Do <b>BÜFFEL /Akal.</b>
11	Fr
12	Sa
13	So
14	Mo
15	Di <b>FG Berufsschule</b>
16	Mi <b>Akadm. Kinder u. Jugend.</b>
17	Do <b>Treffen für Gesamtschule</b>
18	Fr
19	Sa
20	So
21	Mo
22	Di
23	Mi
24	Do
25	Fr 1. Weihnachtstag
26	Sa 2. Weihnachtstag
27	So
28	Mo
29	Di
30	Mi
31	Do

Januar	
1	Fr <b>Neujahr</b>
2	Sa
3	So
4	Mo
5	Di
6	Mi <b>Ruheständler</b>
7	Do <b>BÜFFEL</b>
8	Fr
9	Sa
10	So
11	Mo
12	Di
13	Mi <b>FG Realschule</b>
14	Do <b>BÜFFEL</b>
15	Fr
16	Sa
17	So
18	Mo <b>FG Sonderschule</b>
19	Di
20	Mi
21	Do <b>BÜFFEL/Akal</b>
22	Fr
23	Sa
24	So
25	Mo <b>FG gymnasium</b>
26	Di
27	Mi
28	Do <b>FG G.u.H./BÜFFEL</b>
29	Fr
30	Sa
31	So

*Handwritten signature or logo.*





## Solidarität jetzt: Freiheit für Haydar Kutlu und Nihat Sargin!

Bitte ausschneiden und noch heute absenden.

Absender

---

---

---

---

Bitte mit  
DM 0,60  
freimachen

**Ich fordere die sofortige Freilassung des  
Generalsekretärs der Türkischen Arbeiterpartei (TIP) Nihat Sargin, des General-  
sekretärs der Kommunistischen Partei  
der Türkei (KPdT), Haydar Kutlu und aller  
anderen inhaftierten Demokraten!**

.....  
Unterschrift

Augenzeugenbericht aus Ankara

# Die Solidarität durchbrach die Mauer des Schweigens

Von Hermann Müller, VVN-BdA-Vertreter in der internationalen Delegation

Ankara. 19. November. Unsere internationale Delegation, die Haydar Kutlu und Nihat Sargin im Flugzeug nach Ankara begleitete, hat drei Tage aufregender Auseinandersetzungen mit dem türkischen Staatsapparat und zahlreiche Begegnungen mit den Medien des Landes hinter sich. Wir wollten durch unser entschiedenes öffentliches Auftreten erreichen, daß die Bevölkerung sieht: Die beiden Politiker sind freiwillig zurückgekommen, um hier für das Wohl des Volkes zu arbeiten. Das ist ein Grundrecht für jeden Bürger.

Zuerst war da die Mauer, wie sie die Rechtspresse und am nächsten Tag Staatspräsident Evren mit seiner Erklärung im Fernsehen errichteten: Was wollen sie hier, fragte er. Die beiden Generalsekretäre seien Volksverräter, politische Verräter, schon im Vorhinein ohne Gerichtsverhandlung schuldig gesprochen, weil sie eben Kommunisten sind. Auch unsere Delegation, so erklärte er, taktiere mit den Verrätern, niemand solle uns Glauben schenken.

Doch die staatliche Macht hatte die Kraft und Solidarität der Demokraten, vor allem international, falsch eingeschätzt. 25 Presse-, Rundfunk- und Fernsehleute waren auf unserer ersten Pres-

sekonferenz. Die Journalisten aus der Türkei bekamen durch unser Auftreten Mut, neben den regierungsmächtigen Verlautbarungen auch unsere Standpunkte darzustellen. Die Schlagzeilen zeigten immer die Namen Kutlu und Sargin.

Zuerst waren uns alle Türen zu Gesprächen mit Vertretern der Regierung, der Staatsanwaltschaft, des Parlaments verschlossen. Doch wir gaben nicht nach. Empfangen mußte uns schließlich der Oberstaatsanwalt der

Wahlkampf zurückkehrten und eingreifen wollen, sagten wir, ist ihr gutes Recht im Kampf um die Demokratie in der Türkei und um die Legalisierung der Partei.

Es wird behauptet, die Rückkehr zur jetzigen Zeit sei aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen falsch, weil eine legale kommunistische Partei in der Krise die Türken zum Sturz des Systems führen könne. Wir erklärten, daß an der Krise nicht die Kommunisten schuld sind, das gegenwärtig in allen Ländern des Kapitals die kommunistischen Parteien ~~bestimmte Verschlüsse einbringen~~, wie die wirtschaftlichen Schwierigkeiten überwunden werden können. Sie kämpfen dabei gegen die Abwälzung der Lasten auf die Bevölkerung.

Grundsätzlich aber erklärten wir immer wieder: Die Verhaftung von Kutlu und Sargin ist ein Willkürakt gegen die Demokratie und die Menschenrechte schlechthin. Wir fordern von hier aus: Wir wollen die beiden sprechen! Sie brauchen sofort den Beistand ihrer Anwälte. Sie brauchen einen Arzt ihres Vertrauens. Sie müssen freigelassen werden.

Wichtige  
Adressen:

Bundespräsident  
R. v. Weizsäcker  
5300 Bonn

Türkische Republik  
Innenministerium

Icisi BAKANLIĞI  
Özel Kalem  
Ankara -Türkei-

An den  
Botschafter der  
Republik Türkei  
Utestr. 47

5300 Bonn 2

Mit Freude haben wir die Entwicklung der internationalen Solidarität registriert. Die vielen türkischen Freunde der beiden Generalsekretäre hier im Lande haben unser Auftreten mit viel Sympathie verfolgt. Sie warten voll Hoffnung auf weitere Solidaritätsbekundungen und Delegationen aus dem Ausland.

staatlichen Sicherheitsbehörde, der Parlamentspräsident und der persönliche Referent des Ministerpräsidenten. Zwar blieben alle auf der vorgegebenen harten Linie: Kein Besuch, kein Gespräch, kein Rechtsanwalt, kein Arzt für Kutlu und Sargin. Sie seien in Händen des Sicherheitsdienstes und würden solange dort bleiben, wie es notwendig sei. Doch nach jedem unserer Besuche bei den staatlichen Politikern warteten ganze Gruppen von Journalisten auf uns. Wir kamen ins Kreuzfeuer der Blitzlichter und die Fragen wollten kein Ende nehmen.

Hier nun einige offizielle Behauptungen und was wir in den Gesprächen dagegenstellten: Es wird hier behauptet, die beiden Generalsekretäre hätten die Zeit ihrer Rückkehr bewußt so gewählt, daß dies als Einmischung in den bevorstehenden Wahlkampf verstanden werden müsse. Staatspräsident Evren sprach sogar von einer „gezielten Provokation“. Wir erklärten, daß die beiden vor allem deshalb zurückkehrten, weil der offizielle Vorwurf in den Medien immer lautete, die Politik der kommunistischen Partei der Türkei werde vom Ausland betrieben. Daß beide jetzt im

# Materialien - für die Friedensarbeit

NEU: M. Gorbatschow: Wie weiter nach  
der Abschaffung der Mittelstreckenrake-  
ten?, Sonderdruck der "Blätter für deut-  
sche und internationale Politik", DM 1,00

## Broschüren/Bücher

M. Gorbatschow

### Frieden durch Abrüstung

Reden, Interviews, Stellungnahmen

Vorwort: Uta Ranke-Heinemann

(300 S.) DM 9.80

Bartels/Nassauer/Mannhardt u.a.

### Militärheimat Hunsrück

Vorwort: Alfred Mechttersheimer

(160 S.) DM 9.80

### Patriot

Eine Rakete, die uns teuer zu stehen kommt

(44 S.), DM 3,- (2,-)

Mannhardt

### Stützpunkte für den Krieg -

### oder Orte des Friedens

Regionale und kommunale Friedensarbeit

2. erw. Auflage (76 S.), DM 4,- (3,-)

### EUREKA/EVI/SDI Analyse und Kritik

Beiträge: Bartels, Bruckmann, Knorr, Reusch,  
Scheffran u.a.

(96 S.), DM 5,- (3,-)

### Bedrohungsatlas Rheinland-Pfalz

Waffenkammer der NATO

(52 S.), DM 4,-

### Militärland BRD

Atomare, chemische und konventionelle Waffen;

Notkrankenhäuser, Autobahnlandeplätze etc.,

DIN-A-O-Karte (vierfarbig) und Broschüre

(52 S.), DM 5,- (3,-)

### Uta Ranke-Heinemann

Widerworte; jetzt als Taschenbuch

DM 12,80

### Albert Einstein

Die Welt muß neu denken lernen

A-6, 16 S., DM 0,50 (0,20)

### Nullnull ... und danach

Chance der Denuklearisierung

A-4, 16 S., (kostenlos)

### Uta Ranke-Heinemann

Dokumentation, 30 S.

kostenlos

Preise in Klammern gelten für Mitglieder und Unterstützer-  
kreise. Bestellungen an das Bonner Büro der FRIEDENSLI-  
STE. Lieferung erfolgt gegen Rechnung, zzgl. Versand-  
kostenanteil.

## Buttons / Aufkleber

### Glimmerbutton (mit Regenbogen)

DM 1,- (0,50)

### Button FRIEDENSLISTE (weiß/blau)

DM 1,50 (0,50)

### Aufkleber „Abrüsten“

10 cm Durchmesser, DM 1,- (0,50)

### Aufkleberserie 1 (Sokrates, Einstein etc.)

1 Bogen (9 Motive) DM 0,50

10 Bögen je DM 0,30

### Aufkleberserie 2 (Bogart, Dietrich etc.)

1 Bogen (9 Motive) DM 0,50

10 Bögen je DM 0,30

## Faltblätter/Plakate

### Plakat „Gorbatschow“

A-1 mehrfarbig, DM 8,-

### Volkszählungsboykott (DIN A 4)

### Pershing 1 A Flugblatt

4 S., mit Abb.

### MBB-Info (Airbus-Skandal)

4 S., mit Abb. (kostenlos)

### Wer, was, warum? Info-Faltblatt über die

FRIEDENSLISTE (kostenlos)

### Kohls Europa Eine satirische Landkarte

(Spende oder kostenlos)

### Plakat „Volkszählung“

A-1/halb., 10 Stück, 1,- DM

Solidaritätsposter Erich Fried „Nicaragua“

A-1/dreifarbig, DM 7,50 (nur gegen Vorkasse)

### Eindruckplakat „Frieden als Programm“

A-1, für Veranstaltungen etc.

DM 0,20 (oder Spende)

### Transparente mit FL-Symbol, weiß, 300x80

(können individuell beschriftet werden), DM 20,-

### Rundbrief

Informationen, Beiträge, Kommentare (für Mitglieder

kostenlos) erscheint 6x im Jahr (ca. 34 S.)

Einzelheft: DM 1,-

Jahresbezug: DM 15,-

### Plakat „Null Raketen in Europa“

mehrfarbig, gegen Spende

Ein senden an:

DIE FRIEDENSLISTE

Keßlerplatz 19

8500 Nürnberg 20

Tel. 0911 / 55 72 84

Hiermit bestelle(n) ich/wir

Name: \_\_\_\_\_